

ACTA UNIVERSITATIS CAROLINAE  
STUDIA TERRITORIALIA XIV – 2008



ACTA UNIVERSITATIS CAROLINAE

**STUDIA**  

---

**TERRITORIALIA**

**XIV – 2008**

MODERNISIERUNG  
DER WESTDEUTSCHEN GESELLSCHAFT NACH 1945

JIŘÍ PEŠEK – SOŇA MIKULOVÁ

UNIVERZITA KARLOVA V PRAZE  
NAKLADATELSTVÍ KAROLINUM  
2008

Editoři / Herausgeber: prof. PhDr. Jiří Pešek, CSc.  
PhDr. Soňa Mikulová

Recenzovali / Rezensenten: JUDr. Vladimír Handl, CSc.  
doc. PhDr. Petr Svobodný, Ph.D.

© Univerzita Karlova v Praze, Nakladatelství Karolinum, Praha 2008

ISSN 1213-4449

## INHALT

Editorial	
JIŘÍ PEŠEK, SOŇA MIKULOVÁ .....	7
Modernität und Modernisierung der westdeutschen Gesellschaft in der deutschen Historiographie seit den 1960er Jahren	
JIŘÍ PEŠEK .....	11
Die Beziehungen zwischen der BRD und Frankreich (1949–1974) – Demokratisierung als Weg zu modernen bilateralen Beziehungen	
LUCIE FILIPOVÁ .....	39
Modifikationen des deutschen Parlamentarismus infolge des europäischen Integrationsprozesses	
JAN RYJÁČEK .....	73
Die Modernisierung der westdeutschen Universitäten nach 1945	
OTA KONRÁD .....	97
Die Rolle der Frankfurter Schule bei der Entwicklung der Sozialwissenschaften und der intellektuellen Landschaft der BRD in den Jahren 1948–1968	
PETR ŠAFAŘÍK .....	125
Schriftsteller und ihre Republik. Bundesdeutsche Autoren und ihr gesellschaftliches Engagement in den 50er und 60er Jahren	
MONIKA PRÁCHENSKÁ .....	163
Die Modernisierung der westdeutschen und der tschechoslowakischen Gesellschaft – Die Entstehung von Jugendkulturen in der Nachkriegszeit am Beispiel der Jugendzeitschriften Bravo und Mladý svět	
ZUZANA LIZCOVÁ .....	185
Die Ostdeutsche Galerie Regensburg	
ANITA PELÁNOVÁ .....	201

Gesamtbericht über das DAAD Alumni Treffen des Lehrstuhls für deutsche und österreichische Studien der Karlsuniversität in Prag, 06. 10. 2007 JIŘÍ PEŠEK, TOMÁŠ NIGRIN .....	209
Zur Stellung der deutschen Sprache in der tschechischen Wirtschaft. Überlegungen zum Thema anhand der Situation in einer bestimmten Gruppe von Unternehmen in Tschechien KATEŘINA ŠICHOVÁ .....	219
Abschlussarbeiten und Dissertationen am Lehrstuhl für deutsche und österreichische Studien 1997–2007 VÍTĚZSLAV SOMMER .....	239
Autorinnen und Autoren .....	261

## EDITORIAL

Die vorliegende Ausgabe der Quartalsschrift *Acta Universitatis Carolinae – Studia Territoria* besteht hauptsächlich aus den Ergebnissen des Forschungsvorhabens des Instituts für internationale Studien der Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Karls-Universität zu Prag – in der Konkretisierung für deutsche und österreichische Studien, das sich dieses Mal auf die Problematik der Modernität und Modernisierung richtete (MSM0021620841).

Am Anfang thematisiert Jiří Pešek das Thema Modernität und Modernisierung der westdeutschen Gesellschaft in der deutschen Historiographie seit den 1960er Jahren. Er verdeutlicht, dass die Modernisierung nicht nur als ein positiv besetzter Begriff wahrgenommen werden darf. Es gibt auch sozial und politisch böshafte, pervertierte und kontradiktorische Modernisierungen im Zeitalter der Diktaturen. Desto schwieriger ist es dann, diese Begriffskonstruktion in Europa und in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft für die Geschichte des 20. Jahrhunderts allgemein zu applizieren.

Im Blickpunkt der Beiträge steht die westdeutsche Gesellschaft von 1945 bis zur Hälfte der 1970er Jahren (bis zum Ölschock von 1973, der als eine Wende in der Geschichte des ganzen Europas verstanden wird), die gerade in dieser Periode zwei wichtige Entwicklungsbrüche erlebte – das Kriegsende und das Revolutionsjahr 1968. Der Modernisierungsprozess, hier beschrieben in verschiedenen Gebieten von Politik, Wissenschaft und Kultur, deckt sich in großem Maß mit dem Prozess der Demokratisierung (der politischen Strukturen, des öffentlichen Lebens, der akademischen und Schulinstitutionen, usw.). Den Begriff Demokratisierung können wir dann nicht nur als Anknüpfung an die ursprünglichen Traditionen und Werte verstehen, die vor der Destruktion seitens des Nationalsozialismus verschont wurden, sondern auch als eine Menge von neuen Impulsen, die Deutschland von Außen von den ehemaligen Okkupationsmächten – am

Anfang hauptsächlich von den USA, später auch von seinen europäischen Nachbarländern – bekommen hat.

Zwei Beiträge analysieren die Wandlungen der westdeutschen Gesellschaft im Rahmen ihrer Integration in die neue internationale Ordnung. Lucie Filipová betrachtet im Aufsatz „Die Beziehungen zwischen der BRD und Frankreich (1949–1974)“ – Demokratisierung als Weg zu modernen bilateralen Beziehungen den am Anfang vorsichtigen, später immer intensiveren Aufbau der Vertrauensbeziehungen zwischen zwei ehemaligen Erbfeinden in den Jahren 1949–1974. Die demokratischere Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten konnte sich, wie die Verfasserin systematisch untersucht, in vier Ebenen entwickeln, und zwar als intensiviertere Informationsvermittlung, Sprachförderung, Mobilitätserhöhung und Interessenverflechtung zwischen den Partnergemeinden. In der politologischen Studie von Jan Ryjáček „Modifikationen des deutschen Parlamentarismus infolge des europäischen Integrationsprozesses“ wird der Begriff Europäisierung als Schwerpunkt der Modernisierungstransformation des deutschen parlamentarischen Systems gesehen. Im Unterschied zu den anderen Beiträgen verfolgt Ryjáček den Prozess, in dem sich der deutsche Bundestag mit den Herausforderungen der sich stufenweise vertiefenden Europäischen Integration auseinandersetzen musste, über einen längeren Zeitraum, genauer also auch für die Jahre nach dem Beitritt der neuen Bundesländer.

Die Modernisierung entzog sich ebenso wenig dem akademischen Gebiet, allerdings, wie Ota Konrád feststellt, im Vergleich zu den anderen gesellschaftlichen Gebieten mit Verspätung. In seinem Aufsatz „Die Modernisierung der westdeutschen Universitäten nach 1945“, der auf reichen Literaturrecherchen basiert, analysiert er die Entwicklung in den 1940er bis 1960er Jahren. Die Versuche der Besatzungsmächte die Universitäten zu entnazifizieren, sowie die Modernisierungsversuche der 1950er Jahre, bewertet er als wenig erfolgreich. Die Umwandlung der Universitäten sollte erst in Folge der kritischen Rezeption der nationalsozialistischen Vergangenheit und gesellschaftlichen Veränderungen in den 1960er Jahren ablaufen. Das hohe Modernisierungspotential eines kleinen aber einflussreichen akademischen Kreises betont Petr Šafařík in seinem Beitrag „Die Rolle der Frankfurter Schule bei der Entwicklung der Sozialwissenschaften und der intellektuellen Landschaft der BRD in den Jahren 1948–1968“. Die Tätigkeit der Gruppe der Philosophen und Soziologen um M. Horkheimer und T. W. Adorno bewertet der Autor nicht eindeutig positiv. Auf der einen Seite brachten sie aus dem amerikanischen Exil neue, progressive Methoden



ins Feld der empirischen Forschungen und beeinflussten die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, auf der anderen Seite kritisierten sie jedoch die liberal-demokratischen Prinzipien.

Die Modernisierung des kulturellen Lebens in der BRD wird in den beiden folgenden Beiträgen als ein Generationswechsel charakterisiert. Für Monika Práchenská stehen die Schriftsteller und ihre Republik im Zentrum der Aufmerksamkeit. Sie werden aus der Sicht ihres ideologischen Ausgangspunkts, ihrer vorwiegenden Protestaktivitäten und ihres unmittelbaren Engagements in der sozialdemokratischen Parteipolitik in den 1945–1968/69 betrachtet. Zuzana Lizcová widmet sich der „Modernisierung der westdeutschen und der tschechoslowakischen Gesellschaft – Die Entstehung von Jugendkulturen in der Nachkriegszeit am Beispiel der Jugendzeitschriften Bravo und Mladý svět“ im Kontext der politischen, gesellschaftlichen und ideologischen Systeme im Kalten Krieg. Das Gebiet der bildenden Kunst wurde zum Thema des letzten Beitrags, der sich mit der Modernisierung beschäftigt: Anita Pelánová erklärt, dass Die Ostdeutsche Galerie Regensburg ursprünglich gegründet wurde, um den Anteil der in ehemaligen deutschen Ostgebieten geborenen oder dort tätigen deutschen Künstler an der gesamteuropäischen Kunstentwicklung von der Romantik bis zur Gegenwart zu dokumentieren. Pelánová bezeichnet die thematische Umorientierung der Galerie zur allgemeinen Interpretation der „Kunst auf der Flucht“ als Folge von politischen Brüchen des 20. Jahrhunderts und als einen wichtigen Schritt zur Modernisierung der Galerie.

Der zweite Teil dieses Bandes ist der Tätigkeit des Lehrstuhls für deutsche und österreichische Studien gewidmet. Am 6. Oktober 2007 trafen sich in Prag ehemalige und aktuell tätige tschechische und deutsche Dozenten, Gastdozenten, Tutoren und Absolventen zum Jubiläumstreffen, das vom DAAD angeregt und unterstützt wurde. Dem von Jiří Pešek und Tomáš Nigrin verfassten Gesamtbericht folgt der Wortlaut des Eröffnungsvortrags von Kateřina Šichová mit dem Titel Zur Stellung der deutschen Sprache in der tschechischen Wirtschaft. Überlegungen zum Thema anhand der Situation in einer bestimmten Gruppe von Unternehmen in Tschechien. Abschließend wird die von Vítězslav Sommer verfasste Liste der am Lehrstuhl in den letzten zehn Jahren (1997–2007) abgeschlossenen Magister- und Doktorarbeiten veröffentlicht.

Die Herausgeber



## MODERNITÄT UND MODERNISIERUNG DER WESTDEUTSCHEN GESELLSCHAFT IN DER DEUTSCHEN HISTORIOGRAPHIE SEIT DEN 1960er JAHREN

---

JIŘÍ PEŠEK

### Abstract

**“Modernity” and “Modernization” of the West German Society  
in the German Historiography since the 1960s**

The author of this article focuses on the concept of “modernization”. He shows that this term, when used to describe the processes that had taken place between the 1930s and the 1960s, has gradually lost its traditional explicitly positive (leftist) connotation with democratization and expansion of human rights. As early as in the mid-1960s Ralph Dahrendorf proposed a theory of modernism which was formulated even more clearly by Zygmunt Bauman in the late 1980s and, consequently, by a number of other historians. These scholars argue, while reflecting some of the great controversies about the “sore spots” of the modern German history that in the 20<sup>th</sup> century, especially during the times of murderous European dictatorships, certain modernizations took place, which were inherently politically, social and culturally malignant, perverted or contradictory. In this context, it is rather difficult to apply the term “modernization” unequivocally and without reservations to the essentially positive post war development of Europe and its neighbours.

**Keywords:** modernity, modernization, German society, German historiography, 20<sup>th</sup> century

Die Modernisierung der deutschen Gesellschaft gehört zu den Themen, welche in der deutschen Historiographie bzw. in den geschichtspolitischen Debatten seit den 1960er Jahren dauerhaft anwesend sind. Bereits dem wilhelminischen Kaiserreich wird „Modernisierung als Problem“ attestiert und in einer langfristigen Perspektive mit dem Nationalsozialismus in Verbindung gebracht: Die berühmte Diskussion über den „deutschen Sonderweg“ beschäftigt sich im Prinzip mit der Frage, inwieweit ein seit dem späten

19. Jahrhundert spezifischer Weg von asynchron verlaufenden – technischen, wissenschaftlichen, politischen und soziokulturellen – Modernisierungsprozessen zur Ursache der totalitären Deformierung der deutschen Gesellschaft in den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts wurde.<sup>1</sup> Unabhängig von der Bewertung ihrer Ergebnisse hat die „Sonderwegdebatte“ die weitere methodologische und interpretatorische Entwicklung der bundesdeutschen Geschichtswissenschaft weitgehend beeinflusst.<sup>2</sup>

Die andere wichtige Debatte, die das Problem der Modernisierung ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt hatte, war die Diskussion über die Möglichkeit, die braune deutsche Revolution, den Nationalsozialismus, als „Modernisierung“ zu verstehen. Dieser Debatte gingen bereits Mitte der 1980er Jahre erbitterte Auseinandersetzungen um die Thesen Ernst Noltes über einen „kausalen Nexus“ zwischen den nationalsozialistischen und den bolschewistischen Massenmorden,<sup>3</sup> bzw. später über den „europäischen Bürgerkrieg“,<sup>4</sup> voraus. Sicher, die thematischen Akzente dieser Debatte,<sup>5</sup> an die sich dann fast unmittelbar die „Heidegger-Kontroverse“ anknüpfte,<sup>6</sup>

<sup>1</sup> Mit der Diskussion über den deutschen Sonderweg beschäftigte sich jüngst Schulze, Winfried: Vom „Sonderweg“ bis zur „Ankunft im Westen“. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 53 (2002), S. 226–240. Aus der älteren kritischen Literatur zu dieser Diskussion vergleiche den Sammelband des Münchner Instituts für Zeitgeschichte: Deutscher Sonderweg – Mythos oder Realität? München – Wien 1982, weiter Grebing, Helga: Der „deutsche Sonderweg“ in Europa 1806–1945. Eine Kritik, Stuttgart 1986; Kocka, Jürgen: Deutsche Geschichte vor Hitler. Zur Diskussion über den deutschen Sonderweg. In: Ders.: Geschichte und Aufklärung. Aufsätze, Göttingen 1989, S. 101–113.

<sup>2</sup> Welskopp, Thomas: Identität ex negativo. Der ‚deutsche Sonderweg‘ als Metaerzählung in der bundesdeutschen Geschichtswissenschaft der siebziger und achtziger Jahre. In: Jarausch, Konrad – Sabrow, Martin (Hrsg.): Die historische Meistererzählung. Deutungslinien der deutschen Nationalgeschichte nach 1945, Göttingen 2002, S. 109–139.

<sup>3</sup> Nolte, Ernst: Vergangenheit, die nicht vergehen will. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 06. 06. 1986.

<sup>4</sup> Nolte, Ernst: Der europäische Bürgerkrieg 1917–1945. Nationalsozialismus und Bolschewismus, Berlin – Frankfurt 1987.

<sup>5</sup> Ich versuchte die Kontroverse für das tschechische Publikum zusammenzufassen: Byli jsme to my? Historikerstreit 1986–1987 (Waren wir das? Der Historikerstreit 1986–1987), Dějiny a současnost 13 (1991) Heft 6, S. 2–6. Weiter vergleiche mindestens: „Historikerstreit“. Die Dokumentation einer Kontroverse um die Einzigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München 1987; Wehler, Hans-Ulrich: Entsorgung der deutschen Vergangenheit? Ein polemischer Essay zum „Historikerstreit“, München 1988. Ernst Nolte reagierte mit dem Buch: Das Vergehen der Vergangenheit. Antwort an meine Kritiker im sogenannten Historikerstreit, Berlin 1988.

<sup>6</sup> Die polemischen Aufsätze, welche die Ansichten des Buches von Farías, Viktor: Heidegger et le nazisme, Paris 1987 diskutierten, edierte Altweg, Jörg: Die Heidegger Kontroverse, Frankfurt/Main 1988. Die geschichtlichen Kontexte haben die Freiburger Historiker ausgearbeitet: Ott, Hugo: Martin Heidegger. Unterwegs zu seiner Biographie, Frankfurt – New

waren etwas anders formuliert. (Heideggers Versuch, die deutsche akademische Bildung in einem neuen, altgriechisch-nationalsozialistischen Geist und Konzept zu „modernisieren“, sollte aber nicht aus den Augen verloren werden.) Man kann sagen, dass schon die Frage nach dem Charakter der beiden totalitären Regime (mit dieser Bezeichnung möchte ich in keinem Fall die alte „Totalitarismus-Debatte“ wieder zum Leben erwecken. Es fehlt lediglich eine andere – kontextuell nicht belastete – klare gemeinsame Bezeichnung für das NS- und das Stalin-Regime) auch die Problematik ihrer, zumindest von ihnen subjektiv beanspruchten und der ganzen Welt gepredigten „Modernität“ als einer Vergleichsbasis beinhaltete.

Der „Historikerstreit“ wurde durch eine Welle der (berechtigten) bürgerlich-moralischen Empörung der Gegner Noltes gezeichnet. Die Angst, eine als antikommunistisch geprägter Vergleich getarnte historische Entschuldigung der NS-Verbrechen könnte nachträglich das braune Regime „gesellschaftlich erträglich“ machen, akzentuierte dessen „Einzigartigkeit“ sowie die Ablehnung jeder Vergleichbarkeit und kausalen Verknüpfung von Nationalsozialismus und Kommunismus. Bei den Diskutanten, die vor allem aus den linksliberalen Kreisen der Historikergemeinde stammten, war gar ein gewisses Verständnis für die „kollateralen“ Verbrechen des großen sowjetischen Bemühens um eine „schöne gesellschaftliche Zukunft“ zu spüren. „Modernisierung“ und „Moderne“ gehörten in diesem Milieu – ähnlich wie z.B. „Revolution“ – zu den eindeutig positiv besetzten Begriffen, die die deutsche linksorientierte Geschichtsschreibung nicht aufgeben wollte.<sup>7</sup> Man verband damit nämlich traditionell solche Begriffe wie „Demokratisierung“, „Humanisierung“, Erweiterung der Bürgerrechte und die Gleichheit der sozialen Chancen. Riccardo Bavaj fasst diese Auffassung mit den Worten zusammen: „Die Modernisierungstheoretiker postulieren meist einen ‚simultanen, gleichgerichteten Fortschritt‘ auf sämtlichen – miteinander positiv korrelierenden – Ebenen des Dichotomie-Katalogs auf dem Weg von der Tradition in die Moderne, wobei oftmals sechs Subprozesse voneinander unterschieden wurden: wirtschaftliches Wachstum,

---

York 1988. Bernd Martin versammelte später seine Studien in dem Band: Heidegger und das „Dritte Reich“, Darmstadt 1998. Ernst Nolte reagierte auf diese Kontroverse mit der Biographie: Martin Heidegger – Politik und Geschichte im Leben und Denken, Berlin – Frankfurt/Main 1992. Eine gute bibliographische Übersicht liefert im Tschechischen Dubský, Ivan: Ve věci Heidegger. Problém Heideggerovy biografie (In der Sache Heidegger. Das Problem von Heideggers Biographie), Praha 1997.

<sup>7</sup> Roth, Karl Heinz: Der historische Revisionismus in Deutschland, „1999“ Zeitschrift f. Sozialgeschichte 9 (1994) Heft 4, S. 7–11.

strukturelle Differenzierung, Wertewandel, soziale Mobilisierung, politische Partizipation und schließlich Institutionalisierung von Konflikten.“<sup>8</sup>

Das waren Positionen der späten 80er Jahre. Dann kam allerdings der Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums und später der ganzen Sowjetunion, eines Reiches, das Jahrzehnte lang durch die europäische und die Weltlinke als eine Verkörperung der (zumindest potentiellen) sozialen Modernität verstanden wurde. Jetzt „entlarvte“ sich die Sowjetunion allerdings definitiv als ein „Kerker der Nationen“ und als ein „modernisierungsorientiertes“ Massenmordregime,<sup>9</sup> in dem – nach dem analytischen Befund von Manfred Hildermeier über den Stalinismus – „Terror und wirtschaftlicher Fortschritt (im rein quantitativen Sinn von Ausstoß und Leistung) aufs enge zusammengehören. Legitimationsgrund und Hauptziel des Regimes war der ‚Aufbau des Sozialismus‘, die Disziplinierung der Gesellschaft grundsätzlich Mittel dazu. (...) Stalinismus lässt sich am ehesten begreifen als ein gigantisches, ideologisch begründetes, die gesamte Gesellschaft veränderndes, aber primär ökonomisch orientiertes Modernisierungsexperiment auf russischem Boden. Er versuchte sein Ziel durch extreme Zentralisierung der Macht in der Person des Diktators und von ihm abhängigen Gruppen innerhalb der Monopolpartei sowie durch rücksichtslose Konditionierung der Bevölkerung für diesen von der Macht selber nicht mehr zu trennenden Zweck bis hin zum Massenterror zu erreichen.“<sup>10</sup>

Die meisten der befreiten Satellitenstaaten und Nachfolgestaaten begannen eine internationale, auf eine umfangreiche Quellenforschung gestützte Debatte über die Verbrechen des Kommunismus, und sehr viele der bisherigen Interpretations- und Begriffsstereotypen des Modernisierungsparadigmas (nicht nur in Bezug auf den Kommunismus, sondern wesent-

---

<sup>8</sup> Bavaj, Riccardo: *Modernisierung, Modernität und Moderne. Ein wissenschaftlicher Diskurs und seine Bedeutung für die historische Einordnung des „Dritten Reiches“*, Historisches Jahrbuch 125 (2005), S. 413–451, hier S. 420.

<sup>9</sup> Tobias Kaiser beschreibt dieses Phänomen in seiner Rezension zu: Roginskij, Arsenij – Rudolph, Jörg – Drauschke, Frank – Kaminsky, Anne (Hrsg.): *„Erschossen in Moskau ...“*. Die deutschen Opfer des Stalinismus auf dem Moskauer Friedhof Donskoje 1950–1953, Berlin 2005. In: *H-Soz-u-Kult*, 21. 02. 2008, <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2008-1-146> (Stand: 02. 03. 2008) mit den Worten: „Insgesamt bestätigen Recherchen, dass es sich bei den Maßnahmen der Stalinzeit um unsystematische Terrormaßnahmen gehandelt hat, die jeden treffen konnten – insbesondere auch die bisherigen Mitstreiter. Unberechenbarkeit, ständige Angst und eine permanente Präsenz der Gewalt machen den Kern der Maßnahmen aus, die der Einschüchterung dienen, der Stabilisierung einer auf Gewalt aufgebauten Herrschaft.“

<sup>10</sup> Vergleiche Hildermeier, Manfred: *Die Sowjetunion 1917–1991*, München 2001, S. 139–143.

lich breiter gefasst) wurden in diesem Rahmen abgelöst. In den 90er Jahren setzte sich außerdem definitiv die „Postmoderne“ mit ihren kultur- und kommunikationsorientierten Ansätzen in der Praxis der Historiographie durch.<sup>11</sup> Die Moderne wurde also historisiert und ihren Kritikern „zur Verfügung gestellt“.<sup>12</sup>

Schon in der Umbruchphase der Weltgeschichte am Ende des Kalten Krieges erschienen in Deutschland erste historiographische Texte, welche die „Modernität“ anders als bisher, also nicht mehr eindeutig positiv, deuteten und den Nationalsozialismus als „eine der pathologischen Erscheinungsformen der Moderne“ bezeichneten, die allerdings zu einer weitgehenden Modernisierung der deutschen Gesellschaft geführt habe.<sup>13</sup> Die meisten dieser Autoren (vor allem der vom Maoismus zum neuen Konservatismus gewechselte, damals Berliner Historiker Rainer Zitelmann, mehr oder weniger aber auch der jüngere Berliner Neokonservative Paul Nolte) gehörten dem rechtsliberalen bis konservativen Lager an (dem sich ihr in der Sache „Verbündeter“, der Bielefelder Michael Prinz, allerdings nur schwerlich zuordnen lässt), also nicht gerade zum Hauptstrom der deutschen Historiographie jener Zeit. Trotzdem ist es ihnen gelungen, das Thema dauerhaft in der Fachdiskussion zu etablieren.<sup>14</sup> Das war weniger ein Verdienst ihrer besonderen historiographi-

---

<sup>11</sup> Iggers, Georg G.: *Geschichtswissenschaft im 20. Jahrhundert*, Göttingen 1993, S. 93–99, wo auch von den Erfolgen der Propaganda der NSDAP im Kontext mit dem zwiespältigen und gespannten Verhältnis der deutschen Bevölkerung zur Modernität die Rede ist (S. 94). Vergleiche auch: Sandl, Marcus: *Geschichte und Postmoderne*. In: Eibach, Joachim – Lottes, Günther (Hrsg.): *Kompass der Geschichtswissenschaft*, Göttingen 2002, S. 329–341, hier besonders „Die Postmoderne als philosophischer Diskurs der Moderne“, S. 332–335.

<sup>12</sup> Schildt, Axel: *Moderne Zeiten. Freizeit, Massenmedien und „Zeitgeist“ in der Bundesrepublik der 50er Jahre*, Hamburg 1995, S. 27.

<sup>13</sup> Zitelmann, Rainer: *Hitler. Selbstverständnis eines Revolutionärs*, Hamburg 1987; Ders.: *Adolf Hitler. Eine politische Biographie*, Göttingen 1989; Ders.: *Nationalsozialismus und Moderne. Eine Zwischenbilanz*. In: Süß, Werner (Hrsg.): *Übergänge. Zeitgeschichte zwischen Utopie und Machbarkeit. Beiträge zu Philosophie, Gesellschaft und Politik*, Berlin 1989, S. 195–223; Prinz, Michael: *Vom neuen Mittelstand zum Volksgenossen. Die Entwicklung des sozialen Status der Angestellten von der Weimarer Republik bis zum Ende der NS-Zeit*, München 1986; Zitelmann, Rainer – Prinz, Michael (Hrsg.): *Nationalsozialismus und Modernisierung*, Darmstadt 1991.

<sup>14</sup> Eine hervorragende Übersicht über die Entwicklung der deutschen Diskussion zum Thema der Modernisierung im NS zwischen den Jahren 1974 und 1995 aus der externen Sicht bietet die polnische Auswahledition der wichtigsten Texte: Orłowski, Hubert (Hrsg.): *Nazizm, Trzecia rzesza a procesy modernizacji (Das Dritte Reich und die Prozesse der Modernisierung)*, Poznań 2000, mit einer gleichnamigen übersichtlich summarisierenden Einführungsstudie des Herausgebers, S. 7–59.

schen Kompetenz, sondern eher eine Konsequenz der Tatsache, dass dieser Schritt zwar schon länger – in den Diskussionen der 1960er und 1970er Jahre – vorbereitet und fällig war, bis dahin jedoch – vielleicht gerade durch den Historikerstreit – aus politisch-moralischen Befürchtungen, der Antikommunismus könnte als eine Art „Entschuldigung“ für die NS-Verbrechen verstanden und instrumentalisiert werden, gebremst worden war.<sup>15</sup>

Die Reaktion der – in jedem Fall wissenschaftlich wie moralisch – verdienten Forscher der „modernen deutschen Historiographie“ war natürlich explosiv: Vor allem Hans Mommsen engagierte sich in dieser Diskussion als Kritiker der „NS-Modernisierungsgeschichtsschreibung“.<sup>16</sup> Und man musste ihm in dem Sinne Recht geben, dass im Rahmen des bisher gültigen „Moderne-Paradigmas“ (Modernisierung als – in der letzten Instanz – Erfolg des Fortschritts der Demokratisierung und Humanisierung der Gesellschaft) die neu entworfene Betrachtung der NS-Zeit nicht möglich gewesen wäre.<sup>17</sup> Das Problem bestand allerdings darin, dass sich das ganze Paradigma der positiven und fortschrittlichen „Modernität“ und der

---

<sup>15</sup> Nipperdey, Thomas: Probleme der Modernisierung in Deutschland. In: Ders.: Nachdenken über deutsche Geschichte. Essays, München 1986, S. 44–59, hier S. 57, interpretiert das NS-Regime als eine „im Stil, der Wahl seiner Mittel und seinen Wirkungen hypermoderne“ Bewegung, welche allerdings durch seine Ziele als „Antimodernisierungsbewegung“ charakterisierbar ist. Schildt 1995, S. 457, bemerkt dazu, dass „eine durchgreifende Modernisierung durch den Nationalsozialismus dagegen durch die Überprüfung einiger Zeitreihen von gesellschaftlichen Basisdaten relativiert worden ist.“

<sup>16</sup> Mommsen, Hans: Nationalsozialismus als vorgetäuschte Modernisierung. In: Pehle, W. H. (Hrsg.): Der historische Ort des Nationalsozialismus. Annäherungen, Frankfurt/Main 1990, S. 31–47; Ders.: Nationalsozialismus als vorgetäuschte Modernisierung. In: Ders.: Der Nationalsozialismus und die deutsche Gesellschaft, Reinbek bei Hamburg 1991, S. 405–427; Ders.: Noch einmal: Nationalsozialismus und Modernisierung, Geschichte und Gesellschaft 21 (1995), S. 391–402. Vergleiche aber auch die scharf kritische Besprechung des Buches von Prinz, Michael – Zitelmann, Rainer (Hrsg.): Nationalsozialismus und Modernisierung, Darmstadt 1991 von Dipper, Christof in: Neue politische Literatur 36 (1991), S. 450f. Sehr heftig kritisierte die Ansichten von Prinz und Zitelmann auch Schneider, Michael: Nationalsozialismus und Modernisierung? Probleme einer Neubewertung des „Dritten Reiches“, Archiv f. Sozialgeschichte 32 (1992), S. 541–545.

<sup>17</sup> Eine vorläufige Übersicht über die Diskussion der 1990er Jahre brachte schon im Jahre 1994 Schildt, Axel: NS-Regime, Modernisierung und Moderne. Anmerkungen zur Hochkonjunktur einer andauernden Diskussion, Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte 23 (1994), S. 3–22. Eine systematische Auswertung dieser Diskussion lieferte dann Riccardo Bavaj in seinem Buch: Die Ambivalenz der Moderne im Nationalsozialismus. Eine Bilanz der Forschung, München 2003, die er zwei Jahre später noch in einen breiteren Rahmen mit definitorischem Fokus setzte (Bavaj 2005).



„Modernisierung“ inzwischen grundsätzlich verändert hatte.<sup>18</sup> Das neue Konzept einer „ambivalenten“ oder gar „boshaften Modernität“, welches man in bestimmten Kontexten auch auf die totalitären Diktaturen des 20. Jahrhunderts anwenden kann, hatte sich schließlich auch im linksorientierten historiographischen Milieu allmählich durchgesetzt.<sup>19</sup>

Der Verlust einer (fortschrittlichen, positiv besetzten) Eindeutigkeit des Begriffes der „Moderne“ und der „Modernisierung“ ermöglicht es der gegenwärtigen Forschung, eine nur begrenzt positiv (strukturell, technisch, sozial) konnotierte Eindeutigkeit der europäischen Modernisierungsprozesse zuzulassen und die Modernisierungsschritte und Tendenzen z.B. durch die Analyse von „Modernisierungsprozessen in Teilbereichen“<sup>20</sup> auch unter den chaotischen und widersprüchlichen Bedingungen einer totalitären, innerlich zerstrittenen und oft wenig effizienten nationalsozialistischen oder kommunistischen Polykratie zu identifizieren.<sup>21</sup> Wie Bavaj bemerkt, „erweist sich das Postulat der ‚klassischen‘ Modernisierungstheorie von einem kausalen Nexus zwischen Demokratie und industriellem Wachstum [als besonders problematisch], wodurch solch vermeintliche Ausnahmefälle wie Deutschland oder Japan ‚exotisiert‘ werden und als ‚Produkt einer kulturellen Abweichung‘ erscheinen.“<sup>22</sup> M. R. Lepsius warnte schon im Jahre 1969 davor, dass die empirischen Feststellungen im Gegenteil eher auf eine unsynchronisierte Variabilität von modernisierenden Ent-

---

<sup>18</sup> So etwa hinsichtlich der Betrachtung des Holocausts als eine extrem negative Form der Moderne. Die gezielte, eugenisch motivierte Massentötung der „Lebensunwürdigen“ mit Spritzen oder Gaskammern ist in dieser Betrachtung nur eine „andere“ Gattung der Modernisierung der Medizin, welche durch Impfungen versucht, die Gesellschaft flächendeckend zu retten. Vergleiche: Bauman, Zygmunt: *Dialektik der Ordnung*, Hamburg 1992; Giddens, Anthony: *Konsequenzen der Moderne*, Frankfurt/Main 1995.

<sup>19</sup> Faulenbach, Bern – Jelich, Paul Josef (Hrsg.): *Reaktionäre Modernität und Völkermord*, Essen 1994; Miller, Max – Soeffner, Hans-Georg (Hrsg.): *Modernität und Barbarei*, Frankfurt/Main 1996.

<sup>20</sup> So begründet seine Betrachtung des bolschewistischen Regimes als „Modernisierungsvorhaben“ Plaggenborg, Stefan: *Experiment Moderne. Der sowjetische Weg*, Frankfurt/Main – New York 2006, S. 9.

<sup>21</sup> So wertneutral charakterisiert die „Modernisierung“ schon Wolfgang Zapf in der Einführung seiner Aufsatzsammlung: *Modernisierung, Wohlfahrtsentwicklung und Transformation. Soziologische Aufsätze 1987 bis 1994*, Berlin 1994, S. 18, als „die sich wechselseitig beeinflussenden Strukturveränderungen in den verschiedenen Bereichen der Gesellschaft (Subsystemen)“.

<sup>22</sup> Bavaj 2005, S. 421 stützt sich hier auf die aus dem Jahre 1969 stammende Formulierungen von Lepsius, M. Rainer: *Demokratie in Deutschland als historisch-soziologisches Problem*. In: Ders.: *Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen*, Göttingen 1993, S. 11–24.

wicklungsprozessen hindeuten. Dies bestätigen auch die Untersuchungen der langen Prozesse von Kontinuität und Wandel der (west)deutschen Gesellschaft zwischen 1930 und 1960: „Die Frage nach den modernisierenden Wirkungen des NS-Regimes berührt die Frage, ob das Regime unter der Perspektive der langfristigen Entwicklungstendenzen moderner Industriegesellschaften als epochaler Einschnitt zu werten ist, oder ob während der NS-Zeit Entwicklungen nur nachvollzogen wurden, die in der Entfaltungslage moderner Industriegesellschaften ohnehin angelegt waren. Dahrendorfs These von dem ‚Stoß in die Moderne‘, den der Nationalsozialismus der deutschen Gesellschaft durch den ‚brutalen Bruch mit der Tradition‘ versetzte, wird durch die bisher vorliegenden Studien nicht bestätigt. Vielmehr brach der Totalitätsanspruch des Nationalsozialismus an der bereits ausgebildeten Modernität bzw. der vor allem in den ländlich katholischen Regionen vorhandenen Traditionalität.“<sup>23</sup>

Eine eindeutige Klassifizierung des NS-Regimes innerhalb des Modernitäts-Paradigmas ist also schwierig. Dies zeigt sich sehr deutlich, wenn wir von den politischen, sozialen, wirtschaftlichen und technischen Aspekten zur Kultur übergehen. Eine Diskussion über die Modernität des „Dritten Reiches“ wurde z.B. auch unter den Literaturhistorikern geführt. Erhard Schütz formulierte 1995 in seiner Auseinandersetzung mit der Synthese von Jan-Pieter Barbian über die Literaturpolitik des NS-Regimes einen interessanten Befund: „Die von Barbian so eindrucksvoll wie differenziert dargelegte Kombination aus sozialpolitisch-ökonomischen Sicherungs- und Förderungsmaßnahmen mit politischer Indienstrafe, das Ineinander von bürokratischer Rationalisierung und Ineffizienz, die auf phantasmatisch-wahnhafter Grundlage sich perfektionierende Regularienmaschinerie, in die beständig die Mischung aus privat motivierten und institutionsimmanenten Hegemonialkonkurrenzen eingriff, als ‚völkischen Rechtsstaat‘ zu bezeichnen (...) möchte in Achtung vor dem Rechtsstaat denn doch zu sehr widerstreben.“<sup>24</sup>

Diskutiert man aber schon über die – bereits sehr problematische – Modernität in der NS-Zeit, so können Begriff und Paradigma einer von al-

---

<sup>23</sup> Frese, Matthias – Paulus, Julia – Treppe, Karl: Gesellschaft in Westfalen. Kontinuitäten und Wandel 1930–1960, Jahrbuch der historischen Forschung in der Bundesrepublik Deutschland 1998, München 1999, S. 44–53, hier S. 49.

<sup>24</sup> Schütz, Erhard: Zur Modernität des ‚Dritten Reiches‘, Internationales Archiv für Sozialgeschichte der Literatur 20 (1995) Heft 2, S. 116–136, hier S. 136 reagiert auf: Barbian, Jan-Pieter: Literaturpolitik im ‚Dritten Reich‘. Institutionen, Kompetenzen, Betätigungsfelder, Frankfurt/Main 1993.

len eindeutigen Konnotationen gelösten „Modernisierung“ umso mehr auch für die – ebenfalls sehr chaotische und nicht selten innerlich widersprüchliche – Nachkriegszeit angewendet werden.<sup>25</sup> Dafür ist es allerdings notwendig, die Idee eines einheitlichen Prozesses der gesellschaftlichen Modernisierung aufzugeben und lieber mit einem nach den Postulaten von Lepsius geformten Modell einer oft quer und asynchron vernetzten strukturellen Entwicklung in den Bereichen Technik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur und der Kommunikation innerhalb dieser Bereiche zu arbeiten. Noch schwieriger ist (und das gerade für die Nachkriegszeit), dass eine einheitliche, „geschlossene“ und a priori „positive“ Erklärung der Nachkriegsentwicklung kaum möglich erscheint, da verschiedene (positive wie negative) Impulse von innen und außen sehr unausgewogen und mit einem jeweils unterschiedlichem Timing in den einzelnen Segmenten der bundesdeutschen Realität Wirkung entfalteten.

Noch bevor wir uns dem Begriff „Modernisierung“ näher widmen werden, wird es also nützlich sein, über die Grenze des Kriegsendes, über die oft überstrapazierte „Stunde Null“ hinauszugehen.<sup>26</sup> Eine weitere – im Vergleich mit der Betrachtung der NS-Zeit allerdings keineswegs so verbitterte und politisierte – Modernisierungsdiskussion entflammte nämlich in den 80er Jahren auch über den Charakter der Nachkriegsentwicklung:<sup>27</sup> Was ist

---

<sup>25</sup> Schildt 1995, S. 29–31.

<sup>26</sup> Vergleiche dazu, was Axel Schildt in seiner Rezension zu Braun, Hans – Gerhardt, Uta – Holtmann, Everhard (Hrsg.): Die lange Stunde Null. Gelenkter sozialer Wandel in Westdeutschland nach 1945, Baden-Baden 2007. In: H-Soz-u-Kult, 04. 12. 2007, <http://hsoz-kult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2007-4-183> (Stand: 02. 01. 2008) sagt: „(...) denn dass der Transformationsprozess, der vom ‚Dritten Reich‘ in die Bundesrepublik führte, auf unterschiedlichen gesellschaftlichen Feldern unterschiedlich lange dauerte, zumindest aber weit in die 1950er Jahre hineinreichte, ist seit etwa zwei Jahrzehnten auch ohne Bemühung der Theorie und Terminologie der ‚langen Stunde Null‘ ohnehin unbestritten (...)“. Eine knappe faktographische Übersicht liefert Echternkamp, Jörg: Nach dem Krieg. Alltagsnot, Neuorientierung und die Last der Vergangenheit 1945–1949, Zürich 2003.

<sup>27</sup> Prinz, Michael: Demokratische Stabilisierung, Problemlagen von Modernisierung im Selbstbezug und historische Kontinuität – Leitbegriffe einer Zeitsozialgeschichte, Westfälische Forschungen 43 (1993), S. 655–675, hier S. 657, sagt darüber: „Unter methodischem Aspekt setzten im Verlauf der 1980er Jahren in der Zeitgeschichtsschreibung wichtige Entwicklungen ein. So geriet u. a. einer ihrer tragenden Eckpfeiler, die Orientierung am Epochenjahr 1945, allmählich ins Wanken. Die Auffassung gewann an Boden, dass sich der Stabilisierungsprozess der westdeutschen Demokratie wie auch andere strukturbestimmende Entwicklungen in den fünfziger Jahren nicht voll verstehen ließen, wenn der Untersuchungszeitraum weiterhin auf die Jahre seit der Kapitulation begrenzt wurde.“

damals mit Deutschland und den Deutschen passiert?<sup>28</sup> War es eine Restauration oder eine Modernisierung, die den Weg nach vorne öffnete?<sup>29</sup> Wo soll man die Gründe für den unerwartet schnellen Wiederaufbau Deutschlands und vor allem für das fulminante Wirtschaftswunder und die in einer relativ kurzen Zeitspanne erreichte, gelungene Demokratisierung Deutschlands suchen? Edgar Wolfrum bemerkt dazu trocken: „Allerdings haben die Bundesdeutschen ihre Modernisierungserfolge konsumiert, ohne sich über die Ambivalenz ihrer Grundlagen viele Gedanken zu machen: Hätte es ohne den vorgegangenen Zivilisationsbruch, den die Deutschen zu verantworten hatten, diesen kometenhaften Aufstieg gegeben?“<sup>30</sup>

Und daneben sollte man sich auch in diesem Kontext die Frage stellen, was und unter welchen Bedingungen das NS-Regime für seine – natürlich nur „vollwertigen“ – Bürger geleistet hat und wo die Wurzel der Attraktivität und der Anziehungskraft dieses Regimes lag, die so viele Deutsche (natürlich in einer heiligen Kombination mit Zwang und Terror) bis zur letzten Stunde gebunden hat? Es gibt eine Reihe von Büchern (Robert Gellately, Götz Aly, Peter Longerich), die in der jüngsten Dekade zu diesem Thema erschienen sind und welche nicht nur das systematische,

---

<sup>28</sup> Zusammenfassend bei Schildt 1995, S. 19–28. Vergleiche vor allem die Positionen von Schwarz, Hans-Peter: Die Modernisierung oder Restauration? Einige Vorfragen zur künftigen Sozialgeschichtsforschung über die Ära Adenauer. In: Düwell, Kurt – Köllmann, Wolfgang (Hrsg.): Rheinland-Westfalen im Industriezeitalter, Bd. 3. Wuppertal 1984, S. 278–293; Ders.: Die Fünfziger Jahre als Epochenäsur. In: Heideking, Jürgen (Hrsg.): Wege in die Zeitgeschichte. Festschrift zum 65. Geburtstag von Gerhard Schulz, Berlin – New York 1989, S. 473–496; Gall, Lothar: Die Bundesrepublik in der Kontinuität der deutschen Geschichte, *Historische Zeitschrift* 239 (1984), S. 603–613; Niethammer, Lutz: „Normalisierung“ im Westen. Erinnerungsspuren in die 50er Jahre. In: Brunn, Gerhard (Hrsg.): Neuland. Nordrhein-Westfalen und seine Anfänge nach 1945/46, Essen 1986, S. 175–206; Möller, Horst: Zeitgeschichte – Fragestellungen, Interpretationen, Kontroversen, *Aus Politik und Zeitgeschichte* (2) 1988, S. 3–16.

<sup>29</sup> Ausgesprochen kritisch zur These über die Nachkriegsrestauration war schon am Ende der 70er Jahre Kocka, Jürgen: 1945: Neubeginn oder Restauration? In: Stern, Carola – Winkler, Heinrich August (Hrsg.): Wendepunkte deutscher Geschichte 1848–1945, Frankfurt 1979, S. 137–151. Kleßmann, Christoph: Ein stolzes Schiff und kratzende Möwen. Die Geschichte der Bundesrepublik und ihre Kritiker, *Geschichte und Gesellschaft* 11 (1985), S. 476–494, hier S. 485, charakterisiert diese Zeit als „Modernisierung unter konservativen Auspizien“ und selbst Schwarz 1984, S. 292 charakterisiert Adenauer als „vom Wilhelminischen Fortschrittsdenken imprägniert“. Eine Gesamtbetrachtung bringt Kleßmann, Christoph: Stationen des öffentlichen und historiographischen Umgangs in Deutschland mit der Ära von 1945. In: Papenfuß, Dietrich – Schieder, Wolfgang (Hrsg.): Deutsche Umbrüche im 20. Jahrhundert, Köln – Weimar – Wien 2000, S. 459–472, hier zum Restaurationsbegriff S. 470f.

<sup>30</sup> Wolfrum, Edgar: Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, Stuttgart 2006, S. 13.

wenn auch nicht immer unmittelbar erfolgreiche Streben des Regimes beleuchten,<sup>31</sup> sondern auch eine massive, in die Komplizen-Rolle führende direkte „Korruption“ der deutschen Gesellschaft der NS-Jahre durch bei den Juden, bei Gegnern des Regimes oder in den besetzten Ländern geraubte Güter belegen.<sup>32</sup> Lag also dem Wiederbau nach 1945 auch das nicht vollständig vernichtete oder (aus den strukturellen und Verbrauchsgründen) nicht zurückgegebene Raubgut der Jahre 1933–1945 zugrunde?

Wurde also nach 1945 an die begeisterten (und dann bald gescheiterten) „goldenen Weimarer Jahre“ der Modernisierung angeknüpft und die NS-„Lücke“ einfach übersprungen? Gab es wichtige Kontinuitäten oder gab es eine absolut neue, mit der totalen Zerstörung Deutschlands in der „Stunde Null“ beginnende, glückliche Entwicklung, welche über die Stabilisierung der Gesellschaft und der Wirtschaft schnell zu einer allumfassenden Modernisierung führte?<sup>33</sup>

Und: Wer waren die Väter und Paten dieser Modernisierung? Die ehemaligen, entnazifizierten und erneut aufgewerteten Nationalsozialisten?<sup>34</sup>

<sup>31</sup> König, Wolfgang: Volkswagen, Volksempfänger, Volksgemeinschaft. ‚Volksprodukte‘ im Dritten Reich. Vom Scheitern einer nationalsozialistischen Konsumgesellschaft, Paderborn 2004, spricht über das Streben des Regimes, durch die Subventionen einen erhobenen Konsum für alle Bevölkerungsschichten zu sichern. Diese Versuche waren in einem größeren Maß ökonomisch nicht durchsetzbar – als ein Versprechen eines zukünftigen Wohlstands für alle konnten sie doch die Akzeptanz des Regimes sichern oder mindestens stützen. Auch das Buch von Baranowski, Shelley: *Strength through Joy. Consumerism and mass Tourism in the Third Reich*, Cambridge 2004 dokumentiert, dass die – u.a. im Rahmen der Rassenmaßnahmen initiierten – Kampagnen zur Arbeitshygiene, die billigen Pauschalurlaube und andere „pseudo-egalitäre“ Elemente der NS-Konsum- und Sozialpolitik ein großes und positives Echo in der deutschen Gesellschaft fanden.

<sup>32</sup> Gellately, Robert: *Backing Hitler. Consent and Coercion in Nazi Germany*, Oxford 2001, bzw. die deutsche Ausgabe: *Hingeschaut und weggesehen. Hitler und sein Volk*, München 2002, hier besonders S. 77–102 und 283–366. Das in dieser Hinsicht provokativste Buch von Aly, Götz: *Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus*, Frankfurt/Main 2005 hat gar eine heftige, für einen Ausländer auch indirekt sehr informative Diskussion in der deutschen Historiographie ausgelöst. Und jüngst erschien ein, in der Interpretation dem Aly'schen Werk sehr nahe stehendes Buch von Longerich, Peter: *Davon haben wir nichts gewusst! Die Deutschen und die Judenverfolgung 1933–1945*, München 2006, hier besonders S. 23–54 und 201–296, bzw. das Fazit auf den Seiten 313–328.

<sup>33</sup> Prinz 1993, S. 658–62 diskutiert sieben Hypothesen, mit denen die Zeitgeschichtsforschung diese Problematik zu erklären versucht.

<sup>34</sup> Schildt 1995, S. 30, sagt dazu: „Die ‚Führungsgruppen‘ der westdeutschen Gesellschaft bekamen trotz aller personellen Kontinuität ‚neue Funktionen und einen neuen Stellenwert‘.“ Er stützt sich dabei auf: Zapf, Wolfgang: *Führungsgruppen in West- und Ostdeutschland*. In: Ders.: *Beiträge zur Analyse der deutschen Oberschicht*, München 1965, S. 9–30. Vergleiche auch: Herbert, Ulrich: *Rückkehr in die Bürgerlichkeit? NS-Eliten in der Bundesrepublik*. In: Weisbrod, Bernd (Hrsg.): *Rechtsradikalismus in der politischen Kultur der Nachkriegszeit. Die verzögerte Normalisierung in Niedersachsen*, Hannover 1999, S. 157–173.

Konrad Adenauer?<sup>35</sup> Ludwig Erhard? Oder waren es die großzügigen Amerikaner,<sup>36</sup> welche dem besiegten und besetzten, aber bald auch schon verbündeten Deutschland den notwendigen (also gigantischen, auf allen Ebenen der damaligen Realität wirksamen) politischen, technischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Modernisierungsschub zu Teil werden ließen?<sup>37</sup> War also doch der Marshall-Plan die allgemein wirkende Paradiesursache?<sup>38</sup> Oder waren es schon „Europa“ und die ersten

<sup>35</sup> Diese, sonst dauerhaft von Hans-Peter Schwarz propagierte These über den prägenden Einfluss Konrad Adenauers machte sich 1993 auch Anselm Doering-Manteuffel in der Einführung des von ihm herausgegebenen Sammelbandes zueigen: Adenauerzeit. Stand, Perspektiven und methodische Aufgaben der Zeitgeschichtsforschung (1945–1967), Bonn 1993. Hans-Peter Schwarz beschäftigt sich mit der Modernisierer-Rolle Adenauers auch in seinen Anmerkungen zu Adenauer, München 2004, S. 141–161, hier besonders zu unserem Thema S. 142: „In der Tat ist das Bild vom restaurativen, wenn nicht gar rundum reaktionären Adenauer eine misslungene Karikatur. Der Begriff des Modernisierers wird seinem Wirken und auch seinem politischen Temperament viel besser gerecht. Das gilt für Adenauers Grundeinstellung zu Wirtschaft und zu Technik genauso wie für Teile seiner Gesellschaftspolitik, die Außenpolitik nicht zu vergessen. Allerdings war er *grosso modo* doch ein Modernisierer mit Augenmaß. Und ‚restaurative Inseln‘ sind auch bei ihm zu erkennen.“ Und auf der S. 145 erwähnt er – das Buch von Giesler, Hermann: Ein anderer Hitler. Bericht seines Architekten Hermann Giesler, Leoni 1977, S. 122f. zitierend –, dass angeblich schon Adolf Hitler Adenauer als einen erfolgreichen Modernisierer der Stadt Köln bewunderte.

<sup>36</sup> Dazu vergleiche vor allem den mächtigen Sammelband: Junker, Detlef (Hrsg.): Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges 1945–1990: Ein Handbuch, Stuttgart 2001, wo die ältere Literatur zusammengefasst wird. Aus der neueren Produktion vgl. dann besonders Bauerkämper, Arnd – Jarasch, Konrad H. – Payk, Marcus M. (Hrsg.): Demokratiewunder. Transatlantische Mittler und die Kulturelle Öffnung Westdeutschlands 1945–1970, Göttingen 2005, hier vor allem: Jarasch, Konrad H.: Amerikanische Einflüsse und deutsche Einsichten. Kulturelle Aspekte der Demokratisierung Westdeutschlands, S. 57–81, besonders dann seine vier Thesen über die „Demokratisierung als kultureller Wandlungsprozess“, S. 78–81.

<sup>37</sup> Einer der jüngsten Beiträge zur reichen Literatur über die wirtschaftliche Amerikanisierung bzw. über die technischen, organisatorischen und wirtschaftlichen amerikanischen Einflüsse in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg ist das Buch von Hilger, Susanne: „Amerikanisierung“ deutscher Unternehmen. Wettbewerbsstrategien und Unternehmenspolitik bei Henkel, Siemens und Daimler-Benz 1945/49–1975, Stuttgart 2004. Hilger appliziert die Methode der *new cultural history* auf die Wirtschaftsproblematik und definiert daher die „Amerikanisierung“ (S. 12.) nicht nur als Import von Maschinen und Problemlösungen, sondern auch als ein Bündel von den mit diesem Transfer verknüpften Reformen von Institutionen, Mentalität oder Normen. Sie wertet die US Technical Assistance and Productivity Mission der 50er Jahre sehr hoch und charakterisiert in dem Fazit ihres Buches (S. 280–287) die Amerikanisierung vor allem als eine signifikante Verschiebung im Wertekanon der Akteure.

<sup>38</sup> Es ist symptomatisch, dass Abelshäuser, Werner: Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945, München 2004, hier zitiert nach der Ausgabe Bonn 2005, das entsprechende Kapitel „Der Marshallplan: Mythos und Realität“ (S. 130–154) nennt. „Entgegen den hoch gespannten Erwartungen zu Beginn des Jahres 1948 spielte der Marshallplan für den westdeutschen Wiederaufbau zunächst keine große Rolle. Der Aufschwung, der im Herbst 1947 einsetzte, gelang im wesentlichen ohne Hilfe von außen. (...) Die Praxis des Marshallplans erfüllte auch nicht die Hoffnungen, die deutsche Wirtschaftspolitiker an ihn knüpften“ (S. 130).

Schritte der westeuropäischen Integration, welche die schnelle Überwindung der unermesslichen Kriegsschäden ermöglichten und den Startschuss für den Lauf zum Wohlstand im sozialmarktwirtschaftlichen Staat gaben?<sup>39</sup> Oder gab es doch eine größere oder mindestens abgeschwächte systemstützende Kontinuität mit der NS-Zeit?<sup>40</sup> Und wenn ja, war diese positiv? Es gibt Überlegungen, dass die Vorbedingungen der Nachkriegsmodernisierung von großer Wichtigkeit waren: Die Ausbeutung ganz Europas in den Kriegsjahren und die im Verlauf des Krieges immer intensivere, technische und technologische bzw. logistische Modernisierung der Rüstung schuf gute strukturelle und qualifikationsorientierte Bedingungen für einen schnellen Start der (west)deutschen Gesellschaft und Wirtschaft über die komplizierten späten 40er Jahre hinweg in die günstigeren Jahre des Korea-Krieges und die „guten Fünfziger“.<sup>41</sup>

Besonders seit dem Ende des „Stunde-Null-Mythos“ stellen die Forscher sehr eindringlich die Frage, ob und in welchem Maß die Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik in einer Kontinuität mit den Jahren der braunen NS-Revolution steht, bzw. inwieweit Kontinuitäten oder Umbrüche die Weichen für das deutsche Wunder gestellt haben.<sup>42</sup> Solche Fragen,

---

<sup>39</sup> Die im Kerne hoch positive Betrachtung des Marshallplans als ein Schlüsselsegment des Wiederaufbaus Europas bei Judt, Tony: Die Geschichte Europas seit dem Zweiten Weltkrieg, Bonn 2006, S. 83–123 lässt Deutschland eigentlich nur am Rande der Problematik auftreten. Der Autor merkt ferner allgemein an: „Der eigentliche Gewinn des Marshall-Plans war psychologischer Natur. Man könnte sagen, dass er den Europäern zu einem positiveren Selbstbild verhalf.“

<sup>40</sup> Es ist ja hinlänglich bekannt, dass einige Segmente der NS-Eliten (parallel zu dem Kreisauer oder Freiburger Kreis) seit 1943 mit der Niederlage Deutschlands „vorläufig“ gerechnet und sehr ähnliche Pläne für die Zeit nach dem Kriegsende entwickelt haben, also im Prinzip bereits im Rahmen des Paradigmas der „Sozialen Marktwirtschaft“. Diese Pläne sollten nicht überbewertet werden, allerdings zeigen sie, dass die Erhard'schen Prinzipien keine Einzelercheinung waren, sondern mitten im Strom der zeitgenössischen Modernisierungsüberlegungen standen. Vergleiche dazu mindestens Olzsewski, Henryk: Zwischen Begeisterung und Widerstand. Deutsche Hochschullehrer und der Nationalsozialismus, Poznań 1989, S. 168–184.

<sup>41</sup> Besonders Joachim Radkau stellt in diesem Kontext die Frage, ob die Nachkriegsrationalisierung und Modernisierung wirklich einen Weg der Überwindung des Nationalsozialismus markierte (wie sie sich selbst gegenüber der deutschen Gesellschaft legitimierte) oder ob sie eher eine Fortsetzung des Letzteren war. Vergleiche: Radkau, Joachim: Nationalsozialismus und Modernisierung. In: Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.): Scheidewege der deutschen Geschichte, München 1995, S. 183–197, hier S. 184.

<sup>42</sup> Frese, Matthias – Paulus, Julia – Treppe, Karl: Gesellschaft in Westfalen. Kontinuitäten und Wandel 1930–1960, Jahrbuch der historischen Forschung in der Bundesrepublik Deutschland 1998, München 1999, S. 44–53: „Ein wesentliches Ergebnis der Studien besteht darin, die Absage an die Stunde Null aufs Neue erhärten zu können, da die Entscheidungsträger unter Besatzungsbedingungen doch eher für Kontinuität und die Überlieferung der Tradition aus der Zeit vor 1945 bzw. 1933 sorgten.“ (S. 48)

allerdings auch deren strikte Zurückweisungen, könnte man gestützt auf die neuere Literatur nach Beliebigkeit aufstocken.<sup>43</sup>

Die Diskussion über die Gründe, Impulse, Methoden, Vorbedingungen und Auswirkungen des unerwartet schnellen und erfolgreichen Wiederaufbaus bzw. der ebenso erfolgreichen strukturellen „Modernisierung“ in den meisten Segmenten der bundesdeutschen Realität seit den späten 50er und besonders seit den 60er Jahren setzte sich über die 90er Jahre bis heute fort – ohne klare, definitive Ergebnisse zu bringen. Die Forschung auf diesem Felde schreitet in den letzten Jahren schnell voran, es häufen sich Projekte, Einzelstudien, Sammel- und Tagungsbände<sup>44</sup> sowie seit dem Jubiläumsjahr 1999 auch die ersten (kritischen) Synthesen der gesamtdeutschen bzw. (gesamten) bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte.<sup>45</sup> Es zeigt sich

---

<sup>43</sup> Als Beispiel kann die Polemik zwischen Werner Abelshäuser und Christoph Buchheim über die Kontinuität der Wirtschaftsentwicklung über den Umbruch des Jahres 1945 hinaus bzw. über die Rolle der NS-Modernisierung für das spätere bundesdeutsche Wirtschaftswunder erwähnt werden. Die Studie von Abelshäuser, Werner: *Kriegswirtschaft und Wirtschaftswunder. Deutschlands wirtschaftliche Mobilisierung für den zweiten Weltkrieg und die Folgen für die Nachkriegszeit*, Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 47 (1999), S. 503–538 wurde scharf kritisiert von Buchheim, Christoph: *Die Wirtschaftsentwicklung im Dritten Reich – mehr Desaster als Wunder*, Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 49 (2001), S. 653–664. Buchheim stützt sich hier auf seine Studie: *Zur Natur des Wirtschaftsaufschwungs in der NS-Zeit*. In: Ders. (Hrsg.): *Zerrissene Zwischenkriegszeit. Wirtschaftshistorische Beiträge*. Knut Borchardt zum 65. Geburtstag, Baden-Baden 1994, S. 97–119. Vergleiche auch: Ders.: *The Nazi Boom. An Economic Cul-de-Sac*. In: Hans Mommsen (Hrsg.): *The Third Reich Between Vision and Reality*, Oxford – New York 2001, S. 79–94.

<sup>44</sup> An dieser Stelle müssen mindestens zwei umfangreiche, klug konzipierte und thematisch sehr breit angelegte synthetisierende Sammelbände erwähnt werden, die viel Publikum und Interesse gefunden haben: Schildt, Axel – Sywottek, Arnold (Hrsg.): *Modernisierung im Wiederaufbau: die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre*, Bonn 1998 und Schildt, Axel – Siegfried, Detlef – Lammers, Karl Christian (Hrsg.): *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften*, Hamburg 2000 (dritte Ausgabe 2003). Eine interessante Sammelbandserie besteht für die breit (auch „zivilisatorisch“) verstandene Kulturgeschichte der 1950er bis 1970er Jahre: Faulstich, Werner (Hrsg.): *Die Kultur der 50er Jahre*, München 2002; Ders. (Hrsg.): *Die Kultur der 60er Jahre*, München 2003; Ders. (Hg.): *Die Kultur der 70er Jahre*, München 2004.

<sup>45</sup> Es ist nicht möglich, hier eine breitere Bibliographie anzuführen. Einige Synthesen der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte sind auch wissenschaftlich nur wenig ergiebige Übersichtsdarstellungen. Trotzdem sollten an dieser Stelle wenigstens wichtigere und jüngere Werke erwähnt werden. Die Anfangsphase der Nachkriegszeit behandelt das (schon in der 5. überarbeiteten Ausgabe vorliegende) Buch von Benz, Wolfgang: *Die Gründung der Bundesrepublik: von der Bizone zum souveränen Staat*, München 1999. Dieselbe Zeit schildert auch das letzte Kapitel des bisher jüngsten Bandes der großen Synthese von Wehler, Hans-Ulrich: *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 4, *Vom Beginn des Ersten Weltkrieges bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914–1949*, München 2003, S. 941–984. In diese Reihe gehört auch das Buch von Sontheimer, Kurt: *Die Adenauer-Ära: Die Grund-*



aber dadurch klar, dass die Nachkriegsentwicklung keineswegs von „Null“ ausging. Die Forschung über die Geschichte des 20. Jahrhunderts zeigt allgemein eine klare Dominanz der Kontinuitätstendenzen gegenüber den Diskontinuitäten. In dieser Perspektive kann die „post-nationalsozialistische Stunde Null“ auch als ein bloßer Bestandteil des entlastenden Diskontinuitäts- und Verdrängungsmythos der deutschen (bis heute andauernden?) Nachkriegszeit verstanden werden.<sup>46</sup> Es gab allerdings keine Stunde Null, es gab nur einen sehr ungleichmäßigen Strom der Kontinuitäten und Brüche, aus welchem sich die neue Nachkriegsrealität stufenweise konstituierte.

Die NS-Zeit, die „Stunde-Null-Jahre“ 1945-1948 und die Jahre des im Grunde bis zum „Ölschock“ von 1973 andauernden steilen Aufschwungs wa-

---

gung der Bundesrepublik, München 1991 (inzwischen schon die vierte Ausgabe 2006), ebenso wie die großen, biographisch (Konrad Adenauer!) definierten synthetischen Blicke von Hans-Peter Schwarz auf die Jahre 1945-1963. Die Reihe von wichtigeren Synthesen der Geschichte der BRD eröffnen die Publikationen zum 50. Jubiläum der Republik: Sontheimer, Kurt: So war Deutschland nie, Anmerkungen zur politischen Kultur der Bundesrepublik, München 1999 lieferte eine Überblicksdarstellung über die politische Kultur der ganzen Epoche 1949-1999. Der Nachkriegszeit wird auch der größte Teil des zweiten Bandes der Synthese der politischen Geschichte Deutschlands von Winkler, Heinrich August: Der lange Weg nach Westen, Bd. 2, Deutsche Geschichte vom „Dritten Reich“ bis zur Wiedervereinigung, München 2000, S. 116-660 (Taschenbuchausgabe 2006) gewidmet. Manfred Görtemakers Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart, München 1999 ist eine opulente Übersichtsdarstellung, die (noch einmal 2004) dem Publikum vorgelegt wurde. Der Heidelberger Historiker der mittleren Generation Edgar Wolfrum lieferte gleich zwei Fassungen seiner thematisch breit angelegten Synthese: Die glückliche Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, Stuttgart 2006 unterscheidet sich von der etwas knapperen Fassung für die 10. Ausgabe von: Gebhardt. Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 23, Die Bundesrepublik Deutschland 1949-1990, Stuttgart 2005 vor allem durch die Anwesenheit des Anmerkungsapparates und durch die Aufmerksamkeit, die der Verfasser auch den 90er Jahren widmet. Und last but not least muss auch der dicke Band erwähnt werden, den Andreas Wirsching jüngst den 80er Jahren gewidmet hat: Abschied vom Provisorium 1982-1990. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 6, München 2006.

<sup>46</sup> Die Vorstellung über eine klare Diskontinuität, also über die Stunde Null bzw. über den alle Deutschen entlastenden Tod Hitlers hat vor allem Golo Mann, Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Frankfurt a. M. 1958 etabliert. Die jüngste Ausgabe dieses epochal erfolgreichen und in Dutzenden Ausgaben durch die Welt laufenden Buches erschien in Zürich 2007. Zitat aus der Sonderausgabe: Mann, Golo: Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Frankfurt/Main 1992, S. 962: „Kaum war der Lustraum dieses Menschen ausgeträumt, so war es, als ob die Nation aus langer Betäubung erwachte. Kein Gedanke daran, dass Regime und Partei ihn überleben könnten; auch dann nicht, wenn die fremden Sieger nicht jetzt die Herren in Deutschland gewesen wären. Der böse Zauber hielt nicht länger als der Zauberer. Mit ungläubigem Staunen fanden die Alliierten, dass es in dem Land, das zwölf Jahre lang vom Nationalsozialismus regiert worden war, eigentlich überhaupt keine Nationalsozialisten gab.“

ren sehr eng mit der vorherigen Entwicklung verbunden: durch persönliche Kontinuitäten, durch wirtschaftliche, technologische usw. Kontinuitätsstränge, vor allem aber durch Denkstereotype, Mentalitäts- und Vorstellungskontinuitäten, die mindestens bis zur Mitte der 70er Jahre sichtbar waren.<sup>47</sup> Notwendigerweise ist in Betracht zu ziehen, dass schon in den Kriegsjahren der Wiederaufbau Deutschlands und seiner Städte durch die NS-Architekten gezielt geplant und als eine positive Chance ihrer Modernisierung (also als ein großzügiger Neubau auf dem Trümmerfeld) betrachtet wurde.<sup>48</sup> Es können aber auch weitere – komplizierte, oft widersprüchliche, aber doch deutliche – „Kontinuitäten der Modernisierungen“ aufgespürt werden, und zwar quer durch die politisch so unterschiedlichen Epochen und Umbrüche, vom Weimar bis zu den frühen 70er Jahren.<sup>49</sup> Die Entwicklung der Nachkriegszeit verlief offensichtlich mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten und Begleiterscheinungen im städtischen Milieu und auf dem Lande, im Norden und im Süden, in den unterschiedlichen Segmenten der bundesdeutschen Realität. Erst Anfang der 60er Jahre kam es zu einer Generationenwende, die sich jedoch erst Mitte der 70er Jahre definitiv vollzogen hatte. Umso deutlicher markierten auch die wirtschaftlichen und Konsumumbrüche der späten 50er und der späten 60er Jahre die Entwicklung der bundesdeutschen Gesellschaft, ganz zu schweigen von den kulturellen und Mentalitätswandlungen im Laufe der siebten Dekade des 20. Jahrhunderts.

\* \* \*

<sup>47</sup> Vergleiche vor allem: Grunenberg, Nina: Die Wundertäter: Netzwerke der deutschen Wirtschaft 1942–1966, München 2006 (zweite Ausgabe 2008). Wehler 2003, S. 96f. sagt zu diesem Thema über die Beamenschaft: „(...) dass Beamte im Vollgefühl ihrer Verfügungsmacht arrogant, selbtherrlich, ja in demselben autoritären Stil Herrschaft im Alltag praktizierten, mit dem sie im „Dritten Reich“ über Menschenschicksale verfügt hatten“ und dass „(...) dieses Berufsbeamtentum in erstaunlicher personeller Kontinuität die Zäsur von 1945 bis 1949 genauso überlebte, wie es den Einschnitt von 1918/19 überstanden hatte“. Die jüngsten Tagungsberichte zeigen, dass dieselben Kontinuitäten z. B. auch für die (geheime Staats-) Polizei galten. Vergleiche dazu auch die Antwort der Bundesregierung auf die Anfrage von FDP-Abgeordneten: Drucksache 16/7379 aus dem Jahre 2007.

<sup>48</sup> Häußermann, Hartmut – Läßle, Dieter – Siebel, Walter: Stadtpolitik, Frankfurt/Main 2008, Kapitel „Stadtentwicklung nach 1945“, S. 78–111, hier S. 78f. sagt über die Nachkriegsrekonstruktionen deutscher Städte: „Teils wurden diese von einer Planerelite formuliert, die bereits vor Kriegsende, geprägt vom totalitären Planungsanspruch des Dritten Reiches, die Zerstörung des Krieges als Chance begriffen hatte, endlich die Stadt der Moderne zu errichten oder doch wenigstens grundsätzliche Konsequenzen aus dem Luftkrieg zu ziehen.“

<sup>49</sup> Schon im Jahre 1993 hatte dazu Axel Schildt eine inspirierende Studie publiziert: Nachkriegszeit. Möglichkeiten und Probleme einer Periodisierung der westdeutschen Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg und ihre Einordnung in die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts, Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 44 (1993), S. 567–584.

Ist es aber gar möglich, den Begriff und das Paradigma der „Modernisierung“ allgemein zu benutzen oder gibt es nur bestimmte historischen Situationen und geographische Milieus, für die sie anwendbar sind? Und was ist unter dem Begriff der Modernisierung eigentlich zu verstehen? Es gab und gibt praktisch keine Debatte unter tschechischen Historiker zu diesem Thema.<sup>50</sup> Die heutige tschechische Soziologie sieht die „Modernisierung“ in der älteren Tradition vor allem als eine technologische und weniger als eine soziale Innovation an. Es wird erwähnt, dass „der Prozess der Modernisierung ebenso von positiven wie von negativen sozialen Konsequenzen begleitet wird“<sup>51</sup> – er bringt also eine Verbesserung des Lebens- und Konsumstandards mit sich, kann aber auch Arbeitslosigkeit oder die soziale Entwertung einiger bestehender sozialer Systeme und sozialer Gruppen verursachen, welche auf höhere Ansprüche des Konsums nicht hinreichend reagieren können. Weiter wird auch auf eine breitere Betrachtung dieses Begriffes aufmerksam gemacht: „Modernisierung“ wird als Wertungskategorie bei der Bewertung von Denkweise und Entwicklungsstufe der Gesellschaft – auch in Bezug auf „Macht“ (eine modernisierte Gesellschaft als die „mit der Macht beherrschende“ gegenüber einer traditionellen Gesellschaft, d.h. die „durch die Macht beherrschte“) – verstanden. Schließlich wird darauf aufmerksam gemacht, dass „die Modernisierung auch die Grenzen der wissenschaftlich gestützten und technisch realisierten Optimalisierung verdeutlicht und die Wichtigkeit der kulturellen Formen der Solidarität und Selbstorganisation impliziert. In der jüngeren Interpretation versteht man unter der Modernisierung einen Gleichlauf der Rationalisierung und der Kultivierung.“ Diese Betrachtung reicht also von der technischen Innovation über die Konsumsteigerung und die soziale Organisation bis hin zur Begegnung von Rationalisierung und Kultivierung. Dabei bleibt man im Prinzip bei der überwiegend positiven Wertung des Modernisierungsbegriffs: Eher werden mögliche kollaterale Schäden als dramatische Auswirkungen einer „negativen“, „pathologischen“ oder „pervertiert-mörderischen“ Modernisierung der ganzen Gesellschaften erwogen.

---

<sup>50</sup> Der philosophische Aufsatz von Pešková, Jaroslava: Artikulace a komunikace problému modernismu. Reflexe roviny duchovní skutečnosti (Die Artikulation und die Kommunikation des Problems des Modernismus. Eine Reflexion der Ebene der geistigen Realität), *Prameny české moderní kultury* 1 (1988), S. 28–39 fokussierte auf die kunsthistorische und ästhetische Problematik um 1900, behandelte also die Problematik der Modernisierung nicht in einem breiteren geschichtstheoretischen Kontext.

<sup>51</sup> Hier und im Folgenden: Koudelka, Ferdinand: *Modernizace*. In: Milan Petrusek (Hrsg.): *Velký sociologický slovník*, Praha 1996, S. 644f.

Dabei wurde schon in den 80er Jahren auf die prinzipielle Widersprüchlichkeit der „Moderne“ in ihrer „klassischen“, nämlich durch Max Weber erdachten Konstruktion hingewiesen. Detlev J. K. Peukert hat dies in seinem Buch über Max Webers Diagnose der Moderne mit folgenden Worten charakterisiert: „Max Weber hat uns keine formelhafte Definition seiner Epoche, unserer Moderne hinterlassen, und auch angesichts seines Verständnisses von Historie wohl kaum geben wollen. Dennoch hebt er immer wieder zumindest vier strukturbestimmende Phänomene hervor, die uns zu einer definitiven Annäherung an die Moderne dienen können: kapitalistische Wirtschaft und industrielle Klassengesellschaft, rational-bürokratische Weltbemächtigung, rationalisierte und sozialdisziplinierte Lebensführung. Eine von der Kontingenz dieser Phänomene bestimmte Moderne kann nur widersprüchlich sein, ja sie weist unaufhebbare Antinomien auf.“<sup>52</sup> Diese Betrachtung bezieht sich zwar vor allem auf die „klassische“ Epoche der Moderne, also die Jahre von etwa 1880 bis 1930. Peukert mahnt allerdings den zyklischen Charakter der Moderne an: Der Phase der Vorbereitung, der Konzeptionierung und des Aufbruchs folge die Phase der Durchsetzung der Innovationen und zugleich eine Zeit der zunächst latenten, dann offenen Krise. „Was ihr folgt, aus ihr sich folgert, sind die verschiedenartige Versuche, in ihr (der Moderne) oder gegen sie aus der Krise herauszukommen, archetypisch in Amerikas New Deal und Deutschlands Nationalsozialismus gegenübergestellt. (...) Insofern erscheint uns die Moderne gleich zweifach problematisch. In ihrem Grundcharakter ist sie antinomisch, aufhebbar doppelsichtig.“<sup>53</sup>

Die Diskussion über die Charakteristika der Moderne bzw. der Modernisierung entflammte schon in den 60er Jahren – u.a. durch eine erneute politische, soziale und vor allem kulturelle Wende im gesamten Europa, die parallel auch in den USA initiiert wurde. Schon damals ging es vor allem um die mögliche Modernität des NS-Regimes.<sup>54</sup> Diese Aspekte betreffen die „negative“ Moderne: Der Holocaust als eines der möglichen Ergebnisse der ethisch negativen, pervers-rationalisierten Modernisierung wurde in-

<sup>52</sup> Peukert, Detlev J. K.: Max Webers Diagnose der Moderne, Göttingen 1989, S. 64.

<sup>53</sup> Ebd., S. 66.

<sup>54</sup> Dahrendorf, Ralf: Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1966; Schoenbaum, David: Hitlers social revolution. Class and status in Nazi Germany 1933–1939, Garden City 1966 (die deutsche Ausgabe erschien unter dem Titel: Die braune Revolution. Eine Sozialgeschichte des Dritten Reiches, Köln – Berlin 1968 mit einem Nachwort von Hans Mommsen). Zum Charakter der europäischen „Revolte von 1968“ vergleiche jüngst: Frei, Norbert: 1968. Jugendrevolte und globaler Protest, München 2008.

zwischen auch und vor allem im polnisch-jüdischen Milieu intensiv thematisiert. Die Schlüsselidee Zygmunt Baumans, dass jede Moderne ein Zerstörungspotenzial in sich berge und damit notwendigerweise ambivalent sei, hat der Vorstellung einer ausschließlich positiv zu bewertenden „Modernisierung“ einen vielleicht entscheidenden Schlag versetzt.<sup>55</sup>

Ein erneutes Interesse an der Modernisierung brachte dann das Ende des Kalten Krieges. Es ist verständlich, dass diese Modernisierungsprozesse vor allem von Osteuropahistorikern diskutiert wurden und werden: Sie beschäftigen sich mit einem Raum, in dem die neue Welle der beschleunigten – komplexen – Modernisierung die Frage nach den historisch älteren Modernisierungsphasen, Konzepten oder auch Problemen wieder aufgeworfen hat. Es ist auch typisch, dass die osteuropäisch<sup>56</sup> geprägte Debatte praktisch keinen Bezug zum aktuellen Stand der zeitgeschichtlichen, „innerdeutsch“ orientierten Modernisierungsdiskussionen hat.<sup>57</sup>

Die zwei wichtigsten deutschsprachigen Texte, welche die Problematik der Modernisierung im Kontext der neuen Bewertung der „Osteuropageschichte“ in den jüngsten Jahren neu thematisiert haben, sind die Einführungen zu den im Jahre 2006 erschienenen Büchern von Stefan Plaggenborg und von Bianka Pietrow-Ennker. Auch die letztgenannte Historikerin wundert sich, „wie stark gelegentlich die Scheu von Historikern ist, diesen Begriff zu definieren.“ Er werde „zum Teil assoziativ gebraucht“.<sup>58</sup> Sie selbst verortet die Modernisierung vor allem im Bereich von „differenzierten und ökonomisch effizienten Gesellschaftsordnungen“, bleibt also in der Tradition der strukturalistischen, positiv konnotierten Benutzung die-

---

<sup>55</sup> Bauman, Zygmunt: *Modernity and the Holocaust*, Ithaca 1989; Ders.: *Dialektik der Ordnung*, Hamburg 1992 und Ders.: *Moderne und Ambivalenz. Das Ende der Eindeutigkeit*, Frankfurt/Main 1995; Kolakowski, Leszek: *Modernity on endless trial*, Chicago 1990, deutsch als: *Die Moderne auf der Anklagebank*, Zürich 1991.

<sup>56</sup> Es ist symptomatisch, dass „Osteuropa“ weiterhin als „die Staaten östlich der Oder“, also in dem Paradigma des Kalten Krieges verstanden wird (vgl. Pietrow-Ennker, Bianka: *Einführung in die Thematik*. In: Goehrke, Carsten – Pietrow-Ennker, Bianka (Hrsg.): *Städte im östlichen Europa. Zur Problematik von Modernisierung und Raum vom Spätmittelalter bis zum 20. Jahrhundert*, Zürich 2006, S. 8) oder als Gebiete „östlich von der Elbe und der Leithe“ bzw. auf dem Gebiet der Imperien der Osmanen, Habsburger und Romanovs (vgl. Kappeler, Andreas: *Bedenkenswertes Rezept – problematisches Rezept. Zum Plädoyer Jörg Baberowskis „Das Ende der Osteuropäischen Geschichte“*, *Osteuropa* 48 (1998), S. 1198–1202, hier S. 1999f.).

<sup>57</sup> Eine Zusammenfassung dieser Diskussionen findet sich vor allem in den in der Fußnote 17 zitierten Werken von Riccardo Bavaj und in dem auch in der Fußnote 17 zitierten Text von Axel Schildt.

<sup>58</sup> Pietrow-Ennker 2006, S. 8.

ses Begriffes. Allerdings stimmt Pietrow-Ennker der Kritik von Hans-Ulrich Wehler an jenen Positionen zu, welche im politisch-ideologischen Kontext auch historiographisch die Modernisierung an dem ökonomischen und politischen Erfolg der untersuchten Gesellschaft in Hinblick auf ihre Fähigkeit zu Mobilität, Produktivität und Konfliktlösungsmechanismen zu messen versuchten: „Modernisierung erschien als ein irreversibler, unilinear Prozess mit zwangsläufiger Sogwirkung auf traditionelle Gesellschaften. An diesem Verständnis von Modernisierung ist aus gesellschafts- und kulturgeschichtlicher Perspektive zu Recht Kritik geübt worden.“<sup>59</sup>

Mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit, auch die „neuen“ kulturellen Komponenten (Geist, Sinn und Ideenwelt) in die Modernisierungskonzepte zu integrieren, schließt sich dann Pietrow-Ennker der Theorie der niederländischen Soziologen Hans van der Loo und Willem van Reijen an,<sup>60</sup> welche „die Wechselwirkung von Struktur (Welt) und menschlichem Handeln (Kultur)“ analysieren, aus der sich „eine spezifische Entwicklungsdynamik“ ergebe. Sie verdeutlichen ihre Kritik an unilinearen Modernisierungsansätzen und möchten „auch rückschrittliche Entwicklungen mit ihrem Interpretationsmodell erfassen“:<sup>61</sup> Modernisierung werde definiert als „Komplex miteinander zusammenhängender struktureller, kultureller, psychischer und physischer Veränderungen, der sich in den vergangenen Jahrhunderten herauskristallisiert und damit die Welt, in der wir augenblicklich leben, geformt hat und noch immer in eine bestimmte Richtung lenkt“.<sup>62</sup> Pietrow-Ennker verdeutlicht, dass diesem Modell der Modernisierung noch „die widersprüchlichen Dimensionen von Modernisierung an historischen Gegenständen“ hinzuzufügen sind. Mir kommt es allerdings so vor, als ob dieses Modell eher eine allgemeine Entwicklung beschreibt als jenen Typ der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, technischen, kulturellen usw. strukturellen Entwicklung zu charakterisieren, der sich durch eine besondere („positive“ wie „negative“) Dynamik auszeichnet.

---

<sup>59</sup> Ebd., S. 9 mit einem Hinweis auf das schon „klassischen“ Buch von Wehler, Hans-Ulrich: *Modernisierung und Geschichte*, Göttingen 1975 und Ders.: *Die Gegenwart als Geschichte*, München 1995, S. 13–59. Vgl. zu den neuen Ansätzen Mergel, Thomas: *Geht es weiterhin voran? Die Modernisierungstheorie auf dem Weg einer Theorie der Moderne*. In: Mergel, Thomas – Welskopp, Thomas (Hrsg.): *Geschichte zwischen Kultur und Gesellschaft. Beiträge zur Theoriedebatte*, München 1997, S. 203–232.

<sup>60</sup> Loo, Hans van der – Reijen, Willem van: *Modernisierung. Projekt und Paradox*, München 1992.

<sup>61</sup> Pietrow-Ennker 2006, S. 11.

<sup>62</sup> Loo – Reijen 1992, S.11, zitiert nach: Pietrow-Ennker 2006, S. 11.

Stefan Plaggenborg arbeitet mit der Voraussetzung einer „uneinheitlichen europäischen Moderne des 20. Jahrhunderts“. Diese zeige sich, „wenn man sie historisiert und dennoch als ein gemeinsames europäisches Projekt begreift, das asynchron ablief und regional zu unterschiedlichen Resultaten führte, ohne dass jedoch die westeuropäisch-atlantische Großregion normativ zu setzen wäre, für deren theorieleitende Hegemonie unter heutigen Gesichtspunkten kein überzeugendes Argument genannt wurde und in Anbetracht der langjährig geäußerten Kritik an der Modernisierungsforschung auch wohl kaum zu finden ist“.<sup>63</sup> Die einleitende theoretische Studie seines Buches über das sowjetische „Experiment Moderne“ ist philosophisch überzeugend begründet. Es handelt sich dabei um einen der besten Texte, den ich in der ganzen deutschen Literatur zu dieser Problematik bisher gelesen habe. Im Bewusstsein, dass „der Paradigmenwechsel zur Kulturgeschichte unmittelbar mit der Kritik an der Modernisierungsforschung im Zusammenhang“<sup>64</sup> stehe, stützt er sich auf die Idee von Alain Touraine, dass die Befreiung des Subjekts in den Mittelpunkt der Modernedefinition zu stellen sei, da ohne sie jede Verbindung zwischen der kulturellen und der sozialen und politischen Modernisierung unmöglich werde.<sup>65</sup>

Plaggenborg ist sich dabei aber auch der Habermasschen Wahrheit über die „Uniformisierung und Auszehrung der Lebenswelten und ihre Schutzlosigkeit gegenüber Systemimperativen“ bewusst und mahnt daher gemeinsam mit Touraine an, dass „gerade das 20. Jahrhundert jedoch die Grunderfahrung der zerstörerischen Macht kollektiver Kräfte über die Individuen und die der Verwandlung von Vernunftprogrammen in Willkür und Repression“ habe.<sup>66</sup> Und mit Stephen Toulmin weist er darauf hin, dass „die Kennzeichen der Moderne Systematisierung, Abstraktion, Allgemeingültigkeit physikalischer und sozialer Gesetze, Gewissheit über die Lösung von Problemen im Sinne des Systems, Herrschaft der Rationalität, hierarchische Stabilität der Weltordnung und die Vorstellung von der vollkommenen Neuordnung der Welt nach rationalen Kriterien“<sup>67</sup> seien. Diesem Konzept möchte man nur die Notwendigkeit des metaphysischen Denkens

---

<sup>63</sup> Plaggenborg, Stefan: *Experiment Moderne. Der sowjetische Weg*, Frankfurt – New York 2006, S. 11.

<sup>64</sup> Ebd., S. 14.

<sup>65</sup> Touraine, Alain: *Krise und Wandel des sozialen Denkens*. In: Johannes Berger (Hrsg.): *Die Moderne – Kontinuität und Zäsuren*, Göttingen 1986, S. 15–40.

<sup>66</sup> Plaggenborg 2006, S. 14.

<sup>67</sup> Ebd., S. 17; Toulmin, Stephen: *Kosmopolis. Die unerkannten Aufgaben der Moderne*, Frankfurt/Main 1991, S. 286.

hinzufügen... Plaggenborg spricht stattdessen von der Überzeugung (in seinem Fall der russischen Bolschewiki) über die „finale Stabilität unter Missachtung des Humanen“.<sup>68</sup>

Inwieweit können wir also unter solchen definitorischen Bedingungen mit gutem Gewissen über die „Modernität oder Modernisierung“ auch in der „westdeutschen Nachkriegszeit“ sprechen? Und spielt überhaupt die (in keinem Fall nur sozial verstandene) „Qualität des Lebens“ als eine die mittleren und unteren Schichten der Massengesellschaft betreffende Komponente eine Rolle in allen diesen Konzepten der „Modernisierung“ im 20. Jahrhundert? Ist es gar möglich, die Modernisierung des 20. Jahrhunderts in einem – in der empirischen Forschung real umsetzbaren – Modell zusammenzufassen, das die „amerikanischen“, die „westeuropäischen“, die „nationalsozialistischen“, die „sowjetischen“ und die „postsowjetischen“ Modernisierungen in ihrer thematischen Breite integriert? Und trotzdem tut dies die empirische Forschung aus einem guten Grund, nämlich um eine Reihe von manchmal sehr unterschiedlichen und kompliziert vernetzten Prozessen und Entwicklungen zu beschreiben und zu verstehen. Zur *Bewertung* dieser Prozesse reicht der Begriff der Modernisierung allerdings kaum mehr aus...

## Literaturverzeichnis

- Abelshauer, Werner: Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945, München 2004.
- Abelshauer, Werner: Kriegswirtschaft und Wirtschaftswunder. Deutschlands wirtschaftliche Mobilisierung für den zweiten Weltkrieg und die Folgen für die Nachkriegszeit, Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 47 (1999), S. 503–538.
- Altweg, Jürg: Die Heidegger Kontroverse, Frankfurt/Main 1988.
- Aly, Götz: Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, Frankfurt/Main 2005.
- Baranowski, Shelley: Strength through Joy. Consumerism and mass Tourism in the Third Reich, Cambridge 2004.
- Bauerkämper, Arnd – Jarausch, Konrad H. – Payk, Marcus M. (Hrsg.): Demokratiewunder. Transatlantische Mittler und die Kulturelle Öffnung Westdeutschlands 1945–1970, Göttingen 2005.
- Bauman, Zygmunt: Dialektik der Ordnung, Hamburg 1992.
- Bauman, Zygmunt: Moderne und Ambivalenz. Das Ende der Eindeutigkeit, Frankfurt/Main 1995.

---

<sup>68</sup> Ebd., S. 21.



- Bauman, Zygmunt: *Modernity and the Holocaust*, Ithaca 1989.
- Bavaj, Riccardo: *Die Ambivalenz der Moderne im Nationalsozialismus. Eine Bilanz der Forschung*, München 2003.
- Bavaj, Riccardo: *Modernisierung, Modernität und Moderne. Ein wissenschaftlicher Diskurs und seine Bedeutung für die historische Einordnung des „Dritten Reiches“*, *Historisches Jahrbuch* 125 (2005), S. 413–451.
- Benz, Wolfgang: *Die Gründung der Bundesrepublik: von der Bizone zum souveränen Staat*, München 1999.
- Buchheim, Christoph: *Zur Natur des Wirtschaftsaufschwungs in der NS-Zeit*. In: Ders. (Hrsg.): *Zerrissene Zwischenkriegszeit. Wirtschaftshistorische Beiträge. Knut Borchardt zum 65. Geburtstag*, Baden-Baden 1994, S. 97–119.
- Buchheim, Christoph: *The Nazi Boom. An Economic Cul-de-Sac*. In: Hans Mommsen (Hrsg.): *The Third Reich Between Vision and Reality*, Oxford – New York 2001, S. 79–94.
- Buchheim, Christoph: *Die Wirtschaftsentwicklung im Dritten Reich – mehr Desaster als Wunder*, *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 49 (2001), S. 653–664.
- Dahrendorf, Ralf: *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*, München 1966.
- Doering-Manteuffel, Anselm: *Adenauerzeit. Stand, Perspektiven und methodische Aufgaben der Zeitgeschichtsforschung (1945–1967)*, Bonn 1993.
- Dubský, Ivan: *Ve věci Heidegger. Problém Heideggerovy biografie*, Praha 1997.
- Echternkamp, Jörg: *Nach dem Krieg. Alltagsnot, Neuorientierung und die Last der Vergangenheit 1945–1949*, Zürich 2003.
- Farías, Viktor: *Heidegger et le nazisme*, Paris 1987 diskutiert, edierte Altweg, Jürg: *Die Heidegger Kontroverse*, Frankfurt/Main 1988.
- Faulenbach, Bern – Jelich, Paul Josef (Hrsg.): *Reaktionäre Modernität und Völkermord*, Essen 1994.
- Faulstich, Werner (Hrsg.): *Die Kultur der 50er Jahre*, München 2002.
- Faulstich, Werner (Hrsg.): *Die Kultur der 60er Jahre*, München 2003.
- Faulstich, Werner (Hrsg.): *Die Kultur der 70er Jahre*, München 2004.
- Frei, Norbert: *1968. Jugendrevolte und globaler Protest*, München 2008.
- Frese, Matthias – Paulus, Julia – Treppe, Karl: *Gesellschaft in Westfalen. Kontinuitäten und Wandel 1930–1960*, *Jahrbuch der historischen Forschung in der Bundesrepublik Deutschland* 1998, München 1999, S. 44–53.
- Gall, Lothar: *Die Bundesrepublik in der Kontinuität der deutschen Geschichte*, *Historische Zeitschrift* 239 (1984), S. 603–613.
- Gebhardt. *Handbuch der deutschen Geschichte*, Bd. 23, *Die Bundesrepublik Deutschland 1949–1990*, Stuttgart 2005.
- Gellately, Robert: *Backing Hitler. Consent and Coercion in Nazi Germany*, Oxford 2001 (deutsche Ausgabe: *Hingeschaut und weggesehen. Hitler und sein Volk*, München 2002).
- Giddens, Anthony: *Konsequenzen der Moderne*, Frankfurt/Main 1995.

- Giesler, Hermann: Ein anderer Hitler. Bericht seines Architekten Hermann Giesler, Leoni 1977.
- Görtemaker, Manfred: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart, München 1999.
- Grebing, Helga: Der „deutsche Sonderweg“ in Europa 1806–1945. Eine Kritik, Stuttgart 1986.
- Grunenberg, Nina: Die Wundertäter: Netzwerke der deutschen Wirtschaft 1942–1966, München 2006.
- Häußermann, Hartmut – Läßle, Dieter – Siebel, Walter: Stadtpolitik, Frankfurt/Main 2008.
- Herbert, Ulrich: Rückkehr in die Bürgerlichkeit? NS-Eliten in der Bundesrepublik. In: Weisbrod, Bernd (Hrsg.): Rechtsradikalismus in der politischen Kultur der Nachkriegszeit. Die verzögerte Normalisierung in Niedersachsen, Hannover 1999, S. 157–173.
- Hildermeier, Manfred: Die Sowjetunion 1917–1991, München 2001, S. 139–143.
- „Historikerstreit“. Die Dokumentation einer Kontroverse um die Einzigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München 1987.
- Hilger, Susanne: „Amerikanisierung“ deutscher Unternehmen. Wettbewerbsstrategien und Unternehmenspolitik bei Henkel, Siemens und Daimler-Benz 1945/49–1975, Stuttgart 2004.
- Iggers, Georg G.: Geschichtswissenschaft im 20. Jahrhundert, Göttingen 1993, S. 93–99.
- Judt, Tony: Die Geschichte Europas seit dem Zweiten Weltkrieg, Bonn 2006, S. 83–123.
- Junker, Detlef (Hrsg.): Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges 1945–1990: Ein Handbuch, Stuttgart 2001.
- Kaiser, Tobias: Rezension zu: Roginskij, Arsenij – Rudolph, Jörg – Drauschke, Frank – Kaminsky, Anne (Hrsg.): „Erschossen in Moskau ...“. Die deutschen Opfer des Stalinismus auf dem Moskauer Friedhof Donskoje 1950–1953, Berlin 2005. In: H-Soz-u-Kult, 21. 02. 2008, <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2008-1-146> (Stand: 02. 03.2008)
- Kappeler, Andreas: Bedenkenswerte Diagnose – problematisches Rezept. Zum Plädoyer Jörg Baberowskis „Das Ende der Osteuropäischen Geschichte“, Osteuropa 48 (1998), S. 1198–1202.
- Kleßmann, Christoph: Ein stolzes Schiff und kratzende Möwen. Die Geschichte der Bundesrepublik und ihre Kritiker, Geschichte und Gesellschaft 11 (1985), S. 476–494.
- Kleßmann, Christoph: Stationen des öffentlichen und historiographischen Umgangs in Deutschland mit der Zäsur von 1945. In: Papenfuß, Dietrich – Schieder, Wolfgang (Hrsg.): Deutsche Umbrüche im 20. Jahrhundert, Köln – Weimar – Wien 2000, S. 459–472.

- Kocka, Jürgen: 1945: Neubeginn oder Restauration? In: Stern, Carola – Winkler, Heinrich August (Hrsg.): Wendepunkte deutscher Geschichte 1848–1945, Frankfurt 1979, S. 137–151. Kocka, Jürgen: Deutsche Geschichte vor Hitler. Zur Diskussion über den deutschen Sonderweg. In: Ders.: Geschichte und Aufklärung. Aufsätze, Göttingen 1989, S. 101–113.
- König, Wolfgang: Volkswagen, Volksempfänger, Volksgemeinschaft. ‚Volkspotentiale‘ im Dritten Reich. Vom Scheitern einer nationalsozialistischen Konsumgesellschaft, Paderborn 2004.
- Kolakowski, Leszek: Modernity on endless trial, Chicago 1990 (Die Moderne auf der Anklagebank, Zürich 1991).
- Koudelka, Ferdinand: Modernizace. In: Milan Petrušek (Hrsg.): Velký sociologický slovník, Praha 1996, S. 644f.
- Lepsius, M. Rainer: Demokratie in Deutschland als historisch-soziologisches Problem. In: Ders.: Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen, Göttingen 1993, S. 11–24.
- Longerich, Peter: Davon haben wir nichts gewusst! Die Deutschen und die Judenverfolgung 1933–1945, München 2006.
- Loo, Hans van der – Reijen, Willem van: Modernisierung. Projekt und Paradox, München 1992.
- Mann, Golo: Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Frankfurt/Main 1992.
- Martin, Bernd: Heidegger und das „Dritte Reich“, Darmstadt 1998.
- Mergel, Thomas: Geht es weiterhin voran? Die Modernisierungstheorie auf dem Weg einer Theorie der Moderne. In: Mergel, Thomas – Welskopp, Thomas (Hrsg.): Geschichte zwischen Kultur und Gesellschaft. Beiträge zur Theoriedebatte, München 1997, S. 203–232.
- Miller, Max – Soeffner, Hans-Georg (Hrsg.): Modernität und Barbarei, Frankfurt/Main 1996.
- Mommsen, Hans: Nationalsozialismus als vorgetäuschte Modernisierung. In: Pehle, W. H. (Hrsg.): Der historische Ort des Nationalsozialismus. Annäherungen, Frankfurt/Main 1990, S. 31–47.
- Mommsen, Hans: Nationalsozialismus als vorgetäuschte Modernisierung. In: Ders.: Der Nationalsozialismus und die deutsche Gesellschaft, Reinbek bei Hamburg 1991, S. 405–427.
- Mommsen, Hans: Noch einmal: Nationalsozialismus und Modernisierung, Geschichte und Gesellschaft 21 (1995), S. 391–402.
- Möller, Horst: Zeitgeschichte – Fragestellungen, Interpretationen, Kontroversen, Aus Politik und Zeitgeschichte (2) 1988, S. 3–16.
- Niethammer, Lutz: „Normalisierung“ im Westen. Erinnerungsspuren in die 50er Jahre. In: Brunn, Gerhard (Hrsg.): Neuland. Nordrhein-Westfalen und seine Anfänge nach 1945/46, Essen 1986, S. 175–206.

- Nipperdey, Thomas: Probleme der Modernisierung in Deutschland. In: Ders.: Nachdenken über deutsche Geschichte. Essays, München 1986, S. 44–59.
- Nolte, Ernst: Der europäische Bürgerkrieg 1917–1945. Nationalsozialismus und Bolschewismus, Berlin – Frankfurt 1987.
- Nolte, Ernst: Martin Heidegger – Politik und Geschichte im Leben und Denken, Berlin – Frankfurt/Main 1992.
- Nolte, Ernst: Vergangenheit, die nicht vergehen will. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 06. 06. 1986.
- Nolte, Ernst: Das Vergehen der Vergangenheit. Antwort an meine Kritiker im sogenannten Historikerstreit, Berlin 1988.
- Olzowski, Henryk: Zwischen Begeisterung und Widerstand. Deutsche Hochschullehrer und der Nationalsozialismus, Poznań 1989.
- Orlowski, Hubert (Hrsg.): Nazizm, Trzecia rzesza a procesy modernizacji, Poznań 2000.
- Ott, Hugo: Martin Heidegger. Unterwegs zu seiner Biographie, Frankfurt – New York 1988.
- Pešek, Jiří: Byli jsme to my? Historikerstreit 1986–1987, Dějiny a současnost 13 (1991) Heft 6, S. 2–6.
- Pešková, Jaroslava: Artikulace a komunikace problému modernismu. Reflexe roviny duchovní skutečnosti, Prameny české moderní kultury 1 (1988), S. 28–39.
- Peukert, Detlev J. K.: Max Webers Diagnose der Moderne, Göttingen 1989.
- Pietrow-Ennker, Bianka: Einführung in die Thematik. In: Goehrke, Carsten – Pietrow-Ennker, Bianka (Hrsg.): Städte im östlichen Europa. Zur Problematik von Modernisierung und Raum vom Spätmittelalter bis zum 20. Jahrhundert, Zürich 2006.
- Plaggenborg, Stefan: Experiment Moderne. Der sowjetische Weg, Frankfurt/Main – New York 2006.
- Prinz, Michael: Demokratische Stabilisierung, Problemlagen von Modernisierung im Selbstbezug und historische Kontinuität – Leitbegriffe einer Zeitsozialgeschichte, Westfälische Forschungen 43 (1993), S. 655–675.
- Prinz, Michael – Zitelmann, Rainer (Hrsg.): Nationalsozialismus und Modernisierung, Darmstadt 1991.
- Prinz, Michael: Vom neuen Mittelstand zum Volksgenossen. Die Entwicklung des sozialen Status der Angestellten von der Weimarer Republik bis zum Ende der NS-Zeit, München 1986.
- Radkau, Joachim: Nationalsozialismus und Modernisierung. In: Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.): Scheidewege der deutschen Geschichte, München 1995, S. 183–197.
- Roth, Karl Heinz: Der historische Revisionismus in Deutschland, „1999“ Zeitschrift f. Sozialgeschichte 9 (1994) Heft 4, S. 7–11.
- Sandl, Marcus: Geschichte und Postmoderne. In: Eibach, Joachim – Lottes, Günther (Hrsg.): Kompass der Geschichtswissenschaft, Göttingen 2002, S. 329–341.

- Schildt, Axel: Moderne Zeiten. Freizeit, Massenmedien und „Zeitgeist“ in der Bundesrepublik der 50er Jahre, Hamburg 1995.
- Schildt, Axel: Nachkriegszeit. Möglichkeiten und Probleme einer Periodisierung der westdeutschen Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg und ihre Einordnung in die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts, *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 44 (1993), S. 567–584.
- Schildt, Axel: NS-Regime, Modernisierung und Moderne. Anmerkungen zur Hochkonjunktur einer andauernden Diskussion, *Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte* 23 (1994), S. 3–22.
- Schildt, Axel – Siegfried, Detlef – Lammers, Karl Christian (Hrsg.): Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2000 (dritte Ausgabe 2003).
- Schildt, Axel – Sywottek, Arnold (Hrsg.): Modernisierung im Wiederaufbau: die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, Bonn 1998.
- Schildt, Axel: Rezension zu Braun, Hans – Gerhardt, Uta – Holtmann, Everhard (Hrsg.): Die lange Stunde Null. Gelenkter sozialer Wandel in Westdeutschland nach 1945, Baden-Baden 2007. In: *H-Soz-u-Kult*, 04. 12. 2007, <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2007-4-183> (Stand: 02. 01. 2008).
- Schoenbaum, David: Hitlers social revolution. Class and status in Nazi Germany 1933 – 1939, Garden City 1966 (deutsche Ausgabe: Die braune Revolution. Eine Sozialgeschichte des Dritten Reiches, Köln – Berlin 1968).
- Schneider, Michael: Nationalsozialismus und Modernisierung? Probleme einer Neubewertung des „Dritten Reiches“, *Archiv f. Sozialgeschichte* 32 (1992), S. 541–545.
- Schütz, Erhard: Zur Modernität des „Dritten Reiches“, *Internationales Archiv für Sozialgeschichte der Literatur* 20 (1995) Heft 2, S. 116–136.
- Schulze, Winfried: Vom „Sonderweg“ bis zur „Ankunft im Westen“. In: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 53 (2002), S. 226–240.
- Schwarz, Hans-Peter: Anmerkungen zu Adenauer, München 2004.
- Schwarz, Hans-Peter: Die Modernisierung oder Restauration? Einige Vorfragen zur künftigen Sozialgeschichtsforschung über die Ära Adenauer. In: Düwell, Kurt – Köllmann, Wolfgang (Hrsg.): *Rheinland-Westfalen im Industriezeitalter*, Bd. 3. Wuppertal 1984, S. 278–293.
- Schwarz, Hans-Peter: Die Fünfziger Jahre als Epochenäsur. In: Heideking, Jürgen (Hrsg.): *Wege in die Zeitgeschichte. Festschrift zum 65. Geburtstag von Gerhard Schulz*, Berlin – New York 1989, S. 473–496.
- Sontheimer, Kurt: Die Adenauer-Ära: Die Grundlegung der Bundesrepublik, München 1991.
- Sontheimer, Kurt: So war Deutschland nie. Anmerkungen zur politischen Kultur der Bundesrepublik, München 1999.
- Toulmin, Stephen: *Kosmopolis. Die unerkannten Aufgaben der Moderne*, Frankfurt/Main 1991.

- Touraine, Alain: Krise und Wandel des sozialen Denkens. In: Johannes Berger (Hrsg.): Die Moderne – Kontinuität und Zäsuren, Göttingen 1986, S. 15–40.
- Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4, Vom Beginn des Ersten Weltkrieges bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914–1949, München 2003, S. 941–984.
- Wehler, Hans-Ulrich: Entsorgung der deutschen Vergangenheit? Ein polemischer Essay zum „Historikerstreit“, München 1988.
- Wehler, Hans-Ulrich: Die Gegenwart als Geschichte, München 1995.
- Wehler, Hans-Ulrich: Modernisierung und Geschichte, Göttingen 1975.
- Welskopp, Thomas: Identität ex negativo. Der ‚deutsche Sonderweg‘ als Metaerzählung in der bundesdeutschen Geschichtswissenschaft der siebziger und achtziger Jahre. In: Jarausch, Konrad – Sabrow, Martin (Hrsg.): Die historische Meistererzählung. Deutungslinien der deutschen Nationalgeschichte nach 1945, Göttingen 2002, S. 109–139.
- Winkler, Heinrich August: Der lange Weg nach Westen, Bd. 2, Deutsche Geschichte vom „Dritten Reich“ bis zur Wiedervereinigung, München 2000, (Taschenbuchausgabe 2006).
- Wirsching, Andreas: Abschied vom Provisorium 1982–1990. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 6, München 2006.
- Wolfrum, Edgar: Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, Stuttgart 2006, S. 13.
- Zapf, Wolfgang: Führungsgruppen in West- und Ostdeutschland. In: Ders.: Beiträge zur Analyse der deutschen Oberschicht, München 1965, S. 9–30.
- Zapf, Wolfgang: Modernisierung, Wohlfahrtsentwicklung und Transformation. Soziologische Aufsätze 1987 bis 1994, Berlin 1994.
- Zitelmann, Rainer: Adolf Hitler. Eine politische Biographie, Göttingen 1989.
- Zitelmann, Rainer: Hitler. Selbstverständnis eines Revolutionärs, Hamburg 1987.
- Zitelmann, Rainer: Nationalsozialismus und Moderne. Eine Zwischenbilanz. In: Süß, Werner (Hrsg.): Übergänge. Zeitgeschichte zwischen Utopie und Machbarkeit. Beiträge zu Philosophie, Gesellschaft und Politik, Berlin 1989, S. 195–223.

## **DIE BEZIEHUNGEN ZWISCHEN DER BRD UND FRANKREICH (1949–1974) – DEMOKRATISIERUNG ALS WEG ZU MODERNEN BILATERALEN BEZIEHUNGEN\***

---

LUCIE FILIPOVÁ

### **Abstract**

#### **The Franco-German Relations (1949–1974) – The Democratization as a Way to Modern Bilateral Relations**

This article deals with the qualitative change of Franco-German relations between 1949 and 1974, from the constitution of the FRG to the resignation of the German chancellor Brandt and the death of the French president Pompidou. Modernization is seen through the prism of democratization, i.e. as a process which involves ordinary citizens in the consolidation of bilateral contacts and incorporates new, less elite issues in bilateral cooperation. After describing the beginnings of Franco-German cooperation immediately after the end of World War II the paper looks into the intergovernmental relations between 1949 and 1974.

The following section analyses four different catalysts for democratization in Franco-German relations: providing information about the other country, teaching its language, enhancing mobility between the countries and establishing contacts between their citizens who had similar interests. The article then concludes by delineating the extent to which have these methods stimulated higher involvement of ordinary citizens in Franco-German relations.

**Keywords:** Franco-German relations, modernization, democratization, bilateral cooperation, France, Germany, 20<sup>th</sup> century,

Im ersten Vierteljahrhundert nach ihrer Gründung war die Bundesrepublik Deutschland geprägt von der Aufarbeitung und Überwindung der

---

\* Der Beitrag entstand mit Unterstützung des Förderprogramms der Karls-Universität Prag (GAUK) mit der Nr. 366/2005 A HN.

Folgen des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkriegs. Innenpolitisch bedeutete dies vor allem den institutionellen und wirtschaftlichen Wiederaufbau, der seit den 1960er Jahren von einer zögerlichen Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit begleitet wurde. In der bundesdeutschen Außenpolitik ging es hauptsächlich um die Einbindung des Staates in das westliche Lager, was seit der zweiten Hälfte der 60er Jahre durch Bemühungen um eine Normalisierung der Beziehungen zur Sowjetunion und zu ihren Satellitenstaaten ergänzt wurde. In der gesamten Nachkriegszeit musste sich die Bundesrepublik ihre Vertrauenswürdigkeit gegenüber den Westmächten bewahren, um sie zu einer Lockerung ihrer Hoheitsrechte auf (bundes)deutschem Gebiet zu bewegen.

Am schwierigsten gestaltete sich die Vertrauensbildung mit Frankreich. Nach der vierjährigen nationalsozialistischen Besetzung Frankreichs, die das Land machtpolitisch erschüttert, wirtschaftlich ausgebeutet und moralisch gelähmt hatte, waren die Franzosen von der deutsch-französischen Erbfeindschaft stärker denn je überzeugt. Allerdings steht eine solche Wahrnehmung im starken Kontrast zu der positiven Einschätzung, die auf die deutsch-französischen Beziehungen mindestens seit dem letzten Viertel des 20. Jahrhunderts zutrifft. Die Geschichtsschreibung hat inzwischen erkannt, dass sich nicht nur politische, wirtschaftliche und intellektuelle Eliten, sondern auch die normalen Menschen in den beiden Staaten um diesen Wandel verdient gemacht haben.<sup>1</sup>

Das Einbeziehen der Bürger in die bilateralen Kontakte führte dazu, dass die deutsch-französischen Beziehungen – um neue Akteure, Themen und Tätigkeitsfelder erweitert – offener und demokratischer wurden.<sup>2</sup> In diesem Aufsatz wird deshalb die Modernisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik aus der Perspektive der Demokratisierung betrachtet. Die Demokratisie-

---

<sup>1</sup> Diese Schlussfolgerung gibt es offenbar bei Historikern, die die deutsch-französischen Beziehungen aus der Diplomatie-Perspektive untersuchen, sowie bei Forschern, die sich dem Thema sozialgeschichtlich nähern. Zum ersten vgl. Lappenküper, Ulrich: Die deutsch-französische Beziehungen 1949–1963. Von der „Erbfeindschaft“ zur „Entente élémentaire“, München 2001, zum zweiten vgl. Bock, Hans Manfred: Private Verständigungs-Initiativen in Deutschland und Frankreich. In: Bock, Hans Manfred (Hrsg.): Deutsch-französische Begegnungen und europäischer Bürgersinn. Studien zum Deutsch-Französischen Jugendwerk, Opladen 2003, S. 13–37.

<sup>2</sup> Der Begriff „deutsch-französische Beziehungen“ bezieht sich in den Jahren 1949–1990 nur auf die Beziehungen zwischen der BRD und Frankreich. Die gleiche territoriale Einschränkung gilt auch für den Begriff „deutsch“.



rung gilt generell als einer der wichtigsten Aspekte, durch die sich der Wandel von einer traditionellen zu einer modernen Gesellschaft kennzeichnet.<sup>3</sup> Im Bezug auf die deutsch-französischen Beziehungen heißt es, dass sie nicht mehr nur von politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Eliten bestimmt werden, sondern dass normale Leute die Kontakte zwischen den beiden Staaten gewissermaßen beeinflussen und mitgestalten können.

Da die ersten Impulse für eine Öffnung der deutsch-französischen Beziehungen schon in der unmittelbaren Nachkriegszeit entstanden, wird in diesem Beitrag zuerst die Stimmung während der französischen Besetzung in Deutschland 1945–1949 geschildert. Hierauf folgt eine Beschreibung erster Ansätze einer Demokratisierung. Weiterhin wird nach der Bedeutung der offiziellen zwischenstaatlichen Beziehungen für die Verbreiterung der bilateralen Kontakte gefragt. Mittel, die die Demokratisierung antreiben und fördern sollten, sind als nächstes zu untersuchen. Schließlich wird eine Bilanz gezogen, um festzulegen, wie weit die Modernisierung der deutsch-französischen Beziehungen bis 1974 ging und welche Defizite eventuell übrig blieben.<sup>4</sup> Hierbei soll vor allem die Frage nach der Existenz von Demokratisierungsmaßnahmen beantwortet werden, ist doch das wirkliche Ausmaß der Demokratisierung, das heißt der Wirkungskraft der Demokratisierungsmaßnahmen, nur teilweise feststellbar. Eine ausführliche Analyse dieser Mittel wird erst dann möglich sein, wenn die Ergebnisse zahlreicher deutsch-französischer Projekte und die Auswertung der Tätigkeit bilateraler Institutionen zugrunde gelegt werden können. Die Unterlagen, die heute zur Verfügung stehen, gelten entweder als interne Berichte, oder sind nur in wenigen spezialisierten Bibliotheken zugänglich.<sup>5</sup> Seit der Ver-

---

<sup>3</sup> Eingehender zur Definition der Modernisierung und ihrer Aspekte vgl. z.B. Fuchs-Heinritz, Werner [u.a.] (Hrsg.): *Lexikon zur Soziologie*, Opladen 1994, S. 447f.; Prisching, Manfred: *Soziologie. Themen – Theorien – Perspektiven*, Wien 1990, S. 203ff.

<sup>4</sup> Die Modernisierung der deutsch-französischen Beziehungen wird deswegen bis 1974 erforscht, da dieses Jahr (eher als 1968/1969) eine Zäsur in der bilateralen Zusammenarbeit darstellt. 1974 entstanden wesentliche neue Bedingungen sowohl personal-politischer (Wechsel auf dem Posten des deutschen Bundeskanzlers und des französischen Staatspräsidenten) als auch wirtschaftlicher Natur (definitives Ende der Nachkriegskonjunktur).

<sup>5</sup> Dieses Problem scheint gelöst, sobald sich die betreffenden Institutionen für die Bearbeitung der eigenen Geschichte entscheiden. Vgl. z.B. Bock, Hans Manfred (Hrsg.): *Projekt deutsch-französische Verständigung. Die Rolle der Zivilgesellschaft am Beispiel des Deutsch-Französischen Instituts in Ludwigsburg*, Opladen 1998 oder Bock, Hans Manfred (Hrsg.): *Deutsch-französische Begegnungen und europäischer Bürgersinn. Studien zum Deutsch-Französischen Jugendwerk*, Opladen 2003.

breitung des Internets hat sich die Zugänglichkeit der notwendigen Materialien zwar wesentlich vereinfacht, allerdings nur im Hinblick auf Materialien der letzten Jahre.

## **Zur Vorgeschichte der deutsch-französischen Nachkriegsbeziehungen (1945–1949)**

Das Jahr 1945 stellte in den deutsch-französischen Beziehungen keinesfalls eine Stunde Null dar. Nach der deutschen Kapitulation war den Franzosen nicht allein der Zweite Weltkrieg frisch im Gedächtnis, sondern auch die deutsche Kriegserklärung an Frankreich im Jahr 1914 und die Niederlage, die die deutschen Staaten dem zweiten französischen Kaiserreich 1870 bei Sedan beigebracht hatten. Der Tatsache, dass Frankreich von seinem östlichen Nachbarn in den vergangenen fünfundsiebzig Jahren dreimal angegriffen worden war, waren sich französische Politiker und Bürger klar bewusst. Jedoch nicht alle hatten die gleiche „Lehre aus der Geschichte“ gezogen, was sich auch in der Gestalt der französischen Deutschlandpolitik widerspiegelte.

In den ersten Nachkriegsjahren waren in Frankreich jene Stimmen am deutlichsten zu vernehmen, die sich destruktiv gegenüber den Deutschen verhalten und dies aufgrund der Position Frankreichs als Besatzungsmacht umsetzen wollten. Eine friedliche Zukunft sollte durch die dauerhafte Schwächung des besiegten Deutschlands gesichert werden. Damit waren ebenso Forderungen nach einer territorialen Dezentralisierung (eventuell auch nach einer Abtretung einiger Grenzgebiete), nach einer Kontrolle über die Bodenschätze und nach einer rasanten Einschränkung des wirtschaftlichen und militärischen Potenzials Deutschlands verbunden.<sup>6</sup> Ein Wahlslogan der Kommunistischen Partei Frankreichs drückte das kurz und bündig aus: „Le boche payera“<sup>7</sup> (Der Boche wird zahlen). Wie Verhand-

---

<sup>6</sup> Dieser von der breiten Öffentlichkeit unterstützte Revanchekurs führte dazu, dass die französische Deutschlandpolitik sehr aus innenpolitischen Gründen instrumentalisiert wurde. Die offiziellen Forderungen Frankreichs kontrastierten deshalb die Ziele, die französische Politiker intern für realisierbar hielten. Vgl. Hüser, Dietmar: Frankreichs „doppelte Deutschlandpolitik“. Dynamik aus der Defensive – Planen, Entscheiden, Umsetzen in gesellschaftlichen und wirtschaftlichen, innen- und außenpolitischen Krisenzeiten. 1944–1950, Berlin 1996, S. 51 und 586ff.

<sup>7</sup> Wolfrum, Edgar: Not und Neubeginn – die französische Besatzungspolitik. In: Vis-à-vis. Deutschland-Frankreich, Paris – Köln 1998, S. 83f.

lungen im Alliierten Kontrollrat zeigten,<sup>8</sup> waren viele Vertreter der französischen Besatzungsverwaltung in Deutschland mit einer destruktiven Haltung in der deutschen Frage einverstanden.

Trotzdem gab es einige unter wirtschaftlichem und militärischem Gesichtspunkt nicht allzu wichtige Bestandteile der französischen Besatzungspolitik, die durch konstruktive Züge gekennzeichnet waren. Am deutlichsten zeigte sich dies in der Kulturpolitik, die die traditionellen künstlerischen Bereiche sowie Bildung, Medien und die Jugendarbeit umfasste.<sup>9</sup> Die französische Seite bemühte sich auf diesem Gebiet, die deutsche Mentalität, die durch den übertriebenen Hang zur Romantik als zu negativ beeinflusst schien, zu verändern. Denn der Romantizismus sei daran schuld gewesen, dass die Deutschen dem nationalistischen Pangermanismus, Militarismus, Imperialismus und letztlich dem Nationalsozialismus unterlägen seien. Gründliche Bildungsreformen zugunsten des Humanismus und der Demokratie wurden für das einzige Mittel gehalten mit dem man die deutsche Bevölkerung von ihren negativen Neigungen abbringen könne.<sup>10</sup> Nur mit einer veränderten Mentalität seien die Deutschen imstande, mit den Franzosen im Frieden zu leben. Um diesem Ziel näher zu kommen, war die französische Besatzungsverwaltung bereit, ihre Reformprojekte auch unter gleichzeitigen zahlreichen Protesten der deutschen Eliten großzügig zu dotieren. Die konstruktive französische Haltung in Bildungsfragen wurde deshalb in der Praxis oft von einem bevormundenden Vorgehen begleitet.

---

<sup>8</sup> Mai, Gunther: Alliiertes Kontrollrat. In: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949/1955, Berlin 1999, S. 232.

<sup>9</sup> Von dieser breiten Konzeption der Kulturpolitik gehen die meisten Kenner der französischen Besatzungspolitik aus, z.B. Defrance, Corine: La politique culturelle de la France sur la rive gauche du Rhin. 1945–1955, Strasbourg 1994 oder Vaillant, Jérôme: Einführung in die kulturellen Aspekte der französischen Deutschlandpolitik zwischen 1945 und 1949. In: Die Französische Deutschlandpolitik zwischen 1945 und 1949, Tübingen 1987, S. 66. Mit einem Aspekt der Kulturpolitik in der französischen Besatzungszone, und zwar mit der Umerziehungspolitik, habe ich mich ausführlich in meiner Magisterarbeit beschäftigt, näher Pánková, Lucie: Školská a univerzitní politika převýchovy ve francouzské okupační zóně v Německu. 1945–1949, Prag 2004 (Manuskript). Zu den zivilgesellschaftlichen Kontakten zwischen Deutschland und Frankreich bis 1963 vergleiche Filipová, Lucie: The German-French Rapprochement „face to face“ in 1945–1963: The transition from traditional bilateral relations to modern conception of cooperation. In: Vykoukal, Jiří (Hrsg.) Between Past and Present: Different Faces of Tradition and Modernity in the United States, Europe, and Eurasia, im Druck bei Peter Lang Publishers.

<sup>10</sup> Schmittlein, Raymond: La rééducation du peuple allemand. In: Vaillant, Jérôme (Hrsg.): La dénazification par les vainqueurs, Lille 1981, S. 140f.

Neben der destruktiven Attitüde einerseits und der eingeschränkt konstruktiven Stellung andererseits, wirkte sich seit den ersten Nachkriegsjahren noch eine dritte Anschauung über das höchst problematische Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich aus. Die Anhänger dieser Auffassung sprachen sich für ein eindeutig konstruktives Handeln den Deutschen gegenüber aus – auf der Basis gegenseitiger Gleichbehandlung und intensiver Zusammenarbeit. Die Befürworter dieses Vorgehens kann man in zwei Gruppen einteilen. Die ersten waren als deutsche Emigranten und/oder französische Germanisten mit Deutschland persönlich fest verbunden. Zum anderen Personenkreis zählten diejenigen, die eine enge Kooperation unter den europäischen Staaten als eine Voraussetzung für dauerhaften Frieden sahen. Da gute Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich für die Friedenssicherung in Europa unerlässlich waren, setzten sich vor allem Vertreter der Kirche und Verfechter des Kommunismus für die deutsch-französische Annäherung ein.

## **Die ersten Ansätze zur Demokratisierung**

Diejenigen, die an die Notwendigkeit einer engen deutsch-französischen Zusammenarbeit glaubten, waren sich einer wichtigen Voraussetzung bewusst. Wenn die zahlreichen Ressentiments gegen das Nachbarvolk überwunden werden sollten, so müssten die normalen Bürger beiderseits des Rheins die Möglichkeit bekommen, sich gegenseitig besser kennen zu lernen. In den ersten Nachkriegsjahren konnte man allerdings in dieser Sache nur mit einer geringen Unterstützung von den staatlichen Organen rechnen. Diese waren auf deutschem Gebiet gerade erst im Aufbau und noch mit den Folgen des totalen Zusammenbruchs des NS-Staats beschäftigt. In Frankreich bemühten sich die Staatsbehörden, das Land vor einem wirtschaftlichen Kollaps und einer machtpolitischen Schwächung zu bewahren.

Eine Ausnahme stellten manche Abteilungen der französischen Besatzungsorgane in Deutschland dar, die für die Kulturpolitik verantwortlich waren. Sie verfolgten zwar keine Demokratisierungsabsicht, gründeten aber trotzdem Einrichtungen, die später zur Öffnung der deutsch-französischen Beziehungen zugunsten breiter Bevölkerungskreise beitrugen. Es handelte sich erstens um Kulturinstitute und -zentren in Freiburg, Tübingen und Mainz, zweitens um die Gründung des Regionalsenders Südwestfunk. Alle machten sich um eine Informationsvermittlung über Frankreich

verdient. Die Franzosen ließen auch die Gutenberg-Universität in Mainz gründen, die mit Literatur und Lektoren aus Frankreich (wie auch andere Bildungseinrichtungen in der französischen Besatzungszone) versorgt wurde.<sup>11</sup> Im Saarland wurde eine noch großzügigere Kulturpolitik betrieben, da Frankreich erhoffte, auf diese Weise hier die Loyalität der Bevölkerung zu gewinnen.<sup>12</sup> Ansonsten wurden die meisten Anfangsschritte in Richtung Demokratisierung auf der nichtstaatlichen Ebene unternommen – zwischen Institutionen und Organisationen, die über eine gewisse Autonomie vom Staat verfügten und die in der Struktur beider Länder eine ähnliche Aufgabe erfüllten. Es ging hauptsächlich um Kirchen, Vereine, Gemeinden und akademische Einrichtungen.<sup>13</sup>

Die **Kirche** (und vor allem die katholische) war praktisch die einzige Institution in Nachkriegsdeutschland, deren moralische Autorität nicht erschüttert worden war und die über ein gesamtdeutsches Organisationsnetz verfügte. Deshalb genoss sie eine Sonderstellung, die von der französischen Besatzungsverwaltung sowie der katholischen Öffentlichkeit in Frankreich anerkannt wurde.<sup>14</sup> Dazu trug auch die Tatsache bei, dass die ersten Kontakte zwischen deutschen und französischen Gläubigen schon im Verlauf des Krieges geknüpft worden waren. In Frankreich hatte sich hierum besonders Franz Stock verdient gemacht, der während der deutschen Besatzungszeit für die Betreuung von Häftlingen in Pariser Wehrmachtgefängnissen zuständig gewesen war. Nach Kriegsende gründete er in einem Gefangenenlager bei Chartres ein Priesterseminar, dessen Ziel es war, bei jungen deutschen Priestern ein Verantwortungsgefühl für Frieden und Versöhnung zu erwecken.<sup>15</sup> Weitere Bindungen zwischen der deutschen und der französischen Kirche entstanden, als französische Geistliche mit anderen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern im Dritten Reich ar-

---

<sup>11</sup> Vgl. Defrance 1994, S. 61ff.

<sup>12</sup> Vgl. Küppers, Heinrich: Bildungspolitik im Saarland. 1945–1955, Saarbrücken 1984, S. 72ff.

<sup>13</sup> Bilaterale Kontakte wurden auch innerhalb der Gewerkschaften oder zwischen den politischen Parteien geknüpft, allerdings nicht weiter entwickelt. Vgl. dazu Poidevin, Raymond – Bariéty, Jacques: Les relations franco-allemandes. 1815–1975, Paris 1977, S. 356f. Mit dem Begriff „Kommunen“ (communes) sind Städte und Gemeinden gemeint. Als „akademisch“ gelten Einrichtungen zur Förderung von Wissenschaft, Forschung und Kunst, vgl. Brokhaus, Bd. I, Leipzig – Mannheim 1996, Stichwort „akademisch“.

<sup>14</sup> Auerbach, Helmut: Französische Besatzungspolitik, Katholische Kirche und CDU in Württemberg-Hohenzollern 1945–1947. Schwierigkeiten mit Bildungsreform und Demokratisierung. In: Jurt Joseph (Hrsg.): Von der Besatzungszeit zur deutsch-französischen Kooperation, Freiburg 1993, S. 141.

<sup>15</sup> Vgl. <http://www.franz-stock.org/indexd.html> (Stand: 04. 10. 2006).

beiteten und bei ihrem heimlichen Priesterdienst die Unterstützung von deutschen Kollegen erhielten.<sup>16</sup>

Vielleicht ein französisches Pendant zu Franz Stock stellte der Jesuitenpater Jean du Rivau dar, der als Kaplan bei den französischen Besatzungstruppen in Offenburg diente. In einem engen Kontakt zu Deutschen sowie Franzosen stehend, entschied er sich, gegen den ausgeprägten Nationalismus zu wirken und ein gegenseitiges Kennen lernen beider Völker durch zwei Zeitschriftengründungen gleich 1945 zu fördern. Während die deutschsprachigen *Dokumente* zur Überwindung der zwölfjährigen intellektuellen Isolation der Deutschen beitragen sollten, war es die Hauptaufgabe der auf Französisch geschriebenen *Documents*, kritische von deutschen kirchlichen, politischen und intellektuellen Vertretern verfasste Texte über den Nationalsozialismus zu publizieren.<sup>17</sup> Gleichzeitig engagierte sich Jean du Rivau für persönliche Treffen zwischen Deutschen und Franzosen. Zu diesem Zweck wurden 1948 zwei Mittler-Organisationen – die Gesellschaft für übernationale Zusammenarbeit (GÜZ) in Deutschland und das Bureau International de Liaison et de Documentation (B.I.L.D.) in Frankreich – gegründet.

**Privatrechtliche Organisationen** und Vereine waren ein weiterer wichtiger Akteur bei der Demokratisierung der deutsch-französischen Nachkriegsbeziehungen. Zu den am frühesten agierenden Vereinigungen gehörten die Deutsch-Französische Gesellschaften (DFG), die sich schon in der Zwischenkriegszeit für einen dichteren bilateralen Austausch (vor allem auf kulturellem Gebiet) eingesetzt hatten.<sup>18</sup> Als erste knüpfte Ende 1947 an diese Tradition die Hamburger Gesellschaft Cluny der Freunde Deutsch-Französischer Geistesbeziehungen an. Ähnlich wie die kirchlichen Initiativen setzte sie sich die Förderung des Friedens, der internationalen Verständigung und Freundschaft zum Ziel. Bis 1949 entstanden noch zwei deutsche Partnerorganisationen, etwa zwanzig weitere folgten in den 50er Jahren und die Gründungen setzten sich auch in den nächsten Jahren fort.<sup>19</sup> Die Gesellschaften konzentrierten sich nicht nur auf die Vermittlung

---

<sup>16</sup> Eikel, Markus: Pioniere der Aussöhnung? Erfahrungen französischer Katholiken in Deutschland, *Dokumente*, 4 (2000), S. 335ff.

<sup>17</sup> Bourel, François: Jean du Rivau, *Dokumente* 1 (1970), S. 4–7.

<sup>18</sup> Bock, Hans Manfred: Die deutsch-französische Gesellschaft 1926 bis 1934. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte der deutsch-französischen Beziehungen der Zwischenkriegszeit, *Francia* 17 (1990), Bd. 3, S. 57–101.

<sup>19</sup> Deenen, Bernd van (Hrsg.): Vereinigung Deutsch-Französischer Gesellschaften in Deutschland und Frankreich. Eine Dokumentation. Bonn – Mainz 1990, S. 5ff.

der Nachbarkultur und -sprache, sondern halfen auch persönliche Kontakte zwischen deutschen und französischen Institutionen (Schulen), Gruppierungen (Musikgruppen und Sportvereine) oder Privatpersonen herzustellen und engagierten sich später ebenso viel im Rahmen kommunaler Partnerschaften.

Während die (Wieder)gründung der Deutsch-Französischen Gesellschaften bis Ende der 50er Jahre zumeist in Deutschland erfolgte, konzentrierten sich private Verständigungsinitiativen in Frankreich auf das Konstituieren des *Comité français d'échanges avec l'Allemagne nouvelle*. Vom Philosophen Emmanuel Mounier angeregt, sollte dieses vor allem der deutschen Jugend helfen, ihre Isolierung zu durchbrechen. Als wichtigste Mittel galten bilaterale Begegnungen und die Popularisierung der französischen Kultur.<sup>20</sup> Im Umfeld von Mounier, in dem sich zum Beispiel die Germanisten Edmond Vermeil und Robert d'Harcourt oder die Historiker Joseph Rovin und Alfred Grosser bewegten, wurde auch zum ersten Mal der „erweiterte Kulturbegriff“ formuliert. Dieser reflektierte den Bedarf, die traditionelle Kulturpräsentation um die Behandlung aktueller und problemorientierter Themen zu ergänzen, wenn die deutsch-französische Annäherung außerhalb höhergebildeter und bestsituerter Gesellschaftsgruppen erreicht werden sollte.<sup>21</sup>

Eine dritte Ebene, auf der es zu wichtigen Impulse zur Erschließung der deutsch-französischen Beziehungen kam, stellten **Städte und Gemeinden** in beiden Ländern dar. Allerdings wurden die gänzlich ersten Kontakte zwischen deutschen und französischen Kommunalvertretern von schweizerischen Intellektuellen vermittelt, die sich zur Kommunalismus-Theorie von Adolf Gasser bekannten. Dieser Universitätsprofessor forderte, dass Staaten von demokratisch agierenden Gemeinden und nicht von einem zentralisierten bürokratischen Apparat verwaltet werden sollten. Er sah in der vorgeschlagenen Verwaltungsform die einzige Möglichkeit, den dauerhaften Frieden in Europa zu bewahren.<sup>22</sup>

---

<sup>20</sup> Dokumentation: Gründung der drei Verständigungsorganisationen zwischen Deutschland und Frankreich im Jahre 1948, Dokumente 3 (1998), S. 206.

<sup>21</sup> Bock, Hans Manfred: Private Verständigungs-Initiativen in Deutschland und Frankreich. In: Bock 2003, S. 26f. Debatten über die Entstehungszeit des „erweiterten Kulturbegriffs“ erwähnt H. M. Bock kurz in Bock, Hans Manfred: Komplizierung der politischen Beziehungen und Konsolidierung des DFJW in den sechziger Jahren. In: Bock 2003, S. 63.

<sup>22</sup> Gasser, Adolf: Gemeindefreiheit als Rettung Europas. Grundlinien einer ethischen Geschichtsauffassung, Basel 1943, S. 147 und 175.

Aus dieser schweizerischen Initiative wurde deshalb 1948 eine erste Nachkriegsbegegnung deutscher und französischer Kommunalpolitiker auf neutralem Boden. Obwohl am Anfang das starke Misstrauen der Franzosen überwunden werden musste, gelang es schließlich, einen gemeinsamen Dialog anzustoßen.<sup>23</sup> Auf dieser Basis wurde 1950 die Internationale Bürgermeister-Union für deutsch-französische Verständigung und europäische Zusammenarbeit (IBU) / Union internationale des maires pour la compréhension franco-allemande (UIM) gegründet und bald um kommunale Vertreter aus weiteren Ländern erweitert. Mitarbeitende Bürgermeister hielten die deutsch-französische Annäherung für den ersten Schritt zum Aufbau eines „Europas von unten“, der mit der größtmöglichen Einbeziehung der Bevölkerung und ungeachtet der Veränderungen der offiziellen Staatspolitik zu betreiben war.<sup>24</sup>

Zu den Institutionen, die den Boden für die Demokratisierung der deutsch-französischen Kontakte bereiteten, zählten noch **akademische Einrichtungen**. Allerdings wurde ihre Tätigkeit – im Unterschied zu jener der Kirchen, Vereine und Kommunen – durch das persönliche Engagement einiger Politiker und Staatsvertreter maßgeblich angeregt. Was Universitäten und Hochschulen betraf, war es die französische Besatzungsverwaltung, die schon im Sommer 1946 die ersten internationalen Ferienkurse für ausgewählte deutsche und französische Studenten organisierte. Während die Ferienkurse zuerst mit der Absicht einer Umerziehung veranstaltet wurden,<sup>25</sup> wurden sie ab dem Ende der 40er Jahre zu einem normalen Treffpunkt von deutschen, französischen und anderen Studenten.

Als Vermittler des deutsch-französischen Dialogs diente auch das Deutsch-Französische Institut (DFI) in Ludwigsburg. Um seine Gründung 1948 machten sich Intellektuelle beider Nationen, darunter auch die politisch aktiven Theodor Heuss und Carlo Schmid, verdient. Da es nach dem Zweiten Weltkrieg nur wenige Möglichkeiten zu einer deutsch-französischen Kommunikation gab, konzentrierte sich das Institut zunächst auf die Vermittlung des gegenseitigen Austausches (vor allem von Schülern, Stu-

---

<sup>23</sup> Garstka, Hansjürgen: Die Rolle der Gemeinden in der internationalen Verständigung nach dem Zweiten Weltkrieg gezeigt am Beispiel der deutsch-französischen Verständigung, Stuttgart 1972, S. 31–38.

<sup>24</sup> Die Satzungen der IBU zitiert in Ausschnitten Bock Hans Manfred: Europa von unten. Zu den Ursprüngen und Anfängen der deutsch-französischen Gemeindepartnerschaften. In: Jünemann, Annette – Richter, Emanuel – Ullrich, Hartmut (Hrsg.): Gemeindepartnerschaften im Umbruch Europas, Frankfurt/Main 1994, S. 26f.

<sup>25</sup> La France en Allemagne 3 (1946), S. 59.



dentem und Lehrern), begann aber spätestens seit den 60er Jahren, seine wissenschaftliche Berufung zu erfüllen.<sup>26</sup>

## Der zwischenstaatliche Rahmen für die Demokratisierung

Kirchliche, privatrechtliche, kommunale und akademische Initiativen hatten in der zweiten Hälfte der 40er Jahre gezeigt, dass es möglich war, Deutsche und Franzosen ohne eine offizielle Vereinbarung auf der zwischenstaatlichen Ebene zur gegenseitigen Kontaktaufnahme zu bringen. Es war jedoch schwer, die begonnene Zusammenarbeit langfristig und regelmäßig aufrechtzuerhalten, geschweige denn sie um neue Teilnehmer zu erweitern. Einerseits waren hieran das geringe Geld und bürokratische Barrieren bezüglich des Grenzverkehrs schuld, andererseits fehlte es an einer koordinierenden Tätigkeit einzelner Einrichtungen sowie an einer gezielten Informationsvermittlung. Den höchsten Repräsentanten beider Staaten gelang es immerhin, aus politischem Interesse diese Hemmnisse zu beseitigen oder mindestens zu mildern. Die deutsch-französischen Beziehungen auf der offiziellen Ebene sind deshalb als ein bedeutender Rahmen für die Demokratisierung des bilateralen Verhältnisses zu verstehen.

Wie günstig oder ungünstig dieser Rahmen war, hing von mehreren Faktoren ab. Erstens war die Stimmung in beiden Staaten stark mit der Lösung von Problemen verbunden, die sich aus dem Zweiten Weltkrieg und seinen Folgen ergeben hatten. Weiterhin wurden die Beziehungen vom Inhalt verschiedener bilateraler Vereinbarungen beeinflusst. Der politische Wille musste auch von ausreichenden Finanzquellen begleitet werden, wenn man sich den vereinbarten Zielen annähern wollte. Letztlich wurden die Beziehungen auch stark vom persönlichen Verhältnis der führenden Politiker untereinander geprägt und von der Rolle bestimmt, die die jeweiligen Staatsvertreter der deutsch-französischen Zusammenarbeit in Westeuropa, im Ost-West-Konflikt und im Verhältnis zu den USA zuschrieben. Alle diesen Aspekte betrachtend, lassen sich in den offiziellen zwischenstaatlichen Beziehungen fünf zeitliche Einschnitte festlegen: 1949, 1954/1955, 1963, 1968/1969 und 1974.

<sup>26</sup> Kiersch, Gerhard: L'Institut Franco-Allemand de Ludwigsburg. L'abolition patiente des „barrières culturelles“. In: Ménudier, Henri (Hrsg.): Le couple franco-allemand en Europe, Asnières 1993, S. 320–325.

Mit der Verkündung des Grundgesetzes im Mai 1949 und mit der Konstituierung der deutschen Bundesorgane im September 1949 wurde die Militärverwaltung Westdeutschlands beendet. Der Posten des französischen Militärgouverneurs General Koenig wurde vom Amt des Hohen Kommissars ersetzt. An dessen Spitze stand Pierre François-Poncet, der schon in der Weimarer Republik als französischer Botschafter tätig gewesen war. Die Tatsache, dass Frankreich seit 1949 definitiv über keine Instrumente zur direkten Steuerung der deutschen Zukunft mehr verfügte, hatte radikale Kürzungen der französischen Ausgaben auf dem bundesdeutschen Gebiet zur Folge. Dies betraf vor allem die auswärtige Kulturpolitik Frankreichs,<sup>27</sup> in deren Rahmen Sprachlektoren, Bibliotheksbestände, Kulturveranstaltungen oder die ersten deutsch-französischen Jugendbegegnungen finanziert worden waren.

Die bilateralen Beziehungen waren bis Mitte der 50er Jahre vor allem durch das französische Misstrauen gegenüber der zukünftigen deutschen Politik gekennzeichnet. Die Franzosen bemühten sich deshalb, ihre Aufsicht über die Wirtschafts- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik nicht zu verlieren. Der Schuman-Plan, der die Zusammenlegung der Kohle- und Stahlindustrie nach einem supranationalen Prinzip vorsah, erschien als Möglichkeit, den am meisten gefürchteten Teil der deutschen Wirtschaft einer gewissen Kontrolle zu unterziehen. Für Adenauer stellte dieser Vorschlag die Möglichkeit dar, die Bundesrepublik als einen zuverlässigen Partner zu präsentieren.<sup>28</sup> Die Gründung der Montanunion trug eindeutig dazu bei, dass die Bundesrepublik acht Jahre nach dem Krieg zum ersten Handelspartner Frankreichs aufstieg.<sup>29</sup> Am schnellsten begann die offizielle Zusammenarbeit also im wirtschaftlichen Bereich.

Das verteidigungspolitische Ziel Frankreichs bezüglich Deutschlands war schwieriger zu erreichen. Nachdem die Franzosen ihren Widerstand gegen die deutsche Remilitarisierung hatten aufgeben müssen, legten sie den Entwurf der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft 1952 vor. Als dieser schließlich im eigenen Parlament wegen „einem Zuviel an Supranationalität“ abgelehnt wurde,<sup>30</sup> wurde die Bundesrepublik immerhin in die Nordatlantische Allianz aufgenommen. Frankreich, das ursprünglich die

---

<sup>27</sup> DeFrance 1994, S. 216.

<sup>28</sup> Lappenküper 2001, S. 1865f.

<sup>29</sup> Dies wurde auch durch eine Serie von bilateralen Handelsabkommen gefördert. Vgl. Ebd., S. 1883.

<sup>30</sup> Ebd., S. 1880.

deutsche NATO-Mitgliedschaft abgelehnt hatte, setzte 1954 im Austausch für seine Zustimmung gewisse Rüstungsbeschränkungen der Bundesrepublik und ihre Integration in die neu geschaffene Westeuropäische Union durch. Auf der Pariser Konferenz vom Oktober 1954 wurde auch der Deutschlandvertrag unterzeichnet, der das Besatzungsregime auf dem westdeutschen Gebiet beendete und der die Bundesrepublik der Gleichberechtigung mit Frankreich wieder näher brachte.

Neben diesen multilateralen Vereinbarungen fanden Bundeskanzler Adenauer und Ministerpräsident Mendès-France einen Kompromiss über die Europäisierung des Saargebiets (d.h. die Verkündung des Saarstatuts) und konnten sich ebenso darauf einigen, dass die kulturelle Zusammenarbeit der beiden Staaten durch ein Sonderabkommen<sup>31</sup> gefördert werden sollte. Da die Kulturhoheit in Deutschland aber bei den einzelnen Bundesländern liegt, blieb der Vertrag im Grunde ergebnislos.<sup>32</sup> Das Netz der französischen Kulturinstitute, das auf dem Bundesgebiet bis Mitte der 50er Jahre aufgebaut wurde, ist deshalb als ein Resultat des persönlichen Engagements von François-Poncet zu sehen.<sup>33</sup> Trotzdem war das Pariser Vertragswerk von großer Bedeutung, wurden mit diesem doch die größten aus der historischen Erfahrung hervorgehenden Probleme zwischen Deutschland und Frankreich geregelt und somit ein notwendiger Schritt zum Abbau der gegenseitigen Ressentiments unternommen.

Seit 1955 galt die Bundesrepublik als Staat, der fest in das westliche Bündnisssystem eingebunden war und das Potenzial besaß, zusammen mit Frankreich die Machtstellung der USA einerseits und der Sowjetunion andererseits auszugleichen. Das französische Kooperationsinteresse änderte nicht einmal der Ausgang des Referendums über den Saarstatus, der die vollständige Eingliederung des Saarlandes in die Bundesrepublik 1957 zur Folge hatte. Die positive Tendenz in den bilateralen Beziehungen spiegel-

---

<sup>31</sup> Das Kulturabkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik wurde am 23. 10. 1954 unterzeichnet. Siehe Erbar, Ralph (Hrsg.): *Quellen zu den deutsch-französischen Beziehungen 1919–1963*. Darmstadt 2003, S. 170–174.

<sup>32</sup> Defrance, Corine: Warum ist die Kultur nicht Gegenstand des Elysée-Vertrags? In: Defrance, Corine – Pfeil, Ulrich (Hrsg.): *Der Élysée-Vertrag und die deutsch-französischen Beziehungen. 1945–1963–2003*, München 2005, S. 199.

<sup>33</sup> Bock, Hans Manfred: Der DAAD in den deutsch-französischen Beziehungen. In: Alter, Peter (Hrsg.): *Der DAAD in der Zeit. Geschichte, Gegenwart und zukünftige Aufgaben*. Bd. 1 (Spuren in die Zukunft. Der Deutsche Akademische Austauschdienst. 1925–2000), Bonn 2000, S. 204.

te sich nochmals am deutlichsten auf wirtschaftlichem Gebiet wider, auf dem sich Frankreich für deutsche Industrieerzeugnisse interessierte und die Bundesrepublik zum wichtigen Absatzmarkt für französische Agrarprodukte wurde. Der gegenseitige Handelsaustausch wurde durch die Bildung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft weiter angetrieben. Frankreich wurde zum wichtigsten deutschen Einfuhrland im Jahr 1960, die Bundesrepublik begann diese Rolle für Frankreich ab 1968 zu spielen.<sup>34</sup>

Zugleich zeigte sich, wie vorteilhaft gute Beziehungen zwischen den höchsten Politikern beider Länder für die bilaterale Kooperation sein konnten. Die Tatsache, dass man die deutsch-französischen Beziehungen zwischen Mitte 1956 und Mai 1958 als ausgezeichnet bezeichnen kann,<sup>35</sup> war eine Folge des Einvernehmens zwischen Adenauer und dem französischen Ministerpräsidenten Mollet, wovon zum Beispiel auch Adenauers persönliche Unterstützung für Mollet in den Krisenmomenten der Suez-Krise zeugte. Ein noch engeres Verhältnis gewann Adenauer zum französischen Staatspräsidenten de Gaulle, als er diesen im September 1958 in Colombey-les-deux-Eglises traf.<sup>36</sup> Anfang der 60er Jahre war Adenauer deshalb bereit (im Gegensatz zu mehreren Mitgliedern der Bundesregierung), de Gaulles Pläne zur europäischen Zusammenarbeit auf einer von den USA unabhängigen intergouvernementalen Ebene zu unterstützen.<sup>37</sup>

In diesem Kontext ist der deutsch-französische Vertrag über die bilaterale Zusammenarbeit und seine deutsche Präambel von 1963 zu verstehen, die kurz vor Adenauers Ausscheiden aus der Politik aufgenommen wurden.<sup>38</sup> Da Erziehungs- und Jugendfragen zu einem der drei Schwerpunkte des so genannten Elysée-Vertrags gehörten, wurde zur Ankerbelegung des Jugendaustausches das Deutsch-Französische Jugendwerk (DFJW) / Office franco-allemand pour la jeunesse (OFAJ) gegründet.<sup>39</sup> Am Ju-

---

<sup>34</sup> Vgl. Tabelle in Ziebura, Gilbert: Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945. Mythen und Realitäten, Stuttgart 1997, S. 209.

<sup>35</sup> Lappenküper 2001, S. 1891. Vgl. auch Ziebura 1997, S. 130f.

<sup>36</sup> In Bezug auf Adenauers Skepsis, die er gegenüber de Gaulle anfänglich gehegt hatte, schreibt Lappenküper über „Damaskus-Erlebnis“, Lappenküper 2001, S. 1891.

<sup>37</sup> Lappenküper 2001, S. 1897f.

<sup>38</sup> Zum Text des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die deutsch-französische Zusammenarbeit vom 22. 01. 1963 sowie die vom Bundestag ergänzte Präambel siehe in: Deutschland und Frankreich. Ein neues Kapitel ihrer Geschichte. 1948–1963–1993, Bonn 1993, S. 139–149.

<sup>39</sup> Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über die Gründung des Deutsch-Französischen Jugendwerks; [www.dfjw.org/netzwerk/grund/dfjw63.html](http://www.dfjw.org/netzwerk/grund/dfjw63.html) (Stand: 25. 9. 2005).

gendwerk war sowohl der rein bilaterale Mechanismus, als auch der enorme Jahresetat von 40 Millionen DM, der von den beiden Staaten zu gleichen Teilen getragen wurde, besonders bemerkenswert. Da die Zuständigkeit der deutschen Landesregierungen für Kultur und Bildung berücksichtigt werden musste, wurde das Amt des Bevollmächtigten für kulturelle Angelegenheiten geschaffen und seine Aufgaben nach mehrjährigen Verhandlungen zwischen dem Bund und den Ländern 1969 konkretisiert. Der Kulturbevollmächtigte, der aus Reihen der Ministerpräsidenten gewählt wird, stellt den einzigen „Bundeskultusminister“ dar, den die Bundesrepublik – und nur gegenüber Frankreich – hat.<sup>40</sup>

Die Wahl Ludwig Erhards zum neuen Bundeskanzler im Oktober 1963 leitete eine neue Phase der deutsch-französischen Beziehungen ein. Erhards außenpolitische sowie wirtschaftliche Orientierung war der von de Gaulle betriebenen Politik fern, so dass sich die beiden Politiker trotz der regelmäßigen obligatorischen Konsultationen einander fremd blieben.<sup>41</sup> Wesentlich veränderte sich die Bilanz der politischen Zusammenarbeit nicht einmal unter Bundeskanzler Kiesinger, obwohl er sich um eine ausgewogenere Position zwischen Frankreich und den USA bemühte.<sup>42</sup>

In den Jahren 1968 und 1969, als in beiden Ländern grundlegende Impulse für eine innenpolitische Modernisierung gegeben wurden, tauchten in den bilateralen Beziehungen neue Schwierigkeiten auf. Zum Einen rief das französische Handelsbilanzdefizit gegenüber der BRD, das seit Mitte der 60er Jahre fortdauernd anstieg, Befürchtungen in Frankreich vor dem deutschen „géant économique“ (dem ökonomischen Riesen) hervor. Diese scheinen von der deutschen Entscheidung, die Mark gleichzeitig mit der Abwertung des Franks aufzuwerten, bekräftigt worden zu sein.<sup>43</sup>

Zum Anderen wirkte sich die Tatsache, dass die junge Generation in Frankreich und in der BRD zunehmend einheimische traditionelle Kultur- und Bildungsinstitutionen in Frage stellte, auch auf die bilaterale Kooperation in

---

<sup>40</sup> Baumann, Ansbert: Erziehungs- und Jugendfragen. Die Bande enger gestalten und das Verständnis füreinander vertiefen? In: Defrance, Corine – Pfeil, Ulrich (Hrsg.): Der Élysée-Vertrag und die deutsch-französischen Beziehungen. 1945–1963–2003, München 2005, S. 149.

<sup>41</sup> Manche Historiker halten die Zeit von 1964–1966 sogar für einen „Tiefpunkt der politischen Beziehungen zwischen den beiden Staaten“, vgl. Bock, Hans Manfred: Komplizierung der politischen Beziehungen und Konsolidierung des DFJW in den sechziger Jahren. In: Bock 2003, S. 61.

<sup>42</sup> Vgl. Jardin, Pierre – Kimmel, Adolf (Hrsg.): Les relations franco-allemandes depuis 1963, Paris 2001, S. 29.

<sup>43</sup> Ziebura 1997, S. 201f. und 210.

diesem Bereich aus. Die Studentenunruhen unterbrachen die Verhandlungen über eine Verflechtung der Hochschulausbildung in beiden Staaten und führten zu einem verstärkten Druck auf eine Reform des Deutsch-Französischen Jugendwerks.<sup>44</sup> Eine Novellierung des Abkommen über das DFJW wurde aber erst unter den Nachfolgern de Gaulles und Kiesingers vereinbart. Während die offizielle Kooperation zwischen Frankreich und der Bundesrepublik 1968/1969 keine Fortschritte erzielen konnte, knüpften revoltierende Jugendliche beiderseits des Rheins enge Kontakte<sup>45</sup> und leisteten dadurch einen spezifischen Beitrag zur Demokratisierung der bilateralen Beziehungen.

Weder Willy Brandt noch Georges Pompidou, die 1969 in ihre Ämter gewählt wurden, zählten die deutsch-französischen Beziehungen zu ihren politischen Prioritäten. Nur ihre Zusammenarbeit im Rahmen der europäischen Integration (vor allem in der Wirtschaft) nahm zu, da Pompidou sie für ein Gegengewicht zu Brandts Ostpolitik hielt, die er mit Misstrauen beobachtete.<sup>46</sup> Aus dieser Zeit stammt zum Beispiel die Vereinbarung über die gemeinsame Airbus-Produktion,<sup>47</sup> die später zum Kern der europäischen Luft- und Rüstungsindustrie wurde. Obwohl die Pariser Regierung über die Stellung des Französischen an deutschen Schulen besorgt war, reduzierte sie infolge großer Finanzprobleme ihren Beitrag zum Budget des Jugendwerks. Um dem Grundsatz der Gegenseitigkeit treu zu bleiben, reagierte die Bundesregierung mit der gleichen Maßnahme. Dieses Prinzip hatte in den siebziger Jahren weitere Kürzungen der Finanzmittel des DFJW zur Folge, da die Kaufkraft des französischen Francs weiter sank.<sup>48</sup>

Als neue Spitzenpolitiker – Helmut Schmidt und Valéry Giscard d'Estaing – 1974 fast gleichzeitig ihren Dienst im Bundeskanzleramt und im Elysée-Palast antraten, wurden damit die Grundlagen für ein größeres deutsch-französisches Einvernehmen gelegt. Dazu trug auch der erste Ölschock bei, der das deutsche Wirtschaftswunder sowie die französischen Trente Glorieuses definitiv beendete. Bundeskanzler Schmidt und Staatspräsident Giscard d'Estaing

---

<sup>44</sup> Defrance, Corine: Der Universitätsaustausch in den Begegnungsprogrammen des DFJW 1963–2003. In: Bock 2003, S. 226 und Bock, Hans Manfred: Komplizierung der politischen Beziehungen, In: Bock 2003, S. 88ff.

<sup>45</sup> Gilcher-Holteyová, Ingrid: Hnutí '68 na Západě. Studentské bouře v USA a západní Evropě, Praha 2004, S. 97.

<sup>46</sup> Jardin – Kimmel (Hrsg.): Les relations franco-allemandes depuis 1963, S. 31.

<sup>47</sup> Grosse, Ernst Ulrich – Lüger, Heinz-Helmut: Frankreich verstehen. Eine Einführung mit Vergleichen zu Deutschland. Darmstadt 1996, S. 351.

<sup>48</sup> Marmetschke, Katja: Krise und Neugestaltung des DFJW in den siebziger Jahren. In: Bock 2003, S. 92f.

gelangten aufgrund der wirtschaftlichen Lage in Westeuropa und infolge der sich abzeichnenden amerikanisch-sowjetischen D tente zu der Überzeugung, dass man den „deutsch-französischen Motor“ auf der zwischenstaatlichen sowie auf der Ebene der Bürger wieder ankurbeln müsse.

## **Mittel der Demokratisierung**

Die Erweiterung der deutsch-französischen Beziehungen außerhalb der zwischenstaatlichen Ebene war seit der unmittelbaren Nachkriegszeit von der Überwindung mehrerer Hürden abhängig. Diese beruhten vor allem auf der einseitigen und vorurteilsbehafteten Schilderung des Nachbarvolkes, den schwachen Kenntnissen der jeweils anderen Sprache, den seltenen Kontaktmöglichkeiten und auf der Überzeugung von gegensätzlichen Lebensauffassungen. Offizielle, öffentlich-rechtliche sowie private Akteure, die von der Bedeutung der Demokratisierung überzeugt waren, konzentrierten deshalb ihr Bemuhlen auf die Informationsvermittlung, die Sprachförderung, die Mobilitätserhöhung sowie auf die Interessenverflechtung in und zwischen den beiden Staaten.

### **a) Informationsvermittlung**

Hinreichende und objektive Informationen über das Nachbarland und -volk waren hinsichtlich einer langjährigen gegenteiligen Propaganda von besonderer Bedeutung. Die These von der Erbfeindschaft, die in Deutschland und Frankreich spätestens seit 1871 kolportiert wurde, prägte die gegenseitige Wahrnehmung viel stärker als zum Beispiel die Leistungen der französischen bzw. der deutschen Kultur oder Ansätze zur Kooperation in der Zwischenkriegszeit. Die Medien in beiden Staaten, ergänzt um Kulturinstitute und wissenschaftliche Einrichtungen, wurden deshalb mit der Informationsvermittlung „beauftragt“.

Die Presse, der Hörfunk und das Fernsehen konzentrierten sich zuerst vor allem auf die Berichterstattung über das Nachbarland. Ihre Intensität war aber auf der linken und rechten Rheinseite unterschiedlich, da die Deutschen sich traditionell mehr für Ereignisse im Ausland interessieren als die Franzosen.<sup>49</sup> Leser in Frankreich, die sich mit Agenturnachrichten nicht

---

<sup>49</sup> Schmid, Klaus-Peter – Kohler, Henri – Volbracht, Christian: Die Rolle der Korrespondenten und der Presseagenturen, Dokumente 35 (1979), Sonderheft, S. 32ff.

zufrieden geben wollten, konnten seit 1952 zum *Pariser Kurier* greifen, der sich schrittweise zu einem Informationsblatt über die Bundesrepublik und zu den bilateralen Beziehungen entwickelte.<sup>50</sup> Dem Fachpublikum, das sich für das Nachbarland interessierte, standen seit der unmittelbaren Nachkriegszeit die Zeitschriften *Dokumente* und *Documents* zur Verfügung. Bis zum Beginn der 70er Jahre deckte das Spektrum der Fachzeitschriften sowohl den linguistischen, den sozialwissenschaftlichen als auch den wirtschaftlichen Bereich ab.

Was die audiovisuellen Medien betraf, wurden verschiedene Kooperationsformen zwischen deutschen und französischen Sendern geknüpft, die Informationsbeschaffung erleichtern und Programmaustausch ermöglichen sollten. Die erwünschten Koproduktionen wurden nur langsam angegangen.<sup>51</sup> Bei den Fernsehsendern wurde sie zusätzlich durch technische Probleme gebremst, da in jedem Staat ein anderes Übertragungsformat für Farbfernsehen benutzt wurde.<sup>52</sup> Ansonsten war die Zusammenarbeit zwischen regionalen Sendern am häufigsten, wobei der Südwestfunk, von seiner Gründungsgeschichte ausgehend, die Rolle des Vorreiters spielte.<sup>53</sup> Die Rundfunkanstalten erhielten für ihre Kontakte überdies eine institutionelle Unterstützung, als 1963 eine binationale Hörfunk-Kommission ins Leben gerufen wurde.

Während die Massenmedien für einen sehr breiten Leser-, Hörer- und Zuschauerkreis bestimmt waren, wurde die Tätigkeit der deutschen und französischen Kulturinstitute überwiegend auf das interessierte Publikum ausgerichtet. In den Institutsbibliotheken wurde diesem die Unterhaltungs- und Fachliteratur aus dem Nachbarland sowie aktuelle Zeitungs- und Zeitschriftenausgaben angeboten. Auf Veranstaltungen der Institute konnten sich Besucher auch mit verschiedenen kulturellen Persönlichkeiten der Bundesrepublik und Frankreichs vertraut machen. Die Rolle, die die „action culturelle“ traditionell in der französischen auswärtigen Politik gespielt hatte, führte dazu, dass das Netz der Französischen Institute und Centres in der Bundesrepublik schon in den ersten zehn Nachkriegsjahren

---

<sup>50</sup> Falbisaner, Christiane: Fachzeitschriften über das Nachbarland, *Dokumente* (1979), Sonderheft, S. 65.

<sup>51</sup> Poidevin – Bariéty 1977, S. 357.

<sup>52</sup> Poidevin – Bariéty 1977, S. 357. Es handelte sich um PAL in der BRD und SECAM in Frankreich.

<sup>53</sup> Voß, Peter: Die Deutsch-Französische Radiokooperation braucht kleine praktische Schritte. In: Koch, Ursula E. – Schröter, Detlef [u. a.] (Hrsg.): Hörfunk in Deutschland und Frankreich. *La Radio en France et en Allemagne*, München 1996, S. 25f.



aufgebaut wurde. Obwohl die französische Kultur auf diese Weise auf dem ganzen Bundesgebiet eine Vertretung fand, war die Überlegenheit der Regionen an der französischen Grenze deutlich.<sup>54</sup> Die deutsche Kulturpräsenz in Frankreich wurde erst während der 60er Jahre institutionalisiert, als sieben Goethe-Institute mit zwei Zweigstellen errichtet wurden,<sup>55</sup> was etwa der Hälfte der Gesamtzahl französischer Kultureinrichtungen in der Bundesrepublik entsprach.

Während die kulturelle Wirkung Frankreichs einen klaren Vorsprung gegenüber den deutschen Aktivitäten hatte, wurden die bilateralen Beziehungen und die Geschichte des Partnerlandes auf der deutschen Seite schneller zum Gegenstand der wissenschaftlichen Forschung. 1948 wurde das Deutsch-Französische Institut in Ludwigsburg gegründet, 1950 nahm das Institut für Europäische Geschichte in Mainz seine Tätigkeit auf. Obwohl es sich um Einrichtungen in deutscher Trägerschaft handelte, machten sich vor allem französische Intellektuelle um die Gründung des letztgenannten verdient.<sup>56</sup> Die deutschen außeruniversitären Forschungsmöglichkeiten wurden 1958 um eine dritte Einrichtung erweitert – die Deutsche Historische Forschungsstelle in Paris –, die kurz nach dem Elysée-Vertrag zum Deutschen Historischen Institut Paris umgewandelt wurde.<sup>57</sup> Initiativen für die Errichtung der französischen Pendants verwirklichten sich bis 1974 nicht. Dies hatte zwar keinen direkten Einfluss auf die Informationsvermittlung in der breiten Bevölkerung, aber Interessierte und Fachleute vermissten die fehlenden Institutionen als Quelle sachkundiger Informationen über das Partnerland.

## **b) Sprachförderung**

Die zweite Voraussetzung, die die „normalen“ Bürger in die deutsch-französischen Beziehungen einzubeziehen vermochte, war die Kenntnis der jeweils anderen Sprache. Inwieweit sich Deutsche und Franzose miteinander

---

<sup>54</sup> Mehrere Französische Institute, bzw. Centres wurden im ehemaligen Besatzungsgebiet (Mainz, Freiburg i. B., Tübingen und Saarbrücken), im Rheingebiet (Aachen, Bonn, Düsseldorf) oder im ehemaligen amerikanischen Württemberg-Baden (Karlsruhe, Stuttgart) errichtet.

<sup>55</sup> Bock, Hans Manfred: Der DAAD in den deutsch-französischen Beziehungen. In: *Alter* 2000, S. 204. Die Goethe-Institute wurden in Lille, Marseille, Paris, Toulouse, Nancy, Lyon und Bordeaux gegründet.

<sup>56</sup> Schulze, Winfried – Defrance, Corine: Die Gründung des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Mainz 1992.

<sup>57</sup> Paravicini, Werner: Du franco-allemand à l'histoire européenne. L'Institut historique allemand de Paris depuis 1964, *Allemagne d'aujourd'hui* 162 (2002), S. 150–153.

verständigen konnten, hing vor allem von den gesetzlichen Regelungen des Sprachunterrichts im jeweiligen Staat, den realen Formen der Fremdsprachenverbreitung und der Motivation der Bürger zum Sprachenlernen ab.

Was die Festlegung der ersten Fremdsprache in den Schulgesetzen angeht, war die Ausgangslage in Frankreich und in der Bundesrepublik ganz unterschiedlich. Während Frankreich, seinem bekannten Zentralismus zum Trotz, die Auswahl aus mehreren Fremdsprachen erlaubte, wurde in Deutschland eine einheitliche Eingangsfremdsprache mit dem Ziel bevorzugt, die Schülermobilität innerhalb der Bundesländer nicht zu unterbinden.<sup>58</sup> Die vorrangige Stellung des Englischen wurde zuerst im Düsseldorfer Abkommen von 1955 fest verankert, das nur einen kleinen Raum für das Französische als erste Fremdsprache zuließ und das durch eine Extraregelung für das Saarland ergänzt wurde.<sup>59</sup> Englisch wurde 1964 durch das Hamburger Abkommen als erste lebende Fremdsprache definitiv eingeführt.<sup>60</sup> Da der Unterricht in der Partnersprache (in diesem Falle des Französischen) laut dem Elysée-Vertrag zu den Prioritäten der deutsch-französischen Zusammenarbeit zu zählen hatte, gelang es dem Staatspräsidenten Pompidou 1971, die deutsche Seite zur Lockerung der Regelung von 1964 zu bewegen.<sup>61</sup> So konnten die Frankophilen den Anspruch auf das Französische als erste Fremdsprache erneut erheben.

In der Realität hatte Französisch in der Bundesrepublik keine wirklichen Aussichten, zur meistgelernten Fremdsprache zu werden. Die Position des Englischen, das von 91% der Gymnasialschüler als ihre Eingangsfremdsprache gelernt wurde,<sup>62</sup> war schon Anfang der 70er Jahre so fest, dass Französisch nur in den grenznahen Gebieten des Saarlands, Rheinland-Pfalz' und Baden-Württembergs besser abschneiden konnte.<sup>63</sup>

---

<sup>58</sup> Reinfried, Marcus – Kosch, Arlette: Sprachvermittlung in der Krise? Die Entwicklung des Französischunterrichts in Deutschland seit dem Elysée-Vertrag, Dokumente 1 (2003), S. 18.

<sup>59</sup> Candelier, Michel – Hermann-Brennecke, Gisela: L'Allemagne entre la pluralité et l'uniformité. In: Herreras, José Carlos (Hrsg.): L'enseignement des langues étrangères dans les pays de l'Union européenne, Louvain 1998, S. 36.

<sup>60</sup> „Neufassung des Abkommens zwischen den Ländern der Bundesrepublik zur Vereinheitlichung auf dem Gebiet des Schulwesens vom 28. Oktober 1964“. In: Anweiler, Oskar – Fuchs, Hans-Jürgen [u. a.] (Hrsg.): Bildungspolitik in Deutschland. Ein historisch-vergleichender Quellenband, Bonn 1992, S. 141–144, hier S. 144.

<sup>61</sup> Menesch, Dieter – Uterwedde, Henrik: Chronologie des relations franco-allemandes de 1944 à 1982. In: Documents 4 (1982), S. 197.

<sup>62</sup> Candelier, Michel – Hermann-Brennecke, Gisela: L'Allemagne entre la pluralité et l'uniformité. In: Herreras 1998, S. 37.

<sup>63</sup> Reinfried – Kosch 2003, S. 24.

In derselben Zeit sah die Position des Deutschen an französischen Schulen ein bisschen besser aus. Etwa 14% der Schüler in Frankreich wählten es zu ihrer ersten Fremdsprache – teilweise gerade deswegen, weil Deutsch als schwer erlernbare Sprache galt und so die Eingliederung in eine „gute Klasse“ möglich wurde.<sup>64</sup> Zu den Departements, in denen die höchste Nachfrage nach Deutschunterricht herrschte, zählten Bas-Rhin, Haut-Rhin und Moselle.<sup>65</sup> Wenngleich die Position des Deutschen als erste Fremdsprache ungewiss schien, wurde seine Rolle als zweitwichtigste Fremdsprache für unzweifelhaft betrachtet.<sup>66</sup> Die Deutsch-Französischen Gymnasien, die mit einem binationalen Abitur abgeschlossen werden und seit 1972 vereinzelt in Erscheinung traten,<sup>67</sup> konnten an der Stellung der Partnersprache im Bildungssystem des jeweiligen Staates kaum etwas ändern.

Der Deutsch- beziehungsweise Französischunterricht an Schulen der Primar- und Sekundarstufe war für die Demokratisierung der bilateralen Beziehungen von gleicher Bedeutung wie das Studium der Partnersprache an Universitäten und Hochschulen. Von den Germanistik- respektive Romanistik-Absolventen hing die weitere Verbreitung der Partnersprache sowie das Interesse der jungen Generation für das Nachbarland maßgeblich ab. Es war deshalb erforderlich, den Studenten eine Qualitätssprachausbildung zu gewährleisten und sie mit dem Leben im Nachbarland gut vertraut zu machen. Beides konnten Kontakte mit Muttersprachlern – in Lektoraten an der Heimatuniversität oder direkt im Ausland – ermöglichen. Während die Zahl der Deutsch-Lektoren in Frankreich in den 60er Jahren stieg, wurde Mitte der 70er Jahre die „Austrocknung des Lektorenaustausches in Richtung Bundesrepublik“<sup>68</sup> befürchtet. Parallel hierzu wurden seit der zweiten Hälfte der 60er Jahre vom Deutsch-Französischen Jugendwerk finanzierte Stipendienprogramme angeboten, die den Ger-

---

<sup>64</sup> Hannequart, Jean-Michel: Deutschunterricht in Frankreich. Ein Zustandbericht, Dokumente 1 (2003), S. 28ff.

<sup>65</sup> Poidevin – Bariéty 1977, S. 354.

<sup>66</sup> Ross, Werner: Die Rolle des Goethe-Instituts in den deutsch-französischen Beziehungen – am Beispiel Paris, Zeitschrift für Kulturaustausch 1 (1978), S. 19.

<sup>67</sup> Regierungsbeschlüsse zur Errichtung Deutsch-Französischer Gymnasien in Kästner, Harald (Hrsg.): Die deutsch-französische Zusammenarbeit im Bildungswesen. Sammlung der Beschlüsse der deutsch-französischen Zusammenarbeit in den Bereichen Schule, berufliche Bildung und Hochschule, Bonn 1999, S. 97–124.

<sup>68</sup> Stephan, Rüdiger: Unterschiedliche Bildungssysteme, Dokumente (1978), Sonderausgabe, S. 100.

manisten und Romanisten ermöglichten, ein Semester lang im Nachbarland zu studieren.<sup>69</sup>

Als das Institut d'Allemand d'Asnières 1969 im Rahmen der Pariser Sorbonne gegründet wurde, wurde ein wichtiger Schritt zugunsten eines praxisorientierten Germanistikstudiums getan. Die Betonung des landeskundlichen Aspekts des Fremdsprachenstudiums und vor allem die Einführung des Studienganges Langues Etrangères Appliquées 1973 bewies,<sup>70</sup> dass die französischen Hochschullehrer begannen, die Partnersprache als Mittel und nicht nur als Selbstzweck zu verstehen. Allerdings hatte die Tatsache, dass Deutschkenntnisse in Frankreich und Französischkenntnisse in der Bundesrepublik die Chancen auf dem Arbeitsmarkt erhöhten, bis Mitte der 70er Jahre kein steigendes Interesse am Erlernen der Partnersprache zur Folge. Zu dieser Zeit blieb das Demokratisierungspotenzial der deutsch-französischen wirtschaftlichen Verflechtung, die sich schrittweise vom Außenhandel auch in den Bereich der Investitionen und der industriellen Kooperation ausweitete, ungenutzt.

### c) Mobilitätserhöhung

Die Nachfrage nach Informationen über das Partnerland und das Interesse seine Muttersprache zu erlernen hing oft davon ab, wie zugänglich der jeweilige Staat für die Bürger des anderen Staates war. Bevor die Arbeits- und die akademische Mobilität sowie der Reiseverkehr zwischen der Bundesrepublik und Frankreich untersucht werden kann, muss man eine wichtige Voraussetzung für die Erhöhung der gegenseitigen Mobilität erwähnen – die Vereinfachung der für den Grenzübergang nötigen Formalitäten. Dazu kam es während der 50er Jahre, als zunächst 1953 der Sichtvermerkszwang teilweise beseitigt wurde,<sup>71</sup> worauf 1957 eine Vereinbarung folgte, die die Einreise in das Partnerland mit einem gültigen Reisepass oder Personalausweis ermöglichte.<sup>72</sup>

---

<sup>69</sup> Bock, Hans Manfred: Der DAAD in den deutsch-französischen Beziehungen. In: Alter 2000, S. 209f.

<sup>70</sup> Bock, Hans Manfred: Zwanzig Jahre Institut d'Allemand d'Asnières. Zentrum einer neuen Germanistik an der Peripherie von Paris, Dokumente 5 (1989), S. 395–399.

<sup>71</sup> Lappenküper 2001, S. 1884.

<sup>72</sup> Anhand des Europäischen Übereinkommens über die Regelung des Personenverkehrs zwischen den Mitgliedsstaaten des Europarates vom 13. 12. 1957, siehe <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Frankreich/Einreisebestimmungen.html>. (Stand: 12. 10. 2006).

Allerdings war die Möglichkeit, ein Gewerbe im Nachbarland zu betreiben oder einen Beruf auszuüben, mit vielen weiteren höchst komplizierten Regelungen verbunden. Eine erste Vereinfachung (bezüglich des Niederlassungsrechts und der Doppelbesteuerung) wurde zwischen der Bundesrepublik und Frankreich in der zweiten Hälfte der 50er Jahre vereinbart.<sup>73</sup> Die Arbeit an der Vereinfachung der gesetzlichen Forderungen gegenüber den Bürgern des Partnerstaates wurde seit 1958 vor allem im Rahmen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft fortgesetzt. Weder auf der bilateralen, noch auf der multilateralen Ebene erreichte man bis 1974 die gegenseitige Anerkennung der Prüfungszeugnisse oder die Errichtung integrierter Studiengänge, deren Doppelabschluss die Berufstätigkeit in der Bundesrepublik sowie in Frankreich gestattet hätte.

Ein weiterer Bestandteil der Arbeitsmobilität beruhte auf dem Austausch junger Berufstätiger. Da diese soziale Gruppe aufgrund ihres Bildungswegs nur wenig von den deutsch-französischen Schulpartnerschaften profitieren konnte, wurden für sie Sonderprogramme vom DFJW im Partnerland veranstaltet.<sup>74</sup> 1967 machten junge Berufstätige 29% aller Teilnehmer an den Austauschmaßnahmen des Jugendwerks aus. Ihre Einbeziehung in die deutsch-französischen Begegnungen war umso wichtiger, als manche von ihnen auf diese Weise ihre erste Auslandsreise unternahmen.<sup>75</sup> Von einer solchen Auslandserfahrung wurden in den 60er Jahren auch Tausende junge Frauen geprägt, die im Nachbarland (mehr in Frankreich als in Deutschland) als Au-pair-Mädchen wirkten.<sup>76</sup> In derselben Zeit begann man, Berufspraktika in Zusammenarbeit mit der französischen Eliteschule ENA zu organisieren, an denen jährlich ein paar junge Beamte aus der Bundesrepublik teilnahmen.<sup>77</sup>

Die Einbeziehung der Hochschuleinrichtungen in die deutsch-französische Kooperation war notwendig vor allem für die Entfaltung der akademischen Mobilität. Ein Schritt in diese Richtung wurde Mitte der 50er Jahre getan, als die ersten Universitätspartnerschaften zustande kamen. Die Anregung hierzu wurde von der Leitung (z.B. zwischen der LMU Mün-

---

<sup>73</sup> Poidevin – Bariéty 1977, S. 345.

<sup>74</sup> Bock, Hans Manfred: Komplizierung der politischen. In: Bock 2003, S. 81ff.

<sup>75</sup> Duval, Gérard: Junge Berufstätige – Stiefkinder des Jugendaustausches?, Dokumente (1978), Sonderausgabe, S. 92f.

<sup>76</sup> Bock, Hans Manfred: Komplizierung der politischen. In: Bock 2003, S. 78.

<sup>77</sup> Bock, Hans Manfred: Der DAAD in den deutsch-französischen Beziehungen. In: Alter 2000, S. 210.

chen und der Pariser Sorbonne) sowie von Studenten (z.B. zwischen Heidelberg und Montpéllier) gegeben.<sup>78</sup> Mit der Errichtung des Deutsch-Französischen Bureau des Grandes Ecoles et des Technischen Hochschulen (Bureau GE-TH) 1956 und mit der Gründung der Deutsch-Französischen Rektorenkonferenz zwei Jahre später wurde die deutsch-französische akademische Zusammenarbeit auch im zwischenstaatlichen Rahmen institutionalisiert.<sup>79</sup> Als der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) 1963 seine Außenstelle in Paris eröffnete, wurde eine Institutionsbasis geschaffen, die bis in die 80er Jahre unverändert blieb und als Grundlage (einschließlich des DFJW) für den akademischen Austausch zwischen der Bundesrepublik und Frankreich galt.

Das Interesse der Studenten, ein Semester im Ausland zu studieren, hing wesentlich davon ab, ob das Auslandsstudium an ihrer Heimatuniversität anerkannt wurde. Die Frage der Studienäquivalenzen wurde zwar in der Rektorenkonferenz diskutiert, blieb aber bis Mitte der 70er Jahre ohne greifbare Ergebnisse. Nachdem der Elysée-Vertrag diesem Thema die notwendige politische Unterstützung erteilt hatte, wurden entsprechende Fachgespräche durch die Ereignisse von 1968 und die folgende Umstrukturierung der Universitätsverwaltung und des ganzen Hochschulwesens unterbrochen.<sup>80</sup> Eine Ausnahme in der Äquivalenz-Frage stellte die Universität des Saarlandes dar, an der man in manchen Studiengängen ein französisches Diplom ablegen konnte.<sup>81</sup> Dies war eine positive Auswirkung der saarländischen Geschichte, die aber auf der französischen Seite kein Gegenüber hatte. Ähnlich wichtig wie die Studienäquivalenzen waren allerdings Stipendien, die vom DFJW, DAAD und vom französischen Außenministerium vergeben wurden. Auch deshalb waren Anfang der 70er Jahre 1400 deutsche Studenten in Frankreich und ungefähr die gleiche Zahl französischer Studierender in der Bundesrepublik eingeschrieben.<sup>82</sup>

Man besuchte das Partnerland nicht nur aus Arbeits- und Studien Gründen, sondern seit den 60er Jahren auch zur Erholung. Dies betraf vor allem Frankreich, das 1973 2,8 Millionen deutsche Touristen empfing und

---

<sup>78</sup> Defrance, Corine: Les relations universitaires franco-allemandes avant 1963. Impulsions institutionnelles et initiatives privées, *Lendemains* 107/108 (2002), S. 209f.

<sup>79</sup> Ebd., S. 211.

<sup>80</sup> Defrance, Corine: Der Universitätsaustausch in den Begegnungsprogrammen des DFJW 1963–2003. In: Bock 2003, S. 221ff.

<sup>81</sup> Ebd., S. 224.

<sup>82</sup> Poidevin – Bariéty 1977, S. 355.

somit zum drittbeliebtesten deutschen Urlaubsziel wurde. Diese Vorliebe der Deutschen für einen Frankreich-Urlaub ließ sich durch ihre Reiselust, die französischen Natur- und Kulturschätze sowie durch die Aufwertung der Mark 1969 erklären. Die Anzahl der französischen Touristen, die 1973 in die Bundesrepublik einreisten, war fünf Mal niedriger – sie belief sich auf 0,6 Millionen.<sup>83</sup>

#### **d) Interessenverflechtung**

Diejenigen Deutschen und Franzosen, die kein gesondertes Interesse an den Gegebenheiten des Nachbarlandes zeigten, die andere Sprache nicht sprachen und nicht einmal Gelegenheit hatten, das Partnerland persönlich kennen gelernt zu haben, blieben von allen bisher beschriebenen Begegnungsformen ausgeschlossen. Wollte man sie in die bilateralen Beziehungen miteinbeziehen, so war dies nur über ihre Hobbys und Freizeitbeschäftigungen möglich. Viele Kontakte zwischen Leuten mit gleichen oder ähnlichen Interessen entstanden auf der Basis kommunaler Partnerschaften, die Gemeinden und Städte aus Frankreich und Deutschland miteinander abgeschlossen hatten.

Mit dem feierlich verkündeten Ziel „die Freundschaft zwischen den beiden Nachbarnvölkern zu festigen und damit zugleich einen Beitrag zu einem in Freiheit und Frieden geeinten Europa zu leisten“,<sup>84</sup> wurden im Zeitraum von 1950–1974 zwischen bundesdeutschen und französischen Kommunen mehr als 750 offiziellen Partnerschaften geschlossen.<sup>85</sup> Die Zahl der Partnerschaftsurkunden, deren Unterzeichnung als Geburtsdatum

---

<sup>83</sup> Ebd.

<sup>84</sup> Zitat aus der Partnerschaftsurkunde zwischen Stuttgart und Straßburg von 1962, die in einem von der Internationalen Bürgermeisterunion herausgegebenen Buch als Modellbeispiel veröffentlicht wurde, vgl. Cantz, Charlotte – Engelhardt, Heinz (Hrsg.): Goldenes Buch der deutsch-französischen Städtepartnerschaften. Livre d'or des jumelages franco-allemands, Stuttgart 1964, S. 176.

<sup>85</sup> Diese Zahl (genau 767) wurde anhand zweier Online-Datenbanken der kommunalen Zusammenarbeit errechnet (Stand: 18. 04. 2006). Beide werden vom Rat der Gemeinden und Regionen Europas betrieben – eine von seiner deutschen Sektion, die andere von der französischen Sektion (Association Française du Conseil des Communes et Régions d'Europe). Vgl. die entsprechenden Webseiten, <http://www.rgre.de> und [http://www.afcre.org/ft/annuaire\\_jumelles\\_3\\_do.asp](http://www.afcre.org/ft/annuaire_jumelles_3_do.asp). Dies betrifft auch die folgenden Daten, wenn nicht anders angegeben. Die von mir errechneten Angaben unterscheiden sich teilweise von den bisher in der Literatur stehenden Daten, die nur anhand der deutschen Statistiken erstellt wurden. Vgl. Engelhardt, Heinz: Weniger Vorurteile durch Partnerschaften. In: Dokumente (1979), Sonderheft, S. 105, wo 714 deutsch-französische Städtepartnerschaften für den Zeitraum 1950–1974 angegeben werden.

der Partnerschaft gilt, stieg jedoch mit unterschiedlicher Intensität. Während in den Jahren 1950–1957 im Durchschnitt zweieinhalb Partnerschaften entstanden, wurden im folgenden Jahr 17 Kooperationen besiegelt und ihre Anzahl verzeichnete einen fast ununterbrochenen Zuwachs bis 1966, als 75 Partnerschaftsabschlüsse registriert wurden. In der folgenden Zeit wurde ein vorübergehender Rückgang verzeichnet, der 1971 mit 34 neuen Partnerschaften seinen Tiefpunkt erreichte. Danach kam es aber zu einer wesentlichen Verbesserung, wurden 1974 doch fast doppelt so viele Partnerschaften (67) abgeschlossen. Unter einem regionalen Gesichtspunkt betrachtet, nahmen an dieser Partnerschaftsbewegung am häufigsten Kommunen aus Baden-Württemberg (192), Nordrhein-Westfalen (136), und Rheinland-Pfalz (132) teil.

Der Weg, wie Partnergemeinden einander fanden, war entweder von älteren Bindungen (vor allem persönlichen oder historischen) zwischen den beiden Kommunen geprägt oder es wurden gewisse Ähnlichkeiten der kommunalen Struktur, des Gemeindelebens sowie des Namens berücksichtigt. Dabei waren die Gemeinsamkeiten, die die beiden Gemeinden verband, ausschlaggebend für die Art der gemeinsamen Kontakte. Diese wurden oft von Vereinen vermittelt und unterhalten, die insgesamt ein sehr breites Interessenspektrum abdeckten – von Sport, über Kultur, Kunst und Frankreich-/Deutschlandkunde bis hin zu unterschiedlichen Hobbys und freiwilligen Tätigkeiten. Die gleiche Aufgabe erfüllten in manchen Kommunen lokale Kirchengemeinden. Gleichzeitig bemühte man sich immer darum, die örtlichen Schulen und damit die jüngste Generation in die Partnerschaft einzubinden. Eine langfristige Aufrechterhaltung dieser grenzüberschreitenden Zusammenarbeit war allerdings ohne Zuschüsse der kommunalen Verwaltung, des Deutsch-Französischen Jugendwerks und eventuell noch anderer Quellen nicht möglich.<sup>86</sup>

Bei den partnerschaftlichen Begegnungen gab es immer das Ziel, Deutsche und Franzosen in einen persönlichen Kontakt zu bringen. Im Idealfall sollte jeder einen fremdsprachigen Partner haben, der eine Unterbringung bieten konnte und durch dessen Vermittlung man das Leben im Nachbarland näher kennen lernen konnte. Auf diese Weise wurden viele langjährige Bindungen angeknüpft und manchmal sogar Ehen geschlos-

---

<sup>86</sup> Zu weiteren Informationen (nicht nur zur Finanzierung) vgl. Grunert, Thomas: Langzeitwirkungen von Städtepartnerschaften. Ein Beitrag zur europäischen Integration, Kehl am Rhein – Straßburg 1981, S. 143ff und Mirek, Holger: Deutsch-französische Gemeindepartnerschaften. Ein Leitfaden für Praktiker, Kehl am Rhein – Straßburg 1984, S. 31ff.



sen.<sup>87</sup> Die Wirkung der kommunalen Partnerschaften darf aber nicht überschätzt werden, da die Menschen, die diese partnerschaftlichen Aktivitäten mitmachten, immer in der Minderzahl gegenüber der Gesamtbevölkerung der jeweiligen Kommune blieben.

## Bilanz der Demokratisierung

Wie schon in der Einleitung erwähnt wurde, ist es sehr kompliziert, die Wirkungskraft der einzelnen Maßnahmen, die Deutsche und Franzosen in die bilateralen Beziehungen miteinbeziehen und auf diese Weise moderner machen sollten, zu messen. Die folgende Bilanzierung wird deshalb die Demokratisierung des deutsch-französischen Verhältnisses aus der Perspektive vom Anfang des 21. Jahrhunderts auswerten. Man wird also einen Vergleich ziehen – zwischen dem, was in den vier untersuchten Bereichen (Informationsvermittlung, Sprachförderung, Mobilitätserhöhung und Interessenverflechtung) bis zur Mitte der 70er Jahre erreicht wurde, und demjenigen, das zur Demokratisierung der deutsch-französischen Beziehungen erst im letzten Vierteljahrhundert beitrug.

Was die Informierung über das Nachbarland betrifft, gelang es, das Partnerland in die inländische Berichterstattung einzugliedern, obwohl diese inhaltlich sowie aufgrund ihres Umfangs von Deutschland- und Frankreichkennern kritisiert wurde.<sup>88</sup> Mit dem Ziel, den Informationsaustausch zu vereinfachen und seine Qualität zu verbessern, begann man Presse- und audiovisuelle Partnerschaften zwischen den deutschen und französischen Massenmedien aufzunehmen. Um die Vermittlung fachspezifischer Informationen machten sich Fachzeitschriften, Kulturinstitute und wissenschaftliche Einrichtungen verdient. Obwohl die französische Seite wesentlich mehr Kulturinstitute als die Bundesrepublik zur Verfügung stellte, konnten sich französische Deutschland-Forscher auf keine außeruniversitäre Forschungseinrichtung stützen.

Diese Einseitigkeit wurde nach 1974 nicht nur eliminiert, sondern es wurde auch mehr Nachdruck auf den Inhalt der Berichterstattung, die

---

<sup>87</sup> Ein paar konkrete Beispiele sind im Sammelband, der aufgrund eines Wettbewerbes des DFJW herausgegeben wurde, zu finden. Vgl. DFJW (Hrsg.), 40 deutsch-französische Geschichten, Berlin – Paris 2005.

<sup>88</sup> Ménudier, Henri: Die Information – Quelle für Konflikte oder für Kooperation?, Dokumente (1978), Sonderausgabe, S. 125ff.

Fortbildung der Journalisten und die Förderung der lokalen Medien gelegt. Man bemühte sich, den einfachen Austausch durch eine wirkliche Zusammenarbeit zu ersetzen – die Errichtung des Kulturkanals ARTE ist hierfür ein erfolgreiches, wenngleich kostspieliges Beispiel. Die elektronische Verbreitung der Informationen, die das Internet in unterschiedlichsten Formen ermöglichte, war wohl der letzte Schritt, der bislang zugunsten der Demokratisierung getan wurde. Die Existenz des World Wide Webs hat man aber am Anfang der 70er Jahre gar nicht ahnen können.

Die Beteiligung der Bürger an den deutsch-französischen Beziehungen, die spätestens seit 1963 zu den offiziellen Zielen der Politiker beider Staaten zählte, war ohne eine Beherrschung der Partnersprache nur schwer denkbar. Obwohl die steigende Kooperation zwischen der Bundesrepublik und Frankreich auf dem wirtschaftlichen Gebiet das Erlernen der Partnersprache befürwortete, richteten sich weder die normalen Bürger (in beiden Staaten) noch die deutschen Kultusminister danach. Am Anfang der 70er Jahre wurde Deutsch von französischen Schülern zwar häufiger gelernt als Französisch von deutschen Kindern, aber keine Partnersprache hatte die Chance, die Überlegenheit des Englischen als Fremdsprache Nummer Eins zu beseitigen.

Während die feste Stellung des Englischen nach 1974 unverändert blieb, war die Position des Deutschen, bzw. des Französischen als zweite erlernte Fremdsprache bedroht. Gründe hierfür bestanden sowohl in der subjektiv empfundenen Komplexität der Partnersprache und in der hohen Mindestzahl, die für die Einrichtung einer Sprachenklasse nötig war, als auch im „perversen Effekt“<sup>89</sup> der deutschen und französischen Schulreformen, die das Abwählen der zweiten Fremdsprache ermöglichten.<sup>90</sup> Die Position der beiden Sprachen im jeweiligen Partnerland war 1974 stärker als ein Vierteljahrhundert später, trotz einer steigenden Zahl unterschiedlichster Förderungsmittel und einer klaren Nachfrage nach solchen Sprachkenntnissen, die es auf dem Arbeitsmarkt gab. Dadurch wurden die Grenzen der Demokratisierung deutlich aufgezeigt.

Was die Mobilität zwischen der Bundesrepublik und Frankreich angeht, wurde sie von den meisten bürokratischen Hemmnissen in den 50er Jahren befreit. Dies wirkte sich positiv auf den Tourismus (überwiegend von den

---

<sup>89</sup> Picht, Robert: Die Versöhnung ist kein Grund zur Selbstzufriedenheit. Mängel in den Kulturbeziehungen unter Nachbarn. In: Manfrass Klaus – Rioux Jean-Pierre (Hrsg.): France – Allemagne. 1944–1947, Paris 1990, S. 72.

<sup>90</sup> Vgl. Reinfried – Kosch 2003, S. 18ff und Hannequart 2003, S. 28ff.

Deutschen betrieben) aus, was aber nicht für eine Ankurbelung der Arbeits- und akademischen Mobilität ausreichte. Während die erste ohne eine gegenseitige Anerkennung der Prüfungszeugnisse und Hochschulabschlüsse sehr beschränkt blieb, hing die zweite vor allem von der Einführung deutsch-französischer Studienäquivalenzen und von der Existenz von Studien- und Forschungsstipendien ab. Von diesen Bedingungen wurde im untersuchten Zeitraum nur die letzte erfüllt, als spezialisierte Institutionen in den 60er Jahren begannen, eine größere Zahl von Stipendien zu vergeben.

Nach 1974 wurden beide Arten der Mobilität wesentlich erleichtert – dies aufgrund deutsch-französischer Vereinbarungen sowie infolge der wachsenden europäischen Integration. In den gewerblichen Tätigkeiten spielten deutsche und französische Schlosser 1977 die Vorreiterrolle, bei den Studienäquivalenzen konnten sich Studenten der Geistes- und Naturwissenschaften 1980 als erste über die Anerkennung ihrer Diplome freuen.<sup>91</sup> Ein weiterer Schritt zugunsten einer höheren Mobilität wurde Ende der 80er Jahre unternommen, als man begann, integrierte Studiengänge zu errichten, deren Doppelabschlüsse sowohl zur Arbeitsaufnahme in der Bundesrepublik als auch in Frankreich berechtigten. Durch die Verabschiedung des Vertrags von Maastricht erreichte die Demokratisierung der bilateralen Beziehungen die bislang letzte und eher symbolische Stufe: Diejenigen Deutschen und Franzosen, die ihren Wohnsitz im Partnerland hatten, erhielten das Recht, an den Wahlen zum Europäischen Parlament und zur Kommunalvertretung als Wähler sowie als Kandidaten teilzunehmen.

Die Vermittlung von Kontakten zwischen Deutschen und Franzosen mit ähnlichen Interessen, stellte eine letzte Möglichkeit dar, wie breite Bevölkerungsschichten für eine Beteiligung an den bilateralen Beziehungen gewonnen werden konnten. Städte und Gemeinden aus beiden Staaten erwiesen sich hierbei als die wichtigsten Mittler, da sie es vermochten, eine relativ hohe Zahl von Bürgern (im Vergleich zu anderen Annäherungsprojekten) und unabhängig von Ausbildung, Beruf und sozialem Status in einen gegenseitigen Kontakt zu bringen. Durch persönliche Verbindungen wurde das Interesse an bilateralen Beziehungen geschaffen und das Verständnis für die Probleme des Partnerlandes unterstützt. Die kommunalen Partnerschaften entstanden nach dem Zweiten Weltkrieg als ein ganz neues Phänomen, das in den 70er Jahren auch größere Gebietskörperschaften zur

---

<sup>91</sup> Kästner 1999, S. 11ff.

Kooperation inspirierte und im Rahmen der Europäischen Gemeinschaften in den so genannten Euroregionen ihren weiteren Ausdruck fand. Zur Demokratisierung der deutsch-französischen Beziehungen trugen auch nach 1974 die Gemeinde- und Städtepartnerschaften wesentlich bei – durch eine steigende Zahl engagierter Kommunen sowie durch neue Tätigkeitsfelder –, mussten sich jedoch auch mit der sinkenden finanziellen Förderung und Alterungsproblemen abfinden.

Kurze Abstecher in die Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts haben gezeigt, dass ihre Demokratisierung nicht in allen Bereichen und im gewünschten Ausmaß erfolgreich war – weder bis 1974 noch bis heute. Durch die Wiedervereinigung ist die Wirkung der Demokratisierungsmaßnahmen weiter abgeschwächt worden, da die Bürger aus den neuen Bundesländern nicht in der Lage waren, sich im gleichen Maß an der Gestaltung der deutsch-französischen Beziehungen zu beteiligen. Obwohl diese weit davon entfernt waren und sind, ein Demokratisierungsideal darzustellen, kann man ihnen die Musterrolle, die sie in der Welt spielen, kaum absprechen. Anderen Staaten mit dem Ruf ehemaliger Erzfeinde ist nämlich bislang nichts Funktionsfähigeres gelungen.

## Quellen- und Literaturverzeichnis

### Quellen

Anweiler, Oskar – Fuchs, Hans-Jürgen [u.a.] (Hrsg.): Bildungspolitik in Deutschland. Ein historisch-vergleichender Quellenband, Bonn 1992.

Erbar, Ralph (Hrsg.): Quellen zu den deutsch-französischen Beziehungen 1919–1963, Darmstadt 2003.

Kästner, Harald (Hrsg.): Die deutsch-französische Zusammenarbeit im Bildungswesen. Sammlung der Beschlüsse der deutsch-französischen Zusammenarbeit in den Bereichen Schule, berufliche Bildung und Hochschule, Bonn 1999.

La France en Allemagne

Schmittlein, Raymond: La rééducation du peuple allemand. In: Vaillant, Jérôme (Hrsg.): La dénazification par les vainqueurs, Lille 1981, S. 139–155.

### Literatur

Alter, Peter (Hrsg.): Der DAAD in der Zeit. Geschichte, Gegenwart und zukünftige Aufgaben. Bd. 1 (Spuren in die Zukunft. Der Deutsche Akademische Austauschdienst. 1925–2000), Bonn 2000.

- Auerbach, Helmuth: Französische Besatzungspolitik, Katholische Kirche und CDU in Württemberg-Hohenzollern 1945–1947. Schwierigkeiten mit Bildungsreform und Demokratisierung. In: Jurt Joseph (Hrsg.): Von der Besatzungszeit zur deutsch-französischen Kooperation, Freiburg 1993, S. 140–169.
- Baumann, Ansbert: Erziehungs- und Jugendfragen. Die Bande enger gestalten und das Verständnis füreinander vertiefen? In: DeFrance – Pfeil 2005, S. 147–166.
- Bock, Hans Manfred: Das Deutsch-Französische Institut in der Geschichte des zivilgesellschaftlichen Austauschs zwischen Deutschland und Frankreich. In: Bock 1998.
- Bock, Hans Manfred: Der DAAD in den deutsch-französischen Beziehungen. In: Alter 2000, S. 196–217.
- Bock, Hans Manfred (Hrsg.): Deutsch-französische Begegnungen und europäischer Bürgersinn. Studien zum Deutsch-Französischen Jugendwerk, Opladen 2003.
- Bock, Hans Manfred: Die deutsch-französische Gesellschaft 1926 bis 1934. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte der deutsch-französischen Beziehungen der Zwischenkriegszeit, Francia 17 (1990), Bd. 3, S. 57–101.
- Bock, Hans Manfred: Europa von unten. Zu den Ursprüngen und Anfängen der deutsch-französischen Gemeindeparterschaften. In: Jünemann Annette – Richter Emanuel – Ullrich Hartmut (Hrsg.): Gemeindeparterschaften im Umbruch Europas, Frankfurt/Main 1994, S. 13–35.
- Bock, Hans Manfred: Komplizierung der politischen Beziehungen und Konsolidierung des DFJW in den sechziger Jahren. In: Bock 2003, S. 61–90.
- Bock, Hans Manfred: Private Verständigungs-Initiativen in Deutschland und Frankreich. In: Bock 2003, S. 13–37.
- Bock, Hans Manfred (Hrsg.): Projekt deutsch-französische Verständigung. Die Rolle der Zivilgesellschaft am Beispiel des Deutsch-Französischen Instituts in Ludwigsburg, Opladen 1998.
- Bock, Hans Manfred: Zwanzig Jahre Institut d'Allemand d'Asnières. Zentrum einer neuen Germanistik an der Peripherie von Paris, Dokumente 5 (1989), S. 395–399.
- Bourel, François: Jean du Rivau, Dokumente 1 (1970), S. 3–8.
- Candelier, Michel – Hermann-Brennecke, Gisela: L'Allemagne entre la pluralité et l'uniformité. In: Herreras, José Carlos (Hrsg.): L'enseignement des langues étrangères dans les pays de l'Union européenne, Louvain 1998, S. 27–59.
- Cantz, Charlotte – Engelhardt, Heinz (Hrsg.): Goldenes Buch der deutsch-französischen Städtepartnerschaften. Livre d'or des jumelages franco-allemands, Stuttgart 1964.
- Deenen, Bernd van (Hrsg.): Vereinigung Deutsch-Französischer Gesellschaften in Deutschland und Frankreich. Eine Dokumentation, Bonn – Mainz 1990.
- DeFrance, Corine – Pfeil Ulrich (Hrsg.): Der Elysée-Vertrag und die deutsch-französischen Beziehungen. 1945–1963–2003, München 2005.
- DeFrance, Corine: Der Universitätsaustausch in den Begegnungsprogrammen des DFJW 1963–2003. In: Bock 2003, S. 219–243.

- Defrance, Corine: La politique culturelle de la France sur la rive gauche du Rhin. 1945–1955, Strasbourg 1994.
- Defrance, Corine: Les relations universitaires franco-allemandes avant 1963. Impulsions institutionnelles et initiatives privées, *Lendemains* 107/108 (2002), S. 202–219.
- Defrance, Corine: Warum ist die Kultur nicht Gegenstand des Elysées-Vertrags? In: Defrance – Pfeil 2005, S. 197–213.
- DFJW (Hrsg.): 40 deutsch-französische Geschichte, Berlin – Paris 2005.
- Dokumentation: Gründung der drei Verständigungsorganisationen zwischen Deutschland und Frankreich im Jahre 1948, *Dokumente* 3 (1998), S. 205–206.
- Duval, Gérard: Junge Berufstätige – Stiefkinder des Jugendaustausches?, *Dokumente* (1978), Sonderausgabe, S. 92–96.
- Eikel, Markus: Pioniere der Aussöhnung? Erfahrungen französischer Katholiken in Deutschland, *Dokumente* 4 (2000), S. 335–341.
- Engelhardt, Heinz: Weniger Vorurteile durch Partnerschaften, *Dokumente* (1979), Sonderheft, S. 103–113.
- Falbisauer, Christiane: Fachzeitschriften über das Nachbarland. *Dokumente* (1979), Sonderheft, S. 58–76.
- Filipová, Lucie: The German-French Rapprochement „face to face“ in 1945–1963: The transition from traditional bilateral relations to modern conception of cooperation. In: Vykoukal Jiří (Hrsg.): *Between Past and Present: Different Faces of Tradition and Modernity in the United States, Europe, and Eurasia*, im Druck bei Peter Lang Publishers.
- Fuchs-Heinritz, Werner [u.a.] (Hrsg.): *Lexikon zur Soziologie*, Opladen 1994.
- Gasser, Adolf: *Gemeindefreiheit als Rettung Europas. Grundlinien einer ethischen Geschichtsauffassung*, Basel 1943.
- Gilcher-Holteyová, Ingrid: *Hnutí '68 na Západě. Studentské bouře v USA a západní Evropě*, Praha 2004.
- Grosse, Ernst Ulrich – Lüger, Heinz-Helmut: *Frankreich verstehen. Eine Einführung mit Vergleichen zu Deutschland*, Darmstadt 1996.
- Grunert, Thomas: *Langzeitwirkungen von Städtepartnerschaften. Ein Beitrag zur europäischen Integration*, Kehl am Rhein – Straßburg 1981.
- Hannequart, Jean-Michel: *Deutschunterricht in Frankreich. Ein Zustandbericht*, *Dokumente* 1 (2003), S. 28–35.
- Hüser, Dietmar: *Frankreichs „doppelte Deutschlandpolitik“. Dynamik aus der Defensive – Planen, Entscheiden, Umsetzen in gesellschaftlichen und wirtschaftlichen, innen- und außenpolitischen Krisenzeiten. 1944–1950*, Berlin 1996.
- Kiersch, Gerhard: *L'Institut Franco-Allemand de Ludwigsburg. L'abolition patiente des „barrières culturelles“*. In: Ménudier, Henri (Hrsg.): *Le couple franco-allemand en Europe*, Asnières 1993, S. 320–325.
- Jardin, Pierre – Kimmel, Adolf (Hrsg.): *Les relations franco-allemandes depuis 1963*, Paris, 2001.

- Küppers, Heinrich: Bildungspolitik im Saarland. 1945–1955, Saarbrücken 1984.
- Lappenküper, Ulrich: Die deutsch-französischen Beziehungen 1949–1963. Von der „Erbfeindschaft“ zur „Entente élémentaire“, München 2001.
- Mai, Gunther: Alliiertes Kontrollrat. In: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949/1955, Berlin 1999, S. 229–234.
- Marmetschke, Katja: Krise und Neugestaltung des DJFW in den siebziger Jahren. In: Bock 2003, S. 91–122.
- Ménudier, Henri: Die Information – Quelle für Konflikte oder für Kooperation?, Dokumente (1978), Sonderausgabe, S. 121–134.
- Menyesh, Dieter – Uterwedde, Henrik: Chronologie des relations franco-allemandes de 1944–1982, Documents 4 (1982), S. 181–208.
- Mirek, Holger: Deutsch-französische Gemeindepartnerschaften. Ein Leitfaden für Praktiker, Kehl am Rhein – Straßburg 1984.
- Pánková, Lucie: Školská a univerzitní politika převýchovy ve francouzské okupační zóně v Německu. 1945–1949, Prag 2004 (Manuskript).
- Paravicini, Werner: Du franco-allemand à l'histoire européenne. L'Institut historique allemand de Paris depuis 1964, Allemagne d'aujourd'hui 162 (2002), S. 150–153.
- Picht, Robert: Die Versöhnung ist kein Grund zur Selbstzufriedenheit. Mängel in den Kulturbeziehungen unter Nachbarn. In: Manfrass Klaus – Rioux, Jean-Pierre (Hrsg.): France – Allemagne. 1944–1947, Paris 1990, S. 69–76.
- Poidevin, Raymond – Bariéty, Jacques: Les relations franco-allemandes. 1815–1975, Paris 1977.
- Prisching, Manfred: Soziologie. Themen – Theorien – Perspektiven, Wien 1990.
- Reinfried, Marcus – Kosch, Arlette: Sprachvermittlung in der Krise? Die Entwicklung des Französischunterrichts in Deutschland seit dem Elysée-Vertrag, Dokumente 1 (2003), S. 17–27.
- Ross, Werner: Die Rolle des Goethe-Instituts in den deutsch-französischen Beziehungen – am Beispiel Paris, Zeitschrift für Kulturaustausch 1 (1978), S. 16–21.
- Schmid, Klaus-Peter – Kohler, Henri – Volbracht, Christian: Die Rolle der Korrespondenten und der Presseagenturen, Dokumente (1979), Sonderheft, S. 32–38.
- Schulze, Winfried – Defrance, Corine: Die Gründung des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Mainz 1992.
- Steinkühler, Manfred: Der deutsch-französische Vertrag von 1963. Entstehung, diplomatische Anwendung und politische Bedeutung in den Jahren von 1958 bis 1969, Berlin 2002.
- Stephan, Rüdiger: Unterschiedliche Bildungssysteme, Dokumente (1978), Sonderausgabe, S. 97–103.
- Vaillant, Jérôme: Einführung in die kulturellen Aspekte der französischen Deutschlandpolitik zwischen 1945 und 1949. In: Die Französische Deutschlandpolitik zwischen 1945 und 1949, Tübingen 1987, S. 61–67.

Voß, Peter: Die Deutsch-Französische Radiokooperation braucht kleine praktische Schritte, in: Koch, Ursula E. – Schröter, Detlef [u.a.] (Hrsg.): Hörfunk in Deutschland und Frankreich. La Radio en France et en Allemagne, München 1996, S. 25–31.

Wolfrum, Edgar: Not und Neubeginn – die französische Besatzungspolitik. In: Vis-à-vis. Deutschland-Frankreich. Paris – Köln 1998, S. 81–92.

Ziebura, Gilbert: Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945. Mythen und Realitäten, Stuttgart 1997.

### **Internet-Recherche**

[http://www.afccre.org/fr/annuaire\\_jumelles\\_3\\_do.asp](http://www.afccre.org/fr/annuaire_jumelles_3_do.asp)

<http://www.auswaertigesamt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Frankreich/Einreisebestimmungen.html>

<http://www.franz-stock.org/indexd.html>

<http://www.rgre.de>



## MODIFIKATIONEN DES DEUTSCHEN PARLIAMENTARISMUS INFOLGE DES EUROPÄISCHEN INTEGRATIONSPROZESSES

---

JAN RYJÁČEK

### Abstract

#### Modifications of the German Parliamentarism as a consequence of the European Integration Process

This article deals with the Europeanization of the German parliament as a difficult process of finding a relationship between the German government (Bundesregierung), upper chamber (Bundesrat) and lower chamber (Bundestag) concerning the EU-related affairs. One of the results of the recent process of Europeanization is the lost of influence of parliaments in the EU member countries. The decision-making process within the Council of the EU can be hardly followed by parliaments and parliamentary committees. This leads to adaptation processes within the polities of EU member countries. This article follows the development of EC- and EU-related institutions and committees in both chambers of the German parliament as well as agreements and changes of the German constitutions adopted in order to assure that the parliament will not lose its influence in EU-related affairs. Considering the period from 1957 to 2006 the article concludes that there were differences between both chambers of the parliament in the way they tried to secure their interests. However both chambers partly lost their influence in the process of trying to secure their positions, changing their structures and negotiating new agreements.

**Keywords:** Europeanization, parliamentarism, Germany, Bundestag, Bundesrat, EU-Committee

Der Prozess der europäischen Integration ist einer der zentralen Begriffe für die Entwicklung von Gesellschaft und Politik (im weitesten Sinne des Wortes) der Bundesrepublik Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg.

Die Bindung der Bundesrepublik Deutschland an die westliche Gemeinschaft ist ohne Zweifel einer der wesentlichen Bestandteile ihrer politischen und kulturellen Identität. Die Europäisierung, also die wechselseitige Wirkung zwischen der nationalen und der europäischen supranationalen Ebene, steht auch im Vordergrund dieses Beitrages.

Die Europäisierung hat natürlich viele Aspekte und ist als Begriff nicht einfach zu konzeptualisieren. Deswegen muss am Anfang dieser Studie eine Auseinandersetzung mit dem Begriff der Europäisierung erfolgen, unter Berücksichtigung der breiten und intensiven internationalen politikwissenschaftlichen Debatte. Des Weiteren wird auch der Bezug zwischen Modernisierung und Europäisierung erörtert.

Den Kern dieser Studie bildet die Untersuchung der Europäisierung in einem bestimmten Bereich des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, dem deutschen Parlamentarismus. Weitere, gewiss sehr interessante Aspekte der Europäisierung werden in der Einführung erwähnt, sind jedoch nicht Gegenstand des Interesses.

Das Ziel dieser Studie ist es, einen Überblick über den Verlauf der strukturellen Anpassung (Modernisierung) des Parlamentarismus als eines Bereiches des politischen Systems zu geben, welche durch den Prozess der europäischen Integration verursacht wurde. Untersucht wird der Zeitraum von 1949 bis September 2006. Der vorliegende Text wurde zum Jahresende 2006 verfasst.

## **Europäisierung als Begriff und Konzept**

Einige europäische Staaten entschlossen sich nach dem Zweiten Weltkrieg, einige ihrer Souveränitätsrechte an eine neu geschaffene supranationale europäische Ebene abzugeben. Das vordergründige Ziel war dabei, die Gestaltungsmöglichkeiten der nationalen Staaten in Europa zu beschränken, so dass ein neuer Krieg in Europa unmöglich werden würde. Am Anfang des ganzen Prozesses stand eine „Flucht nach vorne“ der französischen Außenpolitik, die mit dem sog. Schuman-Plan die Initiative in der Okkupationspolitik zurückerlangen wollte.<sup>1</sup> Die Idee einer Montanunion und die Entstehung einer supranationalen Behörde, welche die Kohle- und Stahlproduktion der beteiligten Länder kontrollieren sollte, erschien für Frankreich wirtschaftlich profitabel, zumal dies auch eine Kontrolle über die deut-

---

<sup>1</sup> Siehe Schöllgen, Gregor: Die Außenpolitik der BRD, München 1999, S. 24.

sche Schwerindustrie ermöglichte. Gleich am Anfang zeigte sich aber auch, wo die Grenzen des Integrationsprozesses lagen. Das Projekt der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft scheiterte an der Zustimmung des französischen Parlamentes, obwohl es von der französischen Regierung ausging, die in derselben „Flucht nach vorne“ die Entstehung einer autonomen deutschen Armee zu verhindern versuchte. Es hat sich aber gezeigt, dass auch eine partielle Europäisierung der nationalen Verteidigungspolitiken nicht möglich war. Der Prozess der Vergemeinschaftlichung der wirtschaftlichen Politikbereiche ging jedoch weiter. Der nächste wichtige Schritt war 1957 die Unterzeichnung der sog. Römischen Verträge, in denen die Gründung einer Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft festgelegt wurde. Die für diese Studie nächsten wichtigen Schritte im europäischen Integrationsprozess waren die ersten direkten Wahlen in das Europäische Parlament 1979, die Einheitliche Europäische Akte 1986 und der Maastricht-Vertrag 1992. Was als eng begrenzter Autonomieverzicht begann, entwickelte sich im Laufe der Jahre zu einer Einbettung in ein vielschichtiges Institutionssystem. Mit dem Begriff der „Europäisierung“ wird versucht, das wechselseitige Durchdringen europäischer Staaten und Gesellschaften zu erörtern und zu erklären. Man muss sich also vor dem Beginn der eigentlichen Forschung mit folgenden Fragen beschäftigen: Welche Sichtweisen gibt es in der Europäisierungsdebatte, wie kann man Europäisierung allgemein auffassen?

Die Diskussion zum Thema „Europäisierung“ ist sehr breit und der Begriff wird ebenso häufig wie unterschiedlich verwendet. Eine klassische Gliederung der Verwendung des Europäisierungsbegriffes bietet Kevin Featherstone, indem er zwischen folgenden Europäisierungstypen unterscheidet:<sup>2</sup>

a) Europäisierung als historisches Phänomen, mit dem der Export der europäischen Autorität und der sozialen Normen und Verhaltensmuster von Europa aus gemeint ist, also eine „Europäisierung der restlichen Welt“. Hier entsteht natürlich das Problem, wie die europäischen Normen und Verhaltensmustern genau definiert werden.

b) Europäisierung als wachsender „Trans-Nationalismus“, also eine zunehmende Diffusion kultureller Normen, Ideen, Identitäten und Verhaltensmuster innerhalb Europas.<sup>3</sup>

---

<sup>2</sup> Featherstone, Kevin: Introduction: In the Name of “Europe”. In: Featherstone, Kevin – Radaelli, Claudio M. (Eds.): *The Politics of Europeanization*, New York 2003, S. 5–12.

<sup>3</sup> Dazu siehe näher Kohler-Koch, Beate: *Europäisierung: Plädoyer für eine Horizonterweiterung*. In: Knodt, Michèle – Kohler-Koch, Beate (Hg.): *Deutschland zwischen Europäisierung und Selbstbehauptung*. Frankfurt – New York 2000, S. 21.

c) Europäisierung als Adaptionsprozess in den jeweiligen Nationalstaaten aufgrund der direkten bzw. indirekten Einflüsse der Mitgliedschaft in der EU. Am häufigsten werden hierunter Modifikationen des politischen Systems verstanden.

Diese Studie beschäftigt sich mit dem letzten Typus der Europäisierung. In der Debatte wird häufig darauf verwiesen, dass die Europäisierungsforschung zwar den Begriff „Europa“ benutzt, aber damit nur die Europäische Union meint, wobei Europa natürlich ein viel weiterer Begriff sei.<sup>4</sup> Dieser Vorwurf entspricht der oben aufgezeichneten Gliederung und deswegen wird der letzte Typus der Europäisierung als „EU-Europäisierung“<sup>5</sup> bezeichnet. Dieser Begriff ist jedoch nicht sehr verbreitet, weswegen in dieser Studie weiterhin der Begriff „Europäisierung“ verwendet wird und zugleich die ersten zwei Europäisierungstypen in der Unterscheidung von Featherstone hiermit ausdrücklich aus dem Untersuchungsgegenstand ausgeschlossen werden.

Die Europäisierung wird hiermit also als *„Auswirkung, die europäische Politik auf der nationalen Ebene entfaltet“*,<sup>6</sup> definiert. Diese Auswirkungen können dann allgemein sowohl die Ebene der „polity“, also die institutionelle Ordnung, als auch die politischen Prozesse und Akteure („politics“) und die einzelnen Politikbereiche („policies“) betreffen. In allen drei Segmenten des politischen Systems versteht man Europäisierung als eine Modifizierung des Bestehenden mit dem Ziel, die äußeren Herausforderungen effektiver zu bewältigen. Das nationale politische System versucht sich nach dieser Sichtweise zu modernisieren, um auch unter veränderten Rahmenbedingungen seine Funktion weiterhin wahrnehmen zu können. Inwieweit dies im Falle des Deutschen Bundestages gelungen ist, ist der zentrale Untersuchungsgegenstand dieser Studie.

An dieser Stelle müssen noch einige Schwierigkeiten bei der Konzeptualisierung des Europäisierungsbegriffes erwähnt werden. Als erstes ist hier auf ein allgemeines Problem der Europäisierungsdefinition hinzuweisen. Die verwendete Definition birgt die Gefahr in sich, dass man einen

---

<sup>4</sup> Z.B. Kohler-Koch 2000, S. 12 oder Sturm, Roland – Pehle, Heinrich: Das neue deutsche Regierungssystem. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2005, S. 12.

<sup>5</sup> Im Englischen „EU-fication“.

<sup>6</sup> Töller, Anette Elisabeth: Dimensionen der Europäisierung. Das Beispiel des Deutschen Bundestages, Zeitschrift für Parlamentsfragen 1 (2004), S. 29, siehe auch Anderson, Jeffrey J: Europeanization in Context: Concept and Theory. In: Dyson, Kenneth – Goetz, Klaus H. (Eds.): Germany, Europe and the Politics of Constraint, New York 2003, S. 51.

Prozess nicht an sich definiert und untersucht, sondern über Auswirkungen vermittelt, die er ausübt.<sup>7</sup> Allgemein kann man in der wissenschaftlichen Forschung dann den Fehler begehen, dass die Auswirkungen nicht notwendigerweise durch den zu erforschenden Prozess bedingt wurden. Dieser Fehler lässt sich aber kaum beheben, da er schon in der Definition liegt. Die bisherige Europäisierungsforschung scheint auf dieses Problem keine besonders überzeugende Lösung, z.B. in Form einer neuen allgemein anerkannten Definition der Europäisierung, gefunden zu haben. Angesichts dieser Gefahr ist es klar, dass man bei der Definition sehr sorgfältig untersuchen muss, inwieweit die zu untersuchenden Veränderungen möglicherweise nicht (auch) auf andere Prozesse zurückzuführen sind.

Das zweite grundsätzliche Problem der Europäisierungsdefinition ist, dass es sich beim europäischen Integrationsprozess um das Ergebnis einzelner Politiken der Mitgliedstaaten handelt. In diesem Sinne sind diejenigen, die „europäisiert werden“ gleichzeitig auch diejenigen, die „europäisieren“, was vor allem dann gilt, wenn der Europäisierungsprozess in der konstruktivistischen bzw. akteurbezogenen Perspektive betrachtet wird: *„(...) außenpolitische Akteure errichten europäische Institutionen, die europäischen Institutionen „europäisieren“ die außenpolitischen Akteure; infolge der von ihnen verinnerlichteten „Europäisierung“ sehen sich die außenpolitischen Akteure gehalten, die europäischen Institutionen weiter auszubauen; die ausgebauten Institutionen „europäisieren“ noch mehr die bereits „europäisierten“ Akteure usw.“*<sup>8</sup> Dieses Problem ist nur dadurch lösbar, dass man für den Moment der Analyse die Beziehungen der jeweiligen Akteure „einfriert“ und die bisher erfolgte Europäisierung berücksichtigt. Europäisierung ist aber sicherlich ein wechselseitiger Prozess, der noch zu erforschen und zu untersuchen ist.

Die Europäisierungsforschung hat viele Ansätze zur Untersuchung der Veränderungen eines politischen Systems bzw. seiner Institutionen entwickelt. Einige<sup>9</sup> werden an dieser Stelle kurz geschildert. Dabei ist darauf hinzuweisen, dass die Europäisierung auf unterschiedliche institutionelle und politische Grundausstattungen der Nationalstaaten trifft und diese na-

---

<sup>7</sup> Siehe v.a. Anderson 2003, S. 43.

<sup>8</sup> Schmalz, Uwe: Deutschlands Europäisierte Außenpolitik, Wiesbaden 2004, S. 34.

<sup>9</sup> Zu einer viel umfangreicheren Übersicht siehe v. a. Sturm, Roland: Die „europäische Konstellation“ – Zur Europäisierung politischen Entscheidens. In: Chardon, Matthias – Göth, Ursula, Große Hüttman, Martin – Probst-Dobler, Cristine (Hrsg.): Regieren unter neuen Herausforderungen: Deutschland und Europa im 21. Jahrhundert, Baden-Baden 2003.

türlich unterschiedlich verändert. Das Ergebnis ist eine „Pluralität der Europäisierungen“<sup>10</sup> in der EU, die viel weitgehender sind als eine bloße Anpassung von innerstaatlichen Regeln der Ressourcenverteilung, wie dies in der theoretischen Debatte noch vor einiger Zeit akzentuiert wurde.<sup>11</sup>

a) Die „**Fusionsthese**“ geht davon aus, dass sich der Nationalstaat durch die Europäisierung formal und substantiell wandelt. Eine irreversible Verschmelzung staatlicher Handlungs- und Steuerungsinstrumente führt zu einem „europäischen Entscheiden“, das es unmöglich macht, separate nationalstaatliche und europäische Zuschreibungen vorzunehmen. Das Ergebnis ist ein hochkomplexes unübersichtliches System, in dem immer mehr staatliche und nichtstaatliche Akteure eine Mitbestimmung anstreben, weil sie eine klare Legitimation vermissen. Dieses Streben führt aber paradoxerweise zur Verringerung der Legitimation.<sup>12</sup>

b) Die „**Politikverflechtungsthese**“ konkretisiert die Annahme, dass die EU und die nationalen Staaten längst in einer föderalen Ordnung verflochten sind. Dieser Ansatz orientiert sich hauptsächlich an der wechselseitigen Wirkung zwischen der nationalstaatlichen und der europäischen Ebene („bottom-up“ und „top-down“ Prozesse) und billigt der nationalstaatlichen Ebene eine deutliche Rolle zu. Im Sinne der Verflechtungsthese werden diejenigen Entscheidungsträger strukturell bevorzugt, welche die auf europäischer Ebene getroffenen Entscheidungen im Rahmen des Nationalstaates auch umsetzen können – also die Regierungen. Die Politikverflechtungsthese konstatiert somit eine deutliche Machtverschiebung zugunsten der Regierungen und Verwaltungen. Im Falle Deutschlands wird angesichts des föderalen Systems der Begriff der „doppelten Politikverflechtung“ verwendet, wodurch die Mitwirkung der Länder an den Angelegenheiten der Europäischen Union zum Ausdruck kommt. Die Effekte der Europäisierung bleiben jedoch von dieser Doppelung weiterhin unberührt.<sup>13</sup>

c) Die „**Politiknetzwerkthese**“ bringt die Tatsache zum Ausdruck, dass die nationalstaatlichen Akteure nicht nur aufgrund der Politikverflechtung an Bedeutung verlieren, sondern auch, weil sie sich in Entscheidungsprozessen gegenüber neuen gesellschaftlichen Interessenvertretern öffnen müssen. Diese können sich weitgehend supranational organisieren

---

<sup>10</sup> Sturm – Pehle 2005, S. 13.

<sup>11</sup> Siehe Börzel, Tanja: Europäisierung und innerstaatlicher Wandel. Zentralisierung und Entparlamentarisierung?, Politische Vierteljahresschrift 2 (2000), S. 233.

<sup>12</sup> Näher zu der Fusionsthese siehe Sturm – Pehle 2005, S. 14ff bzw. Dyson – Goetz 2003, S. 18.

<sup>13</sup> Zur Politikverflechtungsthese siehe Sturm – Pehle 2005, S. 16ff.

und „europäische Netzwerke“ bilden, die ihren Einfluss auf mehreren Ebenen ausüben können. Diese These ist v.a. für einzelne Politikbereiche wichtig, weniger für den institutionellen Bereich des politischen Systems.<sup>14</sup>

Die oben aufgelisteten Ansätze können und wollen nicht alle Aspekte der Europäisierung erklären. Sie werden jedoch im nächsten Teil dieser Studie wichtig sein, da sie die Richtung weisen können. Mit ihrer Hilfe soll nun untersucht werden, wie sich das System und die Institutionen des deutschen Parlamentarismus mit dem Veränderungsdruck der Europäisierung auseinander setzen und welche Veränderungen im politischen System der Bundesrepublik Deutschland die Europäisierung im Laufe der Jahre erwirkte.

## **Europäisierungseffekte für ein nationales politisches System**

Der Prozess der europäischen Integration ist ein Ergebnis der zwischenstaatlichen, „intergouvernementalen“ Kooperation. Das zentrale Organ für die Entscheidungen auf der europäischen Ebene ist der Rat der EU auf der Ebene der Minister bzw. der Staats- und Regierungschefs. Bei unstrittigen Fragen, also bei deutlicher Mehrheit, entscheidet der COREPER I bzw. II, also der Ausschuss der ständigen Vertreter der Mitgliedstaaten bei der EU. Die Vorschläge werden von der Europäischen Kommission eingebracht. Das Europäische Parlament ist in seinem Einfluss weitgehend beschränkt.<sup>15</sup> Abgesehen von der Änderung der Verträge und anderen Fällen von besonderer Bedeutung wird das EU-Recht in einem System geschaffen, in dem die nationalen Parlamente kaum Einfluss haben. Die Vorstellung einer „Legitimationskette“ – also die Vorstellung, dass die Entscheidungen auf europäischer Ebene von Akteuren (Regierungen) getroffen werden, deren Politik durch einen nationalen Aggregationsprozess legitimiert und mitbestimmt wird – gilt spätestens seit dem Ende der 90er Jahre in der Fachliteratur allgemein als überholt.<sup>16</sup>

Die seit 1987 sukzessiv verfolgte Ausdehnung des Anwendungsbereichs für die Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit und die damit verbundene Suche nach Mehrheiten im Rat macht eine effektive parlamentarische

<sup>14</sup> Zur Politiknetzwerkthese siehe Sturm – Pehle 2005, S. 18ff.

<sup>15</sup> Zu den Einflussmöglichkeiten des Europäischen Parlamentes siehe Geschäftsordnung des Europäischen Parlamentes, Art. 33–81. <http://europarl.eu.int>.

<sup>16</sup> Siehe Töller 2004, S. 27.

Kontrolle nahezu unmöglich. Zudem entfällt die politische Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber parlamentarischen Gremien. Die Vorbereitung der Entscheidungen in einzelnen Arbeitsgruppen, in denen 70–90 %<sup>17</sup> der Entscheidungen bis zur Beschlussreife vorverhandelt werden, verursacht eine weitere Undurchsichtigkeit des Entscheidungsprozesses. Mit einer solchen Segmentierung der Arbeit des Rates in ein nahezu unübersichtliches Netz von Sondergremien können die nationalen Parlamente natürlich nicht Schritt halten, was zur Absenz einer politischen parlamentarischen Kontrolle führt. Ein strukturell ähnliches Problem besteht in den Bereichen der Innen- und Justizzusammenarbeit und der GASP/ESVP, da auch hier die Struktur der exekutiven Entscheidungen von der parlamentarischen ante- und ex-post-Kontrolle nahezu abgekoppelt ist.

Der Einfluss anderer supranationaler Organe, die über keine demokratische Legitimation verfügen, ist ein zusätzliches Problem. So wurde die europäische Integration durch den Europäischen Gerichtshof maßgeblich vorangetrieben, der seine Rechtsprechung selbst als der nationalen übergeordnet definierte. Das ist der Kern des sogenannten „demokratischen Defizits“ der EU. Der Mehrebenenansatz,<sup>18</sup> der sich mit der oben beschriebenen neu geformten Entscheidungsfindung auseinandersetzt, ist in der gegenwärtigen Forschung zwar noch nicht genau ausgearbeitet, jedoch ist es an dieser Stelle wichtig, auf die Dysfunktion klassischer Legitimationsketten und auf die allgemeine Neuordnung der Entscheidungsmechanismen in der EU hinzuweisen. Der selbstautorisierte Verlust von Kompetenzen ruft einen – bis heute nicht vollständig vollzogenen – Funktionswandel in den nationalen Parlamenten hervor. Die Parlamente gewinnen neuartige Systemgestaltungs- und Kommunikationsfunktionen, die sie durch den Ausbau von Unterrichts-, Kontroll- oder aktiven Mitwirkungsrechten gegenüber den Regierungen umsetzen können.<sup>19</sup> Und das ist die für diese Studie wichtigste Folge des Europäisierungsprozesses.

Es muss an dieser Stelle noch erwähnt werden, dass eine Lösung dieses demokratischen Defizits, also der Absenz bzw. der Mangelhaftigkeit der parlamentarischen Kontrolle des europäischen Entscheidungsprozesses, v.a. in der verstärkten Legitimation der supranationalen Institutionen, bzw. in der Verstärkung von Kompetenzen derjenigen Institutionen, die über

---

<sup>17</sup> Maurer, Andreas: Optionen und Grenzen der Einbindung der nationalen Parlamente in die künftige EU-Verfassungsstruktur, SWP-Studie S 29 (2002), S. 10.

<sup>18</sup> Töller 2004, S. 26f, Dyson – Goetz 2003, S. 23f.

<sup>19</sup> Maurer 2002, S. 5.



demokratische Legitimation verfügen, gesehen wird.<sup>20</sup> Das Europäische Parlament hat in diesem Sinne schon viel an Bedeutung und Kompetenzen gewonnen. Dies spricht jedoch nicht dagegen, sich mit der Legitimationsrolle der nationalen Parlamente zu beschäftigen, da sie auf absehbare Zeit weiterhin die wichtigste Legitimationsquelle darstellen werden, v.a. was die Akzeptanz in den Bevölkerungen der jeweiligen Nationalstaaten angeht. Denn das Bemühen des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente um eine bessere Kontrolle und mehr Legitimität schließen sich grundsätzlich nicht aus. Zudem kann die Stärkung des europäischen Legitimationsweges nur einen Einfluss auf die „erste Säule“ der EU haben. Der gesamte Bereich des GASP bzw. ESVP in der Kompetenz des Rates wird sich somit von der nationalen parlamentarischen Kontrolle immer weiter entfernen. Eine supranationale parlamentarische Kontrolle und Legitimation bleibt in diesem Politikbereich aber aus.

Die Politik ist sich des oben beschriebenen Legitimationsproblems bewusst. Im Entwurf des Vertrages über eine Verfassung für Europa wurden deswegen die Kompetenzen der nationalen Parlamente erweitert. Da aber die Ratifikation des Verfassungsvertrages nicht erfolgreich war, werden die Vorschläge in diesem Text nicht erörtert und berücksichtigt.

## **Europäisierungsprozess des deutschen Parlamentarismus**

Der Begriff des „deutschen Parlamentarismus“ bedarf zuerst einer Klärung und Abgrenzung. Üblicherweise wird unter Parlamentarismus ein Regierung- bzw. Herrschaftssystem verstanden, in dem ein frei gewähltes Parlament mit originärer Kompetenz handelt. Die wesentlichen Merkmale sind die repräsentative Funktion des Volkes sowie die politische Verbundenheit von Parlamentsmehrheit und Regierung.<sup>21</sup> Nach diesem Verständnis werden deutsche Bürger durch die Länderparlamente, den Bundestag und durch das Europäische Parlament repräsentiert. Im Mittelpunkt dieser Studie steht natürlich der Bundestag, als das eigentliche Parlament der Bundesrepublik Deutschland. Sein institutioneller Wandel bildet den

---

<sup>20</sup> V.a. im Entwurf der neuen europäischen Verfassung. Näher zu den Vorschlägen siehe Maurer 2002, Maurer, Andreas – Becker, Peter: Die Europafähigkeit der nationalen Parlamente, SWP-Studie S 23 (2004), S. 10–17.

<sup>21</sup> Hesse, Joachim Jens – Ellwein, Thomas: Das Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland. Band 1, Berlin 2004, S. 225.

Hauptuntersuchungsgegenstand. Wie schon oben erwähnt, ist die Rolle des Europäischen Parlaments angesichts der Veränderungen des europäischen Entscheidungsprozesses auch von Bedeutung, deshalb wird die sich verändernde Rolle des Europäischen Parlamentes auch in dieser Studie erwähnt. Die dritte Legitimationsebene – die der Länderparlamente – kommt durch den Bundesrat zum Ausdruck: „*Durch den Bundesrat wirken die Länder bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Bundes und in den Angelegenheiten der Europäischen Union mit*“.<sup>22</sup> Dies ergibt sich aus dem Grundgesetz (Art 77ff.) und kommt durch die zustimmungspflichtigen Gesetze zustande. In dieser Studie wird versucht, andere Formen der Mitwirkung der deutschen Länder an der deutschen Europapolitik auszublenden und sich ausschließlich auf die Ebene des Bundesrates zu konzentrieren. Dies ist ein Unterschied zu anderen Studien, die sich zumeist getrennt mit den Ebenen des Bundestages, des Bundesrates (bzw. der Länder) und des Europäischen Parlamentes beschäftigen. Hier wird dagegen versucht, die Entwicklungen gleichzeitig zu verfolgen um die Gesamtperspektive nicht aus den Augen zu verlieren.

Wie veränderte sich im Laufe der Zeit dieses institutionelle Regierungssystem und wie haben die einzelnen Parlamentsinstitutionen auf die Veränderungen infolge des europäischen Integrationsprozesses reagiert? Es wird im Folgenden chronologisch vorgegangen, wobei die wichtigsten Veränderungen beschrieben werden.

## **Von den Anfängen des Integrationsprozesses bis zum Maastrichter Vertrag**

Die in den vorigen Kapiteln beschriebene Europäisierung und Machtverschiebung begann in den 50er Jahren mit der Entstehung der Europäischen Kohle- und Stahlgemeinschaft. Die Veränderung hin zu Supranationalisierung ist auf das Jahr 1957 zurückzuführen. Erst mit der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) kann man von einem Verlust der legislativen Aufgaben der nationalen Parlamente zugunsten der europäischen Ebene sprechen. Schon damals wurde im Art. 2 des Zustimmungsgesetzes zur Gründung der EWG der Versuch unternommen, diesen Verlust durch eine verstärkte Kontrolle durch den Bundestag auszuglei-

---

<sup>22</sup> Art. 50 GG.

chen: *„Die Bundesregierung hat Bundestag und Bundesrat über die Entwicklungen im Rat (...) laufend zu unterrichten. Soweit durch den Beschluss eines Rats innerdeutsche Gesetze erforderlich werden oder in der Bundesrepublik Deutschland unmittelbar geltendes Recht geschaffen wird, soll die Unterrichtung vor der Beschlussfassung des Rates erfolgen.“*<sup>23</sup> Seit 1957 beschäftigt sich der Bundestag mit den sog. Unionsvorlagen, also Dokumenten und Vorschlägen der EU (bzw. der EWG oder EG), die für die Bundesrepublik von Bedeutung sind. Dies geschieht in zweierlei Weise: bei der Fortentwicklung des gemeinschaftlichen Primärrechts (hier verfügt der Bundestag zusammen mit dem Bundesrat über ein Vetorecht) und bei der Umsetzung des gemeinschaftlichen Sekundärrechts.

Die Ebene des Europäischen Parlaments spielte zum damaligen Zeitpunkt noch keine Rolle, da die Parlamentarische Versammlung und später das Europäische Parlament ausschließlich aus den Vertretern der nationalen Parlamente bestand und über keine wesentlichen Kompetenzen verfügte.

Die Mitwirkung der Länder durch den Bundesrat ist in eben jenem Art. 2 des Zustimmungsgesetzes von 1957 verankert. Die Länder sicherten sich ihre Mitsprache auch durch das sog. Lindauer Abkommen zwischen dem Bund und den Ländern vom 14. November 1957. Laut diesem Abkommen sollte das Einverständnis der Länder notwendig sein, wenn völkerrechtliche Verträge auf Gebieten der ausschließlichen Zuständigkeit der Länder eine Verpflichtung begründen. Die Länder sollten auch informiert werden über die Absicht, völkerrechtliche Verträge abzuschließen, die wesentliche Interessen der Länder berühren, damit sie rechtzeitig ihre Wünsche geltend machen konnten. Der Ort für diesen Willensbildungsprozess sollte der Bundesrat sein.<sup>24</sup> Der Bundesrat passte sich auch institutionell sehr früh an. Schon 1957 wurde der Sonderausschuss Gemeinsamer Markt und Freihandelszone des Bundesrates<sup>25</sup> ins Leben gerufen, da die Länder ihre Interessen immer möglichst effizient vertreten wollten. Der Einfluss der Länder bzw. des Bundesrates wurde also von Anfang an auf die Bereiche beschränkt, in denen die Länder gesetzgeberisch

<sup>23</sup> Gesetz zu den Verträgen vom 25. März 1957 zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft vom 27. Juli 1957. BGBl II 1957, 23, Art. 2.

<sup>24</sup> Sturm – Pehle 2005, S. 87.

<sup>25</sup> Dieser Ausschuss wurde 1965 in Ausschuss für Fragen der Europäischen Gemeinschaft (EG-Ausschuss) und 1992 in Ausschuss für Fragen der Europäischen Union (EU-Ausschuss) umbenannt. Weiterhin wird der jeweils aktuelle Name verwendet.

tätig sind oder an denen sie Interessen haben. Trotz dieser Beschränkung ist allerdings das Themenspektrum sehr groß, da die Länder durch den Bundesrat nicht nur an der Gesetzgebung, sondern auch an der Verwaltung des Bundes mitwirken.<sup>26</sup>

Seit 1957 erfolgt die Information des Bundestages und des Bundesrates über laufende Entwicklungen im Rat der EU durch das sog. Zuleitungsverfahren, in dem den beiden Kammern die entsprechenden Dokumente (sog. EG- bzw. EU-Vorlagen) zugeleitet werden. Im Falle des Bundestages stieg die Zahl der EU-Vorlagen von 13 in den Jahren 1957–1961<sup>27</sup> bis auf 3.137 (davon 2.652 Ratsdokumente und 485 Entschlüsseungen des Europäischen Parlaments) in der 14. Legislaturperiode und insgesamt 2.491 in der 15. Legislaturperiode (2.157 Ratsdokumente bzw. 334 Entschlüsseungen).<sup>28</sup> Der Bundesrat erhielt in der 14. Legislaturperiode 604 und in der 15. Legislaturperiode insgesamt 511 Vorlagen.<sup>29</sup> Die wachsenden Zahlen waren das erste Problem. Die zuständigen Fachausschüsse waren meist nicht in der Lage, den Informationsfluss zu bewältigen und das Wichtige vom Unwichtigen zu unterscheiden. Weder die Veränderung der Geschäftsordnung 1977 noch die Einrichtung einiger Unterausschüsse für EG-Angelegenheiten konnten das Problem effektiv lösen.<sup>30</sup>

Das zweite Problem ist schon erwähnt worden: Da das Sekundärrecht bereits auf der europäischen Ebene (meistens im Rat der EU) beschlossen worden war, bevor es in den Bundestag kam, blieb dem Parlament kaum eine Chance, die deutsche Europapolitik inhaltlich mitzugestalten. Da der Bundestag bzw. die Regierungsmehrheit in der Regel kein Interesse daran hatten, die Bundesregierung offen zu blamieren, indem sie z.B. die Umsetzung einer Richtlinie verweigerten, musste sich auch der Bundestag immer mehr seiner in dem oben zitierten Zustimmungsgesetz von 1957 festgelegten Kontrollfunktion zuwenden und sich institutionell anpassen, um eine Kontrolle und Beeinflussung des Abstimmungsverhaltens der Minister im Rat der EU zu gewährleisten.

---

<sup>26</sup> Art. 50 GG.

<sup>27</sup> Sturm – Pehle 2005, S. 64.

<sup>28</sup> Interne Statistik des Europabüros des Deutschen Bundestages. Die Zahl der Vorlagen wächst, die geringere Anzahl in der 15. WP ist auf die vorzeitigen Wahlen 2005 zurückzuführen.

<sup>29</sup> Statistik des Bundesrates, [http://www.bundesrat.de/Site/Inhalt/DE/6\\_20Parlamentsmaterialien/6.6\\_20Statistik/6.6.2\\_20Gesamtstatistik\\_20der\\_20Wahlperiode/Gesamtstatistik,property=Dokument.pdf](http://www.bundesrat.de/Site/Inhalt/DE/6_20Parlamentsmaterialien/6.6_20Statistik/6.6.2_20Gesamtstatistik_20der_20Wahlperiode/Gesamtstatistik,property=Dokument.pdf) (16. 05. 2006).

<sup>30</sup> Töller 2004, S. 36.

Auch die Länder waren nicht zufrieden mit ihrem Einfluss in europäischen Angelegenheiten. Der 1957 gegründete EG-Ausschuss des Bundesrates war nicht in der Lage, sich das notwendige Gewicht zu verschaffen.<sup>31</sup> Der Hauptgrund für die mangelhafte Beteiligung war das Argument des Bundes, dass alleine die Bundesregierung die Bundesrepublik Deutschland in der EWG vertrete und deshalb in jedem Falle unter unabweisbaren außen- und integrationspolitischen Gesichtspunkten von Beschlüssen des Bundesrates abweichen könne, selbst wenn dadurch Länderangelegenheiten betroffen wären.<sup>32</sup>

Das erste auf Europa spezialisierte Gremium des Bundestags war der Integrations-Ältestenrat, der von 1961 bis 1969 bestand, also in der 4. und 5. Legislaturperiode. Er sollte die von der Bundesregierung kommenden Informationen entgegennehmen und an die Fachausschüsse weiterleiten. Da er aber kein Beschlussorgan war, konnte er keinen nennenswerten politischen Einfluss ausüben.<sup>33</sup> Einen starken Impuls für eine institutionelle Anpassung erhielt der Bundestag im Jahre 1979. Mit den ersten direkten Wahlen in das Europäische Parlament wurde der dritte Legitimationsweg eröffnet<sup>34</sup> und die direkte Verbindung des Bundestages und des Europäischen Parlamentes unterbrochen. Bis zu den nächsten Europawahlen 1983 waren immerhin 26 der 81 deutschen Europaabgeordneten gleichzeitig Mitglieder des Bundestages. Da es aber seit 1983 auch nicht einmal mehr diese informelle Verknüpfung gab, setzte der Bundestag zu Beginn der 10. Legislaturperiode im Juni 1983 die sog. „Europa-Kommission“ ein.

Es handelte sich nicht um einen Ausschuss, sondern um ein Gremium auf der Grundlage der Bestimmungen über eine Enquête-Kommission, da nur auf diese Weise die Mitglieder des Bundestages und die Europaabgeordneten gleichberechtigt arbeiten konnten. Die Kommission als solche hatte aber nicht das Recht, dem Plenum Beschlussvorlagen zuzuleiten und Empfehlungen an die federführenden Ausschüsse zu richten, was allgemein als Hauptgrund ihres späteren Scheiterns gesehen wird.<sup>35</sup> Sie wurde in der 11. Legislaturperiode nicht mehr eingesetzt.

---

<sup>31</sup> Sturm – Pehle 2005, S. 87.

<sup>32</sup> Ebd., S. 86.

<sup>33</sup> Fuchs, Michael: Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union des Deutschen Bundestages, Zeitschrift für Parlamentsfragen 1 (2004), S. 4.

<sup>34</sup> Siehe Hölscheidt, Sven: Mitwirkungsrechte des Deutschen Bundestages in Angelegenheiten der EU, Aus Politik und Zeitgeschichte 28 (2000), S. 31.

<sup>35</sup> Vgl. Sturm – Pehle 2005, S. 67, Töller 2004, S. 36f.

Stattdessen wurde 1987 ein „Unterausschuss des Auswärtigen Ausschusses für Fragen der Europäischen Gemeinschaft“ konstituiert, der aus 13 Mitgliedern des Bundestages und 13 Europaabgeordneten bestand, die allerdings kein Stimm- und Antragsrecht besaßen. Diese Konstruktion wurde selbst im Bundestag als Rückschritt kritisiert und dies vor allem aus zwei Gründen. Erstens hatten zu dem Zeitpunkt fast alle Parlamente der EG-Mitgliedstaaten bereits eigene Gremien zur EG-Problematik errichtet.<sup>36</sup> Zweitens trat 1987 die Einheitliche Europäische Akte in Kraft, was sich in einer deutlichen Zunahme von EG-Vorlagen widerspiegelte,<sup>37</sup> die mit der Vollendung des Binnenmarktprojektes zusammenhingen. Ein weiteres Problem bestand darin, dass der Unterausschuss völlig vom Auswärtigen Ausschuss abhängig war. Auch diesem wurden bei weitem nicht alle EU-Vorlagen zugeleitet. Sein Einfluss war also „denkbar gering“.<sup>38</sup> Trotzdem blieb es auch in der 12. Legislaturperiode bei dieser institutionellen Form.

Erst die schlechten Erfahrungen<sup>39</sup> bei den parlamentarischen Begleitungen der Verhandlungen über den Maastricht-Vertrag zwangen den Bundestag, ein eigenständiges Gremium einzurichten, das „die Regierungskonferenz kontinuierlich begleiten und nicht nur am Ende den Vertrag ratifizieren“ sollte.<sup>40</sup> Der am 4. September 1991 konstituierte EG-Ausschuss sollte sich vor allem mit Änderungen der EG-Verträge, mit institutionellen Angelegenheiten und mit der Beratung von EG-Vorlagen beschäftigen. Er bestand aus 33 Mitgliedern (plus 11 mitwirkenden deutschen Europaabgeordneten) und war als Querschnittsausschuss konzipiert. Er nahm sich vor, die „in EG-Angelegenheiten miteinander unvereinbaren Stellungnahmen der Fachausschüsse zu einem Gesamtkonzept deutscher Europapolitik zu bündeln“.<sup>41</sup> Dies ist ihm aber nicht gelungen und der Ausschuss konnte sich in seinem Bemühen um die Federführung bei EU-Vorlagen gegenüber anderen Fachausschüssen nicht behaupten.<sup>42</sup>

---

<sup>36</sup> Hellwig, Renate: Die Europa-Institutionen des Bundestages und seine großen Europa-Initiativen. In: Hellwig, Renate (Hg.): Der Bundestag und Europa, München 1993, S. 21f.

<sup>37</sup> In der 11. Legislaturperiode handelte es sich insgesamt um 2.413 EG-Vorlagen, eine vorher und seitdem nicht mehr erreichte Zahl. Quelle: Sturm – Pehle 2005, S. 64.

<sup>38</sup> Sturm – Pehle 2005, S. 68.

<sup>39</sup> Ebd., S. 68.

<sup>40</sup> BT-Drucksache 12/739, zit. nach Töller 2004, S. 37.

<sup>41</sup> Hellwig 1993, S. 26.

<sup>42</sup> Siehe v.a. Hellwig 1993, S. 26. So war der EG-Ausschuss während seines Bestehens nur bei einer einzigen EG-Vorlage federführend und seine Stellungnahmen blieben weitgehend unbeachtet. (Sturm – Pehle 2005, S. 69).

Allein zu der wichtigsten europapolitischen Angelegenheit der 12. Legislaturperiode, der Ratifizierung des Maastrichter Vertrags, wurde ein „Sonderausschuss Europäische Union (Vertrag von Maastricht)“ mit 39 Mitgliedern des Bundestages errichtet. Er entstand hauptsächlich, um einen Streit zwischen den beteiligten Ausschüssen um die Federführung zu vermeiden.<sup>43</sup> Dieser Sonderausschuss tagte vom 14. Oktober 1992 bis zum 27. November 1992 insgesamt elfmal, um sich mit drei Themenkomplexen zu befassen: erstens mit dem eigentlichen Ratifizierungsgesetz, zweitens mit den erforderlichen Grundgesetzänderungen und drittens mit den Ausführungsgesetzen zur Beteiligung des Bundestages und der Länder in Angelegenheiten der Europäischen Union.<sup>44</sup> Im Anschluss an die Beschlüsse der Gemeinsamen Verfassungskommission zum Thema „Grundgesetz und Europa“ legte dieser Ausschuss durch seine Arbeit wesentliche Grundsteine für eine Neuordnung der Beteiligung des Deutschen Bundestages an der Europapolitik. Diese werden im nächsten Kapitel ausführlich beschrieben.

Insgesamt ist zu sehen, dass der Bundestag versuchte, seine institutionelle Struktur den Anforderungen des europäischen Integrationsprozesses anzupassen und sich institutionell zu modernisieren. Es ist ihm aber in den Jahren 1979–1992 bei Weitem nicht gelungen, die deutsche Europapolitik effektiv mitzugestalten. Sogar die substantielle Veränderung des Integrationsprozesses infolge der Einheitlichen Europäischen Akte führte 1986 zu keiner wesentlichen Modernisierung, vielmehr war sogar zu diesem Zeitpunkt ein Rückschritt zu verzeichnen.

Im Bereich der zweiten Legitimationskette bemühten sich dagegen die Länder bzw. der Bundesrat stets um eine größere Mitwirkung. Im Gegensatz zum Bundestag nutzten die Länder die Chance, die Zustimmung des Bundesrates zu der Einheitlichen Europäischen Akte gegen mehr Kompetenzen in der Europapolitik „auszutauschen“.<sup>45</sup> So wurde die Bundesregierung verpflichtet, „den Bundesrat umfassend und zum frühestmöglichen Zeitpunkt über alle Vorhaben im Rahmen der EG zu informieren, die für die Länder von Interesse sein könnten“.<sup>46</sup> Weiterhin wurde die Pflicht verankert, die Stellungnahmen des Bundesrates bei Verhandlungen „zu berücksichtigen.“ Eine

---

<sup>43</sup> Hellwig 1993, S. 26.

<sup>44</sup> Verheugen, Günter: Die Arbeit des Sonderausschusses „Europäische Union (Vertrag von Maastricht) des Deutschen Bundestages, Zeitschrift für Gesetzgebung 2 (1993), S. 163.

<sup>45</sup> Sturm – Pehle 2005, S. 88.

<sup>46</sup> Gesetz zur Einheitlichen Europäischen Akte vom 28. Februar 1986 vom 19. Dezember 1986, BGBl II 1986, 1102, Art. 2, Abs. 1.

eventuelle Abweichung „aus unabweisbaren außen- und integrationspolitischen Gründen“ musste die Bundesregierung rechtfertigen.<sup>47</sup> Um entsprechende Stellungnahmen schnell und vertraulich erarbeiten zu können, unternahm der Bundesrat eine weitere institutionelle Anpassung und errichtete 1988 eine EG-Kammer, deren Beschlüsse den Rang von Bundesratsbeschlüssen haben. Die Stimmen der Länder werden hier im Paket abgegeben und die Mitberatungsrechte theoretisch optimal sichergestellt.

So wiesen der Bundesrat und die Länder im Zeitraum bis 1992 eine durchaus größere Zielstrebigkeit bei der Wahrnehmung ihrer Rechte in EG-Angelegenheiten auf. Der Bundestag unternahm dagegen mehrere institutionelle Anpassungsversuche, die sich z.B. im Falle der Europa-Kommission als erfolglos erwiesen. Beide Legitimationsebenen haben aber ihren Bedeutungsverlust gespürt. So wurde im Rahmen der Diskussion über die Grundgesetzänderungen infolge des Maastrichter Vertrags von den Ländern eine Initiative zur Schaffung „fairer europapolitischer Spielregeln“<sup>48</sup> aufgegriffen. Der Bundestag hat erst später in den Verhandlungen die Chance erkannt, hier auch seine Mitwirkungsrechte zu sichern und zu verstärken. Die im Rahmen des damaligen Ratifikationsprozesses geschaffene legislative und institutionelle Anpassung besteht im Grundsatz bis heute.

## Vom Maastrichter Vertrag bis zum Entwurf einer Verfassung für Europa

Die bedeutendste legislative Anpassung an den europäischen Integrationsprozess bestand im neuen Artikel 23 des Grundgesetzes, in dem unter anderem die Mitwirkung des Bundestages und des Bundesrates in den Angelegenheiten der Europäischen Union geregelt wird.<sup>49</sup> Die Schlüsselpassagen befinden sich im Abs. 2: *„In Angelegenheiten der Europäischen Union wirken der Bundestag und durch den Bundesrat die Länder mit. Die Bundesregierung hat den Bundestag und den Bundesrat umfassend und zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu unterrichten.“* Die wichtigste Stärkung der Rolle der Parlamente ist die Feststellung ihrer Mitwirkung und die Betonung der Informationspflicht.

---

<sup>47</sup> Ebd., Abs. 3.

<sup>48</sup> Sturm – Pehle 2005, S. 72.

<sup>49</sup> Zu einer sehr umfangreichen Analyse des Art. 23, siehe Di Fabio, Udo: Der neue Art. 23 des Grundgesetzes. Positivierung vollzogenen Verfassungswandels oder Verfassungsneuschöpfung?, *Der Staat* 2 (1993), S. 191–217.



Die Rolle des Bundestages wird im Abs. 3 noch einmal gegenüber vorherigen Bestimmungen verstärkt: *„Die Bundesregierung gibt dem Bundestag Gelegenheit zur Stellungnahme vor ihrer Mitwirkung an Rechtssetzungsakten der EU. Die Bundesregierung berücksichtigt die Stellungnahme des Bundestages bei den Verhandlungen.“* Die Stellungnahme des Bundestages erfolgt durch einen Parlamentsbeschluss, der für die Bundesregierung rechtlich zwar nicht verbindlich ist, von der Bundesregierung jedoch in der Regel berücksichtigt wird. Falls die Bundesregierung von einer solchen Stellungnahme abweichen will, muss sie dies entsprechend begründen.<sup>50</sup> Näher wird die Mitsprache des Bundestages durch das Gesetz über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Deutschem Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union (EUZBBG) geregelt, in dem vor allem festgelegt wird, dass *„die Frist zur Stellungnahme so bemessen sein muss, dass der Bundestag ausreichend Gelegenheit hat, sich mit der Vorlage zu befassen. Die Bundesregierung legt die Stellungnahme ihren Verhandlungen zugrunde.“*<sup>51</sup> Zu diesem Gesetz gibt es dann konkrete Verordnungen und Vereinbarungen zwischen dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung, welche die Ausführung des Gesetzes regeln.

Institutionell hat der Bundestag aus den Fehlentwicklungen in den 80er Jahren eine Lehre gezogen und einen ständigen Ausschuss für die Fragen der Europäischen Union ins Leben gerufen. Die Existenz dieses Ausschusses ist im Art. 45 GG verankert: *„Der Bundestag bestellt einen Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union. Er kann ihn ermächtigen, die Rechte des Bundestages gemäß Art. 23 gegenüber der Regierung wahrzunehmen.“* Der zweite Satz ermöglicht dem Ausschuss, im Namen des Bundestages zu sprechen. Konkret verfügt er über die Möglichkeit, auf Antrag einer Fraktion oder eines Fünftels der Abgeordneten zu einer Stellungnahme ermächtigt zu werden (sog. Ermächtigungsmöglichkeit). Die Prozedur ist aber relativ kompliziert, so dass es bisher keinen Fall ihrer Anwendung gegeben hat. Eine weitere Möglichkeit besteht in den sog. „Plenarersetzenden Beschlüssen“, die gelten, sofern keiner der beteiligten Ausschüsse widerspricht. Dieses Recht hat der EU-Ausschuss bis zum Ende der 15. Legislaturperiode gerade einmal achtmal genutzt.<sup>52</sup> Somit liegt das

---

<sup>50</sup> Hölscheidt 2000, S. 33.

<sup>51</sup> EUZBBG §5, S. 2.

<sup>52</sup> Sturm – Pehle 2005, S. 76, Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union des Deutschen Bundestages, Bilanz der 15. Wahlperiode (2002-2005), [http://www.bundestag.de/ausschuesse/archiv15/a20/bilanzen/bilanz\\_15wp](http://www.bundestag.de/ausschuesse/archiv15/a20/bilanzen/bilanz_15wp).

Urteil nah, dass der EU-Ausschuss die formalen Verfahren zur Beeinflussung der deutschen Europapolitik so gut wie fast gar nicht nutzt.<sup>53</sup>

Der EU-Ausschuss ist mehr als Kontrollausschuss konzipiert, der versucht, entweder durch formale Mechanismen (wie z.B. öffentliche Anhörungen zu wichtigen integrationspolitischen Themen)<sup>54</sup> oder durch informelle Mitwirkung die deutsche Europapolitik mitzugestalten.<sup>55</sup> Ansonsten besteht der Hauptteil der Arbeit des Ausschusses in der Funktion eines „Fachausschusses für europäische Angelegenheiten“, indem er Stellungnahmen zu Gesetzentwürfen aus integrationspolitischer Sicht abgibt.<sup>56</sup> Trotz der formell besonderen Position (Verankerung im GG, besondere Rechte aufgrund von EUZBBG usw.) konnte der EU-Ausschuss die in ihn gesetzten Hoffnungen nicht erfüllen, was vor allem an strukturellen Gründen des EU-Gesetzgebungsverfahrens liegt, das die für ein Parlament typische Gesetzgebungsarbeit in den EU-Rat überführt und die nationalen Parlamenten bei der Umsetzung vor vollendete Tatsachen stellt.<sup>57</sup>

Ein weiteres Problem stellt sich im Bezug auf die Verbindlichkeit der Stellungnahme des Bundestages für die Bundesregierung. Die „herrschende Lehre“ ist sich einig, dass die Bundesregierung ausschließlich durch ein förmliches Gesetz zu einer bestimmten Verhandlungsposition auf europäischer Ebene gezwungen werden kann.<sup>58</sup> Die Stellungnahmen sind aber in Form schlichter Beschlüsse gefasst, welche die Bundesregierung lediglich politisch, aber nicht rechtlich binden. Natürlich ist aber die Regierungsmehrheit im Bundestag nicht daran interessiert, den Handlungsspielraum der Bundesregierung zu beschränken.

Auch der Bundesrat gewann durch die Änderung des Grundgesetzes im Jahre 1992 an Bedeutung, im Rahmen der Kompetenzen und Interessen der Länder: *„Der Bundesrat ist an der Willensbildung des Bundes zu beteiligen, soweit er an einer entsprechenden innerstaatlichen Maßnahme mitzuwirken hätte oder soweit die Länder innerstaatlich zuständig wären.“*<sup>59</sup> Der weitere

---

<sup>53</sup> Hölscheidt 2000, S. 35, Töller 2004, S. 40, Sturm – Pehle 2005, S. 75f.

<sup>54</sup> So gab es in der 14. Legislaturperiode 11 und in der 15. 3 öffentliche Anhörungen meistens zu Themen wie EU-Erweiterung, der Europäischen Verfassung, Arbeitnehmerfreizügigkeit oder Agrarpolitik.

<sup>55</sup> Töller 2004, S. 41.

<sup>56</sup> Hölscheidt 2000, S. 35.

<sup>57</sup> Sturm – Pehle 2005, S. 7.

<sup>58</sup> Hölscheidt 2000, S. 33, Sturm – Pehle 2005, S. 73.

<sup>59</sup> Art. 23, Abs. 4 GG.

Absatz des Art. 23 unterscheidet zwischen verschiedenen Stufen der Verpflichtung für die Bundesregierung, der Stellungnahme des Bundesrates zu folgen. So ist die Stellungnahme des Bundesrates „zu berücksichtigen“, falls die Interessen der Länder betroffen sind. Falls das Thema aber eine Gesetzgebung der Länder erfordert, muss die Bundesregierung die Stellungnahme des Bundesrates „maßgeblich berücksichtigen“.

Die Gestaltung der Zusammenarbeit wird im Gesetz über die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Angelegenheiten der Europäischen Union (EUZBLG) konkretisiert. Hiermit versuchte man, dem Bundesrat eine neue „europäische“ Identität zu geben,<sup>60</sup> was allerdings nicht ganz gelungen ist. Falls der Bundesrat eine maßgebliche Berücksichtigung seiner Stellungnahme fordert (was zwischen 1998 und 2003 37mal der Fall war) und die Bundesregierung dieser widerspricht (in 20 von 37 der Fälle) bleibt dies folgenlos.<sup>61</sup>

Auf der institutionellen Ebene war die wohl wichtigste Veränderung die Verankerung der EG-Kammer des Bundesrates im Grundgesetz: „Für die Angelegenheiten der Europäischen Union kann der Bundesrat eine Europakammer bilden, deren Beschlüsse als Beschlüsse des Bundesrates gelten.“<sup>62</sup> Allerdings hat diese Europakammer seit 1992 nur dreimal getagt. Dagegen ist der EU-Ausschuss des Bundesrates ein zentrales Organ der politischen Willensbildung des Bundesrates.

## Der Entwurf des Vertrages über eine Verfassung für Europa

Wie bereits oben erwähnt, ist in dem Entwurf des Vertrages über eine Verfassung für Europa vom 29. Oktober 2004 eine wesentliche Stärkung der Kompetenzen der nationalen Parlamente vorgesehen. Aufgrund der gescheiterten Ratifizierung des Vertrages sind sie in diese Studie nicht mit einbezogen. Bundestag und Bundesrat nutzten jedoch die Gelegenheit, ihre Mitspracherechte in den Angelegenheiten der EU durch ein neues Gesetz zu stärken. Aus dem Inhalt des Gesetzes über die Ausweitung und Stärkung der Rechte des Bundestages und des Bundesrates in Angelegenheiten der Europäischen Union vom 17. November 2005 ist aber aufgrund der ge-

---

<sup>60</sup> Sturm – Pehle 2005, S. 91.

<sup>61</sup> Ebd., S. 92.

<sup>62</sup> Art. 52, Abs. 3 GG.

scheiterten Ratifizierung lediglich der Artikel über eine Durchführungsvereinbarung zwischen dem Bundestag und der Bundesregierung in Kraft getreten.

Diese Vereinbarung<sup>63</sup> wurde am 20. September 2006 vom Bundestag gebilligt und enthält einige wesentliche Erneuerungen, von denen die wichtigsten zu nennen sind: Erstens soll die Bundesregierung die Stellungnahme des Deutschen Bundestages ihren Verhandlungen zugrundelegen. Zweitens wird dem Bundestag der Zugang zu Datenbanken zu Vorhaben im Rahmen der Europäischen Union ermöglicht. Außerdem kann die Bundesregierung im Rat einen Parlamentsvorbehalt einlegen, wenn der Beschluss des Deutschen Bundestages in einem seiner wesentlichen Belange nicht durchsetzbar ist.

Es ist noch zu früh, den realen Einfluss dieser Vereinbarung zu beurteilen. Einerseits wird die Position des Parlamentes zweifellos gestärkt, andererseits behält sich die Bundesregierung Instrumente, die ihr es möglich machen, von dem Willen des Bundestages abzuweichen. Als Beispiels ist der Inhalt des Art. II, 4 der Vereinbarung zu nennen: *„Das Recht der Bundesregierung, in Kenntnis der Voten des Deutschen Bundestages aus wichtigen außen- oder integrationspolitischen Gründen abweichende Entscheidungen zu treffen, bleibt (...) unberührt.“*

## Schlussfolgerung

Aus der oben beschriebenen Entwicklung sowohl der legislativen als auch der institutionellen Anpassung des Bundestags und des Bundesrats können folgende Schlussfolgerungen gezogen werden.

Erstens konnte bestätigt werden, dass der Prozess der europäischen Integration wesentliche Änderungen im politischen System der Mitgliedsstaaten verursachen kann und verursacht. Die Akteure, in diesem Fall Institutionen, versuchen, sich dem Europäisierungsdruck zu stellen und sich selbst zu modernisieren, um ihre Rolle auch unter veränderten Bedingungen weiterhin wahrnehmen zu können. Das Fallbeispiel des Deutschen Bundestages ist in dieser Hinsicht besonders illustrativ. Angefangen mit

---

<sup>63</sup> Annahme einer Vereinbarung zwischen dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung über die Zusammenarbeit in Angelegenheiten der Europäischen Union. BT-Drs. 16/2620

dem Integrations-Ältestenrat über die Europakommission, den Unterausschuss des Auswärtigen Ausschusses, den EG-Ausschuss und den Sonderausschuss Europäische Union ist der heutige Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union schon das sechste Gremium, das sich mit integrationspolitischen Themen beschäftigt.

Wie im kurzen Überblick festgestellt, blieb der Bundestag trotzdem (oder gerade auch deswegen) weit entfernt vom Ziel, *„die laufende EG-Gesetzgebung im Ministerrat so gezielt und intensiv zu begleiten, dass man künftig zu Recht von einer parlamentarischen Kontrolle der deutschen Regierung im Ministerrat sprechen kann“*.<sup>64</sup> Der Bundestag hat sich weitgehend europäisiert und modernisiert. Die durchgeführten Anpassungen konnten aber keinesfalls sicherstellen, dass er im Europäisierungsprozess nicht zu den Verlierern gehört. Ein schwacher Trost bleibt die Feststellung, dass der Bedeutungsverlust der nationalen Parlamente ein EU-weites Phänomen ist und dass sich andere Parlamente viel weniger europäisiert und somit viel mehr an Bedeutung verloren haben.<sup>65</sup> Ob die Anpassung im Rahmen des europäischen Verfassungsprozesses diesen Trend aufhält, ist ungewiss.

Von daher ist interessant, warum der Bundestag an Einfluss verliert, obwohl er über eine ziemlich starke formelle verfassungsrechtliche Position verfügt. Dies hat zwei Ursachen. Erstens ist die Stärke der verfassungsrechtlichen Position eher eine Veto-Stärke. Jede bindende Stellungnahme beschränkt die Bundesregierung, die aber doch im Bundestag in der Regel über eine Regierungsmehrheit verfügt und in letzter Instanz auch „Ordnung schaffen kann“. Eine zweite Erklärung bietet eine Untersuchung unter den Abgeordneten: Es ist für sie schlicht ineffektiv, Ressourcen für einen Politikbereich aufzuwenden, in dem die Einflussnahme so ungewiss und gering ist.<sup>66</sup>

Für den Bundesrat fällt die Analyse ähnlich aus. Neben dem Bundestag zählen auch die Länder zu den Verlierern der Europäisierung. Im Unterschied zum Bundestag haben sie aber noch andere Möglichkeiten, Einfluss auf die Europapolitik auszuüben, zum Beispiel durch den Ausschuss der Regionen oder durch ihre eigene Vertretungen in Brüssel. Der Bundesrat (und übrigens auch die Länderparlamente) wird sich aber wohl einem Funktionswandel unterziehen müssen. Der Verlust an gesetzgeberischer Tätigkeit wird mit mehr Kommunikation und Kontrolle ausgeglichen

---

<sup>64</sup> Hellwig 1993, S. 27.

<sup>65</sup> Maurer – Becker 2004, S. 7ff.

<sup>66</sup> Siehe Saalfeld, Thomas: The Bundestag: Institutional Incrementalism and Behavioural Reticence. In: Dyson – Goetz 2003, S. 77ff.

werden müssen.<sup>67</sup> Die beiden Parlamente sind hiermit eine klassische Bestätigung der Politikverflechtungsthese (s.o.), die die Stärkung von denjenigen Akteuren postuliert, die strukturell in der Lage sind, die auf europäischer Ebene getroffenen Entscheidungen auch auf der nationalen Ebene umzusetzen (sprich: den Regierungen). In dieser Hinsicht werden sich sowohl der Bundestag als auch der Bundesrat in der Zukunft mehr ihrer Kontrollfunktion widmen müssen, um ihren Einfluss zu bewahren und die demokratische Legitimität sicherzustellen zu können.

Die oben beschriebene Entwicklung wird aber voraussichtlich nicht zu einem totalen Bedeutungsverlust der nationalen Parlamente führen. Erstens wird die Europäische Union nicht alle Bereiche des Lebens auf der gemeinschaftlichen Ebene regeln (wollen). Zweitens wurden diesem Prozess durch das sog. Maastricht-Urteil<sup>68</sup> des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) Grenzen gesetzt.<sup>69</sup> Das BVerfG hielt mit diesem Urteil die klassische Legitimationsskette aufrecht. In seiner Auslegung vermitteln die Staatsvölker Europas über die nationalen Parlamente demokratische Legitimation und somit *„sind der Ausdehnung der Aufgaben und Befugnisse der EG vom demokratischen Prinzip her Grenzen gesetzt. Dem Deutschen Bundestag müssen Aufgaben und Befugnisse von substantiellem Gewicht verbleiben.“*<sup>70</sup> Diese Grenze ist offensichtlich noch nicht erreicht. Mit der fortschreitenden Integration wird aber das Thema der Europäisierung der deutschen Parlamente und die Frage, ob ihnen „Aufgaben und Befugnisse von substantiellem Gewicht verbleiben“, sicher auch auf europäischer Ebene von großer Bedeutung sein.

## Literaturverzeichnis

- Anderson, Jeffrey J.: Europeanization in Context: Concept and Theory. In: Dyson – Goetz 2003, S. 37–53.
- Bulmer, Simon – Jeffrey, Charlie – Paterson, William E.: Germany's European Diplomacy, Manchester – New York 2000.
- Börzel, Tanja: Europäisierung und innerstaatlicher Wandel. Zentralisierung und Entparlamentarisierung?, Politische Vierteljahresschrift 2 (2000), S. 225–250.

---

<sup>67</sup> Sturm – Pehle 2005, S. 103.

<sup>68</sup> BVerfG 2. Senat, Urteil vom 12. Oktober 1993 „Vertrag über die Europäische Union mit dem Demokratieprinzip vereinbar“.

<sup>69</sup> Bulmer, Simon – Jeffrey, Charlie – Paterson, William E.: Germany's European Diplomacy, Manchester – New York 2000, S. 44ff.

<sup>70</sup> BVerfG, Maastricht-Urteil, Leitsatz, Abs. 4.

- Di Fabio, Udo: Der neue Art. 23 des Grundgesetzes. Positivierung vollzogenen Verfassungswandels oder Verfassungsneuschöpfung?, *Der Staat* 2 (1993), S. 191–217.
- Dyson, Kenneth: The Europeanization of German Governance. In: Padgett, Stephen – Paterson, William E. – Smith, Gordon (Eds.): *Developments in German Politics* 3, New York 2003, S. 161–183.
- Dyson, Kenneth – Goetz, Klaus H. (Eds.): *Germany, Europe and the Politics of Constraint*, New York 2003.
- Dyson, Kenneth – Goetz, Klaus H.: Living with Europe: Power, Constraint, and Contestation. In: Dyson – Goetz 2003, S. 5–35.
- Featherstone, Kevin: Introduction: In the Name of “Europe”. In: Featherstone, Kevin – Radaelli, Claudio M. (Eds.): *The Politics of Europeanization*, New York 2003, S. 3–26.
- Fuchs, Michael: Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union des Deutschen Bundestages, *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 1 (2004), S. 3–24.
- Hellwig, Renate: Die Europa-Institutionen des Bundestages und seine großen Europa-Initiativen. In: Hellwig, Renate (Hg.): *Der Bundestag und Europa*, München 1993, S. 21–48.
- Hesse, Joachim Jens – Ellwein, Thomas: *Das Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland*. Band 1, Berlin 2004.
- Hölscheidt, Sven: Mitwirkungsrechte des Deutschen Bundestages in Angelegenheiten der EU, *Aus Politik und Zeitgeschichte* 28 (2000), S. 31–38.
- Kohler-Koch, Beate: Europäisierung: Plädoyer für eine Horizonterweiterung. In: Knodt, Michèle – Kohler-Koch, Beate (Hg.): *Deutschland zwischen Europäisierung und Selbstbehauptung*. Frankfurt – New York 2000, S. 11–31.
- Maurer, Andreas: Optionen und Grenzen der Einbindung der nationalen Parlamente in die künftige EU-Verfassungsstruktur, *SWP-Studie* S 29 (2002), [http://www.swp-berlin.org/de/common/get\\_document.php?asset\\_id=765](http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=765) (17. 6. 2006)
- Maurer, Andreas – Becker, Peter: Die Europafähigkeit der nationalen Parlamente, *SWP-Studie* S 23 (2004), [http://www.swp-berlin.org/de/common/get\\_document.php?asset\\_id=1354](http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=1354) (17. 6. 2006)
- Saalfeld, Thomas: The Bundestag: Institutional Incrementalism and Behavioural Reticence. In: Dyson – Goetz 2003, S. 73–96.
- Schmalz, Uwe: *Deutschlands Europäisierte Außenpolitik*, Wiesbaden 2004.
- Schöllgen, Gregor: *Die Außenpolitik der BRD*, München 1999.
- Sturm, Roland: Die „europäische Konstellation“– Zur Europäisierung politischen Entscheidens. In: Chardon, Matthias – Göth, Ursula, Große Hüttman, Martin – Probst-Dobler, Cristine (Hrsg.): *Regieren unter neuen Herausforderungen: Deutschland und Europa im 21. Jahrhundert*, Baden-Baden 2003, S. 47–58.
- Sturm, Roland – Pehle, Heinrich: *Das neue deutsche Regierungssystem*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2005.

Töller, Anette Elisabeth: Dimensionen der Europäisierung. Das Beispiel des Deutschen Bundestages, *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 1 (2004), S. 25–50.

Verheugen, Günter: Die Arbeit des Sonderausschusses „Europäische Union (Vertrag von Maastricht) des Deutschen Bundestages, *Zeitschrift für Gesetzgebung* 2 (1993), S. 162–167.



## DIE MODERNISIERUNG DER WESTDEUTSCHEN UNIVERSITÄTEN NACH 1945

---

OTA KONRÁD

### **Abstract**

#### **The Modernization of West German Universities after 1945**

The paper deals with the modernization of the West German universities after 1945. In the first post war years important university reforms did not occur. At the end of the 1950's some ideas began to appear which were fully realized in the reforms in the 1960's. New duties were assigned to the universities, weakening the traditional conception of education. Extensive building of new universities, formation of new models of universities, rapid grow of the number of students and changes in the social structure of university students help to understand the 1960's as an important milestone in modern German university history.

**Keywords:** education, university reforms, modernization, West Germany

Nach der totalen Niederlage des Dritten Reiches wurde Deutschland in mehrere Besatzungszonen aufgeteilt. Die einzelnen Besatzungsmächte legten in ihrer Besatzungspolitik unterschiedliche Akzente fest, wobei der Widerspruch zwischen der Besatzungspolitik der UdSSR und derjenigen der westlichen Alliierten immer deutlicher wurde. Damit setzte nicht nur eine Entwicklung ein, die Ende der 40er Jahre zur Teilung Deutschlands und zur Eingliederung von West- und Ostdeutschland in feindlich gesinnte Blöcke führte; es wurden darüber hinaus auch zentrifugale Tendenzen im innenpolitischen, gesellschaftlichen und kulturellen Bereich gestärkt. Während in der russischen Besatzungszone das sowjetrussische politische, gesellschaftliche und kulturelle Modell rigoros und unter Ausnützung aller Machtmittel von oben her durchgesetzt wurde, ging die Besatzungspolitik der Westalliierten, mit den Vereinigten Staaten an der Spitze, vor

allem von dem Grundsatz einer allmählichen Übergabe der Entscheidungskompetenzen in die Hände einer frei gewählten deutschen politischen Elite aus.<sup>1</sup>

Aus dieser Charakteristika folgt, daß amerikanische politische, gesellschaftliche oder kulturelle Modelle nach Westdeutschland nicht einfach exportiert wurden. Der Nachkriegswirklichkeit entspricht eher, die oftmals tiefgreifenden strukturellen Veränderungen in Westdeutschland nach 1945 als einen komplizierten Prozess der Aneignung und Reinterpretation der westlichen Vorbilder unter deutschen Bedingungen anzusehen. Nichtsdestoweniger ist der Einfluss vor allem der Vereinigten Staaten in Westdeutschland nur schwer zu überschätzen. Zum ersten mal wurden die schon seit dem Anfang des 20. Jahrhunderts feststellbaren amerikanischen Einflüsse in Europa durch die reale militärische und machtpolitische Anwesenheit der USA in Deutschland unterstützt, eine Entwicklung die auch nach der Wiedererlangung der westdeutschen Souveränität weiter anhielt.<sup>2</sup>

Diese allgemeine Beschreibung des westdeutschen politischen, internationalen und kulturellen Umfeld nach 1945 ist im Auge zu behalten, ver-

---

<sup>1</sup> Zur Besatzungspolitik der westlichen Alliierten vgl.: Diefendorf, Jeffrey M. – Frohn, Axel – Rupieper, Hermann-Josef (Hrsg.): *American Policy and the reconstruction of West-Germany 1945–1955*, Cambridge – New York 2004; Henke, Klaus-Dietmar: *Die amerikanische Besetzung Deutschlands*, München 1996; Waibel, Dieter: *Von der wohlwollenden Despotie zur Herrschaft des Rechts. Entwicklungsstufen der amerikanischen Besetzung Deutschlands 1944–1949*, Tübingen 1996; Weisz, Christoph (Hrsg.): *OMGUS-Handbuch. Die amerikanische Militärregierung in Deutschland 1945–1949*, München 1994; Foschepoth, Josef – Steininger, Rolf (Hrsg.): *Die britische Deutschland- und Besatzungspolitik 1945–1949*, Paderborn 1985; Turner, Ian D. (Hrsg.): *Reconstruction in Post-War Germany. British Occupation Policy and the Western Zones 1945–1955*, Oxford – New York 1989; Willis, Frank Roy: *France, Germany and the New Europe 1945–1967*, London – New York 1967. Zur sowjetischen Besatzungspolitik vgl.: Naimark, Norman M.: *Die Russen in Deutschland. Die sowjetische Besatzungszone 1945 bis 1949*, Berlin 1997. Zur gemeinsamen Institution der Besatzungsmächte vgl. v.a.: Mai, Günter: *Der Alliierte Kontrollrat in Deutschland 1945–1948*, München 1995.

<sup>2</sup> Zu den Konzepten der „Amerikanisierung“ und „Westernisierung“ der BRD vgl.: Jarausch, Konrad H. – Siegrist, Hannes: *Amerikanisierung und Sowjetisierung. Eine vergleichende Fragestellung zur deutsch-deutschen Nachkriegsgeschichte*. In: Jarausch, Konrad H. – Siegrist, Hannes (Hrsg.): *Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945–1970*, Frankfurt am Main 1997, S. 11–48; Doering-Manteuffel, Anselm: *Dimensionen von Amerikanisierung in der deutschen Gesellschaft*, *Archiv für Sozialgeschichte* 35 (1995), S. 1–34; Ders.: *Wie westlich sind die Deutschen. Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert*, Göttingen 1999; Vgl. auch den Forschungsbericht: Gassert, Philipp: *Amerikanismus, Antiamerikanismus, Amerikanisierung. Neue Literatur zur Sozial-, Wirtschafts- und Kulturgeschichte des amerikanischen Einflusses in Deutschland und Europa*, *Archiv für Sozialgeschichte* 39 (1999), S. 531–561.

sucht man die Entwicklung der westdeutschen Universitäten von der unmittelbaren Nachkriegszeit bis zum Ende der 60er Jahre darzustellen. Schon auf den ersten Blick erscheint die westdeutsche Universitätsgeschichte in den ersten Nachkriegsjahren als ein Bereich, in dem (im Unterschied zum Beispiel zum westdeutschen politischen System, zur entstehenden Medienlandschaft oder zur westdeutschen Wirtschaft) die amerikanischen und westlichen Modelle im Allgemeinen am wenigsten durchgesetzt werden konnten. Die westdeutschen Universitäten griffen gleich nach 1945 im Großen und Ganzen auf ihre eigenen Traditionen zurück, ihre Wiedereröffnung wurde meistens als eine Restauration der Verhältnisse vor 1933, bzw. noch vor dem Ersten Weltkrieg verstanden. Erst ab der zweiten Hälfte der 50er Jahre und dann vor allem in den 60er Jahren ist es zu tiefgreifenden Veränderungen im Hochschulbereich gekommen, die in der Folge jene deutsche Traditionen in Frage stellten und seit dem eine nicht unterbrochene Diskussion über die Rolle und Bedeutung der Universitäten in der modernen Gesellschaft entfesselten.<sup>3</sup>

Dabei sind vor allem zwei wesentliche Aspekte dieser Veränderungen in den 60er Jahren hervorzuheben: Erstens der wesentliche quantitative Ausbau des Hochschulwesens, der jedoch zugleich auch eine tiefgreifende Veränderung der inneren Struktur der Hochschulen bedeutete und von einer Diskussion über die Rolle der Bildung in der Gesellschaft begleitet wurde. Zweitens handelte es sich um eine damit zusammenhängende Steigerung des Staatseinflusses und um einen Trend zu einer zentralen und planerischen Koordinierung der Hochschulpolitik. Diese Tendenz gipfelte einerseits Ende der 60er Jahre in der Novellierung des Grundgesetzes, die den traditionellen Kulturföderalismus an die neuen Bedingungen anpassen sollte, und zugleich im Hochschulrahmengesetz, das die erste einheitliche hochschulpolitische Norm in der deutschen Geschichte darstellte.

Unter diesen Gesichtspunkten nimmt es sich der vorgelegte Beitrag zum Ziel, die Entwicklung der Universitäten in Westdeutschland im Zeitraum 1945–1969 darzustellen, wobei das Hauptaugenmerk auf die Frage ihrer Modernisierung gerichtet wird. Hans-Ulrich Wehler hat in seiner Stu-

---

<sup>3</sup> Einen fundierten Überblick über die deutsche Bildungsgeschichte lieferten vor allem: Führ, Christoph: Deutsches Bildungswesen seit 1945, Bonn 1996; Ders. – Furck, Carl-Ludwig (Hrsg.): Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte, Bd. IV, 1945 bis zur Gegenwart, München 1998. Weiter vgl. auch den 65. Band der „Enzyklopädie deutscher Geschichte“ mit der weiteren Literatur (Kroll, Frank-Lothar: Kultur, Bildung und Wissenschaft im 20. Jahrhundert, München 2003).

die über die Modernisierung für eben jene den Begriff der liberalen und demokratischen Werte „nicht nur im politischen Verfassungsleben, sondern auch im gesellschaftlichen und privaten Bereich“ als konstitutiv angegeben.<sup>4</sup> In diesem Zusammenhang kann man die Modernisierung der westdeutschen Universitäten nach 1945 als einen Prozess der Angleichung eines spezifischen Gesellschaftsbereichs an die Erfordernisse der sich verändernden westdeutschen Wirtschaft und Gesellschaft verstehen.

Der Beitrag verfolgt diese Zielsetzung in drei Teilen. Der erste Teil behandelt die unmittelbare Nachkriegszeit, d.h. den Zeitraum von 1945 bis zum Ende der 40er Jahre, als sich Westdeutschland unter dem direkten Einfluss der Besatzungsmächte befand. Das Hauptgewicht wird dabei der amerikanischen Besatzungspolitik beigemessen. Der zweite Teil widmet sich der „Übergangsepoche“ der 50er Jahren, in der zwar die rückwärts gesinnte, konservative Atmosphäre an den Universitäten weiter petrifiziert wurde, zugleich setzten jedoch bereits die Entwicklungen und Trends ein, die dann das darauf folgende Jahrzehnt maßgebend bestimmen sollten. Die Entwicklung des westdeutschen Hochschulwesens in den 60er Jahren bildet den Gegenstand des letzten Teiles des Beitrags.

## Der Wiederaufbau nach 1945

Das sich die Universitäten, die nach der totalen Niederlage des Dritten Reiches unter die Machtsphäre der drei westlichen Alliierten gerieten, in einem katastrophalen Zustand befanden, muss nicht besonders hervorgehoben werden.<sup>5</sup> Erstens betraf dies den – jedoch von Universität zu Universität sehr unterschiedlichen – Ausmaß der Zerstörung ihrer „materiellen“ Substanz. Die ausgebombten Gebäude, die nicht nur kriegsbedingt, son-

---

<sup>4</sup> Wehler, Hans-Ulrich: Modernisierungstheorie und Geschichte, Göttingen 1975, S. 60.

<sup>5</sup> Allgemein zur deutschen Universitäten nach 1945 vgl.: Schildt, Axel: Im Kern gesund? Die deutschen Hochschulen nach 1945. In: König, Helmut – Kuhlmann, Wolfgang – Schwabe, Klaus (Hrsg.): Vertuschte Vergangenheit. Der Fall Schwerte und die NS-Vergangenheit der deutschen Hochschulen, München 1997, S. 223–240; Struebel, Gustav: 1945 – Neuanfang oder versäumte Gelegenheit? In: Jörg Tröger (Hrsg.): Hochschule und Wissenschaft im Dritten Reich, Frankfurt am Main 1984, S. 168–180; Duewell, Kurt: Die Startbedingungen der Hochschulen. Vertreibung, Entnazifizierung und zerstörte Universitäten. In: Köhler, Wolfram (Hrsg.): Nordrhein-Westfalen Fünfzig Jahre später 1946–1996, Essen 1996, S. 104–113; Öhler, Christoph: Hochschulentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland seit 1945, Frankfurt am Main 1989.

dern auch in Folge der „Bücherverbrennungen“ und der bewussten internationalen wissenschaftlichen Isolation nach 1933 nur bruchstückhafte Bibliotheksbestände besaßen, aber auch die zerstörte städtische Infrastruktur erschwerten den erforderlichen Neuanfang erheblich. Nach der zwölfjährigen Existenz des NS-Regimes war auch die Zusammensetzung des Lehrkörpers tiefgreifend verändert worden. Die personellen Verluste resultierten vor allem aus den rassistisch und politisch bedingten „Säuberungswellen“<sup>6</sup> und waren nach der Niederlage des „Dritten Reiches“ aufgrund der breiten wissenschaftlichen Emigration nach 1933, aber auch infolge der Ermordung der in Deutschland verbliebenen jüdischen Universitätslehrer nicht wettzumachen.<sup>7</sup> Sie sind jedoch auch auf die Kriegsverluste vor allem unter dem wissenschaftlichen Mittelbau zurückzuführen.

Drittens war im Hinblick auf die bevorstehende Umerziehung der Deutschen auch der „ideelle“ Zustand der Universitäten, bzw. der Wissenschaften nicht besonders günstig.<sup>8</sup> Die schon erwähnten personellen Säuberungen nach 1933 bedeuteten zugleich eine Ausgrenzung ganzer wissenschaftlicher Schulen und oftmals innovativer Forschungsansätze. Darüber hinaus wurden die Wissenschaften im NS-Regime weitgehend (selbst)gleichgeschaltet. Die Selbstmobilisierung vieler Universitätslehrer

---

<sup>6</sup> Bis zum Wintersemester 1934/35 wurden etwa 15 % der Hochschullehrer aus ihren Stellen entfernt. Bis zum Jahr 1939 veränderte sich die Zusammensetzung des Lehrkörpers der deutschen Hochschulen insgesamt um 45 % (Kroll 2003, S. 25).

<sup>7</sup> Zur Emigration vgl. die biographischen Handbücher: Krohn, Claus-Dieter – Mühlen, Patrik von zur – Paul, Gerhard – Winkler, Lutz (Hrsg.): Handbuch der deutschsprachigen Emigration 1933–1945, Darmstadt 1998; Institut für Zeitgeschichte (Hrsg.): International biographical dictionary of Central European émigrés 1933–1945, Vol 2: The arts, sciences and literature, München 1983; Röder, Werner – Strauss, Herbert A. (Hrsg.): Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, 3 Bände in 4 Teilen, München 1980. Weiter vgl.: Kröner, Peter: Vor fünfzig Jahren. Die Emigration deutschsprachiger Wissenschaftler 1933–1939, Münster 1983; Möller, Horst: Exodus der Kultur. Schriftsteller, Wissenschaftler und Künstler in der Emigration nach 1933, München 1984; Fischer, Klaus: Die Emigration von Wissenschaftlern nach 1933. Möglichkeiten und Grenzen einer Bilanzierung, Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 39 (1991), S. 535–549; Krohn, Claus-Dieter: Deutsche Wissenschaftsemigration seit 1933 und ihre Reemigrationsbarrieren nach 1945. In: Bruch, Rüdiger vom – Kaders, Brigitte (Hrsg.): Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Bestandaufnahme zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts, Stuttgart 2002, S. 437–452.

<sup>8</sup> Zur Umerziehung vgl.: Heinemann, Manfred (Hrsg.): Umerziehung und Wiederaufbau. Die Bildungspolitik der Besatzungsmächte in Deutschland und Österreich, Stuttgart 1981; Füssl, Karl-Heinz: Die Umerziehung der Deutschen. Jugend und Schule unter den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges 1945–1955, Paderborn – München – Wien – Zürich 1994; Pakschies, Günter: Umerziehung in der Britischen Zone 1945–1949. Untersuchungen zur britischen Re-education-Politik, Köln – Wien 1984.

zugunsten des NS-Regimes, ihre Bereitschaft, ihn „wissenschaftlich“ zu legitimieren oder die Realisierung seiner ideologischen Pläne durch wissenschaftliche Expertisen zu ermöglichen, ebenso wie die Durchdringung der Forschung durch die Rassenideologie und die „Blut-und-Boden“-Phraseologie schufen keine günstigen Ausgangsbedingungen für einen demokratischen Neuanfang.<sup>9</sup>

In diesem Kontext erscheinen die Vorbereitungen der Westalliierten für die Besatzungspolitik im hochschulpolitischen Bereich eher als unzureichend.<sup>10</sup> Wie James F. Tent unterstreicht, stand den amerikanischen Besatzungsbehörden nur ein Stab von 40 Leuten in der zuständigen Education and Religious Affairs (E&RA) Behörde zur Verfügung, eine Zahl, die sich auch in den nächsten Jahren nicht wesentlich vergrößern sollte.<sup>11</sup> Darüber hinaus gab es keine gemeinsame und ausgereifte westalliierte Konzeption einer Universitätsreform.<sup>12</sup>

---

<sup>9</sup> Einen Überblick über den aktuellen Stand der Forschung im Falle der Geisteswissenschaften im NS-Regime bietet der Sammelband: Hausmann, Frank-Rutger (Hrsg.): Die Rolle der Geisteswissenschaften im Dritten Reich 1933–1945, München 2002. Zur lebhaft diskutierten Frage der Verwicklung der Geschichtswissenschaft im NS-Regime vgl.: Schulze, Winfried – Öxle, Otto Gerhard (Hrsg.): Deutsche Historiker im Nationalsozialismus, Frankfurt am Main 1999.

<sup>10</sup> Zur alliierten Deutschlandplanungen im Allgemeinen vgl.: Krieger, Wolfgang: Die amerikanische Deutschlandplanung – Hypotheken und Chancen für einen Neuanfang. In: Volkmann, Hans-Erich (Hrsg.): Ende des Dritten Reiches – Ende des Zweiten Weltkriegs. Eine perspektivische Rückschau, München 1995, S. 25–50; Kettenacker, Lothar: Der britische Rahmenplan für die Besetzung Deutschlands und seine unerwarteten Folgen. In: Volkmann 1995, S. 51–74; Soutou, Georges-Henri: Frankreich und die Deutschlandfrage 1943 bis 1945. In: Volkmann 1995, S. 141–172; Kettenacker, Lothar: Krieg zur Friedenssicherung. Die Deutschlandplanung der britischen Regierung während des Zweiten Weltkrieges, Göttingen 1989; Loth, Wilfried: Die Deutschlandplanung der Sieger, Aus Politik und Zeitgeschichte 18/19 (2005), S. 27–33.

<sup>11</sup> Vgl.: Tent, James F.: Mission On the Rhine: American Education Policy in Postwar Germany, 1945–1949, *History of Education Quarterly* 22 (1982), S. 255–276. Vgl. auch: Ders.: Mission on the Rhine: Reeducation and Denazification in American-occupied Germany, Chicago 1982.

<sup>12</sup> Zur Hochschulpolitik der Westalliierten vgl.: Phillips, David (Hrsg.): German Universities after the Surrender: British Occupation Policy and the Control of Higher Education, Oxford 1983; Ders.: War-Time Planning for the „Reeducation“ of Germany. Professor E. R. Dodds and the German Universities, *Oxford Review of Education* 12 (1986), S. 195–208; Phillips, David: Zur Universitätsreform in der britischen Besatzungszone 1945–1948, Köln – Wien 1983; Ders.: Britische Initiative zur Hochschulreform in Deutschland: Zur Vorgeschichte und Entstehung des „Gutachtens zur Hochschulreform“ von 1948. In: Heinemann, Manfred (Hrsg.): Umerziehung und Wiederaufbau, Stuttgart 1981, S. 172–196; Pingel, Falk: Wissenschaft, Bildung und Demokratie – der gescheiterte Versuch einer Universitätsreform. In: Foschepoth, Josef – Steininger, Rolf (Hrsg.): Britische Deutschland- und Besatzungspolitik 1945–1949, Paderborn 1985, S. 183–209.

Das Hauptgewicht der amerikanischen Hochschulpolitik nach 1945 lag daher eindeutig in dem personellen Wiederaufbau der geschlossenen Universitäten, was vor allem eine Entnazifizierung der Lehrkörper bedeutete. Mindestens aus einer unmittelbaren Nachkriegsperspektive erscheint jedoch der Entnazifizierungsprozess als wenig erfolgreich, was die Möglichkeiten für einen radikalen Neuanfang im Nachhinein weiter beträchtlich begrenzte.<sup>13</sup> Spätestens seit dem Ende der 40er Jahre konnten nämlich die meisten der Universitätslehrer, die entweder gleich nach dem Zerfall des Dritten Reiches von den Universitäten selbst, oder in einem ungleich höheren Ausmaß von den zuständigen Stellen der Besatzungsmächte entlassen oder interniert worden waren, im Laufe des immer mehr versandeten Entnazifizierungsprozesses an die Universitäten zurückkehren. Die Aufsichtsbeendigung über den Entnazifizierungsprozess seitens der Westalliierten im Jahre 1948, die vom Bundestag im Jahre 1950 verabschiedeten Richtlinien zur Beendigung der Entnazifizierungen und das für die Universitäten wichtige sogenannte 131er Gesetz von 1951, das die Rückkehr der im Folge der Entnazifizierung entlassenen Beamten ermöglichte, markierten diesen Weg, in dessen Rahmen an vielen Hochschulen im Großen und Ganzen der Lehrkörper von vor 1945 wieder etabliert wurde.<sup>14</sup>

---

<sup>13</sup> Zur Entnazifizierung an den Universitäten vgl. vor allem: Ash, Mitchell G.: Verordnete Umbrüche – Konstituierte Kontinuitäten: Zur Entnazifizierung von Wissenschaftlern und Wissenschaften nach 1945, *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 43 (1995), S. 903–923; Schulze, Winfried: Doppelte Entnazifizierung: Geisteswissenschaften nach 1945. In: König, Helmut – Kuhlmann, Wolfgang – Schwabe, Klaus (Hrsg.): *Vertuschte Vergangenheit. Der Fall Schwerte und die NS-Vergangenheit der deutschen Hochschulen*, München 1997, S. 257–286; Chroust, Peter: *Demokratie auf Befehl? Grundzüge der Entnazifizierungspolitik an den deutschen Hochschulen*. In: Knigge-Tesche, Renate (Hrsg.): *Berater der braunen Macht. Wissenschaft und Wissenschaftler im NS-Staat*, Frankfurt am Main 1999, S. 133–149; Seemann, Silke: *Die politische Säuberung des Lehrkörpers der Freiburger Universität nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs (1945–1957)*, Freiburg in Breisgau 2002; Paletschek, Sylvia: *Entnazifizierung und Universitätsentwicklung in der Nachkriegszeit am Beispiel der Universität Tübingen*. In: Bruch, Rüdiger vom (Hrsg.): *Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Bestandsaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts*, Stuttgart 2002, S. 393–408.

<sup>14</sup> Zur Entnazifizierung in Deutschland im allgemeinen vgl.: Niethammer, Lutz: *Die Mitläuferfabrik. Die Entnazifizierung am Beispiel Bayerns*, Bonn 1982; Vollnhals, Clemens – Schlemmer, Thomas (Hrsg.): *Entnazifizierung. Politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945–1949*, München 1991; Vollnhals, Clemens: *Entnazifizierung. Politische Säuberung unter alliierter Herrschaft*. In: Volkmann 1995, S. 369–392 und Rauh-Kühne, Cornelia: *Die Entnazifizierung und die deutsche Gesellschaft*, *Archiv für Sozialgeschichte* 35 (1995), S. 35–70.

Neben einer unzureichenden personellen Ausstattung der für die Hochschulpolitik zuständigen Besatzungsbehörden, die darüber hinaus noch den komplizierten Entnazifizierungsprozess in Gang setzen und kontrollieren mussten, ist als eine weitere Determinante der Besatzungspolitik im Hochschulwesen die bedrückende Nachkriegssituation zu nennen. Sie verstärkte den Druck auf eine baldmöglichste Wiedereröffnung der Medizinischen Fakultäten und Universitätskliniken, was in Folge zur Aufnahme des Lehrbetriebs an den Universitäten in der amerikanischen Besatzungszone schon im Dezember 1945 führte.<sup>15</sup>

Es wäre jedoch zu vereinfachend, die amerikanische Besatzungspolitik im Hochschulbereich in der unmittelbaren Nachkriegszeit nur als konzeptionslos und pragmatisch zu bezeichnen. Unter den Hochschuloffizieren gab es eine Menge an gut gebildeten, entschlossenen und organisatorisch begabten Männern, die auch unter den Bedingungen der ersten Nachkriegsmonate versuchten, eigene Ideen zu entwickeln und zur inhaltlichen wie auch formellen Erneuerung der deutschen Universitäten im Zusammenhang mit dem Umerziehungskonzept beizutragen.<sup>16</sup> Von ihnen sei

---

<sup>15</sup> Zur Wiedereröffnung der Universitäten vgl.: Gerhardt, Ute: Die Amerikanischen Militäroffiziere und der Konflikt um die Wiedereröffnung der Universität Heidelberg 1945–1946. In: Hess, Jürgen C. – Lehmann, Hartmut – Sellin, Volker (Hrsg.): Heidelberg 1945, Stuttgart 1996, S. 30–54; Phillips, David: Zur Wiedereröffnung der Universitäten in der britischen Zone. Nationalistische Gesinnung, Entnazifizierung und das Problem der Zulassung zum Studium, Bildung und Erziehung 36 (1986), S. 34–53; Brinkmann, Jens-Uwe: „Das Vorlesungsverzeichnis ist noch unvollständig...“ Der Wiederbeginn an der Georgia Augusta. In: Schmeling, Hans-Georg (Hrsg.): Göttingen 1945. Kriegsende und Neubeginn, Göttingen 1985, S. 301–314; Bird, Geoffrey: Wiedereröffnung der Universität Göttingen. In: Heinemann, Manfred (Hrsg.): Umerziehung und Wiederaufbau, Stuttgart 1981, S. 167–171; Schmid, Manfred – Schäfer, Volker (Bearb.): Wiedergeburt des Geistes. Die Universität Tübingen im Jahre 1945, Tübingen 1985; Pfetsch, Frank R.: Neugründung der Universität nach 1945? In: Buselmeier, Klaus (Hrsg.): Auch eine Geschichte der Universität Heidelberg, München 1986, S. 365–380; Heimpel, Hermann: Der Neubeginn der Georgia Augusta zum Wintersemester 1945–46, Hannover 1986; Respondek, Peter: Besatzung – Entnazifizierung – Wiederaufbau. Die Universität Münster 1945–1952, Münster 1995. Allgemeiner zur Situation an den Universitäten in den ersten Nachkriegsjahren vgl.: Krönig, Waldemar – Müller, Klaus-Dieter: Nachkriegssemester. Studium in Kriegs- und Nachkriegszeit, Stuttgart 1990; Defrance, Corine: Les Alliés occidentaux et les universités allemandes 1945–1949, Paris 2000; Dies.: Deutsche Universitäten in der Besatzungszeit zwischen Brüchen und Traditionen 1945–49. In: Papenfuß, Dietrich (Hrsg.): Deutsche Umbrüche im 20. Jahrhundert. Tagungsbeiträge eines Symposiums der Alexander von Humboldt-Stiftung, Köln 2000, S. 409–428.

<sup>16</sup> Zu den Hochschuloffizieren vgl. vor allem: Heinemann, Manfred (Hrsg.): Hochschuloffiziere und Wiederaufbau des Hochschulwesens nach 1945 in Westdeutschland 1945–1952, Teil 1: Die Britische Zone, Teil 2: Die US-Zone, Teil 3: Die Französische Zone, Hildesheim 1990.



hier vor allem Edward Y. Hartshorne genannt, der für die Wiedereröffnung der Heidelberger Universität zuständig war.

Auf Hartshornes Initiative wurden auch die sogenannten Marburger Hochschulgespräche im Juli 1946 initiiert.<sup>17</sup> Ihre Bedeutung lag vor allem darin, daß sie die erste interzonale hochschulpolitische Konferenz war, an der seit 1947 nicht nur die Vertreter des Hochschulwesens aus der amerikanischen und britischen Zone, sondern auch die Hochschulen der französischen und sowjetischen Zone teilgenommen hatten. Dieses interzonale Zusammentreffen führten die Alliierten bis zum Jahr 1949.<sup>18</sup> In den Marburger Hochschulgesprächen wurde vor allem das Thema der erzieherischen Aufgaben der Hochschulen in der unmittelbaren Nachkriegszeit aufgegriffen, dem „in der gegenwärtigen Krise, die die gesamte Kulturwelt, in besonderer Schärfe aber Deutschland erfasst hat“, eine „erhöhte Bedeutung und Dringlichkeit“ zukommen sollte.<sup>19</sup> Um diese gesellschaftliche und kulturelle Rolle zu erfüllen, sollten die deutschen Hochschulen, wie aus der Resolution der Hochschulgespräche von 1948 hervorgeht, wieder zur traditionellen Konzeption des charakterbildenden Einflusses der Beschäftigung mit der Wissenschaft zurückkehren: „Die Hochschule erfüllt ihren Erziehungsauftrag in erster Linie dadurch, daß sie die Jugend durch wissenschaftliche Arbeit zu kritischem Denken, zu vorurteilsfreier Untersuchung der Wirklichkeit und zu selbständigem Urteil anleitet“.<sup>20</sup>

Weit mehr detaillierte und konkretere Vorschläge für eine Hochschulreform brachten die sog. Schwalbacher Richtlinien. Sie fassten die Vorschläge eines Sachverständigungsausschusses zusammen, der aus Vertretern der Hochschulen und der Kultusministerien der Länder der amerikanischen Zone bestand.<sup>21</sup> Der Ausschuss tagte im Herbst 1947 in Bad Schwalbach. Die Re-

---

<sup>17</sup> Nur ein paar Wochen nach der Konferenz wurde Hartshorne jedoch Opfer eines bisher nicht ganz aufgeklärten Attentats. Zu Hartshorne vgl.: Tent, James F.: Edward Y. Hartshorne and the Reopening of German Universities, 1945–1948: His Personal Account. In: Heideking, Jürgen – Depaepe, Marc – Herbst, Jürgen (Hrsg.): Mutual Influences on Education: Germany and the United States in the Twentieth Century, Gent 1997, S. 183–200; Ders. (Hrsg.): Academic Proconsul: Harvard Sociologist Edward Y. Hartshorne and the Reopening of German Universities: His Personal Account, Trier 1998.

<sup>18</sup> Zur ersten Gespräche vgl.: Marburger Hochschulgespräche 12. bis 15. Juni 1946. Referate und Diskussionen, Frankfurt am Main 1947.

<sup>19</sup> Marburger Hochschulgespräche 1948. In: Neuhaus, Rolf (Bearb.): Dokumente zur Hochschulreform 1945–1959, Wiesbaden 1961, S. 261.

<sup>20</sup> Ebd.

<sup>21</sup> Neben den drei hohen Beamten der Kultusministerien von Bayern, Hessen und Württemberg-Baden, gehörten dem Ausschuss auch die Rektoren der Universitäten in Würzburg,

formvorschläge betrafen vor allem die universitäre Organisation und den Entscheidungsprozess, an dem nicht nur die Ordinarien, sondern auch andere Mitglieder des Lehrkörpers (Extraordinarien und Privatdozenten) teilnehmen sollten. Konkret führte diese Idee der Öffnung der wichtigsten Entscheidungsgremien zur Erweiterung des Senats und zur Schaffung eines Konzils, welches den Rektor wählte. Diesem sollten de facto alle habilitierten Hochschullehrer angehören. Im Falle der Behandlung der studentischen Angelegenheiten (Stipendienwesen, soziale Einrichtungen, Gebührenerlass, Zulassungswesen, sportliche Einrichtungen, Studienangelegenheiten) sollten in die Hochschulorgane auch die Vertreter der Studentenschaft einbezogen werden.

Darüber hinaus kritisierten die Autoren der Richtlinien die Verslossenheit der Universitäten gegenüber der Tagespolitik, sei es in der Form nur geringen wissenschaftlichen Interesses für die Politik, oder in der Form der verbreiteten Staatsgläubigkeit und Untertanenmentalität unter den Hochschulangehörigen: „Die Hochschulen dürfen sich nicht auf Inseln fern von politischer Verantwortung zurückziehen. Hier stand der Ausschuss vor der Notwendigkeit, sich kritisch mit der überkommenen Gestalt der Hochschulen auseinanderzusetzen und neue Wege zu beschreiten. Es konnte kein Zweifel darüber aufkommen, daß die bisherige Organisation jene Flucht vor der politischen Verantwortung in hervorragendem Maße begünstigt hatte, indem sie wesentliche Stücke dieser Verantwortung Staatsbehörden[...] übertragen hatte.“<sup>22</sup>

Trotz einer solchen kritischen Bestandsaufnahme des Hochschulzustandes und trotz der Reformvorschläge, die in die internen Entscheidungsprozesse breitere Kreise des Lehrkörpers einbezogen hatten, blieb auch in den Schwalbacher Richtlinien die traditionelle Gestalt der deutschen Universität weiter bestehen. Dies betraf nicht nur die Erhaltung der Vormachtstellung der Ordinarien, bzw. der planmäßigen Professoren in der Universität,<sup>23</sup> son-

---

Frankfurt am Main und Heidelberg, siehe: Richtlinien für die Reform der Hochschulverfassungen in den Ländern des amerikanischen Besatzungsgebietes. In: Neuhaus, Rolf: Dokumente zur Hochschulreform, 1959, S. 262–288, hier S. 263.

<sup>22</sup> Ebd., S. 285.

<sup>23</sup> So sollte z.B. der Senat folgendermassen zusammengesetzt werden: neben dem Rektor, Prorektor und den Dekanen gehörten dem Senat auch die Wahlensatoren, von denen je einer von jeder Fakultät aus den ordentlichen oder planmässigen ausserordentlichen Professoren gewählt sein sollte und zwei Dozenten, die von den ausserplanmässigen Professoren und Dozenten gewählt wurden. Da jedoch der Rektor (und damit indirekt auch Prorektor) und die Dekane nur aus dem Kreis der Ordinarien gewählt sein konnten, verfügten auch weiterhin die Ordinarien, bzw. die planmässigen (beamteten) Professoren über eine Mehrheit im Senat (Neuhaus 1959, S. 269).

dern auch die Art und Weise der Beziehungen zwischen der Universität und der Staatsverwaltung: Eine direktere Einbeziehung der Öffentlichkeit in die Hochschulangelegenheiten in Form eines Verbindungsorgan (board of trustees) nach dem angelsächsischen Vorbild wurde von den Autoren der Richtlinien abgelehnt, da es ihnen unsicher erschien, „ob die sachlichen Bedürfnisse der Hochschulen dabei wesentlich besser oder auch nur ebenso gut fahren würden, als das bisher bei der Betreuung durch eine verständnisvolle Unterrichtsverwaltung der Fall war.“<sup>24</sup>

An die wichtigsten Reformvorschläge der Schwalbacher Richtlinien – die Erweiterung des Senats, eine teilweise Einbeziehung der Studentenschaft in den universitären Entscheidungsprozess – knüpften Gutachten zur Hochschulreform (auch „Blaue Gutachten“ genannt) an, die von einem vom dem Militärgouverneur der britischen Besatzungszone einberufenen Ausschuss 1948 ausgearbeitet wurden.<sup>25</sup> Die „Blauen Gutachten“ sind jedoch in vielerlei Hinsicht weit über die Vorschläge der Schwalbacher Richtlinien hinausgegangen. Dies erklärt sich teilweise auch aus der Zusammensetzung des Ausschusses, dem nicht nur Vertreter der deutschen Hochschulen, Wissenschaften und der Länderverwaltungen, sondern darüber hinaus auch der Wirtschaft, der Gewerkschaften, Kirchen und der ausländischen Universitäten angehörten.<sup>26</sup>

Die Reformvorschläge der „Blauen Gutachten“ zielten vor allem darauf, den größten Bedrohungen der traditionellen deutschen Universität entgegenzuwirken und auf diese Weise der veränderten politischen, gesellschaftlichen und auch kulturellen Situation der Zeit Rechnung zu tragen.

Als der erste und zweifellos auffallendste Reformvorschlag erscheint die ursprünglich von den Schwalbacher Richtlinien zurückgewiesene Idee

---

<sup>24</sup> Neuhaus 1959, S. 287.

<sup>25</sup> Gutachten zur Hochschulreform vom Studienausschuß für Hochschulreform („Blaue Gutachten“). In: Neuhaus, Dokumente zur Hochschulreform, 1961, S. 289–367.

<sup>26</sup> Dem Ausschuß gehörten an: als Vorsitzender Dr. h.c Henry Everling, Generaldirektor der Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumgenossenschaften (Hamburg), Lic. Dr. Joachim Beckmann, Oberkirchenrat und Dozent (Düsseldorf), Prof. Dr. Friedrich Drenckhahn, Direktor der Pädagogischen Hochschule Kiel, Prälat Dr. Robert Grosche, Stadtdechant, Mitglied des Kuratoriums der Universität Köln, Prof. Dr. Otto Gruber, TH Aachen, The Right Honourable Lord Lindsay of Birker, Master of Balliol College Oxford, Prof. Katharina Petersen, Regierungsdirektorin im Kultusministerium von Nideresachsen (Hannover), Prof. Dr. Jean Rudolf von Salis, Eidgenöss. TH Zürich, Prof. Dr. Bruno Snell, Universität Hamburg, Dr. Franz Theunert, Lektor im Bund-Verlag, Deutscher Gewerkschaftsbund (Köln), Prof. Dr. C. F. Freiherr von Weizsäcker, Max-Planck-Institut für Physik, Universität Göttingen, und als Sekretär Amtsgerichtsrat Dr. Walter Reimers (Hamburg), siehe: Neuhaus 1961, S. 628.

der Öffnung der Universität dem öffentlichen Leben in Form der Gründung eines Hochschulbeirates und des Hochschulrates. In dem Hochschulbeirat sollten neben den Vertretern der Hochschule und des Kultusministeriums auch die Vertreter der „an der Hochschule interessierten Gruppen und Körperschaften“ entsendet werden (Kirchen, Gewerkschaften, Industrie- und Handelskammern, akademische Berufsverbände, die Vertreter der Stadtverwaltung).<sup>27</sup> Der Hochschulbeirat, der eher beratend agieren sollte, wählte einen Drittel des „Hochschulrates“ als eines „engeren“ Hochschulgremiums. Der Hochschulrat mit seinem beamteten Präsidenten an der Spitze sollte dann die Hochschulverwaltungsaufgaben übernehmen und auf diese Weise eine Art „Zwischeninstanz“ zwischen der Hochschule und dem Staat einnehmen. Bei einem Vergleich des Hochschulrates mit der Rolle des ehemaligen Amtes des Kurators der wissenschaftlichen Hochschulen liegt der Gedanke nahe, daß der Hochschulrat eine Art „Demokratisierung“ dieser ursprünglichen preußischen Institution der Hochschulverwaltung darstellen sollte.

Zweitens wurde in den Blauen Gutachten die Einführung einer neuen Art des Hochschullehrers vorgeschlagen. Die Studiendozenten und Studienprofessoren sollten einer Gefahr der Entfremdung zwischen den Vortragenden und Studenten entgegenwirken, die schon seit dem Ende des 19. Jahrhunderts an den größeren deutschen Universitäten in Folge des Anstiegs der Studentenzahlen und der Veränderung der *universitas magistrorum et scholarum* zu einer Massenuniversität bemerkbar gewesen war. Zugleich sollten diese neuen (bezahlten) Lehrstellen die Privatdozenten entlasten, bzw. ihnen neue Karrieremöglichkeiten bieten.

Drittens sollte die bisherige soziale Exklusivität des Hochschulstudiums abgeschafft werden. Das Studium sollte gebührenfrei gemacht werden und das Stipendienwesen „großzügig“ ausgebaut werden. Die damit den Hochschulen abgeflossenen Finanzmittel sollten durch eine neu einzuführende „Schulsteuer“ wieder beschafft werden. Der anderen Gefahr einer zu engen Spezialisierung in der Bildung sollte die Einführung eines *studium generale* für die ersten zwei Semester zuvorkommen, das zugleich auch ein Teil der „staatsbürgerlichen Erziehung“ darstellte.

Von den umfangreichen „Blauen Gutachten“ und ihren Reformvorschlägen, von denen hier nur die wichtigsten dargestellt wurden, fand unter der deutschen akademischen Elite eine größere Resonanz bezeichnen-

---

<sup>27</sup> Gutachten zur Hochschulreform. In: Neuhaus 1961, S. 318.

derweise jedoch nur ein eher am Rande ausgesprochener Satz, nach dem die deutschen Universitäten „Träger einer alten und im Kern gesunden Tradition“ sein sollten.<sup>28</sup>

Die ziemlich rasch wiedereröffneten Universitäten und ihr Lehrkörper erblickten die erforderliche Erneuerung eher in einer Restauration der „altbewährten“ Traditionen. In organisatorischer Hinsicht wurden in diesem Zusammenhang die Universitäten „nur“ von den NS-„Hochschulreformen“ bereinigt – es wurde nicht nur das zentrale Berliner Wissenschaftsministerium, das im Rahmen der deutschen hochschulföderalistischen Tradition einen präzedenzlosen Schritt der NS-Machthaber dargestellt hatte, aufgelöst, es wurden vor allem die Dozenten- und Studentenbünde als ein Instrument der ideologischen Beeinflussung des Universitätsleben und der Personalpolitik abgeschafft. Damit wurde jedoch auch das Model der „braunen“ Mitbestimmung beseitigt und die Universität kehrte zu dem Ordinarienprinzip zurück.

Diese Rückkehr zur traditionellen deutschen Universitätsverfassung wurde von den Universitäten selbst jedoch positiv verstanden, und zwar als ein Beitrag zur Entpolitisierung der Wissenschaft nach den Erfahrungen mit dem NS-Staat. Die Universitäten sollten, über der Tagespolitik stehend, wieder frei die Bildung gewährleisten, welche die Grundlage für die charakterbildende Bedeutung der Wissenschaft darstellte. Auf diese Weise wurde die wieder zugestandene Hochschulautonomie dahingehend ausgenutzt, den als Ideal erscheinenden Zustand der Humboldt-Universität wieder zu erreichen.

Die Möglichkeiten einer Hochschulreform wurden nach der Etablierung der Länder in den einzelnen westlichen Zonen noch weiter vermindert. Dies zeigt eindeutig das Beispiel der Kontroverse zwischen den amerikanischen Besatzungsbehörden und dem neuen bayrischen Schulminister Alois Hundhammer (CSU) im Jahre 1947. Die E&RA Behörde versuchte nach 1945 neue Akzente in ihrer Politik zu setzen, die vor allem darauf abzielten, das Schulsystem zu reformieren. Die Reformen sollten den Zugang zum Universitätsstudium auch den bisher stark unterrepräsentierten unteren Schichten ermöglichen. Dazu wurde nicht nur die Verlängerung der gemeinsamen Grundschulausbildung für alle Kinder, bzw. sogar die Einführung der Einheitsschule, sondern auch die Akademisierung der Lehrerausbildung geplant. Dagegen konnte sich jedoch Alois Hundhammer, der

---

<sup>28</sup> Ebd., S. 291.

für die Erhaltung des elitären Charakters der humanistischen Gymnasien eintrat, erfolgreich wehren, wobei er auch die Meinungsdivergenzen unter den Amerikanern selbst auszunutzen wusste.<sup>29</sup>

Nach der Entstehung der Länder und nach dem Eklat in Bayern orientierte sich die amerikanische Politik eher an einer indirekten materiellen und informellen Unterstützung des entstehenden westdeutschen Hochschulwesens.<sup>30</sup> Die Förderung umfasste nicht nur Bücherlieferungen oder den Studenten- und Professoren Austausch, sondern auch die Unterstützung der Institutionalisierung neuerer Fächer wie der Politischen Wissenschaft oder der Amerikanistik.<sup>31</sup>

Zwiespältig erscheint der Einfluss der Remigranten auf die Erneuerung der westdeutschen Wissenschaft vor allem in den ersten Nachkriegsjahren.<sup>32</sup> Einerseits konnten oder wollten nicht alle Emigranten nach Deutschland zurückkehren, andererseits waren die Universitäten und neuen Länderbürokratien offensichtlich nicht besonders daran interessiert, die nach 1933 emigrierten Kollegen in einem größeren Umfang wiederzugewinnen.

---

<sup>29</sup> Dazu vgl.: Gehring, Hansjörg: Educational Reconstruction of Bavaria under U. S. Occupation. In: Heideking – Depaepe – Herbst 1997, S. 247–264.

<sup>30</sup> Zur Kulturpolitik der Westalliierten vgl.: Clemens, Gabriele (Hrsg.): Kulturpolitik im besetzten Deutschland 1945–1949, Stuttgart 1994; Dies.: Britische Kulturpolitik in Deutschland 1945–1949. Literatur, Film, Musik und Theater, Stuttgart 1997; Zauner, Stefan: Erziehung und Kulturmission. Frankreichs Bildungspolitik in Deutschland 1945–1949, München 1994; Gehring, Hansjörg: Amerikanische Literaturpolitik in Deutschland 1945–1953. Ein Aspekt des Re-Education-Programmes, Stuttgart 1976; Hein-Kremer, Maritta: Die amerikanische Kulturoffensive. Gründung und Entwicklung der amerikanischen Information Centers in Westdeutschland und West-Berlin 1945–1955, Köln 1996. Zur westdeutschen Kulturgeschichte nach 1945 vgl. vor allem: Glaser, Hermann: Die Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 1: Zwischen Kapitulation und Währungsreform 1945–1948, München 1985; Bd. 2: Zwischen Grundgesetz und Großer Koalition 1949–1967, München 1986; Bd. 3: Zwischen protest und Anpassung 1968–1989, München 1989.

<sup>31</sup> Zur Politikwissenschaft nach 1945 vgl.: Bleek, Wilhelm: Geschichte der Politikwissenschaft in Deutschland, München 2001; Marsen, Thies: Zwischen „Reeducation“ und Politischer Philosophie. Der Aufbau der Politischen Wissenschaft in München nach 1945, München 2001.

<sup>32</sup> Zu den Remigranten vgl.: Krauss, Marita: Heimkehr in ein fremdes Land. Geschichte der Remigration nach 1945, München 2001; Schildt, Axel: Reise zurück aus der Zukunft. Beiträge von intellektuellen USA –Remigranten zur atlantischen Allianz, zum westdeutschen Amerikabild und zur „Amerikanisierung“ in den fünfziger Jahren, Exilforschung 9 (1991), S. 25–45. Zur wissenschaftlichen Remigration vgl. weiter: Szabó, Anikó: Vertreibung, Rückkehr, Wiedergutmachung. Göttinger Hochschullehrer im Schatten des Nationalsozialismus, Göttingen 2000; Möller, Horst: Die Remigration von Wissenschaftlern nach 1945. In: Motzkau-Valeton, Wolfgang – Böhne, Edith (Hrsg.): Die Künste und die Wissenschaften im Exil 1933–1945, Gerlingen 1992.

Es waren vorwiegend die Probleme bürokratischer Natur, die – bewusst oder unbewusst – eine Rückkehr erschwerten, bzw. den Remigranten oftmals nur eine vorübergehende und lose Verbindung mit der Universität in der Form einer Gastprofessur ermöglichten.<sup>33</sup>

Auf der anderen Seite wäre es jedoch vereinfachend, ihren Erneuerungseinfluss auf die deutschen Universitäten und auf die Wissenschaft längerfristig ganz zu bestreiten. Die Bedeutung der Frankfurter Schule für die Geisteswissenschaften in der Bundesrepublik stellt dafür den bekanntesten Beleg dar,<sup>34</sup> ähnlich seien in diesem Zusammenhang auch andere aus der Emigration zurückgekehrte Wissenschaftler, wie zum Beispiel die Politologen Ernst Fränkel oder Erich Voegelin zu erwähnen.<sup>35</sup>

Trotz ihrer anfänglich nur begrenzten Wirkung erstreckten sich die Erneuerungsversuche der Besatzungsmächte auch auf die Gründung neuer Universitäten, wie in Mainz, Saarbrücken und vor allem im Falle der Freien Universität in Berlin.<sup>36</sup> Die FU Berlin, gegründet 1948 als ein demokratischer Gegenpol zu der sich unter der sowjetischen Obhut befindlichen traditionsreichen Berliner Universität, stellte für damalige westdeutsche Ver-

---

<sup>33</sup> Es handelte sich jedoch nicht um eine spezifische westdeutsche Haltung, sehr ähnlich wurden auch die (zahlreichen) zur Rückkehr entschlossenen ehemaligen Universitätslehrer und Wissenschaftler in Nachkriegsösterreich behandelt, vgl.: Fleck, Christan: Autochthone Provinzialisierung. Universität und Wissenschaftspolitik nach dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft in Österreich, *Österreichischer Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 7/1 (1996), S. 67–92.

<sup>34</sup> Dazu vgl. in diesem Sammelband Šafařík, Petr: Die Rolle der Frankfurter Schule bei der Entwicklung der Sozialwissenschaften und der intellektuellen Landschaft der BRD in den Jahren 1948–1968; und vor allem: Albrecht, Clemens – Behrmann, Günter C. – Bock, Michael: Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik. Eine Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule, Frankfurt am Main 1999. Weiter vgl.: Jay, Martin, *Dialektische Phantasie. Die Geschichte der Frankfurter Schule und des Instituts für Sozialforschung 1923–1950*, Frankfurt am Main 1976; Wiggershaus, Rolf: *Die Frankfurter Schule. Geschichte, Theoretische Entwicklung, Politische Beratung*, Frankfurt am Main 1991; Wiggershaus, Rolf: *Die Frankfurter Schule. Geschichte, Theoretische Entwicklung, Politische Bedeutung*, München 1997.

<sup>35</sup> Zu Ernst Fraenkel, der nach 1951 in die BRD zurückkehrte, und zu Eric Voegelin, seit 1958 Professor in München vgl.: Buchstein, Hubertus (Hrsg.): *Vom Sozialismus zum Pluralismus. Beiträge zu Werk und Leben Ernst Fraenkels*, Baden-Baden 2000; Söllner, Alfons: Ernst Fraenkel und die Verwestlichung der politischen Kultur in der Bundesrepublik Deutschland, *Leviathan. Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaft* 30 (2002), S. 132–154; Barry Cooper, Eric Voegelin and the Foundations of Modern Political Science, *Columbia* 1999; Sigwart, Hans-Jörg: *Das Politische und die Wissenschaft. Intellektuell-biographische Studien zum Frühwerk von Eric Voegelin*, Würzburg 2005.

<sup>36</sup> Zur FU Berlin vgl.: Tent, James F.: *Freie Universität Berlin 1948–1988. Eine deutsche Hochschule im Zeitgeschehen*, Berlin 1988.

hältnisse einen einmaligen Versuch dar, auch den Nichtordinarien und Studenten ein gewisses Mitbestimmungsrecht zu gewähren.

Zusammenfassend erscheint jedoch die Bilanz der westlichen Besatzungspolitik im Hochschulwesen Ende der 40er Jahren in vielerlei Hinsicht als wenig erfolgreich. Die diskutierten Reformvorschläge wurden nur begrenzt in den Universitäten rezipiert, von ihrer Verwirklichung ganz zu schweigen. Stattdessen setzte sich an den Universitäten ein Trend zur Wiederbelebung der vermeintlich altbewährten Traditionen durch, der im personellen Bereich oftmals durch die Rückkehr der gleich nach 1945 wegen ihrer NS-Vergangenheit entlassenen Hochschullehrer begleitet wurde.

Eine Erklärung für diese Entwicklung findet sich erstens in dem Fehlen einer einheitlichen Hochschulreformkonzeption und in der unzureichenden personellen Ausstattung der zuständigen Besatzungsbehörden. Zweitens änderte sich die Prioritätenskala der Westalliierten im Hochschulbereich in Abhängigkeit von der sich dynamisch entwickelten Situation in Nachkriegsdeutschland. Gehörte zu den wichtigsten Prioritäten in den ersten Monaten nach der totalen Niederlage die Wiedereröffnung der Universitäten, wurden die Überlegungen einer konzeptionellen Bildungspolitik in den nächsten Jahren durch die Dringlichkeit der Westintegration des neuen westdeutschen Staates in den Hintergrund gedrängt. Drittens spielte auch der Widerspruch der neuen Länderrepräsentationen und der Universitäten selbst eine nicht unbedeutende Rolle, die von der Hochwertigkeit des traditionellen deutschen Universitäts- und Wissenschaftssystems überzeugt waren.<sup>37</sup>

## Die 50er Jahre

Die neuere Forschung zur Sozial- und Kulturgeschichte der ersten Jahre der Bundesrepublik relativiert eine zu simplifizierende Darstellung der 50er Jahre als eine Epoche des „motorisierten Biedermeiers“. Vor allem die zweite Hälfte der 50er Jahre erscheint eher als eine „Inkubationsepo-

---

<sup>37</sup> An einem konkreten Beispiel beschreibt Stefan Zauner anschaulich die Handlungsspielräume der deutschen Universitätslehrer gegenüber der Besatzungsmacht, Zauner, Stefan: Universität Tübingen und Leibniz-Kolleg in der französischen Besatzungszeit. Aspekte des akademischen Neubeginns im Nachkriegsdeutschland, Historisches Jahrbuch 119 (1999), S. 209–231.



che“ der Reformstrebungen des folgenden Jahrzehnts.<sup>38</sup> Wie am deutlichsten Ulrich Herbert zeigt, muss man die Bedeutung dieser „Übergangsepoche“ in der modernen deutschen Geschichte vor allem in der Stabilisierung einer nach dem totalen Zusammenbruch desintegrierten Gesellschaft sehen. Diese Stabilisierung wurde durch das kräftige wirtschaftliche Wachstum, die Adenauersche Sozialpolitik wie auch durch die feste Eingliederung des jungen westdeutschen Staates in die westlichen politischen und militärischen Strukturen ermöglicht.<sup>39</sup>

Ob man überhaupt und wenn, in welchem Ausmaß zu einer solchen Feststellung auch für den Universitätsbereich der 50er Jahre gelangen kann, ist jedoch fragwürdig.

Die Hochschullandschaft überlebte die Jahre des wirtschaftlichen Wiederaufbaus und der einsetzenden gesellschaftlichen Modernisierung ohne irgendwelche Strukturreformen. Gerade in diesem aufgestauten Reformdruck kann man eine der Ursachen der Radikalität und Dynamik der späteren „68er-Bewegung“ sehen.<sup>40</sup>

Auf der anderen Seite findet man auch im Hochschulbereich einige Tendenzen, die zwar erst in den 60er Jahren voll hervorgetreten sind, die jedoch schon in der zweiten Hälfte der 50er Jahre einsetzten.

Die Hochschullandschaft wurde auch in den 50er Jahre durch die historisch gewachsene Universitäts- und Hochschulstruktur geprägt. In der

---

<sup>38</sup> Vgl.: Schildt, Axel: *Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre*, Bonn 1993. Zur Kulturöffnung und Modernisierung in den ersten Jahren der Bundesrepublik gibt es schon eine umfangreiche Literatur, vgl. z.B.: Hochgeschwender, Michael: *Freiheit in der Offensive? Der Kongreß für kulturelle Freiheit und die Deutschen*, München 1998; Sauer, Thomas: *Westorientierung im deutschen Protestantismus? Vorstellungen und Tätigkeit des Kronberger Kreises*, München 1998; Kruij, Gudrun: *Das „Welt“-„Bild“ des Axel Springer Verlages. Journalismus zwischen westlichen Werten und deutschen Denktraditionen*, München 1998; Schildt, Axel: *Zwischen Abendland und Amerika. Studien zur Ideenlandschaft der 50er Jahre*, München 1998; Chun, Jin-Sung: *Das Bild der Moderne in der Nachkriegszeit. Die westdeutsche Strukturgeschichte im Spannungsfeld von Modernitätskritik und wissenschaftlicher Innovation 1948–1962*, München 2000; Schildt, Axel: *Moderne Zeiten. Freizeit, Massenmedien und „Zeitgeist“ in der Bundesrepublik der 50er Jahre*, Hamburg 1995; Ders.: *Ankunft im Westen. Ein Essay zur Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik*, Frankfurt am Main 1999.

<sup>39</sup> Herbert, Ulrich: *Liberalisierung als Lernprozeß. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte – eine Skizze*. In: Ders. (Hrsg.): *Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945–1980*, Göttingen 2002, S. 7–52.

<sup>40</sup> Zu neueren Studien zur Studentenbewegung der 60er Jahre vgl. die Forschungsberichte: Weinbauer, Klaus: *Zwischen Aufbruch und Revolte: Die 68er-Bewegungen und die Gesellschaft der Bundesrepublik der sechziger Jahre*, Neue Politische Literatur 46 (2001), S. 412–432; Siegfried, Detlef: *Forschungsbericht 1968*, H-Soz-u-Kult 12. 2. 2002, Zugang vom 20. 12. 2006.

Besatzungszeit wurden nur drei neue Universitäten gegründet, in den 50er Jahren keine – bis auf die Ausnahme der verspäteten Wiedereröffnung der Gießener Universität 1957.<sup>41</sup> Zugleich änderte sich jedoch der Kontext, in dem die westdeutschen Universitäten agierten, maßgeblich. Mit der Zerschlagung Preußens, dessen westliche Provinzen in die neu entstandenen Bundesländer eingegliedert worden waren, verschwand nach 1945 zugleich ein Land, das in der deutschen Bildungs- und Wissenschaftsgeschichte eine unbestreitbare Leitstellung innegehabt hatte. Daraus resultierte der immer stärkere Trend zur länderübergreifenden Koordination in Sachen Universitäts- und Bildungspolitik. Nach der Wiedergründung der traditionellen Rektorenkonferenz in der Form der Westdeutschen Rektorenkonferenz,<sup>42</sup> wurde im Jahre 1948 die Kulturministerkonferenz (Ständige Konferenz der Kulturminister der Länder in der Bundesrepublik – KMK) mit einem eigenen Hochschulausschuss gegründet.<sup>43</sup>

Im Laufe der 50er Jahre ist es auch zu einer Steigerungen der Studentenzahlen gekommen. Während im Jahre 1952 an den Universitäten, Technischen Hochschulen, Pädagogischen Akademien und sonstigen wissenschaftlichen Hochschulen insgesamt 127 120 Studenten und Studentinnen eingeschrieben waren (davon an den Universitäten ungefähr zwei Drittel), wuchs diese Zahl bis zum Ende der 50er Jahre um fast 100 000 an. Diese Steigerung wurde auch durch den Zuwachs der Studentinnen mitverursacht: Im Jahre 1952 studierten an den westdeutschen Hochschulen nur noch 24 942 Frauen, was einem Anteil von 19,6 % aller Studierenden entsprach. Acht Jahre später stieg jedoch ihre Zahl um mehr als das Doppelte: 1960 studierten schon 61 429 Frauen und ihr Anteil wuchs bis auf 27,9 % an.<sup>44</sup>

Der Zuwachs der Studierenden im Laufe der 50er Jahre vergrößerte auch die Studentenquote: bildeten noch Anfang der 50er Jahren die 22jährige Hochschuljüngerschaft nur 3,4 % ihres Geburtenjahrgangs, fand man 1960 in der gleichen Altersgruppe schon 4,6 % der Hochschuljüngerschaft.<sup>45</sup>

---

<sup>41</sup> Nach 1945 wurde die Gießener Universität in eine landwirtschaftliche Hochschule umgewandelt. 1957 wurde ihr der Universitätsstatus zurückgegeben.

<sup>42</sup> Zur WRK vgl.: Leussink, Hans: Zur Vorgeschichte und Geschichte der Westdeutschen Rektorenkonferenz, *Studium generale* 16 (1963), S. 209–220.

<sup>43</sup> Zur KMK vgl. den enzyklopädische Überblick. In: Führ 1996, S. 34–39.

<sup>44</sup> Eigene Berechnungen nach der Tabelle 49 „Hochschüler im Deutschen Reich und in der Bundesrepublik, 1911–1973“ in: Lundgreen, Peter: *Sozialgeschichte der deutschen Schule im Überblick*, Teil II: 1918–1980, Göttingen 1981, S. 146.

<sup>45</sup> Laut den Angaben in der Tabelle 52 „Relativer Hochschulbesuch der Studenten im Deutschen Reich und in der Bundesrepublik, 1911–1975“. In: Lundgreen 1981, S. 150.

Auf der anderen Seite scheint es, daß es in den 50er Jahren zu keiner bedeutenden Veränderung in der Sozialstruktur der Studierenden gekommen war. Auch weiter blieb die untere Mittelschicht, zu der mehr als die Hälfte der Studenten gehörte, dominant, gefolgt von der oberen Mittelschicht (38–39 % der Studierenden). Kinder aus Arbeiterfamilien (5 %) sind auch in den 50er Jahren tief unterrepräsentiert geblieben. Teilweise hat sich nur der Proporz zwischen den Studierenden aus den Familien der mittleren Beamten und aus den Familien der Angestellten zugunsten der letzten Sozialgruppe verschoben.<sup>46</sup>

In jedem Fall zeigen diese Zahlen, daß das Wachstum der Studentenzahlen in den 50er Jahren noch nicht eine Öffnung der Hochschulen für breitere soziale Schichten bedeutete. Das wachsende Studieninteresse geht vor allem auf das Konto der Studierenden aus den Familien, die traditionell ihre Kinder an die Hochschulen schickten. Bedeutend war jedoch die Steigerung des Frauenanteiles unter den Studierenden, ein Trend, der in den folgenden Jahrzehnten weiter zunehmen würde.

Als drittes Merkmal der Entwicklung des Hochschulwesens in den 50er Jahren in der Bundesrepublik ist hier das wachsende Interesse für eine einheitliche Koordinierung der Hochschul- und Wissenschaftspolitik zu nennen, die 1957 in der Gründung des Wissenschaftsrates gipfelte.<sup>47</sup> Seine Gründung resultierte nach Bartz aus mehreren Ursachen. Einerseits wurden nach den Pariser Verträgen 1955 einige strategische Forschungsfächer, wie zum Beispiel die Weltraumforschung oder die Atomforschung, ausgeweitet, zugleich wurde durch den Sputnik-Schock die politische Bedeutung der technischen Fächer deutlich. Diese Ereignisse, zusammen mit der sich gut entwickelnden Haushaltssituation des Bundes, verstärkten in der zweiten Hälfte der 50er Jahre die Bemühungen um eine zentrale Koordinierung der Wissenschaftspolitik.<sup>48</sup>

Der Wissenschaftsrat, in dem die von der Bundesregierung und von den Länderregierungen ernannten Politiker und die Vertreter der Wissenschaft zusammentrafen, sollte diesem neuen Interesse des Staates Rechnung tragen. Zu seiner Hauptaufgabe gehörte die Vorbereitung der Pla-

<sup>46</sup> Siehe: Tabelle 53 „Soziale Herkunft der Studenten und Studentinnen im Deutschen Reich und in der Bundesrepublik, 1911–1969“. In: Lundgreen 1981, S. 153.

<sup>47</sup> Zur Wissenschaftsrat vgl. jetzt die quellengestützte Dissertation: Bartz, Olaf: Wissenschaftsrat und Hochschulplanung. Leitbildwandel und Planungsprozesse in der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1957 und 1975, Köln 2006, S. 245 (on-line abrufbar unter: <http://deposit.d-nb.de/cgi-bin/dokserv?idn=981776116>. Zugang vom 15. 2. 2007).

<sup>48</sup> Bartz 2006, S. 41–54.

nungen für den Hochschulbereich. Die erste Empfehlung des Wissenschaftsrates vom 1960, die „Empfehlungen zum Ausbau wissenschaftlicher Einrichtungen“, auch „Blaue Bibel“ genannt, enthielten die später meistens auch realisierten detaillierten Vorschläge für einen massiven quantitativen Ausbau der bestehenden Hochschulen, und zwar vorwiegend in Form neuer Lehrstühle und der Steigerung der Zahl des wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Hochschulpersonals.<sup>49</sup>

Den Empfehlungen folgte zwei Jahre später eine andere Denkschrift, die „Anregungen des Wissenschaftsrates zur Gestalt neuer Hochschulen“,<sup>50</sup> die den Plänen der Länder für die Gründung neuer Hochschulen eine einheitliche Grundlage geben sollten. Die Denkschrift befasst sich detailliert mit der Ausgestaltung der neuen Studienpläne, wobei besonderes Augenmerk auf die Eingliederung der ingenieurwissenschaftlichen Fächer in neue Universitäten gewidmet wurde. Der Vorschlag des Wissenschaftsrates, die neuen Hochschulen sollten durch ihre Personalpolitik von vornherein ausgewählte Fächergruppen und Forschungsrichtungen akzentuieren und auf diese Weise zur Lehr- und Forschungsprofilierung der neuen Hochschulen beizutragen, nahm bewusst von dem Prinzip der Vollständigkeit, „die heute ohnedies an keiner Universität mehr zu verwirklichen ist“,<sup>51</sup> Abschied.

Im Allgemeinen erscheinen jedoch die Anregungen des Wissenschaftsrates von 1962 als ein Versuch, die traditionellen Hauptmerkmale der deutschen Universität, die durch die Verbindung von Forschung und Lehre, ihrer Freiheit und der Lernfreiheit der Studenten umrissen wurden, als anpassungsfähig an die neue Erfordernisse darzustellen. Dagegen wurden vom Wissenschaftsrat einige tief greifende Reformideen, da sie den traditionellen Grundsatz von der „Einheit von Forschung und Lehre“ bedrohen konnten, abgewiesen. Dies gilt vor allem für die Idee einer Zweiteilung des Hochschulstudiums, die mindestens die zweite, „wissenschaftliche“, Stufe vom „Massenandrang“ der Studenten entlasten sollte, oder in die gleiche Richtung zielende Vorschläge zur Gründung neuerer kleiner Eliteeinrichtungen nach dem Beispiel der französischen Grandes Ecoles. Die „Anregungen“ schlugen dagegen vor, den durch die rasch ansteigende Anzahl der Studenten verursachten Problemen „durch die Einrichtung von zusätz-

---

<sup>49</sup> Ebd., S. 91–93.

<sup>50</sup> Anregungen des Wissenschaftsrates zur Gestalt neuer Hochschulen. Verabschiedet von der Vollversammlung des Wissenschaftsrates am 10. Februar und 26. Mai 1962, in: Neuhaus, Rolf (Hrsg.): Dokumente zur Gründung neuer Hochschulen, Wiesbaden 1968, S. 1–75.

<sup>51</sup> Ebd., S. 12.

lichen Lehrstühlen, durch die Verstärkung des personellen Mittelbaues und durch die Gründung neuer Hochschulen zu begegnen“<sup>52</sup> und die hochspezialisierten Forschungsinstitute in die Hochschulen zu integrieren oder sie mindestens „in einen engen Kontakt mit den Hochschulen zu bringen.“<sup>53</sup> Letztlich sprach sich der Wissenschaftsrat auch gegen die Lockerung der Gefüge der traditionellen Fakultäten und gegen die Gründung neuer spezialisierten Fachhochschulen aus, da „enges Spezialistentum nicht dem Ideal deutscher Universitätsbildung entspricht.“ Stattdessen sollten die schon bestehenden Fachhochschulen und die Medizinischen Akademien „in enge Verbindung mit einer anderen Hochschule“ gebracht werden.<sup>54</sup>

Die spätere Entwicklung folgte in einigen Fällen den Grundideen der Anregungen von 1962, wie zum Beispiel im Falle der meistens sehr unterschiedlichen Fächern integrierenden „Gesamthochschulen“. Zugleich sprengten jedoch andere Neuerungen, wie die Zweiteilung des Studiums im „Kasseler Modell“ zeigte, den vom Wissenschaftsrat vorgezeichneten Rahmen.

## Die Entwicklung in den 60er Jahren

Mit der Darstellung der Anregungen des Wissenschaftsrates von 1962 wurde schon der Übergang zu den 60er Jahren überschritten, die, wie schon mehrmals angedeutet, erst einen wesentlichen Durchbruch zu einem reformierten, modernisierten Hochschulwesen gebracht haben. Drei Merkmale erscheinen für diese Zeit als charakteristisch.

Das erste Merkmal ist die veränderte Atmosphäre in der Gesellschaft wie auch an den Universitäten. Es war vor allem die kritische Auseinandersetzung mit der NS-Herrschaft, die einen wichtigen Aspekt des Modernisierungs- und Erneuerungsprozesses in der bundesdeutschen Hochschul- und Wissenschaftslandschaft darstellte. Auf die Initiative des Tübinger AStA geht die Realisierung einer viel besuchten und medienwirksamen Ringvorlesung zur Tübinger Universitätsgeschichte im Nationalsozialismus im Jahre 1965 zurück, welcher ähnliche Vorlesungsreihen an der FU Berlin, in Marburg, Münster, Bonn, Heidelberg und München

---

<sup>52</sup> Ebd., S. 8.

<sup>53</sup> Ebd. S. 9.

<sup>54</sup> Ebd.

folgten.<sup>55</sup> Im Jahre 1966 widmete sich auch der Deutsche Germanistentag in München der eigenen Geschichte. Zweifellos auch im Zusammenhang mit der Darstellung und Erforschung der eigenen Fachgeschichte sind die literaturwissenschaftlichen Versuche einer methodologischen Erneuerung und innovativeren Forschungsausrichtung Ende der 60er Jahre zu sehen.<sup>56</sup>

Auch im Zusammenhang mit diesen „mental“ Veränderungen der 60er Jahren wurde ein neues Bildungsverständnis entwickelt.

Initialzündung für eine breite gesellschaftliche Diskussion über die Rolle der Bildung in der modernen Gesellschaft stellte die Artikelserie des Heidelberger Religionsphilosophen und Bildungsexperten Georg Picht dar, die 1964 in dem Buch „Die deutsche Bildungskatastrophe“ gesammelt wurden.<sup>57</sup> Picht attestierte dem deutschen Bildungswesen eine im internationalen Vergleich weitgehende Rückständigkeit, die nach seiner Hauptthese die Barriere des wirtschaftlichen Wachstum und der Modernisierung darstellte. Ein Jahr später beschied der Soziologe und spätere bedeutende Politiker der FDP Ralf Dahrendorf der Bildung eine wichtige Rolle bei der Realisierung der sozialen Chancengleichheit und deklarierte die Bildung zu einem der Bürgerrechte.<sup>58</sup>

Was den beiden Reformvorschlägen gemeinsam war, war der Ruf nach einer umfassenderen Hochschulplanung und Expansion, deren Bedarf je-

---

<sup>55</sup> Vgl.: Lammers, Karl Christian: Die Auseinandersetzung mit der „braunen“ Universität. Ringvorlesungen zur NS-Vergangenheit an westdeutschen Hochschulen. In: Schildt, Axel – Siegfried, Detlef – Lammer, Karl Christian (Hrsg.): Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2000, S. 148–165. Einige Ringvorlesungen liegen auch gedruckt vor: Flitner, Andreas (Hrsg.): Deutsches Geistesleben und Nationalsozialismus. Eine Vortragsreihe der Universität Tübingen, Tübingen 1965; Kuhn, Helmut – Pascher, Joseph – Maier, Hans (Hrsg.): Die deutsche Universität im Dritten Reich. Eine Vortragsreihe der Universität München, München 1966. Zur Rolle der Vergangeheitsbewältigung im Rahmen der westddeutschen Studentenbewegung der 60er Jahre vgl.: Rusinek, Bernd A.: Von der Entdeckung der NS-Vergangenheit zum generellen Faschismusverdacht – akademische Diskurse in der Bundesrepublik der 60er Jahre. In: Schildt – Siegfried – Lammer 2000, S. 114–147; Thamer, Hans-Ulrich: Die NS-Vergangenheit im politischen Diskurs der 68er Bewegung, Westfälische Forschungen 48 (1999), S. 39–53.

<sup>56</sup> Zur Diskussion, die dem Münchener Germanistentag folgte vgl.: Germanistik – eine deutsche Wissenschaft. Beiträge von Eberhard Lämmert u.a., Frankfurt am Main 1967. Zur „Kontinuitätsthese“ vgl. vor allem: Voßkamp, Wilhelm: Kontinuität und Diskontinuität. Zur deutschen Literaturwissenschaft im Dritten Reich. In: Lundgreen, Peter (Hrsg.): Wissenschaft im Dritten Reich, Frankfurt am Main 1985, S. 140–162.

<sup>57</sup> Picht, Georg: Die deutsche Bildungskatastrophe. Analyse und Dokumentation, Freiburg 1964.

<sup>58</sup> Dahrendorf, Ralf: Bildung ist Bürgerrecht. Plädoyer für eine alternative Bildungspolitik, Hamburg 1965.

doch nicht mehr durch die Lehr- und Wissenschaftserfordernisse, sondern durch externe Faktoren wie die Bedeutung der Bildung für die moderne Wirtschaft oder für die Schaffung einer demokratischen Gesellschaft, wie die liberal-demokratische Argumentation von Dahrendorf nahe legt.

Ein zweites Merkmal der Universitätsgeschichte seit der Mitte der 60er Jahre stellte der massive Neuausbau des Hochschulwesens dar. Es wurden nicht nur die bestehenden Hochschulen ausgebaut, es wurden darüber hinaus auch ganz neue Hochschulen gegründet und auf diese Weise die tradierte Hochschulstruktur kräftig verändert.

Die Universitätslandschaft hat sich in Westdeutschland bis 1960 im Vergleich mit den Universitätsorten im 19. Jahrhundert nur wenig verändert – bis auf die in den Jahren 1914–1919 gegründeten Universitäten in Frankfurt am Main, Hamburg und Köln und auf die nach 1945 entstandene Universitäten in Mainz, Saarbrücken, die FU Berlin und die 1957 wiedererrichtete Justus-Liebig-Universität Gießen, konnten die Universitäten auf ihre mindestens bis zum 19. Jahrhundert reichenden Traditionen zurückblicken. Danach hat sich die Universitätsstandortkarte jedoch tief greifend verändert. Allein zwischen den Jahren 1965 und 1975 sind 24 neue Universitäten und Gesamthochschulen entstanden.

Die Gründungsinitiative ist vor allem von den Ländern ausgegangen. Sie verfolgten mit den Hochschulneugründungen vor allem das Ziel einer Stärkung der bisher strukturschwachen Regionen. Zugleich sollten die Neugründungen in den neuen Ballungszentren der nach 1945 veränderten Wirtschaftsstruktur in den Länder Rechnung tragen.

Am aktivsten beteiligten sich an den Neugründungen vor allem Nordrhein-Westfalen mit zehn und Bayern mit sieben neuen Hochschulen.<sup>59</sup> Die Hochschulen wurden entweder auf der grünen Wiese gegründet, wie es der Fall der Konstanzer, Bremer, Bochumer oder Bielefelder Universität war, oder es wurden schon bestehende Medizinische oder Pädagogische

<sup>59</sup> In NRW sind die Universitäten in Bochum (1965), Düsseldorf (1965), Bielefeld (1969), Dortmund (1969) und Essen (1972) entstanden. 1972 wurden auch 4 Gesamthochschulen gegründet, und zwar in Duisburg, Paderborn, Siegen und Wuppertal. Zwei Jahre später entstand in Hagen die Fernuniversität. In Bayern wurden zu Universitätsstädten Regensburg (1967), Augsburg (1970), Bayreuth (1975) und am Ende der 70er Jahre auch Passau (1978). Daneben wurden 1972 in Eichstätt und Bamberg zwei Gesamthochschulen gegründet, im Jahre 1973 entstand in München die Universität der Bundeswehr. Die Lage des bisher hochschulpolitisch vernachlässigten Süddeutschland wurde in den 60er Jahren auch durch die Neugründungen in Baden-Württemberg wesentlich verbessert: in den Jahren 1966–1967 wurden vier neue Universitäten gegründet (Konstanz, Stuttgart-Hohenheim, Mannheim und Ulm).

Akademien ausgebaut, wie im Falle der nordrheinwestfälischen Universitäten in Düsseldorf und Dortmund. Zur Grundlage einer Hochschulneugründung konnte auch die Zusammenlegung der verschiedenen Fachschullehrgänge und Ingenieurschulen werden, was vor allem für die so genannten Gesamthochschulen galt.

Die neuen Universitäten sollten zugleich neuen Geist und Reformversuche verkörpern. Nicht wenige dieser Universitäten sind am Stadtrande als „Campus-Universitäten“ entstanden, zugleich wurden auch neue Universitätsformen ausprobiert, die, wie im Falle der „Gruppenuniversitäten“, die Demokratisierung der internen Entscheidungsprozesse, die das althergebrachte Ordinarienprinzip ersetzte, verkörpern sollten. Ähnlich sollte das so genannte Honnefer-Modell der neu gefragten sozialen Öffnung der Hochschulbildung Rechnung tragen.

Einen neuen Hochschultyp sollten auch die so genannten Gesamthochschulen darstellen, die die Universitätsfächer mit den praxisorientierten Fachschullehrgängen vereinigten. Die Gesamthochschulen sollten darüber hinaus durch die Aufteilung des Studiums in Studienstufen die Bildungsbarrieren beseitigen. Diese Idee wurde am erfolgreichsten in Kassel („Kasseler Modell“) verwirklicht, wo die erste Studienstufe, die mit dem Diplom I abgeschlossen wurde, de facto das Abitur ersetzen und die Studenten für das Universitätsstudium, bzw. für die zweite Studienstufe (Diplom II) vorbereiten sollte. Durch die Zweiteilung des Hochschulstudiums wurde zugleich der bisherige Grundsatz des Hochschulstudiums als eines von Anfang an wissenschaftlichen Studiums durchbrochen.

Neben dem quantitativen Ausbau und den neuen Organisationsformen des Hochschulwesens wurde in den 60er Jahren das Bildungsangebot auch durch die Gleichstellung der anderen Typen der tertiären Bildung mit den Universitäten, Technischen Hochschulen und anderen wissenschaftlichen Hochschulen erweitert. Der Hochschulstatus wurde den Pädagogischen Akademien, die die Ausbildung der Volksschullehrer besorgt hatten, zuerkannt; andere Akademien wurden in die Universitäten oder Gesamthochschulen integriert. 1968 wurden aufgrund eines Abkommens der Ministerpräsidenten die bisherigen Ingenieurschulen und andere praktisch bezogene höhere Fachschulen in neue Fachhochschulen zusammengeschlossen und damit eine weitere Hochschulform geschaffen, die die wachsende Nachfrage nach Hochschulbildung befriedigen sollte.<sup>60</sup>

---

<sup>60</sup> Zu den Fachhochschulen vgl.: Führ 1996, S. 435–436.



Die Hochschulexpansion in den Jahren 1965–1975 spiegelte sich auch in einem massiven Zuwachs der Studierenden, deren Zahl sich in den 15 Jahren zwischen 1960 und 1975 verdreifacht hatte, wieder: gab es 1960 an den Universitäten, Technischen Hochschulen, Pädagogischen Hochschulen und anderen wissenschaftlichen Hochschulen 220 003 Studierenden, studierten 1975 in der BRD schon 655 469 Männer und Frauen. Gerade die Frauen profitierten am meisten von der Hochschulexpansion. Ihre Anzahl wuchs von 61 429 (1960) auf 236 355 (1975) an. Damit stellten die Frauen in der Hälfte der 70er Jahre 36 % aller Studierenden.<sup>61</sup>

Auch die Studentenquote konnte in den Jahren 1960–1975 bedeutend vergrößert werden. Wie schon erwähnt, studierten am Anfang der 60er Jahre an den Hochschulen 4,6 % eines Geburtenjahrganges. Nach 15 Jahren konnte dieser Anteil der Hochschulstudenten unter den 22jährigen verdoppelt werden (1975: 10,5 %).<sup>62</sup>

Teilweise zu Gunsten der bisher unterrepräsentierten sozialen Schichten änderte sich auch die soziale Zusammensetzung der Studenten. Der Anteil der Arbeiterkinder wurde Ende der 60er Jahre im Vergleich zum Anfang des Jahrzehnts verdoppelt. Mit den 10 % der Studienanfänger aus Arbeiterfamilien im Jahre 1969 blieb jedoch auch in der Zeit der Hochschulexpansion diese soziale Schicht der Hochschulbildung relativ fern.<sup>63</sup>

Das dritte Merkmal der Entwicklung des Hochschulwesens in den 60er Jahren stellte der verstärkte Einfluss des Bundes in der Hochschul- und Wissenschaftspolitik dar. Die hochschulpolitischen Fragen wurden vor allem von der großen Koalition aufgegriffen. Durch die Reformen des deutschen Föderalismus und die Verabschiedung des Hochschulbauförderungsgesetz 1969 beteiligte sich zum ersten Mal auch der Bund am Hochschulausbau. Im Herbst 1969 wurde von der sozial-liberalen Koalition das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft gegründet. In den folgenden Jahren wurden weitere gesetzliche Normen verabschiedet, die die bundesweite Rahmenregelung einzelner Aspekte des Bildungswesen darstellten, wie zum Beispiel das Berufsbildungsgesetz (1969), das Fernunterrichtsschutzgesetz (1976) und vor allem das 1976 verabschiedete

---

<sup>61</sup> Eigene Berechnungen nach Tabelle 49 „Hochschüler im Deutschen Reich und in der Bundesrepublik, 1911–1973“. In: Lundgreen 1981, S. 146.

<sup>62</sup> Laut den Angaben in Tabelle 52 „Relativer Hochschulbesuch der Studenten im Deutschen Reich und in der Bundesrepublik, 1911–1975“. In: Lundgreen 1981, S. 150.

<sup>63</sup> Die Angaben nach Tabelle 53 „Soziale Herkunft der Studenten und Studentinnen im deutschen Reich und in der Bundesrepublik, 1911–1969“. In: Lundgreen 1981, S. 153.

Hochschulrahmengesetz, das nach mehreren Novellierungen bis heute den Grundstock des deutschen Hochschulwesens darstellt.<sup>64</sup>

## Zusammenfassung

Die „verspätete Modernisierung“ der westdeutschen Universitäten nach 1945 fand ihren Ursprung in mehreren Gründen. Das Fehlen einer einheitlichen Konzeption der Universitätsreform seitens der Westalliierten, wie auch die unzureichende personelle Ausstattung der zuständigen Besatzungsbehörden und der Druck auf die Wiedereröffnung der Universitäten nach 1945 schufen einen genügenden Raum für die Universitätsautonomie, die von den deutschen Hochschullehrer und von den neuen politischen Länderrepräsentation zur Rückkehr zu traditionellen Werten und der Universitätsstruktur ausgenutzt wurde. Nach der allmählichen Übergabe der politischen Kompetenzen in deutsche Hände und im Zusammenhang mit der veränderten internationalen Situation Ende der 40er Jahre gab es auch wenig Interesse, die diskutierten Reformkonzepte umzusetzen.

Diese Entwicklung wurde in den 50er Jahren noch weiter verstärkt, nicht zuletzt auch in Folge der Rückkehr der gleich nach 1945 wegen ihrer NS-Vergangenheit entlassenen Hochschullehrer. Zugleich sind jedoch die 50er Jahre, oder zumindest ihre zweite Hälfte, als eine „Übergangsepoche“ anzusehen. Im Hochschulbereich hatten langsam einige Trends eingesetzt, die nach 1960 voll ausgeprägt wurden. Der Zuwachs der Studierenden oder das wachsende Interesse des Bundes für eine koordinierte Hochschul- und Wissenschaftspolitik stellten letztlich das tradierte Bildungsideal wie auch das kulturstaatliche Modell in Frage. Jedoch erst in den 60er Jahren wurde die westdeutsche Hochschullandschaft auf vielfältige Weise tiefgreifend verändert.

Diesen Veränderungen ist vor allem ein Aspekt gemein. Die neuen Aufgaben, die der Hochschul- und Universitätsbildung beschieden wurden, schwächten weiter den traditionellen Bildungsbegriff. Der massive Ausbau und vor allem die zahlreichen Hochschulneugründungen, die Versuche, neue Hochschulmodelle zu etablieren und einen raschen Anstieg der Studentenzahlen, mitsamt der Veränderungen in der sozialen und geschlechterspezifischen Zusammensetzung der Studentenschaft, erlauben, die Re-

---

<sup>64</sup> Zu den einzelnen Gesetzen vgl. vor allem die Überblicke in: Führ 1996.

formen der 60er Jahre als einen epochenhaften Umbruch in der (west)deutschen Universitätsgeschichte zu greifen.<sup>65</sup>

In Folge der grundlegenden sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Veränderungen in den westeuropäischen Gesellschaften in der zweiten Hälfte des 20sten Jahrhunderts wurde die Bildung zum hervorragenden politischen Thema. Die jüngsten Versuche einer Modernisierung der deutschen Hochschulen und der Forschung oder die Durchsetzung des „Eliteuniversitätsmodells“ sind als die bisher letzten Ergebnisse dieser langen Bildungsdiskussion zu sehen. Mit immer größerem Nachdruck wird dabei das zukunftsweisende und erfolgreiche Vorbild im amerikanischen Hochschul- und Forschungsmodell erblickt.<sup>66</sup>

## Literaturverzeichnis

Ash, Mitchell G.: Verordnete Umbrüche – Konstituierte Kontinuitäten: Zur Entnazifizierung von Wissenschaftlern und Wissenschaften nach 1945, *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 43 (1995), S. 903–923.

Bartz, Olaf: *Wissenschaftsrat und Hochschulplanung. Leitbildwandel und Planungsprozesse in der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1957 und 1975*, Köln 2006, S. 245 (on-line abrufbar unter: <http://deposit.d-nb.de/cgi-bin/dokserv?idn=981776116>. Stand zum 15. 02. 2007).

Bruch, Rüdiger vom: *Langsamer Abschied von Humboldt? Etappen deutscher Universitätsgeschichte 1810–1945*. In: Ash, Mitchell G. (Hrsg.): *Mythos Humboldt. Vergangenheit und Zukunft der deutschen Universitäten*, Wien – Köln – Weimar 1999, S. 29–57.

Bruch, Rüdiger vom – Kaders, Brigitte (Hrsg.): *Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Bestandaufnahme zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts*, Stuttgart 2002.

Clemens, Gabriele (Hrsg.): *Kulturpolitik im besetzten Deutschland 1945–1949*, Stuttgart 1994.

---

<sup>65</sup> Zusammenfassend vgl.: Bruch, Rüdiger vom: *Langsamer Abschied von Humboldt? Etappen deutscher Universitätsgeschichte 1810–1945*. In: Ash, Mitchell G. (Hrsg.): *Mythos Humboldt. Vergangenheit und Zukunft der deutschen Universitäten*, Wien – Köln – Weimar 1999, S. 29–57. Vom Bruch weist jedoch nachdrücklich darauf hin, daß die Entwicklung der 60er Jahre, trotz ihrer Bedeutung für die moderne deutsche Universitätsgeschichte, keinen plötzlichen Bruch darstellte; sie ist seiner Meinung nach eher im Zusammenhang mit einer schon seit Ende des 19. Jahrhunderts zu beobachteten Erodierung des Humboldt-Ideal zu sehen.

<sup>66</sup> Die amerikanischen Einflüsse auf die deutschen Universitäten nach 1945 fasst Stefan Paulus anschaulich zusammen, siehe: Ders.: *The Americanisation of Europe after 1945? The Case of the German Universities*, *European Review of History* 9 (2002), S. 241–253.

- Dahrendorf, Ralf: Bildung ist Bürgerrecht. Plädoyer für eine alternative Bildungspolitik, Hamburg 1965.
- Defrance, Corine: Les Alliés occidentaux et les universités allemandes 1945–1949, Paris 2000.
- Führ, Christoph – Furck, Carl-Ludwig (Hrsg.): Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte, Bd. IV, 1945 bis zur Gegenwart, München 1998.
- Führ, Christoph: Deutsches Bildungswesen seit 1945, Bonn 1996.
- Heinemann, Manfred (Hrsg.): Hochschuloffiziere und Wiederaufbau des Hochschulwesens nach 1945 in Westdeutschland 1945–1952, Teil 1: Die Britische Zone, Teil 2: Die US-Zone, Teil 3: Die Französische Zone, Hildesheim 1990.
- Heinemann, Manfred (Hrsg.): Umerziehung und Wiederaufbau. Die Bildungspolitik der Besatzungsmächte in Deutschland und Österreich, Stuttgart 1981.
- Lundgreen, Peter: Sozialgeschichte der deutschen Schule im Überblick, Teil II: 1918–1980, Göttingen 1981.
- Marburger Hochschulgespräche 12. bis 15. Juni 1946. Referate und Diskussionen, Frankfurt am Main 1947.
- Neuhaus, Rolf (Bearb.): Dokumente zur Hochschulreform 1945–1959, Wiesbaden 1961.
- Neuhaus, Rolf (Hrsg.): Dokumente zur Gründung neuer Hochschulen, Wiesbaden 1968.
- Paulus, Stefan, The Americanisation of Europe after 1945? The Case of the German Universities, *European Review of History* 9 (2002), S. 241–253.
- Phillips, David (Hrsg.): German Universities after the Surrender: British Occupation Policy and the Control of Higher Education, Oxford 1983.
- Picht, Georg: Die deutsche Bildungskatastrophe. Analyse und Dokumentation, Freiburg 1964.
- Schildt, Axel: Im Kern gesund? Die deutschen Hochschulen nach 1945. In: König, Helmut – Kuhlmann, Wolfgang – Schwabe, Klaus (Hrsg.): Vertuschte Vergangenheit. Der Fall Schwerte und die NS-Vergangenheit der deutschen Hochschulen, München 1997.
- Szabó, Anikó: Vertreibung, Rückkehr, Wiedergutmachung. Göttinger Hochschullehrer im Schatten des Nationalsozialismus, Göttingen 2000.
- Tent, James F. (Hrsg.): Academic Proconsul: Harvard Sociologist Edward Y. Hartshorne and the Reopening of German Universities: His Personal Account, Trier 1998.
- Tent, James F.: Freie Universität Berlin 1948–1988. Eine deutsche Hochschule im Zeitgeschehen, Berlin 1988.
- Vollnhals, Clemens – Schlemmer, Thomas (Hrsg.): Entnazifizierung. Politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945–1949, München 1991.
- Zauner, Stefan: Erziehung und Kulturmission. Frankreichs Bildungspolitik in Deutschland 1945–1949, München 1994.

**DIE ROLLE DER FRANKFURTER SCHULE  
BEI DER ENTWICKLUNG  
DER SOZIALWISSENSCHAFTEN  
UND DER INTELLEKTUELLEN  
LANDSCHAFT DER BRD  
IN DEN JAHREN 1948–1968**

---

PETR ŠAFAŘÍK

**Abstract**

**The Role of the Frankfurt School in the Development of the Social Sciences  
and the Intellectual Environment in the FRD (1948–1968)**

The paper deals with the influence of the Frankfurt school upon the development of the social sciences as well as the general intellectual environment within FRD during the first two decades of its existence. The endeavour of the principal members of the Frankfurt School, especially Max Horkheimer and Theodor W. Adorno, to contribute to democratization of the country and modernization of German social sciences was inconsistent: after their return from the American exile they cultivated progressive, mostly empirical, sociological methods. However they advocated the fundamental criticism of the liberal-democratic system, both from ideological and cultural-critical motives. In this sense the impact of the post war Frankfurt School upon West German societies “coming to terms” with the Nazi past was of key importance.

**Keywords:** Germany, Frankfurt school, modernization, Nazi past, Theodor W. Adorno, Max Horkheimer

Diese Arbeit befasst sich mit der Rolle, die die Frankfurter Schule – eine Gruppe von undogmatischen marxistischen Philosophen und Soziologen rund um Max Horkheimer und T. W. Adorno und des von ihnen geführten Instituts für Sozialforschung (weiter auch das IfS) – während der zwei ersten Nachkriegsjahrzehnte in der BRD spielte.

Wir beschreiben zuerst die Lage des IfS vor 1945 im Bezug auf Veränderungen seiner Pläne der wissenschaftlichen und öffentlichen Arbeit. Hinsichtlich der Wirkung des IfS in Westdeutschland folgen wir der Frage, inwieweit proklamierte Zielsetzungen der Frankfurter erfüllt wurden, die sie selber vor amerikanischen Behörden als ihre Mission bezeichneten, um zur Aufklärung und Demokratisierung der deutschen Gesellschaft beizutragen.

Wir halten diese Absicht, die von der Frankfurter Schule sowohl im Rahmen der Sozialwissenschaften als auch im wissenschaftspolitischen und edukativen Bereich geplant und teilweise auch durchgeführt wurde, für eine eigenständige Art der Modernisierung. Die Realisierung dieser Bemühungen halten wir für ambivalent. Wir werden beweisen, dass die Ambivalenz nicht nur in den Begrenzungen durch marxistische Ideologemata der Frankfurter Intellektuellen lag, sondern auch in ihrem existenziellen und geschichtsphilosophischen Pessimismus.

Die Tatsache, dass die Mitarbeiter der Frankfurter Schule trotz der genannten Begrenzungen die intellektuelle Landschaft der BRD beeinflussten, erklären wir sowohl mit ihren Projekten vor allem im Bereich der empirischen Forschungen und epistemologischen Reflexionen der Sozialwissenschaften, als auch mit ihren wissenschaftspolitischen Aktivitäten und mit dem Ruf der Wissenschaftler, welche in den USA moderne Forschungsmethoden erlernten und die – in manchem paradox – in den Augen eines Teiles der gebildeten westdeutschen Öffentlichkeit zu Boten der Demokratie und Fortschritts wurden. Gründe des beträchtlichen Einflusses der ersten Generation der Frankfurter Schule vor allem auf politisch aktive Studenten und die kritische Öffentlichkeit sehen wir auch in ihrer publizistischen Tätigkeit und in geschickter Medienarbeit.

Sehr wichtig für die besondere gesellschaftliche Position der Frankfurter Schule in der BRD während der zwei ersten Nachkriegsjahrzehnte war die Tatsache, dass die Frankfurter als eine der Wenigen in Westdeutschland eine kritische Vergangenheitsbewältigung anboten, für die sie mit eigenen Schicksalen hafteten und zu der sie tiefgehende Analysen und Ideologiekritik lieferten.

Die Frankfurter Soziologen und Philosophen, hauptsächlich Max Horkheimer und Theodor W. Adorno, spielten dadurch für einen Teil der deutschen intellektuellen Elite die Rolle der geistigen Führer und Beinahe-Therapeuten, die vor allem der jungen Generation halfen, sich mit der deutschen Schuld am Nationalsozialismus auseinanderzusetzen.

## Einflüsse der NS-Zeit und des zweiten Weltkriegs auf die Frankfurter Schule

Die Mitglieder der Frankfurter Schule,<sup>1</sup> deren erste Generation ausschließlich aus Persönlichkeiten jüdischer Herkunft bestand, haben während der NS-Zeit wichtige persönliche und auch professionelle Erfahrungen gewonnen, die ihre fachliche, publizistische und pädagogische Wirkung beeinflussen.

Vor dem zweiten Weltkrieg zeigte sich die marxistische Einstellung des Instituts für Sozialforschung, die nach Horkheimers Übernahme der Leitung im Jahre 1930 unorthodoxer als unter dem ersten Direktor Carl Grünberg wurde, unter anderem in der Vorbereitung eines ambitionierten langjährigen kollektiven Projekts einer Theorie der Gesellschaft, in welcher groß angelegte, interdisziplinäre empirische Studien das Theorieprojekt unterstützen und prüfen sollten.<sup>2</sup> Die so genannte Kritische Theorie war mit dem Wunsch verbunden, zur Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaft in ein „gerechteres System“ beizutragen. Eine positive Definition des „gerechten Systems“ blieb aus (bereits vor dem zweiten Weltkrieg glaubten aber Horkheimer und Adorno nicht mehr an die historische Rolle des Proletariats und hatten keine Illusionen über die Sowjetunion).<sup>3</sup>

---

<sup>1</sup> Im Text benutzen wir die Ausdrücke „Frankfurter Schule“, „kritische Theoretiker“ und „Horkheimerkreis“ synonymisch. Einige Autoren bezweifeln die Richtigkeit den Horkheimerkreis als eine Schule zu bezeichnen oder behaupten, dass das Selbstverständnis als „Frankfurter Schule“ erst während der sechzig Jahre entstand. S. Albrecht, Clemens et al. (Hrsg.): Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik. Eine Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule, Frankfurt am Main – New York 1999, S. 34f. Wir benutzen den Begriff der Frankfurter Schule wegen langjähriger gemeinsamen Pläne und Themen des Horkheimerkreises, wegen dessen Institutionalisierung und auch wegen den gedanklichen und personellen Zusammenhängen, auch wenn wir in dieser Arbeit vor allem über T. W. Adorno und M. Horkheimer behandeln. Gewählter Sprachgebrauch stützt sich auf Standardwerke wie Jay, Martin: Dialektische Phantasie. Die Geschichte der Frankfurter Schule und des Instituts für Sozialforschung 1923–1950, Frankfurt am Main 1981 und Wiggershaus, Rolf: Die Frankfurter Schule, München 2001.

<sup>2</sup> Gmünder, Ulrich: Kritische Theorie: Horkheimer, Adorno, Marcuse, Habermas, Stuttgart 1985, S. 90.

<sup>3</sup> Jay 1981, S. 339; Albrecht 1999, S. 102 (die meisten Aufsätze, die in diesem umfassenden und materialreichen Buch in Form von Kapiteln erschienen, schrieb der Hauptautor Clemens Albrecht. Weiter weist das hier angeführte Zitat auf ein von Clemens Albrecht geschriebenes Kapitel hin. Auf einen Text eines anderen Autors aus diesem Sammelband weisen wir mit einer entsprechenden Zitation hin). Von den bekanntesten Mitarbeiter des IfS glaubte nur Herbert Marcuse auch noch in den Sechziger an ein neues, progressives Subjekt der Geschichte, das seiner Vorstellung nach die besondere Rolle des Proletariats

Andererseits waren noch am Anfang des zweiten Weltkriegs in der Einschätzung der damaligen Lage und in den Voraussagen der weiteren Entwicklung des Konflikts vor allem bei Max Horkheimer marxistische Dogmata und eine deutliche Ablehnung der liberalen Demokratie deutlich. Horkheimer glaubte, im Einklang mit dem damaligen marxistischen Konzept des Faschismus, dass die westlichen Demokratien einen *modus vivendi* mit dem Naziregime fänden, weil sie selber notwendigerweise zum Faschismus tendieren würden.

Die Entwicklung der Ereignisse zeigte die Grenzen dieser philosophisch-historischen Schemata auf und trug zum Anschluss des IfS an den Kampf gegen den Nationalsozialismus in enger Zusammenarbeit mit den US-amerikanischen Behörden bei.<sup>4</sup> Aufgrund einiger Memoranden des IfS mit Vorschlägen zur angewandten Forschung für Kriegszwecke wurden einige seiner Mitglieder – Herbert Marcuse, Franz Neumann und Otto Kirchheimer – Anfang des Jahres 1943 Mitarbeiter des amerikanischen Geheimdienstes OSS (Friedrich Pollock wurde später zum Berater des OSS).<sup>5</sup> Max Horkheimer fand institutionelle Unterstützung im American Jewish Committee, in welchem er im Sommer 1944 Forschungsleiter wurde (Chief Research Consultant, er hatte die Funktion bis 1947) und Mitherausgeber des fünfbandigen Werkes „Studies in Prejudice“. Dies beschäftigte sich mit Vorurteilen, autoritären und xenophoben Einstellungen und deren Ursachen, mit dem besonderen Schwerpunkt auf Antisemitismus.<sup>6</sup>

Clemens Albrecht macht auf eine symptomatische Änderung in den Werken des Horkheimerkreises aufmerksam: Im Kollektivwerk der IfS-Mitglieder „Studien über Autorität und Familie“ aus dem Jahre 1936 war noch

---

ersetzen könnte: es sollten nun marginalisierte soziale Gruppen und vor allem Studenten sein. Darin unterschied sich Marcuse von Adorno und Horkheimer und auch deshalb wurde er während der studentischen Unruhen am Ende der Sechziger für die Studenten zum populärsten Mitglied der Frankfurter Schule.

<sup>4</sup> Albrecht 1999, S. 110. Eine ähnliche Entwicklung – eine wachsende Akzeptanz der Demokratie – haben auch einige andere linksorientierte deutsche Emigranten durchgemacht. Bei Horkheimer ist es relativ spät, im Jahre 1940, aber rasch passiert. Während des Jahres 1940 spiegelte sich die Veränderung auch in den ersten Publikationen des IfS auf Englisch wieder. Albrecht 1999, S. 111.

<sup>5</sup> Die Zusammenarbeit der genannten IfS-Mitarbeiter analysiert Katz, Barry M.: *The Criticism of Arms: The Frankfurt School Goes to War*, *The Journal of Modern History*, 59 (1987), No. 3, S. 439–478.

<sup>6</sup> Die Ergebnisse von „Studies in Prejudice“ wurden in den Jahren 1949 und 1950 in New York herausgegeben. Als ihr wichtigster Band gilt das von Adorno mitherausgegebene Buch „The Authoritarian Personality“, wofür die Erfassung autoritärer Tendenzen von Menschen als Typologie, die so genannte „F-Skala“, entwickelt wurde.



als positives Gegenwicht zum Faschismus und Autoritarismus die Kategorie des Revolutionären, in „Studies in Prejudice“ war es bereits die Demokratie.<sup>7</sup> Dies hing auch damit zusammen, dass an „Studies in Prejudice“ ein großes Kollektiv arbeitete, an dem auch viele Nichtmitglieder des Instituts teilnahmen. Zudem hat der Horkheimerkreis in den Vereinigten Staaten aus taktischen Gründen einige marxistische Termini durch neutral klingende Namen ersetzt.

Ergebnisse der ersten empirischen Untersuchung des IfS im amerikanischen Exil, über Antisemitismus in der amerikanischen Arbeiterschaft (finanziert wurde die Studie vom Jewish Labour Committee), wurden zuletzt nicht veröffentlicht, obwohl sie im Jahre 1944 bearbeitet und zum Druck vorbereitet waren. Der Kenner der Kritischen Theorie, Ulrich Gmünder, meinte, dass der Grund dafür diplomatisch-strategischer Art war: Die Feststellung einer starken antisemitischen Einstellung in der amerikanischen Arbeiterschaft ließen deutsche linksorientierte jüdische Emigranten lieber in der Schublade.<sup>8</sup> Große Rücksicht auf gesellschaftliche Verhältnisse und die Stellung des IfS nahm vor allem Max Horkheimer auch nach der Rückkehr nach Deutschland, wir werden darauf noch mehrmals hinweisen.

An der Wirkung des IfS in den USA war pikant, dass seine Mitarbeiter in Regierungsinstitutionen gerade eines Landes tätig waren, das für sie in mancher Hinsicht politisch und kulturell als Hauptträger der Negativa des kapitalistischen Systems galt.<sup>9</sup> Für die zukünftige Orientierung des Horkheimerkreises war auch die Tatsache wichtig, dass seine Mitglieder als Juden der NS-Verfolgung ausgesetzt waren. Erstens führte die extreme existenzielle Erfahrung zu einer breiten Versöhnung mit dem System der liberalen Demokratie, zweitens formte das Erlebnis der Bedrohung ihre wissenschaftspolitischen Schritte und eigenen Werke. Bei Adorno und Horkheimer trat dies im Buch „Dialektik der Aufklärung“ aus dem Jahre 1944 am markantesten hervor, vor allem im Kapitel „Elemente des Antisemitismus.“ Der Holocaust hatte auf Horkheimer und Adorno einen umstrittenen Einfluss: Sie benannten zwar einige Zusammenhänge der Rassenverfolgung sehr eindringlich und vermochten an diese dunkle Geschichte publizistisch

---

<sup>7</sup> Albrecht 1999, S. 123.

<sup>8</sup> Gmünder 1985, S. 92.

<sup>9</sup> Wiggershaus 2001, S. 429. Es gibt mehrere solche Paradoxa: z.B. im Frühling 1948 erhielt Horkheimer einen Zuschuss von der Rockefeller-Stiftung für seine Gastdozentur in Frankfurt, also von derselben Stiftung, die nach seiner früheren Meinung für „Korruption von Geist und Kultur“ verantwortlich war. Nach Wiggershaus 2001, S. 442.

beunruhigend zu erinnern. In der Interpretation des Antisemitismus waren sie aber in manchem unhistorisch verallgemeinernd, sie schrieben dem Antisemitismus bei der Reflexion des Nationalsozialismus eine allzu große Rolle zu.<sup>10</sup>

Ein weiteres Phänomen, das im Verlauf des zweiten Weltkriegs bei führenden Persönlichkeiten der Frankfurter Schule hervortrat, war die jüdische Religions- und Geistes-tradition und ihr Motiv des qualvollen Weges der Juden durch die Geschichte zur Erlösung. Bei den Frankfurtern mischte es sich mit der Resonanz der marxistischen utopisch-reformistischen Geschichtsperspektive. Vor allem in der privaten Korrespondenz von Max Horkheimer und seinen Mitarbeitern findet man Ausdrücke wie: „Mission“ und „messianisches Vertrauen“, worin sich judaistische Einflüsse mit pathetischen Selbstreflexionen der Träger der Kritischen Theorie trafen.<sup>11</sup>

## Motivation der Rückkehr des IfS nach Deutschland

In der Entscheidung des IFS zur Rückkehr nach Deutschland verbanden sich mehrere Gründe. Deren Bewusstsein ist wichtig, um die Wirkung des Horkheimerkreises in Deutschland zu verstehen.

Max Horkheimer, respektierter und autoritärer Direktor des IfS, bemühte sich, dass das Institut auch im Exil einig und, zumindest teilweise, bei seinem ursprünglichen Forschungs- und Theorieprogramm blieb. So vollständig, wie es vor dem zweiten Weltkrieg geplant wurde, war die Arbeit daran aber nicht realisierbar und in der Wirklichkeit wurde das komplexe Projekt der Kritischen Theorie bereits in den vierziger Jahren – trotz immer wieder auftauchender Versicherungen und Anspielungen darauf – schweigend verlassen.<sup>12</sup> Das IFS war in den USA für seine Entwicklung und empirische Forschungsprojekte finanziell nicht genügend abgesi-

---

<sup>10</sup> Vgl. z.B. Cramer, Erich: Hitlers Antisemitismus und die „Frankfurter Schule“, Kritische Faschismus-Theorie und geschichtliche Realität. Düsseldorf 1979.

<sup>11</sup> Albrecht 1999, S. 98 (Anmerkung Nr. 2), weiter S. 1, 15f und 127f. Siehe auch Bendix, Reinhard: Geistige Gegensätze deutsch-jüdischer Sozialwissenschaftler in der Emigration. In: Wiehn, Erhard R. (Hrsg.): Juden in der Soziologie, Konstanz 1989, S. 334.

<sup>12</sup> Von den inneren Schwächen der frühen Kritischen Theorie hebt Ulrich Gmünder sowohl Begrenzungen der politökonomischen Analyse der Gesellschaft und Kultur, fehlende methodologische Reflexion und ungenügende Erfassung der Interdisziplinarität hervor als auch Horkheimers organisatorische und personelle Fehler. Gmünder 1985, S. 35.

chert<sup>13</sup> und fast alle Mitglieder rund um Horkheimer mussten nach individuellen Universitäts- und Forschungsstellen suchen.<sup>14</sup>

Es ist hervorzuheben, dass die Frankfurter nicht nur das Selbstbewusstsein einer wissenschaftlichen Kommunität mit einem ausgeprägten philosophisch-politischen Paradigma hatten, sondern sich auch als Träger der Spitzenleistungen der deutschen Philosophie und Kultur fühlten.<sup>15</sup> Dieses Selbstbewusstsein, das gebunden an Traditionen der deutschen Bildung und die deutsche Sprache war, wäre im Exil und vor allem in den USA nicht weiter zu halten gewesen. Zum Interesse an einer Rückkehr nach Deutschland trugen diese enge Bindungen der Frankfurter an die deutsche Kultur wesentlich bei.<sup>16</sup>

Während der Zusammenarbeit mit den amerikanischen Regierungsbehörden betonten die Frankfurter die Rolle der Erziehung und Bildung bei der Demokratisierung Deutschlands, ihre Projekte und Memoranda trugen Titel wie z.B. „Memorandum on the Elimination of German Chauvinism“, „Cultural Aspects of National Socialism“ oder „Project to Survey Present German Educational Practices in the Field of Social Sciences as a Means for Democratization“ (die beiden erstgenannten Materialien waren aus der Kriegszeit, das dritte aus dem Jahr 1949).<sup>17</sup> Die Frankfurter selbst schienen sehr passende Akteure dieser Reedukation zu sein, besonders nachdem die amerikanische Regierung sich bemühte, die Reedukation möglichst durch viele Deutsche selbst durchführen zu lassen. Horkheimer und Adorno, die im Exil amerikanische Staatsbürger wurden, boten der US-amerikanischen

---

<sup>13</sup> Die Härte der Finanzierung eines unabhängigen Forschungsinstituts erkannten die Frankfurter in den USA auch in dem Moment, als sich der ökonomische Experte des Trägers der Stiftung – der Gesellschaft für Sozialforschung – Friedrich Pollock (ein promovierter Ökonom) an der Börse in der zweiten Hälfte der Dreißiger verspekulierte und das Institut dadurch einiges Geld verloren hatte. Wiggershaus 2001, S. 280.

<sup>14</sup> Horkheimer behauptete später, zurück in Deutschland, das Gegenteil und erweckte den Eindruck, als ob das IfS bessere Möglichkeiten in Übersee zugunsten der Wirkung in der BRD verlassen hatte. Albrecht 1999, S. 141.

<sup>15</sup> So schrieb Horkheimer am 16. 11. 1934 an Adorno: „Wir sind die einzige Gruppe, deren Existenz nicht von einer fortschreitenden Assimilierung abhängt, sondern welche den in Deutschland erreichten relativ hohen Stand der Theorie halten und weiter erhöhen kann.“ Zitiert nach Albrecht 1999, S. 98. Martin Jay belegt, dass sich die Frankfurter als Hüter einer, von den Nationalsozialisten bedrohten deutschen Kultur empfanden. Jay 1981, S. 339.

<sup>16</sup> Siehe z.B. in einer Passage Horkheimers Korrespondenz: „... das meiste, was wir denken, lässt sich ohne den Zusammenhang mit deutscher Tradition überhaupt nicht fassen.“ Albrecht 1999, S. 127f. Martin Jay zitiert Adornos Betonung der Besonderheit der deutschen Sprache für den philosophischen Diskurs der Kritischen Theorie. Jay 1981, S. 329.

<sup>17</sup> Memoranda erwähnt Albrecht 1999, S. 120, 128.

Administrative zweierlei Bindungen an, die sie ausnutzen konnte. Wie wir weiter im Überblick der empirischen Projekte des IfS zeigen werden, beschäftigte sich der Horkheimerkreis nach seiner Rückkehr hauptsächlich mit Themen der Hochschulreform und mit der Studentenschaft und ihrer Einstellung gegenüber der Gesellschaft und Politik.

In einer Petition aus dem Sommer 1949, mit Unterschriften vieler berühmten Sozialwissenschaftler wie z.B. Raymond Aron, Paul Lazarsfeld oder Talcott Parsons, die die Wiedereröffnung des IfS beschleunigen sollte, wurde als wichtigstes Ziel „die Unterweisung einer neuen Generation von deutschen Studenten in der modernen Entwicklungen der Sozialwissenschaft“ genannt.<sup>18</sup> Für die Identität und das Selbstbewusstsein des IfS als Träger der Kritischen Theorie war das Interesse der Frankfurter am eigenen akademischen Nachwuchs wichtig – eines der Motive zur Reemigration des IfS war also der Wunsch, eigene Schüler auszubilden.<sup>19</sup>

Ein weiterer Grund für die Rückkehr des IfS war, dass es Erfahrungen mit der Erforschung des Antisemitismus hatte und gerade der Kampf gegen den Antisemitismus ein wichtiger Bestandteil der Reedukation der Deutschen werden sollte. Die Frankfurter haben während des Krieges wirklich bewiesen, dass sie das Phänomen nicht nur theoretisch und kritisch analysieren, sondern auch dessen empirische Untersuchungen innovativ durchführen konnten und dabei eine demokratisierende gesellschaftliche Pädagogik im Sinn hatten. Die Studie „Authoritarian Personality“ aus dem Werk „Studies in Prejudice“, deren Mitautor T. W. Adorno war, hatte z.B. als Grundthese, dass autoritäre – d.h. auch faschistische – Einstellungen durch lieblose und autoritäre Erziehung verursacht würden.

Bei der Reedukation der Deutschen legten die Amerikaner großen Wert auf die Entwicklung der Sozialwissenschaften in der BRD: Politikwissenschaft, Soziologie und Psychologie. Die Mitglieder des IfS lernten in den USA moderne empirisch-analytische Methoden der soziologischen Forschung kennen und schienen daher die passenden Lehrer für Deutschland zu sein. Dieser Fakt ist eines der vielen Paradoxa, die sich mit der Geschichte des IfS verbinden: Seine führenden Köpfe waren vor allem Philosophen, die mit ihrer Bildung und der Art ihrer intellektuellen Arbeit tief in der deutschen Tradition der Sozialwissenschaften steckten. Diese war

---

<sup>18</sup> Zitiert nach Jay 1981, S. 332. Mit dem Einfluss des IfS auf Studenten befassen wir uns im letzten Kapitel.

<sup>19</sup> Den Wunsch nach der „Ausbildung von kritischen Subjekten“ betont z.B. Claussen, Detlev: Frankfurter Schule – aus dem Exil nie ganz zurückgekehrt? In: Wiehn 1989, S. 272.

von der idealistischen Philosophie beeinflusst, spekulativ und normativistisch. Methodologisch zog sie qualitative, hermeneutische Verfahren vor.

Wir zeigen weiter, dass T. W. Adorno, der nach seiner Rückkehr nach Deutschland als stellvertretender Leiter des IfS die Hauptlast im Bereich der empirischen Studien des Instituts trug, am Ende der fünfziger Jahre die empirischen Studien mit Erleichterung verließ und sich weiter nur theoretischen und essayistischen Arbeiten widmete.

Aus der Korrespondenz Max Horkheimers mit den amerikanischen Behörden lässt sich die Absicht erkennen, eine reedukative demokratisierende Mission in Deutschland durchzuführen.<sup>20</sup> Man muss aber auch den Kontext dieser Aussprüche und ihre rhetorisch-strategische Dimensionen berücksichtigen, die in dem Bedürfnis lagen, die amerikanische Seite zur Unterstützung zu bewegen. Im Bezug auf die Lage des IfS in den USA und auf andere Gründe der Rückkehr, finden wir als wichtigste Ursache für die Reemigration des IfS die erhoffte Chance auf bessere Möglichkeiten der autonomen wissenschaftlichen (vor allem philosophischen) und pädagogischen Arbeit, inklusive des zumindest partikulären Beibehaltens der Pläne einer Entwicklung der Kritischen Theorie.<sup>21</sup>

Es ging auch um die Chance, dem starren System der einzelnen Forschungsprojekte zu entgehen, wie es der Horkheimerkreis in den Vereinigten Staaten kennengelernt hatte.

Die Wiederherstellung des IfS in Frankfurt hatte auch materielle (Restitution des beschlagnahmten Eigentums) sowie Prestige Gründe, in denen auch eine Genugtuung für das erlittene Unrecht enthalten war. Der bisherige Stifter des Instituts, Felix Weil,<sup>22</sup> war nach 1945 in einer wesentlich schlechteren finanziellen Lage und blieb in den USA.<sup>23</sup> Der gesellschaftlich und diplomatisch gewandte Max Horkheimer ahnte die großen Möglichkeiten voraus, die sich für sein Institut bei der Wiederherstellung der Universitäts- und Wissenschaftslandschaft Westdeutschlands anbot.

Die Reemigration des IfS fand Unterstützung sowohl bei der amerikanischen Regierung, bzw. bei verschiedenen politischen Stiftungen, als auch

---

<sup>20</sup> Albrecht 1999, S. 113. S. auch Wiggershaus 2001, S. 442.

<sup>21</sup> Die ersehnte Rückkehr zur Philosophie war ein Leitmotiv in der Korrespondenz zwischen Horkheimer und Adorno.

<sup>22</sup> Ursprünglicher Sponsor des Instituts für Soziale Forschung bei seiner Gründung im Jahre 1924 war Weils Vater Hermann Weil, ein deutschstämmiger argentinische Getreidehändler. Gmünder 1985, S. 10.

<sup>23</sup> Wiggershaus 2001, S. 482.

bei der deutschen politischen Repräsentation, wo sich auf Bundes-, Landes- und auch Kommunalebene Personen fanden, die trotz der damals in der BRD verbreiteten Missgunst gegenüber antifaschistischen Emigranten und des starken Antisemitismus dem Institut behilflich waren. Einige der westdeutschen Personen stilisierten die Rückkehr des IfS heuchlerisch als Zeichen der Wiedergutmachung,<sup>24</sup> die ihr eigenes Versagen während der NS-Zeit verdecken sollte, oder hofften vor allem auf finanzielle Mittel aus den Vereinigten Staaten.

Die Unterstützung des IfS, das als Vermittler einer fortschrittlichen Forschung galt, bot vielen auch die Chance an, sich öffentlich zur Modernität zu bekennen. Nach Rolf Wiggershaus zeigte sich ein eigennütziges Verhalten einiger Universitätsfunktionäre auch in der Unterstützung von Horkheimer bei seiner Kandidatur für den Posten des Dekans der Philosophischen Fakultät (1950–1951, also unmittelbar nach der Reemigration!) und gleich danach bei der Kandidatur für den Posten des Rektors der Frankfurter Universität (1951–1953).<sup>25</sup> Horkheimer war wirklich außerordentlich aktiv in den Bemühungen, das IfS zu erweitern, bzw. andere Institute für Frankfurt zu gewinnen oder sie mitzugründen.<sup>26</sup>

Für die Erneuerung des IfS in Frankfurt stammte eine Hälfte der Mittel aus dem amerikanischen McCloy-Fond (236 000 Mark), ein Drittel stiftete die Gesellschaft für Sozialforschung, welche die Institutskapitalien verwaltete, und den Rest stellten die Stadt Frankfurt und private Geldgeber zur Verfügung.<sup>27</sup>

Rolf Wiggershaus begründet die Großzügigkeit der amerikanischen Unterstützung damit, dass Horkheimer und Adorno die amerikanische Staatsbürgerschaft hatten.<sup>28</sup> Beide bemühten sich sehr, sie beizubehalten. Es führte sogar zu einer Interventionen bei den Präsidenten der USA und Deutschlands. In Horkheimers Fall wurde sogar ein spezielles Gesetz herausgegeben.<sup>29</sup>

---

<sup>24</sup> Die kritischen Theoretiker waren fast die einzigen verfolgten Juden, die an die dortige Universität zurückkehrten. Wiggershaus 2001, S. 479.

<sup>25</sup> Ebd., S. 550.

<sup>26</sup> Albrecht 1999, S. 153ff.

<sup>27</sup> Jay 1981, S. 332. Zur Finanzierung des erneuerten IfS, das auch ein neues – funktionalistisches – Gebäude gewann, s. auch Wiggershaus 2001, S. 482f.

<sup>28</sup> Wiggershaus 2001, S. 482.

<sup>29</sup> Jay 1981, S. 329; Albrecht 1999, S. 113. Albrecht betont mehrmals Horkheimers Loyalität zu den USA.

Der Erfolg, in beiden Ländern die Staatsbürgerschaft zu erhalten, zeugt sowohl von politischen Fähigkeiten (vor allem bei Horkheimer) und Kontakten, als auch vom Respekt, den der Horkheimerkreis bei den höchsten politischen Stellen genoss.

## **Horkheimers Wissenschafts- und Universitätspolitik nach der Rückkehr des IfS nach Deutschland**

Das Institut für soziale Forschung kehrte im Jahre 1951 in äußerst reduzierter Gestalt nach Deutschland zurück. Es waren nur Max Horkheimer, Theodor W. Adorno a Friedrich Pollock.<sup>30</sup>

Einige der früheren Mitarbeiter des IfS überlebten den zweiten Weltkrieg nicht (wir nennen zumindest Walter Benjamin), andere Marxisten waren Max Horkheimer zu radikal (Georg Lukács, Henryk Grossmann).<sup>31</sup> Die Rückkehr nach Deutschland hat Horkheimer als Chance zur Reduktion der Zahl der Mitglieder und zur Neugestaltung des Kreises von Mitarbeitern genutzt. So blieb vor allem Herbert Markuse trotz wiederholter Versprechen des Direktors des IfS in den USA.

Die Meinungsverschiebung von Max Horkheimer hin zu einer Akzeptanz des demokratischen Systems und zu einem pragmatischen wissenschaftspolitischen Verhalten war auch daran zu erkennen, dass er politische Partner für seine Pläne auch unter den durch eine Mitarbeit mit den Nationalsozialisten nicht kompromittierten Konservativen suchte, nicht etwa unter den Sozialdemokraten.<sup>32</sup>

Die Soziologie als wissenschaftliche Disziplin wurde in Deutschland während der NS-Zeit faktisch aufgelöst: Sie musste institutionell erst wieder etabliert werden.<sup>33</sup> Nach der Rückkehr nach Deutschland und seiner

---

<sup>30</sup> Franz Neumann wurde z.B. Juraprofessor an der Columbia University und war in der BRD als Berater tätig, unter anderem half er in Berlin, die Freie Universität aufzubauen, vor allem die Politikwissenschaft. Seine Kontakte zum IfS wurden immer schwächer.

<sup>31</sup> Albrecht 1999, S. 137.

<sup>32</sup> Ebd., S. 137. Wiggershaus 2001, S. 479. Der Oberbürgermeister von Frankfurt, mit dem Horkheimer in den ersten Jahren nach der Reemigration viel im Kontakt war, war jedoch der Sozialdemokrat Walter Kolb.

<sup>33</sup> M. R. Lepsius gibt an, dass zwei Drittel der haupt- und nebenamtlichen Universitätslehrer der Soziologie durch politische Ereignisse aus den Hochschulen vertrieben wurden. Lepsius, M. Rainer: Die Entwicklung der Soziologie nach dem zweiten Weltkrieg. In: Lüschen, Günther (Hrsg.) Deutsche Soziologie seit 1945, Opladen 1979, S. 26.

Erneuerung im November 1951 war das IfS eines der sieben soziologischen Institute Westdeutschlands. Nur zwei weitere hatten, ähnlich dem IfS, keine personelle Kontinuitäten aus der NS-Zeit. Dieser tristen Situation entsprach auch der Stand des Faches nach dem zweiten Weltkrieg.

Max Horkheimer als Direktor und sehr aktiver wissenschaftspolitischer Manager seines Instituts handelte sehr vorsichtig: Er betonte die Erfahrungen des IfS mit modernen Forschungsmethoden und in seinen offiziellen Auftritten berührte er nicht das schlechte Gewissen vieler westdeutscher Politiker und Akademiker wegen ihres Benehmens vor 1945. Er nutzte den Wunsch einer großen Reihe von deutschen Politikern aus, die Rückkehr des IfS und dessen hiesige Unterstützung als gegenseitige Wiedergutmachung der Reemigranten mit ihrer Heimat zu präsentieren.<sup>34</sup>

Rolf Wiggershaus bewertet kritisch, dass Horkheimer in seinen Reden mit dem zeitgenössischen offiziellen westdeutschen Jargon der Vergangenheitsbewältigung überraschend konform war. Der Jargon entstellte die Geschichte und half, die eigene Verantwortlichkeit für den Nationalsozialismus abzuweisen. Topoi dieses Jargons waren, unter anderem, die Abschiebung aller Schuld auf Adolf Hitler sowie ein zweifelhaftes Abstrahieren von Fakten, oft mittels eines quasireligiösen Vokabulars (teuflische Macht, Verleitung usw.).<sup>35</sup> In der privaten Korrespondenz von Horkheimer und Adorno findet man eine Menge von Beweisen, das sich beide der schweren Schuld der Deutschen samt den meisten Akademikern bewusst waren. Viele Kommentare der Frankfurter über Deutschland in ihrer Korrespondenz waren sehr hart, oft bitter sarkastisch.<sup>36</sup> Sarkasmus war angebracht, weil unter den Universitätsfunktionären in Frankfurt, die im Herbst 1946 das IfS zur Rückkehr aufforderten, auch solche waren, die das IfS, das seit der Gründung im Jahr 1924 der Frankfurter Universität angegliedert war, nach der NS-Machtergreifung administrativ liquidierten.

Nach der Reemigration bemühte sich Horkheimer unter neuen Bedingungen – der Stifter Felix Weil blieb, wie angegeben, in den USA und unterstützte das IfS nicht mehr<sup>37</sup> – ein standardisiertes soziologisches Institut zu errichten, das auch mit der Wirtschaft und den Staatsbehörden zusammenarbeiten sollte. Horkheimers Pragmatismus und Anpassungsfähigkeit wurden durch seine organisationspolitischen Handlungen sichtbar.

<sup>34</sup> Wiggershaus 2001, S. 497.

<sup>35</sup> S. ebd., S. 494.

<sup>36</sup> Ebd., S. 443f.

<sup>37</sup> Zum letzten Mal im Frühjahr 1945 mit einer Spende von 100 000 Dollar. Ebd., S. 425, 482.



Einerseits bemühte er sich, als Rektor der Frankfurter Universität (1951–1953) und auch informell, gegen Karrieren derjenigen Akademiker zu wirken, die sich in der NS-Zeit kompromittiert hatten,<sup>38</sup> in einigen Fällen wich er aber der Mitwirkung an der Entnazifizierung aus, wie z.B. im Frühling 1948, als er während seiner Vorlesungen an mehreren deutschen Universitäten aufgefordert wurde, am Entnazifizierungsverfahren des Rektors der Frankfurter Universität Walter Platzhoff teilzunehmen. Seine Reaktion war damals äußerst zurückhaltend, wie ein Kommentar aus einem Brief an seine Frau zeigt: „Von solchen Dingen hat die Ehre aber keinen Nutzen. Es gibt sicher viele, die genau solche Schweine waren wie Herr Platzhoff und längst wieder die deutsche Jugend erziehen.“<sup>39</sup> Clemens Albrecht belegt Horkheimers Pragmatismus auch mit seiner Bereitschaft, mit den durch die Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten kompromittierten Wissenschaftlern in der ersten Phase nach der Rückkehr des IFS zusammenzuarbeiten (z.B. mit Arnold Gehlen oder mit dem später aus NS-Deutschland emigrierten Arnold Bergstraesser) und zeigt, dass während der fünfziger Jahren die Lagerbildung innerhalb der deutschen Soziologie in der Wirklichkeit nicht so klar in einzelne – politisch begründete – Gruppierungen zerfiel, wie es in den sechzigern und siebziger Jahren der Fall war, bzw. wie es von den Schülern der einzelnen führenden Persönlichkeiten der deutschen Nachkriegsphilosophie geschildert und rückprojiziert wurde.<sup>40</sup>

Eine besondere Empfindlichkeit zeigte der einflussreiche Max Horkheimer in Fragen des Antisemitismus, auch wenn er eine antisemitische Haltung nur vermutete. Ein sehr umstrittener Fall Horkheimers Personalpolitik an der Universität fand im Jahre 1963 statt, als er die Berufung von Golo Mann auf den Lehrstuhl für wissenschaftliche Politik verhinderte.<sup>41</sup> Horkheimer bezeichnete damals in seinem Brief an das hessische Kulturministerium Golo Mann als „heimlichen Antisemit“. <sup>42</sup> Gründe für den Konflikt dieser beiden ehemaligen Emigranten waren sowohl die verschiedenen Interpretationen des Antisemitismus, als auch verschiedene Vorstellungen über deren Ausnutzung in der politischen Pädagogik. Für Mann war der nationalsozialistische Antisemitismus ein einmaliges historisches Faktum, dessen Bearbeitung er historistisch nüchtern auffasste. Die Frankfurter

---

<sup>38</sup> Albrecht 1999, S. 142ff.

<sup>39</sup> Wiggershaus 2001, S. 444.

<sup>40</sup> Albrecht 1999, S. 164ff.

<sup>41</sup> Ebd., S.189ff.

<sup>42</sup> Ebd., S. 200ff.

demgegenüber gliederten den Antisemitismus in ihre kompakte Geschichtsphilosophie, Theorie der Gesellschaft und auch in ihre politische Pädagogik ein. Sie behandelten den Antisemitismus in einer großen Verallgemeinerung, er galt ihnen als „Ritual der misslungenen Zivilisation“, dem Inbegriff der gewaltigen Reaktionen gegenüber dem Schwächeren und allgemein gegenüber dem Anderen. Die Juden erschienen dann als Produkt der „falschen gesellschaftlichen Ordnung“. An anderen Stellen in Horkheimers und Adornos Buch „Dialektik der Aufklärung“ wurde Antisemitismus als falsche Projektion bezeichnet und im Rahmen einer anspruchsvollen Theorie der Wahrnehmung als Aggressivität gegenüber dem Nicht-Identischen begriffen. Dieses verallgemeinernde Herangehen neigte dazu, den Antisemitismus als ein potenziell stets aktuelles Problem, dessen Ernsthaftigkeit von dem Ausmaß der gesellschaftlichen Widersprüche und Defizite der Aufklärung abhängt, aufzufassen. Gleichzeitig war mit dieser Perspektive eine Vorstellung der Eliminierbarkeit des Bösen durch eine Verbesserung der Welt mittels fortgeschrittener Aufklärung und Verminderung der sozioökonomischen und kulturellen Widersprüche verbunden. Also eine Vorstellung, die Autoren mit anderer Weltanschauung oder skeptischerer Vorstellung über die Natur des Menschen, wie z.B. Golo Mann, fremd war.

Der Fall des Eingriffs von Horkheimer gegen die Einstellung Golo Manns ist ein Beispiel dafür, welche Rolle der Frankfurter bei der Durchsetzung einer spezifischen Vergangenheitsbewältigung und westdeutschen political correctness spielte. Es ist aber auch ein Beweis dafür, dass nach 1945 zwar das ursprüngliche Programm der Kritischen Theorie nicht realisiert wurde, dass aber dessen wichtige theoretische Elemente einzelne Themen und Schritte der Frankfurter intensiv beeinflussten. Es ging auch um die Vorstellung über die gesellschaftspädagogische Rolle der Sozialwissenschaften. Obwohl die Historiographie mit Horkheimers und Adornos Auffassung von Antisemitismus zurückhaltend umging, waren ihre Ansichten über den Antisemitismus in der Publizistik und der politischen Pädagogik sehr einflussreich, samt einzelnen Sentenzen oder Metaphern, wie z.B. Adornos Diktum aus dem Jahre 1951 über die Unmöglichkeit, nach Auschwitz Gedichte zu schreiben.<sup>43</sup>

Horkheimers Eingriff gegen Golo Mann aus dem Jahre 1963 ist im Vergleich mit der allzu großen Vorsichtigkeit gegenüber einer intensiveren

---

<sup>43</sup> Der Ausspruch „Nach Auschwitz ein Gedicht zu schreiben, ist barbarisch“ erschien in Adornos Essay Kulturkritik und Gesellschaft.

Zusammenarbeit mit Alexander Mitscherlich im Jahre 1953, die wir nun beschreiben, ein Beweis des wachsenden Selbstvertrauens des Horkheimerkreises in der BRD. Max Horkheimer wollte ursprünglich dem Arzt und kritischen Medizinhistoriker Alexander Mitscherlich die Stelle des Leiters der sozialpsychologischen Abteilung des IfS anbieten. Nach Rolf Wiggershaus zog sich Horkheimer davon jedoch zurück, aus Furcht davor, dass Mitscherlich wegen seiner Tätigkeit als Sachverständiger bei den Nürnberger Prozessen und Herausgeber der Dokumente über den Anteil der Wissenschaftler und Akademiker an NS-Gräueltaten für einen großen Teil der wissenschaftlichen Gemeinde als Verräter galt.<sup>44</sup> Andererseits muss man hier in Betracht ziehen, dass das IfS mit Mitscherlich später bei den Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag von Sigmund Freud im Jahre 1956 und bei der Gründung des Sigmund-Freud-Instituts im Jahre 1960 zusammenarbeitete. Horkheimer unterstützte durch seine Verwaltungsfunktionen die Entwicklung der Psychoanalyse in der BRD und half Mitscherlich, die Professur an der Philosophischen Fakultät der Frankfurter Universität im Jahre 1973 zu bekommen.<sup>45</sup>

Horkheimers Bemühungen, zur Rückkehr und Etablierung der Psychoanalyse in Deutschland beizutragen, waren vor allem im Bezug auf den tiefen Abbruch dieser Tradition während der NS-Zeit für die westdeutschen Sozialwissenschaften eindeutig modernisierend.

Wichtig scheint uns hier, auf die Rolle der Zeit hinzuweisen: Horkheimers Zurückhaltung, manchmal an Opportunismus grenzend, wie bereits in der Sache des Rektors Walter Platzhoff und an dem Beispiel der Beziehung zu Alexander Mitscherlich erwähnt, stammte aus dem Frühling 1948, respektive 1953 (Horkheimers offene Unterstützung von Mitscherlich war um zehn Jahre jünger). Die Verschiebung zeugt von dem Wunsch der Sicherstellung des IfS in der BRD. Es ist auch die Welle von antisemitistischen Auswüchsen und Hakenkreuzschmierereien in der BRD gegen Ende der Fünfziger zu nennen, die einen neuen Impuls zur Vergangenheitsbewältigung gegeben hatte. Sie stärkte die Stellung des IfS.

Ein wichtiges Kapitel über die Bereitschaft des IfS, die praktische reedukative Aufgabe aufzunehmen, stellt die Teilnahme am Aufbau der westdeutschen Armee dar, konkret bei der Vorbereitung des Auswahlverfahren und der Ausbildung der Offiziere, an der das IfS zwischen den Jahren

---

<sup>44</sup> Wiggershaus 2001, S. 514.

<sup>45</sup> Albrecht 1999, S. 163f.

1951–1955 teilnahm.<sup>46</sup> Für das IfS war dieses Projekt ein Dilemma: Für eine Mitarbeit in diesem wichtigen Bereich sprach die volkspädagogische Dimension des Unternehmens, inklusive der Möglichkeit des Bruchs mit den Traditionen des deutschen Militarismus und Autoritarismus. Dagegen sprachen die enge politische Ausrichtung des Projekts und die prekäre Situation im Bezug auf den internationalen Ruf des IfS. Der Mitarbeiter des IfS, Karl Sardemann, der dann zuletzt an der so genannten „Auswahlstudie“ am intensivsten arbeitete, wurde geheim – also nicht über das IfS – von dem entsprechenden Staatsorgan (der sog. Dienststelle Blank) bezahlt. Die ersten Offiziersjahrgänge der Bundeswehr wurden zunächst keiner psychologischen Eignungsprüfung unterzogen. Wichtiger als das konkrete Ausmaß der Beteiligung des IfS ist für uns sowohl die Bereitschaft des IfS zur Zusammenarbeit an solch einem Projekts der BRD, an dem von Anfang an frühere Wehrmachtsoffiziere beteiligt waren, als auch die Tatsache, dass die Dienststelle Blank bei der Vorbereitung des Auswahlverfahren modernste Sozialwissenschaften benutzen wollte und dass sie dazu das IfS auswählte. Das beweist die Anerkennung des IfS durch die staatlichen Stellen und belegt, dass das IfS für einen Träger der progressiven Sozialwissenschaften gehalten wurde.<sup>47</sup>

## **Empirische Sozialforschung im Zeichen der Reedukation**

Die Frankfurter Schule trug zu der Modernisierung der deutschen Sozialwissenschaft nach 1945 auch dadurch bei, dass sie einige der ersten deutschen modernen empirischen Studien durchführte.

Wie angegeben, war die deutsche Soziologie traditionell stark mit der Philosophie verbunden, neigte zu Theorie, Spekulation und epistemologischen Fragestellungen. Die Arbeitsmethoden waren meistens deduktiv und hermeneutisch.<sup>48</sup> In der deutschen Soziologie der Nachkriegszeit herrschte aber bei den meisten Leitern der Fachinstitute der Konsens, dass das Fach durch Fortschritte im Bereich der empirischen Studien zu moderni-

---

<sup>46</sup> Ebd., S. 145ff.

<sup>47</sup> Ebd., S. 152.

<sup>48</sup> Rainer M. Lepsius schreibt über führende Persönlichkeiten der vier neu entstandenen Zentren der Nachkriegssoziologie in Deutschland (Berlin, Frankfurt, Köln, Hamburg), die, mit Ausnahme des in Berlin wirkenden Otto Stammler, alle von der Philosophie zur Soziologie gekommen waren. Lepsius, M. Rainer: Die Entwicklung der Soziologie nach dem zweiten Weltkrieg. In: Lüschen 1979, S. 36.

sieren sei.<sup>49</sup> Die Bemühungen der Frankfurter auf diesem Feld waren ein Paradox: Die Hauptautoren des IfS waren vor allem Philosophen und die gerade beschriebene Ausrichtung der deutschen Soziologie stand ihnen – trotz ihrer Kritik der deutschen Geisteswissenschaften – sehr nahe.<sup>50</sup>

Von der besonderen Stellung des IfS unter den soziologischen Instituten Westdeutschlands zeugt die Tatsache, dass im Dezember 1951 – einen Monat nach der Wiedereröffnung des IfS – in Weinheim der erste Kongress für deutsche Meinungsforschung stattfand, bei dem T. W. Adorno einen Einleitungsvortrag mit dem Titel: „Zur gegenwärtigen Stellung der empirischen Sozialforschung in Deutschland“ hielt.<sup>51</sup> Adorno spielte in seiner Rede die empirische Forschung gegen die geisteswissenschaftliche Tradition der deutschen Soziologie aus, die er als anfällig für Ideologisierung und Verklärungen der Wirklichkeit sah. Die Rede war für einen kritischen Theoretiker auffällig unbekümmert gegenüber der Instrumentalisierung der Meinungs- und Marktforschung (an die Kritische Theorie erinnerten vor allem Adornos Aussagen über das Unbewusstsein der Menschen und die „objektive Formen der Vergesellschaftung“).<sup>52</sup>

Wir zeigen unten, dass einige empirische Forschungen des IfS von den Postulaten der Kritischen Theorie abwichen und dass T. W. Adorno später die empirischen Forschungen verließ und einige ihre epistemologischen Komponenten im Rahmen des so genannten Positivismusstreits kritisierte.

Resümieren wir jetzt – gestützt vor allem auf die Geschichte der Frankfurter Schule von Rolf Wiggershaus – die ersten empirischen Forschungen des IfS nach der Reemigration. Am Anfang stand das Meinungsforschungsprojekt, welches die Einstellung der Westdeutschen zur Demokratie, den Alliierten und zum Dritten Reich untersuchen sollte.<sup>53</sup> Der Zusammenhang des Projekts mit der Umerziehung der Deutschen war offensichtlich. Die Meinungsforschung war in Deutschland zu jener

---

<sup>49</sup> Ebd., S. 36.

<sup>50</sup> Die Bevorzugung der philosophischen Studien findet sich immer wieder in der Korrespondenz der Frankfurter, s. Wiggershaus 2001, S. 500f. Zu empirischen Vorkriegsstudien des IfS siehe ebd., S. 73.

<sup>51</sup> Wiggershaus 2001, S. S. 501ff. Von Adornos Stellung zeugt auch die Tatsache, dass er an empirischen Projekten anderer Institute teilnahm, und zwar in der besonderen Position des Beraters und Autors der Einleitung, z.B. bei einer Untersuchung über Landesgemeinden in der Umgebung Darmstadts, die als „Darmstädter Gemeindestudie“ als eine der wichtigsten empirischen Forschungen der frühen BRD galt.

<sup>52</sup> Zitiert nach Wiggershaus 2001, S. S. 503.

<sup>53</sup> Realisiert wurde es 1950–1951, die Ergebnisse wurden in der Reihe „Frankfurter Beiträge zur Soziologie“ im Jahre 1955 mit dem Titel „Gruppenexperiment“ publiziert.

Zeit progressiv und innovativ, desto mehr, als Horkheimer und Adorno, ähnlich wie bei ihrer Arbeit an den empirischen Projekten über Antisemitismus in den Vereinigten Staaten, bemüht waren, nicht-zufällige und oberflächliche, von der künstlichen Situation der Befragung beeinflusste Ansichten zu vermeiden und die Befragten sich in möglichst realen Situationen aussprechen zu lassen. Es handelte sich um die Methode des so genannten Gruppeninterviews, die trotz mancher Probleme der Plausibilität und Realisierung (Zusammensetzung der Diskussionsgruppen usw.) im Kontext der damaligen deutschen Soziologie methodisch und wissenschaftlich-theoretisch sehr bereichernd war. Rolf Wiggershaus betont mit Recht, dass während der ersten empirischen Projekte die Mitarbeiter inklusive Feldforscher, Diskussionsleiter usw. erst während des Progresses geschult wurden und dass es sich zugleich um eine „Einübung des soziologischen Nachwuchses“ handelte.<sup>54</sup>

Die gewählten Methodologien und Ambitionen, die größer als bei damals geläufigen Meinungsumfragen waren, zeugten vom Zusammenhang mit den wichtigen Elementen der Kritischen Theorie: Das Interesse der Frankfurter galt nicht dem Feststellen und Zusammenrechnen von subjektiven Meinungen, sondern war ideologiekritisch ausgerichtet. Man wollte vor allem gesellschaftlich vorgegebene Bewusstseinsinhalte erfassen, die die Frankfurter den „objektiven Geist“ nannten. T. W. Adorno benutzte auch den Ausdruck „deutsche Ideologie“, was den Zusammenhang mit reedukativen Reflexionen der deutschen Geschichte und Politik belegt.

Ein weiteres empirisches Projekt sollte die Erforschung der gesellschaftlichen Vorurteile der BRD-Bürger sein und zwar in ähnlicher Form, wie es bei „Studies in Prejudice“ der Fall gewesen war. Bindungen an Um-erziehungspläne waren auch in diesem Projekt offensichtlich. Die Kräfte des IfS waren aber in hohem Maß mit dem ersten anspruchsvollen Projekt – dem Gruppenexperiment – beschäftigt, so dass das zweite Projekt zuletzt nicht realisiert wurde und mit einer bloßen gekürzten Übersetzung von „Authoritarian Personality“ ins Deutsche endete. Aus ähnlichen Gründen endete auch das nächste empirische Projekt unbefriedigend, welches das IfS im Auftrag des „Bureau of Applied Social Research“ der Columbia Uni-

---

<sup>54</sup> Wiggershaus 2001, S. 487. Zur Vorstellung, wie viele Mitarbeiter daran teilnahmen (und gleichzeitig geschult wurden), sind die von Wiggershaus angegebenen Zahlen interessant: An der qualitativen Analyse im Rahmen des Gruppenexperiments arbeiteten 18 Leute mit. Ebd., S. 491.

versity bearbeitete. Es ging um die Erforschung der Wirkung von deutschsprachigen Rundfunksendungen der Alliierten. Als Methode wurde eine Befragung von Hörern genutzt.<sup>55</sup>

Wie oben erwähnt, bot sich das IfS gleich nach seiner Wiedereröffnung auch der Wirtschaft an. Rolf Wiggershaus macht auf einige Äußerungen Horkheimers aus der Präsentation des Instituts aufmerksam, die, von marxistischen Soziologen geäußert, höchst merkwürdig klangen, etwa wenn er eine Beratung versprach, „wo und wie eine Fabrik richtig angelegt werden muss, damit die Arbeiter ihre volle Arbeitskraft leisten können“.<sup>56</sup>

Die nächste empirische Studie des Frankfurter Instituts entsprach völlig der oben zitierten Selbstpräsentation des IfS gegenüber Verwaltungen und Unternehmen. Das Institut gewann im Jahre 1954 einen Auftrag der Mannesmann A.G., das Betriebsklima in seinen Werken zu untersuchen. Die Frage des Auftraggebers war: „Was denkt und was will die Belegschaft unseres Unternehmens, und warum denkt und will sie es?“<sup>57</sup> Das IfS hatte keine Erfahrungen mit der eigentlichen Berufssoziologie, wurde aber von Mannesmann aufgrund der Erfahrungen mit Gruppendiskussionen und Interviews gewählt, also genau wegen den neuen empirischen Methoden, für die sich das IfS selbst in seinen Materialien lobte.

Die Zusammenarbeit mit Mannesmann war für das IfS aus mehreren Gründen seltsam: Erstens gehörte der Konzern früher zu den wichtigen Förderern der Nationalsozialisten und profitierte auch vom Holocaust (gegenüber all dem pflegten die IfS-Leute sehr empfindlich zu sein), zweitens schloss sich der Betrieb gerade zu der Zeit des Auftrages, der im Rahmen der Entmonopolisierung zerschlagen worden war, gegen die Intentionen der Alliierten und unter Führung der „Belasteten“ allmählich wieder zum alten Großkonzern zusammen, wobei auch heftige Zwistigkeiten mit den Vertretern der Arbeitnehmer stattfanden, die sehr eng mit der Frage der so genannten Mitbestimmung zusammenhingen. Noch mehr verwundert an der Zusammenarbeit von IfS und Mannesmann die Tatsache, dass die Frankfurter in ihrer Forschung auch von der einstigen Bemühung abließen, nicht nur subjektive Meinungen festzustellen, sondern sich auch den objektiven Gegebenheiten in dem konkreten Milieu

---

<sup>55</sup> Wiggershaus, Rolf 2001, S. 491f.

<sup>56</sup> Ebd., S. 481.

<sup>57</sup> Ebd., S. 536.

und den Verhältnissen in der ganzen Gesellschaft zu widmen. Die Untersuchung wurde den einseitigen Interessen der Mannesmann-Führung angepasst und mied viele wichtige Aspekte, die man erstens von marxistischen (kritischen) und zweitens von ambitionösen Soziologen erwarten konnte, welche sich selbst als methodologisch sehr fortgeschritten lobten. Eines der Ergebnisse der umstrittenen Untersuchung stellte nur ein geringes Interesse an der Mitbestimmung der Arbeitnehmer fest, was nicht nur gegen die klassischen Vorstellungen der politischen Linken stand und dementsprechend auch Proteste der Gewerkschaften auslöste, sondern auch nicht methodologisch plausibel bewiesen wurde.<sup>58</sup> Rolf Wiggershaus belegt die Strittigkeit der Mannesmann-Studie sowohl im Bezug auf die theoretischen und methodischen Ansprüche der Frankfurter, als auch gegenüber den anderen zur selben Zeit entstandenen betriebssoziologischen Untersuchungen.<sup>59</sup> Für Mannesmann hat das IfS weitere Studien durchgeführt, z.B. die Erforschung der Ursachen der Fluktuation im Steinkohlebergbau. Die Zufriedenheit des Konzerns mit der Arbeit des IfS wirkte sich dadurch aus, dass das Rationalisierungs-Kuratorium der Deutschen Wirtschaft dem IfS die Finanzierung von Assistentenstellen für Industrie- und Betriebssoziologie anbot.<sup>60</sup>

Die Unzufriedenheit mit der Mannesmann-Studie und auch die Einbeziehung der oben erwähnten finanziellen Bindungen in routinemäßige Betriebsuntersuchungen trug zum wachsenden Abstand Adornos gegenüber solchen Projekten bei. Max Horkheimer, der wie immer auf eine gute finanzielle Sicherung des Instituts Wert legte, zog eine doppelte Ausrichtung im Bereich der empirischen Studien vor: auf einer Seite Aufträge, die das IfS finanziell unterstützen sollten (bei denen – wie oben erwähnt – die Institutsleiter in ihrem Anspruch der kritischen Soziologie nachließen), auf der anderen Seite Projekte, die eng sowohl mit den eigenen Vorstellungen der an Emanzipation orientierten sozialen Forschung als auch mit der Demokratisierungsmision des IfS zusammenhängen sollten. Hier wären die Untersuchungen über das politische Bewusstsein der Deutschen, bzw. spezifisch über das politische Bewusstsein der Studenten,<sup>61</sup> über die Universität und Gesellschaft oder die Umfrage des IfS zum Eichmann-Prozess zu nennen.

---

<sup>58</sup> Ebd., S. 542.

<sup>59</sup> Ebd., S. 545.

<sup>60</sup> Ebd., S. 549.

<sup>61</sup> S. z.B. Habermas, Jürgen et al. (Hrsg.): Student und Politik: Eine soziologische Untersuchung zum politischen Bewusstsein Frankfurter Studenten, Neuwied 1961.



## Anteil des IfS an der Ausdifferenzierung der westdeutschen Soziologie

Gegen Ende der fünfziger Jahre begann in einem Teil der gebildeten Öffentlichkeit der BRD eine Welle des Interesses an Marxismus und Marxismus-Rezeptionen, in deren Rahmen auch Zwischenkriegsstudien der kritischen Theoretiker wieder entdeckt wurden.<sup>62</sup> Gleichzeitig kam es auf dem Berliner Soziologentag im Jahre 1959 zur heftigsten Diskussionen seit 1945 über Charakter und gesellschaftliche Aufgaben der Sozialwissenschaften. Horkheimer und Adorno wirkten aktiv an dieser Diskussion mit und trugen zur Differenzierung der einzelnen Schulen des Faches bei.

Der Berliner Tagung ging eine wachsende Spannung zwischen den von der Mitarbeit mit den Nazis belasteten Soziologen (z.B. Helmut Schelsky, Arnold Gehlen; andere wie Karl Valentin Müller, Hans Freyer oder Gunther Ipsen waren ebenfalls durch pronazistische Forschungen belastet) und den Reemigranten voraus. Die Spannung materialisierte sich in der Konkurrenz der damaligen westdeutschen soziologischen Verbände. Einer dieser Verbände, die deutsche Sektion der „Confédération Internationale de Sociologie“, war eine Bastion derjenigen Sozialwissenschaftler, die während der NS-Zeit aktiv waren. Von der prominenten Stellung Horkheimers und Adornos zeugt die Tatsache, dass beide unter den Teilnehmern einer internen geschlossenen zweitägigen Tagung im Jagdschloss Niederwald im Oktober 1960 waren (zusammen mit z.B. Hans Freyer, Arnold Gehlen, Helmut Schelsky und René König), die bemüht war – schließlich wenig erfolgreich – persönliche und politisch gefärbte Kontroversen beizulegen.<sup>63</sup> Helmut Schelsky trat wegen den Streitigkeiten aus dem Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Soziologie aus und zog sein Referat auf dem Berliner Soziologentag 1959 zurück.

Trotzdem werden im Rückblick die Diskussionen der Berliner Tagung nicht als Zusammenprall zwischen den „Belasteten“ und den Modernisten gewertet, sondern vor allem als kritische Debatte innerhalb des Lagers der Reemigranten, hauptsächlich zwischen den kritischen Theoretikern des IfS

---

<sup>62</sup> Albrecht 1999, S. 212.

<sup>63</sup> Lepsius, M. Rainer: Die Entwicklung der Soziologie nach dem zweiten Weltkrieg. In: Lüschen 1979, S. 43. Es wurden keine Einzelheiten aus der Tagung veröffentlicht. Einer der jüngsten Teilnehmer, Ralf Dahrendorf, schrieb unbestimmt und kurz über „eine Art Fortsetzung der Werturteilsdiskussion der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg.“ Dahrendorf, Ralf: Pfade aus Utopia. Zur Theorie und Methode der Soziologie, München 1985, S. 100.

und dem Vertreter der empirisch-analytischen Soziologie René König und seiner Kölner Soziologischen Schule.

Hauptthemen der damaligen kritischen Reflexionen der Soziologie waren die Stellung der Theorie innerhalb der soziologischen Disziplin und Fragen der Beziehungen des Sozialwissenschaftlers zu gesellschaftlichen Problemen, worin eine Rückkehr der – von manchen als überwunden geglaubten<sup>64</sup> – Hauptdebatte der deutschen Soziologie der Zwischenkriegszeit, der so genannten Werturteildiskussion, stattfand. In den Appellen der Frankfurter, mit der Soziologie zur Aufklärung und Emanzipation beizutragen, erklang auch ihre enge Anknüpfung an die idealistische Philosophie und ihre Auffassung der Philosophie als genaueste Einsicht in die Realität und gleichzeitig die wichtigste Voraussetzung der richtigen Bestimmung dessen, was sein soll. In den Appellen der Frankfurter, vor allem Max Horkheimers, der eines der Hauptreferate des Berliner Soziologentags hielt, an die gesellschaftliche Verantwortung des Forschers spürte man das Echo des Marxschen Postulats, die Welt nicht nur kennen zu lernen, sondern auch aktiv zu verändern.<sup>65</sup>

Auch Vertreter der anderen soziologischen Schulen in der BRD, vor allem René König und Helmut Schelsky, forderten Soziologie als Fach, welches in die soziale Praxis eingreifen und so bei der Veränderung der Welt aktiv mitwirken sollte. Es findet sich bei ihnen ebenfalls ein Bekenntnis zur kritischen Soziologie und zum Kampf gegen Ideologien, jedoch in anderer Art als beim IfS. Erwähnungen über Ideologien oder Gefahr einer Ideologisierung hatten bei König und Schelsky eine polemische Ausrichtung in Richtung des eigenen Faches und zielten auf die Kritische Theorie. Für den Konservativen Helmut Schelsky galten in fünfzig Jahren auch Utopien als gefährliche Ideologien, er wollte traditionelle Gesellschaftsstrukturen vor ihnen und anderen Aufklärerern der Gesellschaft verteidigen.<sup>66</sup>

Für die Mitglieder des IfS – vor allem für Adorno und Jürgen Habermas, die Hauptfiguren der dritten Generation der Frankfurter Schule<sup>67</sup> –

---

<sup>64</sup> Albrecht 1999, S. 180.

<sup>65</sup> Wiggershaus 2001, S. 630.

<sup>66</sup> Ebd., S. 630f.

<sup>67</sup> Für den konservativer werdenden Horkheimer galt Habermas, der im Jahre 1956 Mitglied des IfS wurde und den Adorno hoch schätzte und zu unterstützen suchte, als zu links orientiert, daher konnte Habermas sich nicht am IfS habilitieren. Er kehrte dorthin im Jahre 1964 zurück und übernahm Horkheimers Lehrstuhl für Philosophie und Soziologie.

galt unter Soziologen, die konservativ oder politisch belastet waren, aus ideellen und auch politischen Gründen vor allem Helmut Schelsky als „Hauptgegner der Kritischen Theorie“. <sup>68</sup> Adorno warnte u.a. vor einem größeren Engagement des IfS auf dem Feld der Betriebssoziologie, um mit Schelsky (aber auch König) nicht auf demselben Niveau im Wettbewerb zu stehen.

Adorno war sich sicher bewusst, dass die oben erwähnten Schwächen der betriebssoziologischen Untersuchungen des IfS dessen Abgrenzung gegenüber Schelsky und König erschwerten. <sup>69</sup> Die gegenseitigen Polemiken der Soziologen fanden nicht nur auf wissenschaftlichem Boden statt, sondern auch in den Medien. Vor allem Rundfunkdiskussionen zwischen T. W. Adorno, Arnold Gehlen und Helmut Schelsky wurden zum Kolorit der öffentlichen bundesrepublikanischen Szene.

Der Hauptunterschied zwischen Adorno und Schelsky war auch in diesen popularisierenden Debatten ihr verschiedener Glaube an das emanzipatorische Potenzial des Menschen, an die Veränderbarkeit der Lebensumstände durch Wachstum an Wissen und durch Fortschritte bei Bildung und Kultur. Trotz diesen prinzipiellen Unterschieden wird in der Literatur immer wieder auf paradoxe Berührungspunkte zwischen Adorno und einigen konservativen deutschen Sozialphilosophen hingewiesen. <sup>70</sup> Sie teilten sicherlich kritische Ansichten über manche Züge der modernen Gesellschaft, vor allem über den wachsenden Einfluss der Institutionen und ideologischen Mechanismen, die in Form der Erziehung und Kulturindustrie nicht aufklärerisch, sondern manipulativ wirkten. Ähnliche Momente findet man bei ihnen in der Reflexion der Soziologie. Schelsky verlangte und praktizierte Kritik an der Soziologie aus metasozziologischen Positionen und verfolgte die Entwicklung einer „transzendentalen Theorie der Gesellschaft“, was den kritischen Theoretikern nicht fremd war. <sup>71</sup>

Der Hauptdarsteller der drittichtigsten Linie der deutschen Nachkriegssoziologie, René König, Direktor des Kölner Forschungsinstituts für Soziologie, war äußerst distanziert gegenüber der stark geisteswissen-

---

<sup>68</sup> Wiggershaus 2001, S. 598.

<sup>69</sup> Ebd., S. 549.

<sup>70</sup> Ebd., S. 544. Über eine Freundschaft von Adorno und Schelsky oder Adorno und Gehlen zu berichten, wie es z.B. René König oder Clemens Albrecht tun, scheint uns angesichts der gegenseitigen kritischen Äußerungen der Sozialphilosophen übertrieben. Albrecht 1999, S. 179; König, René: Soziologie in Deutschland. Begründer, Verächter, Verfechter, München 1987, S. 327f.

<sup>71</sup> Lepsius, M. Rainer: Die Entwicklung der Soziologie nach dem zweiten Weltkrieg. In: Lüschen 1979, S. 39.

schaftlichen Tradition der deutschen Soziologie. Inspiriert von den Bemühungen des Wiener Kreises und neueren Bewegungen der US-amerikanischen Soziologie (hauptsächlich Impulse von Talcott Parsons und Robert K. Merton), verfolgte er das Konzept einer „strengen Soziologie“, die sich aus einer generellen Theorie mittels des empirischen Tests von Hypothesen akkumulativ zu einem endgültigen System aufbauen sollte.<sup>72</sup>

Für einen Träger der umstrittenen – geisteswissenschaftlichen und spekulativen – deutschen wissenschaftlichen Tradition hielt König, nicht ganz zu unrecht, auch die Frankfurter Schule. Obwohl die Differenzen zwischen König und dem IfS seit 1956 allmählich an Intensität gewannen, gab es zwischen ihnen einen Grundkonsens über die Bedürfnisse und die Ausrichtung der deutschen Soziologie: „Jenseits aller theoretischen Missverständnisse und realen Interessengegensätze gab es das gemeinsame Engagement für den Ausbau der empirischen Sozialforschung nach amerikanischem Vorbild und an einer kritischen Aufarbeitung der deutschen Vergangenheit.“<sup>73</sup> René König waren sowohl rechts- als auch linkshegelianische Philosophen und Sozialwissenschaftler verdächtig, dadurch auch die utopischen Gedankenhorizonte der Kritischen Theorie. In der vom Marxismus beeinflussten Kulturkritik sah er die Gefahr einer kryptototalitären Kritik des Totalitarismus.<sup>74</sup> Das äußerte er auch in seinem Referat auf dem 14. Deutschen Soziologentag 1959 als Reaktion auf Horkheimers Vortrag.<sup>75</sup>

Obwohl er die Bedeutung der Theorie, bzw. der Wissenschaftstheorie anerkannte, betonte König vor allem während der fünfziger Jahre die Rolle der empirischen Forschung und die Vorstellung einer reinen Wissenschaft einseitig, ohne größeres Hinterfragen der epistemologischen Probleme, was ihm seitens des IfS Vorwürfe des unreflektierten Positivismus brachte. Die Unterschiede zwischen den beiden soziologischen Schulen waren auch politisch fundiert: René König war liberal orientiert, mit elitären und technokratischen Neigungen. Soziologen sollten seiner Meinung nach Technologen der Verwaltung der Gesellschaft sein, Experten, die sich um das „faktische Funktionieren der Maschinerie“ kümmerten.<sup>76</sup>

---

<sup>72</sup> Tenbruck, Friedrich H.: Deutsche Soziologie im internationalen Kontext. In: Lüschen 1979, S. 85.

<sup>73</sup> Albrecht 1999, S. 159. Einige von Königs späteren scharfen Aussprüchen über das IfS vermindern den Konsens und leiden an subjektiven Abgrenzungen des Autors gegenüber dem IfS. König 1987, S. 205, 210, 256, 367, 375.

<sup>74</sup> König 1987, S. 205.

<sup>75</sup> Wiggershaus 2001, S. 630.

<sup>76</sup> König, René: Studien zur Soziologie, Fischer: Frankfurt am Main 1971, S. 89.

Diskussionen, die auf dem Berliner Soziologentag 1959 stattfanden, führten dazu, dass sich einzelne Schulen der westdeutschen Sozialwissenschaften fester ausformten. Heute wird allgemein die Unterscheidung der damaligen Richtungen so akzeptiert, wie sie Ralf Dahrendorf benannte: Das IfS galt als Träger der kritischen Soziologie, die Schule von Schelsky als transzendente Soziologie und die von René König als empirisch-analytische Soziologie.<sup>77</sup> Die Differenzierung in die drei genannten Richtungen gewann in der BRD bald eine breitere Geltung in gesamten Bereich der Sozialwissenschaften. Gut beobachten lässt sich dies im Falle der Politikwissenschaften, auf deren Entwicklung die westlichen Alliierten, vor allem die Amerikaner, noch größeren Wert legten als auf die Unterstützung der Soziologie.<sup>78</sup>

Obwohl das IfS im nächsten Jahrzehnt eine starke Funktion als wissenschaftliche und breite intellektuelle Schule aufwies und auch einen intensiven Einfluss auf die Gesellschaft hatte,<sup>79</sup> was auch die studentische Revolte am Ende der Sechziger zeigte, waren die Publikationen der IfS-Mitglieder nicht so verbreitet wie einige von Helmut Schelsky oder René König.<sup>80</sup> Die Frankfurter haben, anders als z.B. Helmut Schelsky, fast keine ihrer Bücher populärwissenschaftlich verfasst,<sup>81</sup> ihre Bindungen an einen philosophischen Diskurs und ihr anspruchsvoller Stil grenzte sie von einer breiteren Leserschaft ab. Es dauerte auffällig lange, bis wichtige, in den vierzigen Jahren auf Englisch verfasste Bücher der Frankfurter auf Deutsch erschienen.<sup>82</sup> Bis

---

<sup>77</sup> Dahrendorf, Ralf: Die drei Soziologien, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 12 (1960), S. 120–133. Dahrendorf selbst war kurze Zeit im IfS tätig, er verließ jedoch bald (im Sommer 1954) das Institut, weil es ihm als „zu historisch“ galt. Wiggershaus 2001, S. 525.

<sup>78</sup> Lepsius, M. Rainer: Die Entwicklung der Soziologie nach dem zweiten Weltkrieg. In: Lüschen 1979, S. 34.

<sup>79</sup> Tenbrück, Friedrich H.: Deutsche Soziologie im internationalen Kontext. In: Lüschen 1979, S. 96.

<sup>80</sup> Rolf Wiggershaus belegt die größere Leserschaft von Schelsky und König mit der Höhe der Auflagen ausgewählter Bücher der Autoren. Wiggershaus 2001, S. 647.

<sup>81</sup> Als populärwissenschaftlich kann man Horkheimers Aufsätze aus dem Nachkriegssammelband „Gesellschaft im Übergang“ aus dem Jahre 1972 bezeichnen.

<sup>82</sup> Horkheimers „Eclipse of Reason“ (engl. 1947, deutsch „Zur Kritik der instrumentellen Vernunft“ 1967), Horkheimers und Adornos „Dialektik der Aufklärung“ (1944 unter dem Titel „Philosophische Fragmente“ in einer Auflage von 500 mimeographierten Exemplaren; als „Dialektik der Aufklärung“ erschien das Buch 1947 in Amsterdam in nur wenigen Exemplaren, eine Neuauflage erschien erst 1969), Adornos (gemeinsam mit drei weiteren Autoren/innen) „The Authoritarian Personality“ (engl. 1950, deutsch erst 1973, also postum; von Adorno geschriebene Kapitel des Buches: Adorno, Theodor W.: Studien zum autoritären Charakter, Frankfurt 1973) und Löwenthals und Gutermanns „Prophets of Deceit“ (engl. 1949, deutsch gekürzt hrsg. 1966).

in die sechziger Jahre, in denen die Zusammenarbeit der Frankfurter mit dem Verlag Rowohlt begann, waren die Werke der Frankfurter in der BRD nicht leicht zugänglich. Das kontrastierte mit der guten materiellen und institutionellen Lage des IfS. Es ist z.B. durch Horkheimers Korrespondenz mit dem Fischer Verlag belegt, dass Horkheimer und Adorno ihre älteren Arbeiten nicht gerne neu herausgaben, bzw. die Bezeichnung „Dokumentation“ verlangten.<sup>83</sup>

Wir haben bereits an anderer Stelle das vorsichtige Vorgehen erwähnt: Bereits während des Zweiten Weltkrieges begannen die Frankfurter damit, das marxistische Vokabular in den eigenen Werken terminologisch zu verdecken und Max Horkheimer handelte sehr bedächtig während der Entnazifizierungsprozesse. Ein Teil ihrer auf Englisch verfassten Studien befasste sich mit Antisemitismus und bereits in den USA zögerten die Frankfurter mit der Veröffentlichung, daher kann man die Verspätungen bei den deutschen Übersetzungen für gewollt halten. Auch zeitlich gibt es eine Parallele betreffend Horkheimers Zurückhaltung gegenüber der Entnazifizierung im Falle des ehemaligen Rektors Walter Platzhoff im Jahre 1948 und seinem radikalen Auftritt gegen Golo Mann im Jahre 1963.

Anders als auf dem Buchmarkt hatten die Frankfurter in den sechziger Jahren in den Medien ein breiteres öffentliches Echo als ihre Kontrahenten aus den Diskussionen über den Charakter und die sozial-politischen Beziehungen der Sozialwissenschaften. Schlüsselgedanken der Frankfurter, auch wenn oft bloß in Form einer stark vereinfachten Betonung einiger Begriffe wie Emanzipation und Kritik räsonierten in den Medien stärker als Postulate aus anderen deutschen sozialwissenschaftlichen Lagern. Erklärung dafür bietet das letzte Kapitel dieser Studie.

## **Positivismusstreit**

Die epistemologischen Diskussionen, die auf dem Berliner Soziologentag 1959 anfangen und in den folgenden Jahren weitergingen, werden heute als Positivismusstreit bezeichnet. Konzentriert vorgetragen wurden sie im Jahre 1961 auf der Tübinger Arbeitstagung der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. Hier trug Karl R. Popper das Referat „Die Logik der Sozialwissenschaften“ und T. W. Adorno ein Koreferat vor (in der Diskussion tra-

---

<sup>83</sup> Cramer 1979, S. 10.

ten dann z.B. die Soziologen Ralf Dahrendorf, Peter CH. Ludz und Georg H. Weippert auf). Die Hauptreferate der Tagung von 1961 und einige weitere Diskussionsbeiträge, die in den nächsten Jahren vor allem von Jürgen Habermas und Hans Albert (1963–1965) geleistet wurden, wurden zusammen erst im Jahre 1969 herausgegeben.<sup>84</sup>

Die Diskussion zwischen Theodor W. Adorno und Karl Popper versprach eine interessante Konfrontation zwischen der Dialektik und dem kritischen Rationalismus. Zur Überraschung mancher Teilnehmer der Tübinger Arbeitstagung der Deutschen Gesellschaft für Soziologie waren sich die Hauptreferenten in vielem einig: Beide betonten den Vorrang der Theorie vor der empirischen Forschung (Popper benutzte die Begriffe Deduktion und Beobachtung, bzw. demonstrierte sein Herangehen als Spannung zwischen der auf deduktiver Logik aufgebauten Soziologie und der mit Induktion arbeitenden Anthropologie). In seiner Argumentation hob Popper hervor, dass jede Beobachtung immer von Hypothesen stamme. Adorno behauptete ähnlich, dass viele Fragestellungen im Rahmen der empirischen Forschung nicht von der Empirie stammen, sondern von einer Theorie. Beide Sozialphilosophen polemisierten mit dem logischen Positivismus des Wiener Kreises und sprachen sich gegen eine blinde Übertragung der naturwissenschaftlichen Methoden auf die Sozialwissenschaften aus.

Die Hauptunterschiede der beiden Theoretiker lagen darin, dass der von Popper so genannte kritische Rationalismus, trotz der eigener Behauptungen, die wissenschaftliche Rationalität letztendlich doch an der Wissenschaftslogik der Naturwissenschaften maß. Dies war jedoch dem IfS fremd. Noch wichtiger war, dass die Positionen beider Hauptreferenten der Tagung mit unterschiedlichen Gesellschaftsbildern und Ambitionen verbunden waren. Adorno verteidigte den Anspruch der kritischen Dialektiker, die Gesellschaft in ihrer Totalität zu erforschen.<sup>85</sup> Poppers Position demgegenüber war die Vorstellung eines Fortschritts mittels kleiner Schritte und ohne ein Versprechen der universal geltenden, qualitativ radikal verbessernden, sowohl wissenschaftlichen als auch gesellschaftspolitischen Theorien oder Konzepte. Er argumentierte also ohne einen Totalitätsbegriff, den Adorno als wichtigen Bestandteil der kritischen Analyse der Zwangsbeziehungen und Widersprüche der Gesellschaft verteidigte. Poppers liberaler Konservatismus und sein optimistischer Glaube an die offene

<sup>84</sup> Adorno, Theodor W. et al. (Hrsg.): Der Positivismusstreit in der deutschen Soziologie, Neuwied – Berlin 1969.

<sup>85</sup> Vgl. seine Einleitung in Adorno 1969, S. 21.

Gesellschaft traf in der Diskussion mit Adorno auf die Einstellung der ersten Generation der Frankfurter Schule, die stets die holistischen emanzipativen Ambitionen einer kritischen Soziologie proklamierte, gleichzeitig aber im Bezug auf deren praktische Möglichkeiten skeptisch wurde und aufgrund ihrer zuletzt pessimistisch gefärbten Geschichtsphilosophie in den Bereich der Utopie übergang.

Der Positivismusstreit wird in manchen Handbüchern als ein wichtiger Punkt der Selbstreflexion und Entwicklung der Sozialwissenschaften in Deutschland bezeichnet. Bereits auf der Tübinger Arbeitstagung der Deutschen Gesellschaft für Soziologie wurde aber, vor allem von soziologischen Praktikern, bemängelt, dass beide Hauptreferenten die direkte Polemik meiden und einen allzu engen Begriff von Positivismus oder Empirismus teilten. Zudem war die Diskussion nicht neu: Schon vor dem zweiten Weltkrieg gab es ähnliche wissenschaftssoziologische Diskussionen zwischen dem neopositivistischen Wiener Kreis und den Frankfurtern.<sup>86</sup> Der Positivismusstreit knüpfte wirklich an die Werturteilsdiskussionen der deutschen Soziologie der Zwischenkriegszeit an. Einige Autoren, wie z.B. Rainer M. Lepsius meinen, dass die Energie, die der Werturteilsdebatte nach 1959 gewidmet wurde, die Rezeption der neueren Forschungsmethoden in Deutschland verzögerte.<sup>87</sup>

Wir halten es für wichtiger, darauf hinzuweisen, dass die anscheinend enge innerfachliche Diskussion eine Folge der Erschütterung der deutschen Wissenschaft während der NS-Zeit war und dass sie große gesellschaftliche Bedeutung hatte. Die Akzente, welche die Frankfurter Schule im Positivismusstreit setzte (ein komplexes Gesellschaftsbild und das kritische Hinterfragen von Ideen-, Rechts- und Kulturgrundpostulaten), fanden eine große Resonanz bei der Kulturintelligenz der Bundesrepublik. Friedrich H. Tenbruck schreibt sogar über eine Ausweitung des Positivismusstreites zur Protestbewegung.<sup>88</sup>

Überzeugender und verständlicher als der sich kompliziert ausdrückende Adorno polemisierte Jürgen Habermas mit dem Popperschen Kritischen Rationalismus. Seine Haltung zu den behandelten Problemen war viel offener und er vermochte sich wichtige Impulse verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen und Arbeiten – auch diejenigen seiner Opponenten –

---

<sup>86</sup> Wiggershaus 2001, S. 629.

<sup>87</sup> Lepsius, M. Rainer: Die Entwicklung der Soziologie nach dem zweiten Weltkrieg. In: Lüschen 1979, S. 52.

<sup>88</sup> Tenbruck, Friedrich H.: Deutsche Soziologie im internationalen Kontext. In: Lüschen 1979, S. 96.



kreativ anzueignen. Habermas begann gerade während den Polemiken im Rahmen des Positivismusstreits seine eigene Theorie der rationalen Diskussion zu entwickeln, die ihn später mit weiteren Modifikationen als Theorie des kommunikativen Handelns berühmt machte.

Die Habermassche Theorie der Gesellschaft unterscheidet sich von den Arbeiten der ersten Generation der Frankfurter Schule unter anderem durch die Tatsache, dass sie historisch optimistisch ist – sie sieht das Projekt der Moderne unvollendet und evolutionsoffen. Es ist charakteristisch, dass linke Kritiker der Habermasschen Transformation der Kritischen Theorie, welche die ältere Linie der Theorie verteidigen wollen, fast ausschließlich mit Publikationen der Frankfurter Schule aus der Zwischenkriegszeit argumentieren.<sup>89</sup> Dazu griffen sie vor allem auf den „alten Horkheimer“ zurück (nach 1945 publizierte Max Horkheimer wenig und das meiste davon war für die orthodoxe Linke unbrauchbar).<sup>90</sup>

## **Die Stellung der Frankfurter Schule in der westdeutschen Öffentlichkeit**

Wir haben bereits erwähnt, dass die Frankfurter Schule nach der Rückkehr des IfS als Träger der Modernisierung der Sozialwissenschaft und der Ideale der Demokratisierung nach amerikanischem Kulturmuster empfunden wurde. Gründe dafür waren, dass erstens das IfS, wie bereits betont, die Methodologie der empirischen Forschung aus Übersee propagierte und damit auch davon profitierte, dass die Sozialwissenschaften unter dem Einfluss der amerikanischen Tradition bei einem, vor allem jüngeren Teil der westdeutschen Intelligenz als Mittel des gesellschaftlichen Fortschritts und Aufbau einer freiheitlichen Gesellschaft begriffen wurden. Zweitens war ein Teil der empirischen Untersuchungen und auch der Reden und Veröffentlichungen des IfS mit reedukativen Bemühungen verbunden, die vor allem für die Studentenschaft attraktiv waren (Erforschung der autoritären Einstellungen, Bildungsreformen usw.).

---

<sup>89</sup> S. zum Beispiel Moritz, Peter: Kritik des Paradigmenwechsels. Mit Horkheimer gegen Habermas, Lüneburg 1992 oder Bolte, Gerhard (Hrsg.): Unkritische Theorie. Gegen Habermas. Lüneburg 1989.

<sup>90</sup> Horkheimer selbst gab, wie erwähnt, in den sechziger Jahren seine Studien aus den dreißiger Jahren nur zögernd heraus, oft mit der Mahnung, dass es sich um eine bloße Dokumentation handelt.

Während der sechziger Jahren kam es zu einer Veränderung des Bildes der USA in den Augen der kritischen westdeutschen Öffentlichkeit: Wegen der großen Probleme der US-amerikanischen Gesellschaft (Rassismus, geringere Erfolge der Bürgerrechtsbewegung als erwartet) und vor allem wegen dem Engagement im Vietnamkrieg trennte sich das emanzipatorische Potenzial von den ursprünglichen amerikanischen Kulturmustern. Für einen Teil der westdeutschen Intelligenz verband sich nun die Inspiration unter anderem mit einigen deutschen Reemigranten, darunter auch Mitglieder der Frankfurter Schule. Das paradoxe dieser Tatsache war, dass die Frankfurter zwar das Erkennen der sozialen Welt stets auf die gesellschaftliche Totalität bezogen, wobei das Ideal einer vernünftigeren Gesellschaft mit dem Reformethos zusammenhing, aber keiner der Frankfurter – mit Ausnahme des in den USA lebenden Herbert Markuse – an einem unmittelbaren sozialen oder politischen Engagement interessiert war. Die führenden Köpfe der ersten Generation der Frankfurter Schule, Horkheimer und Adorno, waren gegenüber praktischen Projekten einer Reform der Gesellschaft skeptisch. Helmut Dubiel beschreibt den geschichtsphilosophischen Pessimismus von Adorno und Horkheimer als eine „unfruchtbare Dialektik einer vereinseitigten verfallstheoretischen Perspektive“.<sup>91</sup> Dies gilt vor allem für Max Horkheimer, dessen politische Haltungen sich von denjenigen der westdeutschen intellektuellen Linken immer mehr unterschieden, er billigte den Algerienkrieg, die deutsche atomare Bewaffnung und sogar das US-amerikanische Kriegsengagement in Vietnam<sup>92</sup> und stellte sich unter anderem gegen die Emanzipation der Frauen.<sup>93</sup> Adorno – der in der Öffentlichkeit ebenfalls politisch enthalten war – nahm demgegenüber an Protesten der Akademiker gegen die Notstandsgesetze teil und unterschrieb, ähnlich wie Habermas, am Anfang der studentischen Revolte im Jahre 1967 mit anderen linken und liberalen Intellektuellen Erklärungen, welche die Beachtung von demokratischen Verfassungsprinzipien verlangten.<sup>94</sup> Sonst war aber auch Adorno einem politischen Engagement gegenüber sehr reserviert und widmete sich in den Sechzigern immer mehr der Philosophie, Ästhetik und Kulturkritik. Er befasste sich vor allem mit Lite-

---

<sup>91</sup> Dubiel, Helmut: Der Streit über die Erbschaft der Kritischen Theorie. In: Schäfers, Bernhard (Hrsg.): Soziologie in Deutschland, Opladen 1995, S. 128f.

<sup>92</sup> Albrecht 1999, S. 151f.

<sup>93</sup> Gmünder 1985, S. 43f.

<sup>94</sup> Behrmann, Günter C.: Kulturrevolution: Zwei Monate im Sommer 1967. In: Albrecht 1999, S. 330.

ratur und Musik, denen er in manchem ein größeres Potential für das Erkennen der Wirklichkeit zumutete als den Sozialwissenschaften.

Trotz manchen, bis heute inspirierenden Einsichten, die Adornos Werk attraktiv sowohl für neomarxistische als auch für die postmoderne Philosophie und sozialwissenschaftliche Studien machen,<sup>95</sup> lassen sich, als Folgen des genannten existenziellen Pessimismus, einige Kurzschlüsse in Adornos Denken erkennen, nämlich dort, wo sich sein philosophisch generalisierender Blick dogmatisch zeigte. Symptomatisch hierfür sind seine musikwissenschaftlichen Studien über Jazz, den er vereinfacht als banales Produkt der Kulturindustrie aburteilte. Zu dieser Meinung neigte er bereits seit seiner ersten Studie zu diesem Thema im Jahre 1933.

Die Frankfurter galten in den Augen vieler Studenten als Boten der amerikanischen Kultur – gerade Adornos Missverständnis der Jazzmusik verdeutlicht aber, wie paradox diese Auffassung war. Manche Einwände Adornos gegen die Jazzmusik waren einfach falsch, dogmatisch auf außermusikalische Kategorien gestützt und zeugten von den elitären Vorbehalten eines klassischen deutschen Akademikers.<sup>96</sup> Inspiriert durch die Studie von Fritz Ringer: „The Decline of the German Mandarins“<sup>97</sup> über deutsche Akademiker aus der Wilhelminischen und Weimarer Epoche, findet Martin Jay einige Elemente des von Ringer so genannten „Mandarinentums“ in den Einstellungen der ersten Generation der Frankfurter Schule wieder: Das Gefühl des Niedergangs, eine Aburteilung der Massengesellschaft und eine Abneigung gegenüber der Spezialisierung, d.h. auch gegenüber einer Verminderung der Rolle der Philosophie in den Wissenschaften.<sup>98</sup> Jay betont aber auch Elemente, die das IfS von der „Mandarinentradition“ unterscheiden. Am überzeugendsten belegt er dies mit dem Interesse des IfS für die Psychoanalyse und Inspirationen durch die Linkshegelianer der vierziger Jahre des 19. Jahrhunderts.<sup>99</sup>

---

<sup>95</sup> Hauser, Michael: Adorno: moderna a negativita, *Filosofia*: Praha 2005; Pensky, Max (ed.): *The Actuality of Adorno. Critical Essays on Adorno and the Postmodern*, State University of New York Press 1997.

<sup>96</sup> Vgl. Witkin, Robert W.: Why Did Adorno “Hate” Jazz?, *Sociological Theory* 18 (2000), No 1, S. 145–170. Witkin schreibt, dass einige von Adornos Ansichten über den Jazz von anderen Autoren als reaktionär und wegen der Form der benutzten Bewertungen sogar als rassistisch empfunden wurden. Ebd. S. 145.

<sup>97</sup> Ringer, Fritz K.: *The Decline of the German Mandarins. The German Academic Community, 1890–1933*, Cambridge, Massachusetts 1969.

<sup>98</sup> Ähnlich argumentiert auch König 1987, S. 256.

<sup>99</sup> Jay 1981, S. 340ff.

Ein aktueller Blick auf die Geschichte der Sozialwissenschaften und auf gegenwärtige Strömungen in der Soziologie und Philosophie zeigen, dass der zeitgenössische Einfluss der ersten Generation der Frankfurter Schule auf die westdeutsche intellektuelle und kulturelle Szene größer war als der Einfluss der einzelnen Facharbeiten. Von den wichtigen Schülern des IfS oder Leuten, die von ihm stark beeinflusst waren, nennen wir neben den Soziologen und Politologen Jürgen Habermas, Heinz Maus, Kurt H. Lenk und Alfred Schmidt auch Namen von Künstlern und Publizisten wie z.B. Hans Magnus Enzensberger, der Journalist Gunter Hofmann oder der Kabarettist Matthias Beltz.

Auch solche deutsche Intellektuelle, die sich später politisch anders ausrichteten, wie z.B. konservative Literaturhistoriker, Publizist und Herausgeber der Zeitschrift Merkur, Karl Heinz Bohrer oder der Schriftsteller Botho Straus, gaben an, dass vor allem T. W. Adorno ihr Leben beeinflusst habe. In den Texten beider Autoren wirken kulturpessimistische und elitäre Ansichten des traditionellen europäischen Intellektualismus, worin die Ähnlichkeit zu ihren einstigen Frankfurter Lehrer besteht.

Clemens Albrecht bietet mit seinen Hinweisen an die Erinnerungen damaliger Studenten und junger Akademiker eine interessante Erklärung des Phänomens der großen gesellschaftlichen Wirkung der Frankfurter Schule an. Er behauptet, dass der Einfluss des IfS vor allem auf die studentischen, intellektuellen und journalistischen Kreise der BRD deshalb so groß war, weil das IfS in mancher Hinsicht ein einzigartiges Angebot für die starke Nachfrage vor allem der jungen Generation nach einer Vergangenheitsbewältigung hatte. Diese Einzigartigkeit war auch sozialpsychologischer Natur,<sup>100</sup> es ging um „das Bedürfnis der Studenten, durch eine entlarvende Analyse der Bestandteile der NS-Ideologie die eigene Vergangenheit aufzuarbeiten, mehr aber noch: eben durch diese Form der Aufarbeitung die Anerkennung der Emigranten zu gewinnen und mit ihr den Dispens von alter Schuld durch die Versicherung, auf dem richtigen Weg zu ihrer zukünftigen Vermeidung zu sein.“<sup>101</sup> Die öffentliche psychotherapeutische

---

<sup>100</sup> Vgl. die symptomatische Ansicht einer Studentin, die sich in vielen Variationen in den Erinnerungen der Studenten und anderer junger Akademiker findet: „Für manche wurden die Sozialwissenschaften zur Lebensform, ich brauchte sie viel eher als therapeutisches Milieu – genauer: als therapeutisches Erkenntnismilieu“. Zitiert nach Albrecht 1999, S. 525. S. auch Tenbrück, Friedrich H.: Deutsche Soziologie im internationalen Kontext. In: Lüschen 1979, S. 74.

<sup>101</sup> Albrecht 1999, S. 523. Albrecht belegt mit einer Analyse von fast 1000 Artikeln über das IfS aus den Jahren 1950–1973, dass auch im Medienbild des IfS die Präsentation des Instituts als eines wichtigen Trägers der Vergangenheitsbewältigung eine sehr wichtige Rolle spielte. Ebd., S. 213.

Rolle des IfS ist auch in der Korrespondenz von Adorno und Horkheimer zu finden, in der die eigene Funktion als „intellektueller Seelsorger“ mit unübersehbarem Stolz erwähnt wird.<sup>102</sup> Wir halten Alberts These für eine plausible Erklärung für das hohe Ansehen bei einem Teil der westdeutschen Öffentlichkeit. Die Kraft der Ursache des besonderen Status des IfS war so groß, dass sie einen Teil der Anhänger des IfS daran hinderte zu erkennen, dass es umstritten war, das IfS auch in anderen Bereichen der Modernisierung und Demokratisierung als eine inspirative Kraft zu sehen. Horkheimer und Adornos geschichtsphilosophischer Pessimismus, utopistische Elemente ihrer fundamentalen Kritik der Moderne und die konservativen Neigungen des späten Horkheimer, z.B. sein Infragestellen der Frauenemancipation, sprachen dagegen.

Als weitere Gründe für die besondere Stellung des IfS in der deutschen Öffentlichkeit sind die geschickte Öffentlichkeitsarbeit und der Umgang mit den Massenmedien zu nennen. Aber auch dieser Aspekt des Einflusses ist im Hinblick auf manche Positionen der kritischen Theoretiker ambivalent: in ihren Schriften waren die Frankfurter sehr kritisch gegenüber den Massenmedien, selbst aber wussten sie sie gut auszunutzen. Sie pflegten vielfältige Kontakte zu Journalisten, einige von denjenigen, die das IfS oft erwähnten, waren Schüler des Instituts.<sup>103</sup> Clemens Albrecht belegt mit statistischen Analysen, dass in den westdeutschen elektronischen Medien – Rundfunk und Fernsehen – Horkheimer und Adorno präsenter waren als andere wichtige Sozialwissenschaftler und Philosophen.<sup>104</sup> Hinzu kam die Tatsache, dass Horkheimer und Adorno viele Ämter bekleideten. Horkheimers Rektorat in den Jahren 1951–53 wurde bereits erwähnt, 1963 bekam er den Vorsitz der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, zwei Jahre später wurde er im Amt bestätigt. Das gesellschaftliche Prestige stieg auch durch verschiedene Preise, die den führenden Persönlichkeiten des IfS verliehen wurden (z.B. Goethe-Plakette /1953/ und Lessing-Preis der Stadt Frankfurt /1970/ für Horkheimer; Goethe-Plakette /1953/, Arnold Schönberg-Medaille /1954/ und Deutscher Kritiker-Preis für Literatur /1959/ für Adorno).<sup>105</sup>

---

<sup>102</sup> S. Albrecht 1999, S. 523.

<sup>103</sup> S. ebd., S. 203ff, 220f.

<sup>104</sup> Albrecht 1999, S. 227ff.

<sup>105</sup> Mehr dazu: Wiggershaus, Rolf: Theodor W. Adorno, München 1987, S. 25f.; Gmünder 1985, S. 13.

Die studentischen Unruhen Ende der sechziger Jahre brachten eine Klärung der Rolle, die das IfS für die potenziell radikaleren Teile der westdeutschen Öffentlichkeit, vor allem für die Studenten, spielen konnte. Für einige von ihnen waren die führenden Persönlichkeiten des IfS ursprünglich geistige Väter, bei den sich Argumente für Kritik sowohl an der Verleugnung der NS-Vergangenheit als auch an verschiedenen autoritären Erscheinungen (auch in Institutionen wie der Universität) finden ließen.

Wieder wurde das bereits mehrmals erwähnte, tiefe Paradoxon in der Beziehung zwischen Ambitionen, Werken und einigen radikalen Erklärungen der kritischen Theoretiker über praktische Zusammenhänge der Sozialwissenschaften und dem Streben nach einer vernünftigeren Gesellschaft einerseits und der Praxis andererseits deutlich. Hätten westdeutsche radikale Jugendliche auch nüchterne und skeptische Äußerungen, vor allem von Horkheimer und Adorno, über die nicht mehr existierende Möglichkeit einer radikalen Veränderung der Gesellschaft nach 1945 gekannt oder sie richtig verstanden,<sup>106</sup> wäre bei manchen rebellierenden Studenten (unter anderem auch bei den Doktoranden des IfS, wie z.B. Hans-Jürgen Krahl, einem der Führer der Proteste in Frankfurt) die Enttäuschung über das praktische Verhalten der „geistigen Väter der Revolte“ vielleicht nicht so groß gewesen.

Nun aber wurde dieses Missverständnis von peinlichen Ereignissen begleitet: Die Taktik der protestierenden Studenten, in Form von Besetzungen der Universitätsräume Aufmerksamkeit zu erzeugen, wurde auch im IfS angewandt (31. Januar 1969), T. W. Adorno als sein geschäftsführender Direktor rief jedoch zur Räumung des Instituts die Polizei und sagte anschließend vor Gericht gegen die studentischen Anführer aus. Die Konfrontation mit den Studenten traf gerade T. W. Adorno am schmerzlichsten: Seine Vorlesung „Einführung in das dialektische Denken“ wurde am 22. April 1969 von Protestierenden gestört, sogar durch in Form eines Happenings mit dem Auftritt von zwei halbnackten Studentinnen, dies sollte angeblich eine Anspielung auf Adornos machohafte Verhaltensweisen gegenüber Studierenden darstellen.<sup>107</sup> Adorno reagierte auf eine erneute Störung seiner Vorlesung im Juni mit dem endgültigen Abbruch seiner Vorlesungen im Sommersemester 1969.

---

<sup>106</sup> S. z.B. Gmünder 1985, S. 45 oder Jay 1981, S. 339.

<sup>107</sup> Schütte, Wolfram: Adorno in Frankfurt. Ein Kaleidoskop mit Texten und Bildern, Frankfurt am Main 2003, S. 333ff.

Jürgen Habermas, von dem sich radikale Studenten wegen seiner kritischen Arbeiten über die zeitgenössische Universität und aufgrund seines geringeren Alters Unterstützung erhofften, lehnte die studentischen Proteste, ähnlich wie Horkheimer und Adorno, ab, er war ihnen sogar „linken Faschismus“<sup>108</sup> vor.

Radikale Studenten nutzten bei der Konfrontation mit den Leitern des IfS auch von denen proklamierte kritische Intentionen im Bereich der Vergangenheitsbewältigung aus: Sie hatten eine Rezension von Adorno aus dem Jahre 1934 entdeckt, in der er einen Liederzyklus lobte, der Gedichte von Baldur von Schirach vertonte. Horkheimer wurde von den Studenten dafür kritisiert, dass er sich nicht dagegen wehrte, dass der Bildhauer Knud Knudsen, der während der NS-Zeit Karikaturen für den Stürmer zeichnete, im Auftrag des Frankfurter Magistrats im Jahre 1965 eine Büste Horkheimers fertigte.<sup>109</sup>

Die Ablehnung der Radikalität der studentischen Proteste gehört auch zum Beitrag des IfS zur Demokratisierung der westdeutschen Gesellschaft, obwohl diese Einstellung ambivalent war. Schließlich lag ihre Lehre in ideeller Nähe zur Kritik der Gesellschaft, die die protestierenden Studenten äußerten. Nachdem sich die studentischen Proteste beruhigten und sich ihre pathologischen Resonanzen durch das triste Ende einiger alternativen Kommunen und durch den Terror der RAF in ihrer Negativität zeigten, übertrug sich die Wirkung des IfS in den siebzigen Jahren – also nach dem Tod Adornos (1969) und Horkheimers (1973) – in eine Welle der Applikationen der Kritischen Theorie in die verschiedenen Sozialwissenschaften und in erste Versuche, den Horkheimerkreis als intellektuelle Schule sowohl wissenschaftlich als auch kritisch zu bewerten und einzureihen.

## Schluss

Die Rückkehr des Instituts für Sozialforschung aus dem US-amerikanischen Exil im Jahre 1951 mit einer reedukativen Mission, die die Mitglieder des IfS in Zusammenarbeit mit US-amerikanischen Behörden auf sich

<sup>108</sup> Die heftige Reaktion der radikalen linksorientierten Intellektuellen darauf s. in Abendroth, Wolfgang (Hrsg.): *Linke antwortet Habermas*, Frankfurt am Main 1968. Habermas hat die Bezeichnung „Linksfaschismus“ später abgedämpft, umgekehrt hat einer der damaligen Kritiker, Oskar Negt, sich 20 Jahre später entschuldigt und Habermas rückwirkend zugestimmt. Negt, Oskar: *Autonomie und Eingriff. Ein deutscher Intellektueller mit politischem Urteilsvermögen: Jürgen Habermas*. *Frankfurter Rundschau* 16. 6. 1989.

<sup>109</sup> Albrecht 1999, S. 216.

genommen hatten, war im Bezug auf ihre marxistische Orientierung und der Kritik gegenüber dem Kapitalismus und der liberalen Demokratie paradox. Trotz der Tatsache, dass die Hauptgründe für die Rückkehr des IfS nach Deutschland pragmatischer Natur waren (Hoffnung auf bessere materielle Bedingungen und Chancen einer autonomen Weiterexistenz), kann man die Wirkung des IfS in den ersten zwei Jahrzehnten nach der Rückkehr als Erfüllung der reedukativen, demokratisierenden und modernisierenden Pläne bewerten.

Innerhalb der Sozialwissenschaften haben die Frankfurter zur Entwicklung der modernen empirischen Forschung und zur Abschwächung der spezifischen deutschen Traditionen beigetragen, die durch ihre geisteswissenschaftliche Prägung zur Spekulation und Ideologisierung neigte. Modernisierend wirkten die Persönlichkeiten der Frankfurter Schule im wissenschaftspolitischen und organisatorischen Bereich auch dadurch, dass sie eine Weiterentwicklung der sozialpsychologischen und psychoanalytischen Forschung anstrebten, also jener Fächer, die während der NS-Ära besonders stark belastet waren.

Gleichzeitig trugen die Hauptpersonen des IfS wesentlich zum hohen Niveau der theoretischen und epistemologischen Reflexion der Sozialwissenschaften bei. Sie führten nach 1945 nicht nur die Werturteildiskussionen aus der Vorkriegszeit fort, sondern wurden, vor allem in Gestalt des so genannten Positivismusstreits mit seinem Schwerpunkt in den Jahren 1959–1965, zu einem wichtigen Medium, in dem die während der NS-Zeit missbrauchten und gleichgeschalteten deutschen Sozialwissenschaften, ihre ethischen und politischen Zusammenhänge reflektieren konnten.

Auf der weiteren Ebene der reedukativen und demokratisierenden Funktion des IfS sind einige seiner Forschungsprojekte zu nennen, die politische Einstellungen der deutschen Bevölkerung erfassten oder sich der Hochschulbildung und der Soziologie der Studentenschaft widmeten.

Innerfachliche Diskussionen der deutschen Sozialwissenschaften, in denen sich vor allem Theodor W. Adorno und Jürgen Habermas engagierten, überschritten die engen fachlichen Grenzen. Das IfS erfreute sich in der betrachteten Zeit einer wachsenden Popularität vor allem seitens Teilen der studentischen, intellektuellen und journalistischen Kreise der BRD.

Hauptgründe der besonderen Stellung der Sozialphilosophen des IfS und ihrer Funktion als intellektueller Schule waren, dass die Männer der ersten Generation der Frankfurter Schule als jüdische Reemigranten nicht durch den Nationalsozialismus kompromittiert waren und mit ihren Inter-



essen an einer Ideologiekritik, an Sozialpsychologie und an einer Reedukation und Demokratisierung dem kritischeren Teil der westdeutschen Öffentlichkeit während der restaurativen Adenauerzeit eine einzigartige Möglichkeit zu einer differenzierten Auseinandersetzung mit wichtigen Problemen sowohl gesellschaftlicher als auch individueller Natur anboten, die mit der NS-Vergangenheit zusammenhingen.

Die publizistische und pädagogische Tätigkeit des Horkheimerkreises war eine wichtige Quelle der westdeutschen Kulturrevolution, die in den studentischen Protesten am Ende der Sechziger ihren Katalysator fand. Die Tatsache, dass die Sozialwissenschaftler des IfStrotz der schmerzlichen Konfrontation mit den radikalisierten Studenten im Jahre 1969 die Sprengung der Regeln des demokratischen Rechtsstaates abgelehnte, ist als Bestandteil der demokratisierenden Wirkung des IfS in Westdeutschland zu betrachten.

## Literaturverzeichnis

- Abendroth, Wolfgang (Hrsg.): Linke antwortet Habermas, Frankfurt am Main 1968.
- Adorno, Theodor W. et al. (Hrsg.): Der Positivismusstreit in der deutschen Soziologie, Neuwied – Berlin 1969.
- Albrecht, Clemens et al. (Hrsg.): Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik. Eine Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule, Frankfurt am Main – New York 1999.
- Bolte, Gerhard (Hrsg.): Unkritische Theorie. Gegen Habermas. Lüneburg 1989.
- Cramer, Erich: Hitlers Antisemitismus und die „Frankfurter Schule“, Kritische Faschismus-Theorie und geschichtliche Realität. Düsseldorf 1979.
- Dahrendorf, Ralf: Die drei Soziologien, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 12 (1960), S. 120–133.
- Dahrendorf, Ralf: Pfade aus Utopia. Zur Theorie und Methode der Soziologie, München 1985.
- Gmünder, Ulrich: Kritische Theorie: Horkheimer, Adorno, Marcuse, Habermas, Stuttgart 1985.
- Habermas, Jürgen et al. (Hrsg.): Student und Politik: Eine soziologische Untersuchung zum politischen Bewusstsein Frankfurter Studenten, Neuwied 1961.
- Hauser, Michael: Adorno: moderna a negativita, Filosofia: Praha 2005.
- Jay, Martin: Dialektische Phantasie. Die Geschichte der Frankfurter Schule und des Instituts für Sozialforschung 1923–1950, Frankfurt am Main 1981.
- Katz, Barry M.: The Criticism of Arms: The Frankfurt School Goes to War, The Journal of Modern History 59 (1987), No. 3, S. 439–478.

- König, René: Soziologie in Deutschland. Begründer, Verächter, Verfechter, München 1987.
- König, René: Studien zur Soziologie, Fischer: Frankfurt am Main 1971.
- Lüschen, Günther (Hrsg.) Deutsche Soziologie seit 1945, Opladen 1979 (Spezialnummer der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie).
- Moritz, Peter: Kritik des Paradigmenwechsels. Mit Horkheimer gegen Habermas, Lüneburg 1992.
- Pensky, Max (ed.): The Actuality of Adorno. Critical Essays on Adorno and the Postmodern, State University of New York Press 1997.
- Ringer, Fritz K.: The Decline of the German Mandarins. The German Academic Community, 1890–1933, Cambridge, Massachusetts 1969.
- Schäfers, Bernhard (Hrsg.): Soziologie in Deutschland, Opladen 1995.
- Schütte, Wolfram: Adorno in Frankfurt. Ein Kaleidoskop mit Texten und Bildern, Frankfurt am Main 2003.
- Wiehn, Erhard R. (Hrsg.): Juden in der Soziologie, Konstanz 1989.
- Wiggershaus, Rolf: Die Frankfurter Schule, München 2001.
- Wiggershaus, Rolf: Theodor W. Adorno, München 1987.
- Witkin, Robert W.: Why Did Adorno „Hate“ Jazz?, *Sociological Theory* 18 (2000), No 1, S. 145–170.

## SCHRIFTSTELLER UND IHRE REPUBLIK BUNDESDEUTSCHE AUTOREN UND IHR GESELLSCHAFTLICHES ENGAGEMENT IN DEN 50er UND 60er JAHREN

---

MONIKA PRÁCHENSKÁ

### **Abstract**

#### **The Writers and their Republic**

The article focuses on the modernization of the West German literary milieu in the years from 1945 to 1968/9. The main features of the modernisation are according to Práchenská the change of generations and the political engagement of the most of the writers. The experience with National Socialism and the revolutionary years 1968/9 changed the attitude to social engagement of the post war cultural representatives in West Germany. Many writers tried to realise their ideological requests by social (mainly protest) activities or direct in the political sphere as members of the political party (SPD). However limited was their political capability, they became moral authority which helped to secure the democratic regime of West Germany.

**Keywords:** German writers, protest movements, democratization, West Germany

Die Modernisierung des kulturellen Lebens, das stark von der national-sozialistischen Herrschaft und dem Zweiten Weltkrieg dezimiert worden war, war eine der wichtigsten Voraussetzungen für die weitere und demokratische Entwicklung der Bundesrepublik. Die Modernisierung des literarischen Lebens verlief auf drei verschiedenen Ebenen. Erstens suchten die Autoren einen Anschluss der deutschen Literatur, die nach 1933 schnell ihren Platz auf der internationalen Szene verloren hatte, an die Weltliteratur. Zweitens mussten die Interessenverbände und Interessenvereine der Schrift-

steller neu und zeitgemäß organisiert werden. Dies wurde nicht nur durch das Verbot von verschiedenen Organisationen in der NS-Zeit verkompliziert, sondern auch durch die Teilung Deutschlands. Drittens konnte man neue Tendenzen auch im Verhältnis der Schriftsteller zu ihrem Staat beobachten. Gerade das Engagement der Autoren im alltäglichen, politischen und gesellschaftlichen Leben ist für meine Studie am interessantesten, da hier die Modernisierung nicht nur der allgemeinen Definition eines Prozesses, bei dem Altes durch Neues ersetzt wird, entspricht, sondern einen Typus des gesellschaftlichen Wandels darstellt, der zu einer zunehmenden Anpassungsfähigkeit der Gesellschaft gegenüber Veränderungen führt.<sup>1</sup> Wenn es sich in den ersten zwei Punkten eher um eine Wiederkehr oder eine Anknüpfung an die Vorkriegsentwicklung handelt, die durch die NS-Herrschaft gewaltsam unterbrochen und teilweise vernichtet worden war, stellen das Engagement der Schriftsteller nach dem zweiten Weltkrieg und seine Formen etwas in der deutschen Geschichte bisher Ungewohntes dar.

In der vorliegenden Studie wird dieses Phänomen untersucht. Des Weiteren wird versucht, die einzelnen Aspekte dieses Engagements und dessen Verwandlungen im Laufe der Zeit darzulegen sowie dessen Rolle in der Modernisierung der Bundesrepublik Deutschland zu erläutern. Ebenfalls steht die Frage nach den Motiven und Beweggründen der Schriftsteller für ihr Engagement im Mittelpunkt der Arbeit. Diese Untersuchung umfasst die Zeitspanne von den Nachkriegsjahren bis zum Jahr 1968/1969, das mit einem tiefen gesellschaftlichen Umbruch der westdeutschen Gesellschaft verbunden ist und einen Höhepunkt der westdeutschen Nachkriegsentwicklung markiert. Zugleich eröffnet es auch eine neue Etappe der Nachkriegsentwicklung der Bundesrepublik. „Zweifellos haben die Ereignisse der Jahre 1968/69 auch für die Existenz der Literatur den tiefgreifendsten Umbruch seit 1945 gebracht.“<sup>2</sup>

---

<sup>1</sup> Zur Definition der Modernisierung vgl. Endruweit, Günther – Trommsdorff, Gisela (Hrsg.): Wörterbuch der Soziologie, 2. neubearb. und erw. Aufl., Stuttgart 2002 oder Fuchs-Heinritz, Werner – Lautmann, Rüdiger (Hrsg.): Lexikon zur Soziologie, 3. völlig neubearb. und erw. Aufl., Opladen 1994 oder Hillmann, Karl-Heinz (Hrsg.): Wörterbuch der Soziologie, 4. überarb. und erg. Aufl., Stuttgart 1994 (Stichwort Modernisierung).

<sup>2</sup> Barner, Wilfried (Hrsg.): Geschichte der deutschen Literatur von 1945 bis zur Gegenwart, München 1994, S. 168. Einige Arbeiten setzen die Zäsur schon früher, im Jahre 1967 ein. Vgl. dazu Fischer, Ludwig: Die Zeit von 1947 bis 1967 als Phase der Literatur- und Gesellschaftsentwicklung. In: Fischer, Ludwig (Hrsg.): Literatur in der Bundesrepublik Deutschland bis 1967, München 1986, S. 29–96, bes. S. 37ff (Hansers Sozialgeschichte der deutschen Literatur vom 16. Jahrhundert bis zur Gegenwart Bd. 10).

Im ersten Teil dieser Studie (Junge Generation der Schriftsteller als Träger der Modernisierung) werden ideologische Ausgangspunkte der jungen Schriftstellergeneration dargelegt. Die Lage vor dem Zweiten Weltkrieg wird mit der Nachkriegszeitrealität verglichen sowie die neuen Tendenzen im Engagement der Schriftsteller aufgezeigt. Der zweite Teil (Proteste der Schriftsteller) stellt die wichtigsten Ereignisse des gesellschaftlichen und politischen Engagements der Schriftsteller chronologisch dar. Ferner wird versucht, sowohl die Motivation der Literaten für ihr Engagement zu erläutern als auch auf die Erfolge, evt. Misserfolge dieses Engagements hinzuweisen. Besondere Aufmerksamkeit wurde der Spiegel-Affäre und dem Kampf gegen die Notstandsgesetze gewidmet, denn sie werden oft als „Kristallisations- und Wendepunkte“ in dem Verhältnis der Intellektuellen zur Regierungspolitik bezeichnet.<sup>3</sup> Der dritte Teil (Schriftsteller für die SPD) beschäftigt sich mit dem parteipolitischen Engagement der Autoren für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, zeigt die Höhen und Tiefen dieser Partnerschaft. Außerdem möchte ich die Gründe analysieren, warum sich die Schriftsteller entschieden, gerade diese Partei zu unterstützen.

## **Junge Generation der Schriftsteller als Träger der Modernisierung**

Nach der nationalsozialistischen Diktatur gab es so etwas wie ein moralisches Vakuum – die Moralwerte der jüngsten Vergangenheit wurden unhaltbar und brachen zusammen. Die neuen Impulse und zahlreichen Anregungen für die gesellschaftliche und politische Gestaltung der Bundesrepublik schuf die neu geformte intellektuelle Schicht. Eine hervorragende Stellung innerhalb dieser Gruppe nahmen die Schriftsteller ein. Sie waren für ihre führende Rolle unter den Intellektuellen prädestiniert, da sie die Kunst des öffentlichen Wortergreifens sehr gut beherrschten, was ihnen einen großen Vorteil bei der Mitwirkung an der öffentlichen Debatte gab.<sup>4</sup> Hinzu kam noch die rasche Entwicklung der Massenmedien, die

---

<sup>3</sup> Müller, Helmut L.: Die literarische Republik. Westdeutsche Schriftsteller und die Politik, Weinheim – Basel 1982, S. 85.

<sup>4</sup> Zur Problematik Schriftsteller als Intellektuelle vgl. Jäger, Georg: Der Schriftsteller als Intellektueller. Ein Problemaufriss. In: Hanuschek, Sven (Hrsg.): Schriftsteller als Intellektuelle. Politik und Literatur im Kalten Krieg. (Studien und Texte zur Sozialgeschichte der Literatur, Bd. 73), Tübingen, 2000, S. 1–28.

es den Schriftstellern ermöglichte, sich ein breiteres Publikum sowohl für ihre Werke als auch und vor allem für ihre Statements zu verschaffen.

Für die Intellektuellen in der Weimarer Republik galt das Paradox „eines politischen Engagements unpolitischer Intellektueller“.<sup>5</sup> Das politische Engagement der deutschen Intellektuellen gab es zwar schon in dieser Zeit, es richtete sich aber gegen die Politik im westeuropäischen Sinne des Wortes. Die Front gegen die Weimarer Republik verband bekanntlich die radikale Rechte mit der radikalen Linken.<sup>6</sup> Die Intellektuellen waren eindeutig für den Untergang der ersten deutschen Demokratie mitverantwortlich. Die These, dass sie sich in ihrer Mehrzahl dem Nationalsozialismus fernhielten, ist aufgrund der Geschichtsforschung der letzten Jahrzehnte nicht mehr haltbar.<sup>7</sup>

Nach dem Zweiten Weltkrieg veränderte sich die Lage.<sup>8</sup> Konservative und nationalistische Denkweise wurde diskreditiert, die früheren politischen und sozialen Gegensätze wurden im Laufe des Krieges weitgehend beseitigt.<sup>9</sup> Im Unterschied zur Weimarer Republik waren die Schriftsteller und Intellektuellen nun bereit, sich für Deutschland zu engagieren.<sup>10</sup> Zwar engagierten sich die meisten nicht parteipolitisch, was eine Parallele zur Weimarer Republik darstellte, aber im Gegensatz zur Weimarer Republik wollten die Intellektuellen in der Bundesrepublik nie die Verfassung brechen.<sup>11</sup> Alle ihre Proteste verliefen auf der Grundlage der Verfas-

---

<sup>5</sup> Greiffenhagen, Martin: Die Intellektuellen in der deutschen Politik, *Der Monat* 233 (1968), S. 37.

<sup>6</sup> Ebd.

<sup>7</sup> Vgl. Pešek, Jiří: *Ve znamení kontinuity: Nad novou literaturou k dějinám německých a rakouských universit let 1933–1945* (1950), AUC *Studia territorialia* III. 2001 *Studia germanica et austriaca*, Praha 2002, S. 151–188 oder Stachorski, Stephan (Hrsg.): *Fragile Republik*. Thomas Mann und Nachkriegsdeutschland, Frankfurt/Main 1999.

<sup>8</sup> Zum Thema Intellektuelle in der Bundesrepublik nach 1945 vgl. ein sehr gelungener Beitrag von Birgit Pape: *Intellektuelle in der Bundesrepublik 1945–1967*. In: Schlich, Jutta: *Intellektuelle im 20. Jahrhundert in Deutschland*. Ein Forschungsreferat, 11. Sonderheft, Internationales Archiv für Sozialgeschichte der deutschen Literatur, Tübingen 2000, S. 295–324.

<sup>9</sup> Vgl. Bergsdorf, Wolfgang: *Ohnmacht und Anmaßung. Das Verhältnis von Intellektuellen zur Politik*, *Die Politische Meinung* 23 (1978), S. 53–66 oder Bergsdorf, Wolfgang (Hrsg.): *Die Intellektuellen. Geist und Macht*, Pfullingen 1982, wo auch die Beiträge von Helmut Sahelsky, Raymond Aron oder Kurt Sonheimer zu diesem Thema zu finden sind.

<sup>10</sup> Vgl. Die Reden von sieben Autoren, die sie auf dem Zweiten Schriftstellerkongress im Frankfurt 18.–19. Mai 1948 hielten. In: Bechtoldt, Heinrich (Hrsg.): *Literatur und Politik*. Sieben Vorträge zur heutigen Situation in Deutschland, Konstanz 1948.

<sup>11</sup> Vgl. dazu: Greiffenhagen 1968, S. 33–43 oder Burns, Rob – Will, Wilfried van der: *Protest and Democracy in west Germany. Extraparliamentary Opposition and the Democratic Agenda*, Basingstoke 1988 oder Bergsdorf, Wolfgang (Hrsg.): *Die Intellektuellen. Geist und Macht*, Pfullingen 1982.

sung.<sup>12</sup> Sie versuchten nie, die Republik zu stürzen oder die so mühsam errungenen demokratischen Freiheiten und Prinzipien zu verletzen. Oft entsprangen ihre Proteste gerade der Befürchtung, dass diese Werte und Grundrechte beschränkt werden könnten. Die Intellektuellen in der Weimarer Republik waren im Unterschied dazu nie in ihrer Mehrheit dazu bereit, die Republik zu verteidigen.

Im Gegensatz zur traditionellen unpolitischen oder sogar antipolitischen Haltung der deutschen Intellektuellen und Dichter dominierte nach dem Zweiten Weltkrieg der Typus des engagierten Künstlers. Birgit Pape vertritt in ihrer Studie „Intellektuelle in der Bundesrepublik 1945–1967“ eine ähnliche Position, wenn sie feststellt, dass „ein bedeutender Teil intellektueller Kräfte fortan ihr Engagement nicht länger ausschließlich auf den verbalen Diskurs beschränken wollte.“<sup>13</sup> Dieser Typus wurde in der Bundesrepublik Deutschland vor allem durch die sog. „junge Generation“ von Schriftstellern verkörpert. Gerade aus dieser „jungen“ Generation kamen die meisten Impulse und Ideen für die Modernisierung sowohl des kulturellen Lebens als auch des gesellschaftlichen und politischen Alltags.

Für die junge Generation war die Dichtung keine Privatsache mehr. „Jung“ bedeutete keine Altersbezeichnung, sondern eher das Programm – die Distanzierung vom Vergangenen, Alten, unabhängig davon, ob es sich um Personen oder um die früheren Perioden der deutschen Geschichte handelte. Die alte Generation wurde für den politischen und geistigen Bankrott Deutschlands verantwortlich gemacht. Ein absoluter geistiger, wirtschaftlicher und politischer Neubeginn wurde gefordert. „Aus der Verschiebung des Lebensgefühls, aus der Gewalt der Erlebnisse, die der jungen Generation zuteil wurden und die sie erschütterten, erscheint ihr heute die einzige Ausgangsmöglichkeit einer geistigen Wiedergeburt in dem absoluten und radikalen Beginn von vorn zu liegen.“<sup>14</sup> Die junge Generation war anfangs unerfahren in den öffentlichen Auftritten. Es mangelte ihr an Bildung, Übersicht und Erfahrung, da die meisten von ihnen zu Beginn des Krieges noch Jugendliche gewesen waren und direkt von der

---

<sup>12</sup> Vgl. Hoffmann, Ferdinand: Von Weimar bis Bonn? Zwei deutsche Republiken und ihre Dichter. In: Ingen, Ferdinand van – Labrousse, Gerd (Hrsg.): Literaturszene Bundesrepublik. Ein Blick von draußen. Symposion an der Freien Universität Amsterdam, Amsterdam 1988, S. 179–209.

<sup>13</sup> Pape, Birgit: Intellektuelle in der Bundesrepublik 1945–1967. In: Schlich 2000, S. 297.

<sup>14</sup> Richter, Hans Werner: Warum schweigt die junge Generation? In: Neunzig, Hans A. (Hrsg.): Der Ruf. Unabhängige Blätter für die junge Generation. Eine Auswahl, München 1976, S. 63.

Schule oder Universität zum Reichsarbeitsdienst oder in die Wehrmacht einberufen worden waren. Trotzdem übernahm diese jüngere Generation bald die führende Rolle.<sup>15</sup> Die meisten namhaften Schriftsteller der alten Generation<sup>16</sup> wurden zwar ins Projekt der geistigen Umerziehung der Deutschen (reeducation) eingegliedert und waren von den Alliierten als Sinnvermittler gefragt, andererseits wurden ihr moralischer Kredit und das Recht, Trost und Rechtfertigung zu spenden, wegen ihrer Vergangenheit in Frage gestellt.<sup>17</sup> Dieses galt besonders für die „inneren Emigranten“<sup>18</sup>.

Das Durchschnittsalter der jungen Generation lag im Jahre 1945 bei dreißig Jahren.<sup>19</sup> Mit dreißig können sie zwar nicht mehr als „junge Generation“ im ursprünglichen Sinne verstanden werden. Sie bildeten vielmehr eine Generationengemeinschaft. „Selten in der Geschichte eines Landes, das einen Krieg und mehr als einen Krieg verlor, hat sich eine derartige geistige Kluft zwischen zwei Generationen aufgetan wie heute in Deutschland.“<sup>20</sup> Ihre Persönlichkeiten wurden in der NS-Zeit und an der Front geformt und ihre Wahrnehmung und Gesinnung wurde von den Kriegsereignissen und Erfahrungen der NS-Zeit stark geprägt. Das alles hatte der Abstand zwischen den Generationen vertieft, der wohl eher ein Generationsbruch in den Augen der jungen Autoren war. Sie verstanden sich als Träger der Erneuerung.

Typisch für die junge Generation der Schriftsteller war die Suche nach einem dritten Weg, weil sowohl die kapitalistische als auch die kommunistische Ideologie<sup>21</sup> diskreditiert waren. Die erste durch die Ermöglichung des NS-Aufstiegs, die zweite durch die undemokratische und totalitäre Machtausübung in der UdSSR. Die Wiederherstellung der Verhältnisse, sowohl der wirtschaftlichen als auch geistigen, die Deutschland schon einmal in die Katastrophe geführt hatte, fanden die Intellektuellen gefährlich. Politisch repräsentierten die jungen Autoren, die sich um die Zeitschrift „Der

---

<sup>15</sup> Vgl. Barner 1994, S. 15.

<sup>16</sup> „Alte Generation“ bezeichnet die Autoren, die schon vor 1933 publizierten.

<sup>17</sup> Barner 1994, S. 10.

<sup>18</sup> Z.B. Werner Bergengruen, Ernst Weichert, Frank Thiess, Hans Carossa.

<sup>19</sup> Alfred Andersch 31, Arno Schmidt 31, Hans Werner Richter 33, Walted Kolbenhoff 37, Günter Eich 38, Wolfgang Weyruch 38, Heinrich Böll 28, Wolfgang Borchert 24, Wolfgang Koeppen 39.

<sup>20</sup> Richter 1976, S. 60.

<sup>21</sup> Zum Thema Antikommunismus als Identifikationsfaktor vgl. Fischer, Ludwig: Die Zeit von 1947 bis 1967 als Phase der Literatur- und Gesellschaftsentwicklung. In: Fischer 1986, S. 48f oder Huster, Ernst-Ulrich (Hrsg.): Determinanten der westdeutschen Restauration 1945–1949, Frankfurt/Main 1989.



Ruf“ gruppierten, die Position des freiheitlichen „humanen Sozialismus“.<sup>22</sup> Sie glaubten, in diesem gesellschaftlichen Modell den besten und gerechten Ausweg gefunden zu haben. Diese neue politische Ordnung hätte nicht nur für das ungeteilte Deutschland, sondern für ganz Europa gelten sollen.<sup>23</sup> Sie repräsentierte eine Alternative zu den zwei herrschenden welt-dominierenden Ideologien – dem Kapitalismus und dem Stalinismus. Der wirtschaftliche Aufbau Deutschlands hätte auf den Vorteilen des Sozialismus (Planung, Sozialisierung der Monopolbetriebe) aufgebaut werden sollen, der politische Aufbau – auf den Vorteilen der bürgerlichen Demokratie (Freizügigkeit, Pluralismus). Deutschland hätte dank seiner historischen Erfahrung und seiner zentralen Lage als Vermittler zwischen West und Ost wirken sollen.<sup>24</sup> Alfred Andersch schrieb: „Nirgends ist der Wunsch nach Ausgleich zwischen West und Ost nämlich stärker beheimatet als in Deutschland. Nirgends weiß man besser als in diesem Lande, dass eine gedeihliche Zukunft gerade auch für Deutschland nur gefunden werden kann, wenn Westen und Osten zu einer gemeinsamen Lösung der deutschen Frage sich aufrufen.“<sup>25</sup>

Es waren aber nicht nur die jungen Autoren um die Zeitschrift „Der Ruf“ herum, die diese Zukunftsvorstellung gemeinsam hatten. Auch andere Zeitschriften wie „Die Wandlung“, „Ost und West“ und „Frankfurter Hefte“ vertraten eine ähnliche politische Auffassung. Diese Ideen fanden auch in den einzelnen politischen Parteien ihre Anhänger, so war es in der Sozialdemokratie Kurt Schumacher und im christlichen Sozialismus der CDU, Jakob Kaiser. Die CSU und die Liberalen teilten diese Ansichten nicht. In diesem Zusammenhang erscheint es durchaus angebracht, von einem beherrschenden „sozialistischen Geist“ im politischen Raum während der unmittelbaren Nachkriegsjahre zu sprechen. Es stünde einer Restaurations-Bewegung bewusst entgegen, auch wenn „Sozialismus“-Vorstellungen bei den unterschiedlichen Gruppierungen einen sehr uneinheitlichen Charakter hatten.<sup>26</sup>

Kennzeichnend für die ersten Nachkriegsjahre war der Pathos und der Idealismus eines Neubeginns. Die Autoren glaubten, dass die Lage nach

---

<sup>22</sup> Barner 1994, S. 16.

<sup>23</sup> Barner 1994, S. 16.

<sup>24</sup> vgl. Müller 1982, S. 36.

<sup>25</sup> Andersch, Alfred: Die freie deutsche Republik als Brücke, Der Ruf 1. 12. 1946, hier zit. nach: Wagenbach, Klaus – Winfried, Stephan – Krüger Michael (Hrsg.): Vaterland, Muttersprache. Deutsche Schriftsteller und ihr Staat seit 1949, Berlin 1979, S. 65.

<sup>26</sup> Fischer, Ludwig: Die Zeit von 1947 bis 1967 als Phase der Literatur- und Gesellschaftsentwicklung. In: Fischer 1986, S. 47.

1945 nur in den Händen der Deutschen lag. Sie überschätzten die realen Möglichkeiten deutscher Politiker, den Lauf der Ereignisse zu beeinflussen, und unterschätzten zugleich die immensen Befugnisse der Besatzungsmächte in Deutschland sowie ihre politischen Ziele. Mit der Realpolitik des Nachkriegsdeutschlands konnten sich die meisten Autoren der jungen Generation nicht abfinden. Die Beziehung der Schriftsteller zur neuen Republik wurde von dieser Erfahrung der ersten Nachkriegsjahre stark geprägt. Wie Hans Werner Richter im Gespräch mit Helmut L. Müller im Jahre 1978 sagte: „An den Hoffnungen auf eine politische und soziale Ordnung, die in der unmittelbaren Nachkriegszeit formuliert worden waren, maßen die Autoren später immer wieder das tatsächlich Erreichte.“<sup>27</sup>

Den Grund, warum sich die Intellektuellen nur sehr selten parteipolitisch engagierten, sehe ich ähnlich wie Hans-Günter Lanfer in der Orientierung der Schriftsteller an einem „theoretischen, individualistischen, kosmopolitischen Horizont“. Kompromisse bedeuteten für sie eine Schwäche, sie erkannten die Politik des Machbaren nicht an.<sup>28</sup> Gerade diesen moralischen Impetus der Intellektuellen, der unter dem Begriff „die Stimme des Gewissens“ zusammengefasst wird, kann man als den bedeutendsten Beitrag der Intellektuellen zur bundesdeutschen Moral und damit auch zur Modernisierung der westdeutschen Gesellschaft betrachten. Die Tatsache, dass die Schriftsteller ziemlich schnell die Rolle des Gewissens der Nation wieder übernahmen, hing mit der deutschen Tradition des Staatsverständnisses zusammen, das durch die unvollständige Selbstständigkeit der Bundesrepublik dank der Vorbehaltsrechte der Alliierten verstärkt wurde. „Die ‚Dichter und Denker‘ erschienen gewissermaßen als stellvertretende Sprecher eines ‚Volkes‘, das die staatliche Organisation des gesellschaftlichen Lebens nie als die von ihm selbst getragene Verfassung öffentlicher Angelegenheiten verstehen konnte. Die Schriftsteller wie auch überhaupt die politisch wache kulturelle Elite, sahen sich daher zwei ‚Blöcken‘ gegenüber gestellt: Dem zwar bürgerlichen, aber nach wie vor obrigkeitlich wirkenden Staat und dem an diesem Staat desinteressierten, politisch apathischen ‚Volk‘.“<sup>29</sup> Die pragmatische Politik der CDU

---

<sup>27</sup> Müller 1982, S. 40.

<sup>28</sup> Lanfer, Hans-Günter M.: Politik contra Parnass. Eine Studie über das Verhältnis der Politiker zu den engagierten Schriftstellern in der Bundesrepublik Deutschland unter chronologischen und systematischen Aspekt, Frankfurt/Main 1985.

<sup>29</sup> Fischer, Ludwig: Die Zeit von 1947 bis 1967 als Phase der Literatur- und Gesellschaftsentwicklung. In: Fischer 1986, S. 74.

und der Führungsstil Konrad Adenauers ermöglichte keine direkte Integration der Intellektuellen in das alltägliche politische Leben der unmittelbaren Nachkriegsjahre.

Die jungen Schriftsteller zogen sich aber nicht in ihren Elfenbeinturm zurück, sondern formten verschiedene Protestbewegungen und aktionistische Kreise mit. Die Gründung und Entwicklung der modernen deutschen Bürgergesellschaft wäre ohne die Mitwirkung der Intellektuellen unmöglich gewesen. Die Mehrheit der jungen Schriftsteller wollte ihr Engagement nicht mehr allein auf ihre Werke beschränken. Sie waren sich ihrer Verantwortung gegenüber der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung der Bundesrepublik bewusst. Aber auch einige selbst traditionalistisch orientierte Autoren, wie z.B. Reinhold Schneider (1903–1958) oder Stefan Andres (1906–1970), mischten sich in das politische Leben der Bundesrepublik ein, wenn es sich um den Antikommunismus, die Wiederbewaffnung oder die Notstandsgesetzgebung handelte.

## Proteste der Schriftsteller

Den ersten Impuls für das öffentliche Engagement der Schriftsteller nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland stellte die geplante Wiederbewaffnung dar. Die Autoren protestierten gegen die einzelnen Phasen der Wiederaufrüstung (Januar 1952: Unterzeichnung des Generalvertrags, März 1953: Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, Mai 1955: Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO).<sup>30</sup> Sie nahmen an der öffentlichen Diskussion teil, unterschrieben Appelle und Protesterklärungen. Die Beweggründe für das öffentliche Auftreten der Literaten waren ihre Angst vor einem neuen Weltkrieg und vor einem daraus resultierten weiteren Auseinandertreiben der beiden Teilen Deutschlands. Explizit wurde diese Gefahr auch in den literarischen Werken der fünfziger Jahre benannt.<sup>31</sup>

Der wohl bekannteste von diesen Protesten ist das Deutsche Manifest (Paulskirchen-Manifest) vom 29. Januar 1955 unter dem Motto – „Rettet Einheit, Freiheit, Frieden. Gegen Kommunismus und Nationalismus.“<sup>32</sup> Dieses

---

<sup>30</sup> vgl. Wagenbach – Winfried – Krüger 1979, S. 119–138.

<sup>31</sup> vgl. u.a. Alfred Anderschs autobiographische Erzählung „Die Kirschen der Freiheit“ oder Wolfgang Koeppens Roman „Tauben im Gras“ oder Ingeborg Bachmanns Gedicht „Die gestundete Zeit“.

<sup>32</sup> <http://www.dradio.de/dlr/sendungen/kalender/342296/>.

Manifest appellierte an die Bundesregierung und den Bundestag, die Pariser Verträge nicht zu unterzeichnen, damit die Spannung zwischen Ost und West nicht verstärkt würde und eine Wiedervereinigung weiterhin möglich bliebe.<sup>33</sup> Dieses Manifest wurde von zahlreichen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens (Gustav Heinemann, Prof. Carlo Schmidt, Erich Ollenhauer, Georg Reuter, Ernst Lange, Prof. Johannes Essen, Prof. Alfred Weber, Helmut Gollwitzer) unterschrieben. In dem Deutschen Manifest hieß es unter anderem: „Die Antwort auf die deutsche Schicksalsfrage der Gegenwart – ob unser Volk in Frieden und Freiheit wiedervereinigt werden kann, oder ob es in dem unnatürlichen Zustand der staatlichen Aufspaltung und einer fortschreitenden menschlichen Entfremdung leben muss – hängt heute in erster Linie von der Entscheidung über die Pariser Verträge ab. Die Aufstellung deutscher Streitkräfte in der Bundesrepublik und in der Sowjetzone muss die Chancen der Wiedervereinigung für unabsehbare Zeit auslöschen und die Spannung zwischen Ost und West verstärken. Das furchtbare Schicksal, dass sich die Geschwister einer Familie in verschiedenen Armeen mit der Waffe in der Hand gegenüberstehen, würde Wirklichkeit werden.“<sup>34</sup> Im Namen der Paulskirchen-Bewegung fanden in der ganzen Bundesrepublik Mahnwachen und Demonstrationen statt. Der Protest blieb zwar ohne direkte politische Wirkung, denn die CDU/CSU hatte im Bundestag die absolute Mehrheit und die Pariser Verträge wurden am 27. Februar ratifiziert, trotzdem hatte er eine große Bedeutung. Das Deutsche Manifest kann als die erste größere organisierte außerparlamentarische Aktion der Bundesrepublik Deutschland bezeichnet werden.<sup>35</sup> Sie verband die politischen Organisationen, wie die SPD und die Gewerkschaften, mit der kulturellen und geistlichen Sphäre. Gerade die Intellektuellen – Schriftsteller, Künstler und Wissenschaftler (z.B. Walter Dirks, Max Bense, Margret Boveri, Albrecht Goes, Ernst Penzoldt, Alfred Weber) – und die evangelische Kirche spielten bei dieser Bewegung eine große Rolle.

Die Proteste der Schriftsteller blieben aber nicht nur auf die Wiederaufrüstung und den Wunsch nach der Wiedervereinigung, der nach dem Aufstand von 17. Juli 1953 noch stärker artikuliert wurde, begrenzt. Das häufigste Thema von Schriftstellerprotesten seit den fünfziger Jahren war außer

---

<sup>33</sup> vgl. Cepl-Kaufmann, Gertrude – Johanning, Antje: Die Genese des politischen Kabarett und die Anfänge des Düsseldorfer Kabarett „Kom(m)ödchen“, Dreisesselberg. Studien zur mitteleuropäischen Kultur und Zeitgeschichte 1 (2004), S. 91f (on-line Ausgabe unter: <http://sga.euweb.cz/dreisesselberg-text.pdf>).

<sup>34</sup> Deutsches Manifest. In: Wagenbach – Winfried – Krüger 1979, S. 129

<sup>35</sup> Ebd., S. 130.

der Wiederbewaffnung die atomare Aufrüstung.<sup>36</sup> Mit der Atombewaffnung wurde die schon mit der Wiederaufrüstung verbundene Befürchtung der Intellektuellen vor einer steigenden Spannung und einem potenziellen Kriegskonflikt verstärkt. Die „Bombe“ gefährdete völlig die Möglichkeit einer baldigen Wiedervereinigung. „Wir protestieren gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr, weil sie jede weitere Verständigung zwischen Ost und West unmöglich zu machen droht, die Gefahr einer dritten Katastrophe für das deutsche Volk heraufbeschwört und die Wiedervereinigung verhindern kann. Die Anwendung atomarer Waffen ist Selbstmord. Eine zusätzliche deutsche Atomaufrüstung schreckt den Kommunismus nicht ab, sondern dient seiner Argumentation und Propaganda.“<sup>37</sup>

Weitere Protestaktionen der Schriftsteller beschäftigten sich mit der Bewältigung der Nazivergangenheit und der Haltung der katholischen Kirche in der NS-Zeit sowie mit den Zensuraktivitäten. Sie protestierten gegen viele staatliche Maßnahmen, die sowohl die kulturelle und künstlerische Freiheit, als auch die politische betrafen. Schon im Jahre 1949 protestierte das PEN-Zentrum Deutschlands gegen das „Schmutz- und Schundgesetz“: „Die direkte oder indirekte Zensur widerspricht der internationalen PEN-Charta. Wir protestieren auch heute schon gegen die Einführung eines sog. Schmutz- und Schundgesetzes, weil wir seine missbräuchliche Anwendung fürchten.“<sup>38</sup> Die Proteste der Literaten trugen dazu bei, dass das Gesetz erst im Jahre 1952 und unter einem anderen Namen „Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften“ verabschiedet wurde (es trat am 9. Juni 1953 in Kraft).<sup>39</sup> Diese Tatsache änderte aber nichts daran, dass die Schriftsteller weiter dieses Gesetz als „eines der dümmsten“ (Luise Rinser) empfanden und auf die Gefahr aufmerksam machten, dass „nicht die Freiheit des künstlerischen Schaffens, sondern die Freiheit selbst“ bedroht würde.<sup>40</sup> Als Folge dieses Gesetzes wurde im Jah-

---

<sup>36</sup> Vgl. z.B. Das Manifest „Frauen gegen die Atombewaffnung“ vom 1957, das von Schriftstellerinnen Ilse Eichinger, Luise Rinser, Ina Seidel u.a. unterzeichnet wurde oder die „Resolution von 4. September“, die im Rahmen der Schriftstellerversammlung im Jahre 1957 in Bonn verfasst wurde oder der Aufruf „Kampf dem Atomtod“ vom 1958, unter dem man die Unterschriften von Heinrich Böll, Stefan Andrea oder Walter Dirks finden kann.

<sup>37</sup> Gegen die atomare Bewaffnung. Ein Flugblatt vom 15. 4. 1958, zit. nach: Wagenbach – Winfried – Krüger 1979, S. 145.

<sup>38</sup> Gegen das „Schmutz- und Schundgesetz“ (Originalvorlage) zit. nach: Wagenbach – Winfried – Krüger 1979, S. 90.

<sup>39</sup> Ebd. S. 90.

<sup>40</sup> Vgl. dazu die Stellungnahmen einiger Schriftsteller in „Der Literatur“ 15. 10. 1952, zit. nach Wagenbach – Winfried – Krüger 1979, S. 93–95.

re 1954 die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften eingerichtet. Die Literaten sahen darin eine Möglichkeit des Staates, Zensurmaßnahmen gegen einige Künstler durchführen zu können. Dass ihre Sorgen nicht ganz unbegründet waren, zeigte der Fall Grass im Jahre 1962.<sup>41</sup>

Als wichtige Wendepunkte im Verhältnis zwischen bundesrepublikanischen Intellektuellen und Politikern werden oft die Spiegel-Affäre (1962) und der Kampf gegen die Notstandsgesetze (1968) genannt. In beiden Fällen gehörten die Schriftsteller zu den Wortführern der außerparlamentarischen Opposition.<sup>42</sup> Beide Ereignisse haben einen gemeinsamen Nenner. Sie bedeuteten für die Schriftsteller einen Angriff auf die nach 1933 wieder so schwer errungenen demokratischen Freiheiten, war es die Presse- und Meinungsfreiheit im Falle „des Spiegels“ oder die potentielle Möglichkeit des Staates, die bürgerlichen Grundrechte außer Kraft zu setzen wie im Falle der „Notstandsgesetze“. Die Schriftsteller und Intellektuellen sahen es als ihre Pflicht, die Rolle des öffentlichen Anklägers zu übernehmen und auf die Schattenseiten dieser Entwicklung aufmerksam zu machen. Die Abneigung gegen die bestehenden Verhältnisse verstärkte sich durch diese Ereignisse in hohem Maße, der Wunsch nach politischer und gesellschaftlicher Erneuerung wurde lauter.<sup>43</sup>

Die Spiegel-Affäre gab, wie Hans Gerd Winter schreibt, „den Schriftstellern einen Anlass zur Probe aufs Exempel“.<sup>44</sup> Gleich einen Tag nach der Besetzung der Redaktion am 28. Oktober 1962 wurde das „Manifest für den Spiegel“<sup>45</sup> veröffentlicht. Es nannte die politischen Absichten und den Verteidigungsminister Strauß beim Namen, beides, wie sich später herausstellte, zu Recht, und hatte eine außerordentliche Wirkung.<sup>46</sup> „Die Stel-

---

<sup>41</sup> Am 28. 09. 1962 wurde bei der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften ein Antrag auf die Aufnahme Günter Grass' Novelle „Katz und Maus“ in die Liste der jugendgefährdenden Schriften wegen seiner angeblichen eigenwilligen Obszönität. Beide Gutachter kamen aber zum Schluss, dass es sich um „Kunst“ handle.

<sup>42</sup> Fischer, Ludwig: Die Zeit von 1947 bis 1967 als Phase der Literatur- und Gesellschaftsentwicklung. In: Fischer 1986, hier S. 56.

<sup>43</sup> Vgl. Müller 1982, S. 85 oder Ahlers, Conrad: Ein „Abgrund von Landesverrat“. In: Klett, Roderich – Pohl, Wolfgang (Hrsg.): Stationen der Republik, Stuttgart 1979, S. 133f.

<sup>44</sup> Winter, Gerd Hans: Das „Ende der Literatur“ und die Ansätze zu operativer Literatur. In: Fischer 1986, S. 300.

<sup>45</sup> Das Manifest für den „Spiegel“ vom 28. 10. 1962 wurde auf der Westberliner Tagung der Gruppe 47 entworfen wurde und der von zahlreichen Intellektuellen (u.a. Uwe Johnson, Hans Werner Richter, Alexander Kluge, Martin Walser, Peter Weiß) unterzeichnet wurde. Original Text in: Wagenbach – Winfried – Krüger 1979, S. 99.

<sup>46</sup> Wagenbach – Winfried – Krüger 1979, S. 100.

lungnahme zur Spiegel-Affäre, die mit zum Rücktritt des Verteidigungsministers Strauß beiträgt, sei durchaus noch Ausdruck eines traditionellen Verständnisses des Schriftstellers als „Gewissen der Nation“ [...] Doch das forcierte Eingreifen, das Sich-Stellen im politischen Tageskampf – was den Schriftstellern neben dem Vorwurf der Kompetenzenüberschreitung den eines „Abgrunds von Landesverrat“ (Adenauer) einbringt – zeigt den allmählichen Wandel des Bewusstseins.<sup>47</sup> Dieser Wandel wird dann wieder an dem Engagement der Schriftsteller gegen die Notstandsgesetze offensichtlich, er spiegelte sich vor allem aber im Engagement einiger Schriftsteller für die SPD wider.

## Kampf gegen die Notstandsgesetze

Die Ereignisse des Jahres 1968 und der Kampf der Intellektuellen gegen die Notstandsgesetzgebung können als ein weiterer Prüfstein der Rolle der Schriftsteller und der Intellektuellen in der westdeutschen Gesellschaft bezeichnet werden. Das Jahr 1968 wurde für viele Schriftsteller und Intellektuelle zum Jahr der großen politischen Aktivität. Sie engagierten sich stark für die Aktionen gegen die Notstandsgesetze, um „das Böartige an dieser Gesetzesvorlage“<sup>48</sup> zu zeigen.

Die Notstandsgesetze bezeichnete Heinrich Böll (1917 – 1985) sogar als „einen schon nicht mehr verkappten Nationalismus“.<sup>49</sup> Obwohl Bölls Ausdrücke sehr radikal und sicher übertrieben waren, war er nicht der einzige, der in der Notstandsgesetzgebung eine große Gefahr für die westdeutsche Demokratie sah. Hans Magnus Enzensberger erklärte z.B. „das Ende der zweiten deutschen Demokratie“ für absehbar.<sup>50</sup> Es blieb aber nicht nur bei den individuellen Stellungnahmen. Ganze Verbände, wie z.B. die Bundesvereinigung der Schriftstellerverbände, appellierten an die Abgeordneten, gegen die Notstandsgesetze zu stimmen: „Wir Schriftsteller rufen Sie in der letzter Stunde, im Bewusstsein deutscher Vergangenheit, aus Sorge um den Bestand der Demokratie in unserem Land auf, gegen die

---

<sup>47</sup> Winter, Gerd Hans: Das „Ende der Literatur“ und die Ansätze zu operativer Literatur in: Fischer 1986, S. 301.

<sup>48</sup> Vgl. Böll, Heinrich: Neue politische und literarische Schriften, Köln 1973, S. 16–19.

<sup>49</sup> Ebd.

<sup>50</sup> Enzensberger, Hans Magnus: Klare Entscheidungen und trübe Ansichten. In: Pinkerneil, Beate [u.a.]: Literatur und Gesellschaft, Frankfurt 1973, S. 250.

Verabschiedung der Notstandsgesetze im vorliegenden Wortlaut und zu diesem Zeitpunkt zu stimmen.<sup>51</sup> Die Schriftsteller nahmen an zahlreichen öffentlichen Veranstaltungen gegen die Notstandsgesetze teil. Die zwei wichtigsten und bekanntesten fanden am 11. Mai 1968 im Bonner Hofgarten und am 28. Mai 1968 im Sendesaal des Hessischen Rundfunks statt.<sup>52</sup> Die Intellektuellen und die Schriftsteller kritisierten die Gesetzesvorlage zur Notstandsgesetzgebung unter mehreren Aspekten. Die Gesetze würden zu schnell und daher schlecht abgefasst, auch zahlreiche Begriffe seien zu wenig definier- und abgrenzbar und die Machtverhältnisse im „Spannungsfall“ blieben zu unklar bestimmt.<sup>53</sup> „Dieses Gesetz kann innenpolitisch missbraucht werden, es lädt gerade dazu ein, jede aufflackernde außerparlamentarische Kritik, jede politische Bewegtheit außerhalb des Parlaments unter den Begriff „drohende Gefahr“ einzuordnen.“<sup>54</sup> Obwohl die Argumentationsweise vieler Intellektueller schon damals umstritten war, waren einige Argumente, wie z.B. „eine verdächtige Hast“ gar nicht haltbar, da der erste Entwurf der Notstandsgesetze schon im Jahre 1960 der Regierung vorgelegt worden war und der Wortlaut von 1968 ein lang überlegter politischer Kompromiss war.<sup>55</sup>

In ihrer Argumentationsweise gegen die Notstandsgesetze gingen die Intellektuellen kaum auf die Einzelheiten ein – sie verwiesen nur generell auf den Missbrauch der anders lautenden Notstandsregelungen am Ende der Weimarer Republik,<sup>56</sup> auf die mangelnde Aufklärung der Öffentlichkeit<sup>57</sup> oder warfen dem Bundestag und der Bundesregierung eine undemokratische Haltung vor.

---

<sup>51</sup> Der Spiegel 23 (1968), S. 22 (Auszug aus dem Telegramm der Bundesvereinigung der Schriftstellerverbände an alle Bundestagsabgeordnete).

<sup>52</sup> Die bekanntesten Redner waren Heinrich Böll, Siegfried Unseld, Alexander Mitscherlich, Theodor W. Adorno, Ulrich Klug und Helmut Ridder.

<sup>53</sup> Vgl. Heinrich Bölls Rede „Radikale für Demokratie“, die er anlässlich des Sternmarsches und der Großkundgebung im Bonner Hofgarten am 11. 05. 1968 hielt. In: Böll 1973, S. 16–19.

<sup>54</sup> Ebd.

<sup>55</sup> Ulsamer, Lothar: Zeitgenössische deutsche Schriftsteller als Wegbereiter für Anarchismus und Gewalt, Esslingen am Neckar 1987, S. 51.

<sup>56</sup> Vgl. Die Rede von Ernst Bloch auf dem Frankfurter Kongress „Notstand der Demokratie“ am 30. 10. 1966 siehe Wagenbach – Winfried – Krüger 1979, S. 239f oder Notstand der Demokratie. Materialien zum Kongress vom 30. 10. 1966, Frankfurt/Main 1967.

<sup>57</sup> Vgl. Heinrich Bölls Rede „Dunkel und trickreich“ im Sendesaal des Hessischen Rundfunks anlässlich der Kundgebung des Aktionskomitees „Demokratie im Notstand“ am 28. 05. 1968. „Es geht so dunkel und trickreich zu wie bei der Wiederaufrüstung, die uns die unseelige Bundeswehr beschert hat.“ In: Böll 1973, S. 20f.



Nach der Verabschiedung der Notstandsgesetze, die durch die Zustimmung der CDU/CSU und der SPD möglich wurde, wurden viele Intellektuelle, wobei die Literaten dabei keine Ausnahme bildeten, sehr enttäuscht und empfanden es als einen Sieg der restaurativen Kräfte. Der Konflikt zwischen Geist und Macht, zwischen Intellektuellen und Realpolitikern wurde an dem Streit um die Notstandsgesetze deutlich, da keine der beiden großen demokratischen Parteien der Meinung von Intellektuellen Gehör verschaffte. Dieser Konflikt war jedoch nicht destruktiv und nicht gegen die demokratische Grundordnung der Bundesrepublik gerichtet. Im Gegenteil, sie versuchten, die neue deutsche Demokratie zu verteidigen. Als „Gewissen der Nation“ machten sie lediglich auf die möglichen Schattenseiten der neuen Gesetzgebung aufmerksam. Die Tatsache, dass auch die SPD für die Notstandsgesetzgebung gestimmt hatte, war besonders für die Schriftsteller, die diese Partei unterstützten, eine nur schwer nachvollziehbare Entwicklung.

## Schriftsteller für die SPD

Die CDU/CSU-Mehrheit im Bundestag in der Wahlperiode 1957–1961 war vielen Literaten ein Dorn im Auge und war offensichtlich ein Grund dafür, warum einige Schriftsteller schon während der nächsten Wahlkampagne im Jahre 1961 die SPD direkt unterstützten. „Während in den fünfziger Jahren die Geistigen eine antiideologische Haltung als gemeinsame Basis gehabt hätten, sei in den sechziger Jahren das Bild der freischwebenden Intellektuellen nicht mehr aufrechtzuerhalten gewesen. Bei allen Vorbehalten hätten die Schriftsteller und Intellektuellen jetzt Anlehnung an die SPD gesucht und damit einen aktiven Anteil am politischen Geschehen genommen.“<sup>58</sup>

Die Zuwendung der Schriftsteller und Intellektuellen zu der SPD stellt einen wichtigen Wendepunkt von den fünfziger zu den sechziger Jahren dar. Carlo Schmidt rief schon 1958 ausdrücklich in seiner Rede „Über die Intellektuellen und die Demokratie“ die Intellektuellen auf, sich parteipolitisch zu engagieren, was die Demokratie stärken würde.<sup>59</sup> Viele Intellektuelle sahen die Möglichkeit einer Änderung der Regierungspolitik primär

<sup>58</sup> Vgl. Müller, Helmut L.: Die literarische Republik. Westdeutsche Schriftsteller und die Politik, Weinheim und Basel: Beltz 1982, S. 70.

<sup>59</sup> Vgl. Schmidt Carlo: Die Intellektuellen und die Demokratie. Hamburg: Lichtwark-Stiftung 1958.

an den Wechsel der führenden Akteure gebunden, deshalb fingen sie zögernd an, die SPD zu unterstützen.<sup>60</sup> Im Jahre 1961 gab Martin Walser einen Sammelband unter dem Titel „Die Alternative oder Brauchen wir eine neue Regierung?“<sup>61</sup> heraus, der zwar nur eine vage Unterstützung der SPD darstellte, aber dennoch als ein Novum in der Beziehung der Intellektuellen zur deutschen politischen Szene bezeichnet werden kann. Das Taschenbuch dokumentierte den Widerstand gegen Franz Josef Strauß und den, wenn auch vielfach gebrochenen, Wunsch nach einer anderen, einer sozialdemokratischen Zukunft.<sup>62</sup> Zwanzig Schriftsteller<sup>63</sup> äußerten sich hier essayistisch zur Trägheit und mangelnden Fähigkeit zur Selbstreflexion der damaligen Regierung und der Parteien. Siegfried Lenz fasste die Gründe für die Unterstützung der SPD in seinem Beitrag „Die Politik der Entmutigung“ wie folgt zusammen: „Die SPD steht in der Opposition, in beharrlicher Opposition, und wenn sie das uns auch nahe bringt, so liegt darin noch kein Verdienst. Sie hat sich außen- und innenpolitisch auf manchen Gebieten in eine ironisch anmutende Nähe der Regierungspolitik begeben.[...] Schließlich steht außer Zweifel, dass wir auch eine SPD-Regierung, wie jede nur denkbare Regierung zu ertragen hätten. Dennoch bin ich dafür, ihr die Regierung zu übertragen. Ich bin für sie, weil ich weiß, dass einige ihrer führenden Männer Gerechtigkeit nicht von Politik trennen.[...] und ich bin zuletzt für sie, weil sie uns einen anderen Verteidigungsminister präsentieren würde.“<sup>64</sup>

Es war also der Wunsch nach einer neuen Politik, die Begriffe wie Moral und Gerechtigkeit wieder in Vordergrund stellte, statt nur Profit, Wirtschaftsaufstieg und Wiederbewaffnung zu betonen. Diese von der CDU/CSU betriebene und in der Meinung vieler Intellektueller in eine weitere Katastrophe mündende Politik fand in der Person des CSU-Vor-

---

<sup>60</sup> Pape, Birgit: Intellektuelle in der Bundesrepublik 1945–1967. In: Schlich 2000, S. 310.

<sup>61</sup> Walser, Martin (Hrsg.): „Alternative oder Brauchen wir eine neue Regierung?“, Reinbek bei Hamburg 1961.

<sup>62</sup> Steinfeld, Thomas: Walser wechselt. Das schwere Erbe des Blitzherleiters, Süddeutsche Zeitung 27. 02. 2004, on-line Version unter: <http://www.sueddeutsche.de/kultur/artikel/509/27482/>.

<sup>63</sup> Martin Walser, Siegfried Lenz, Carl Amery, Gerd Hirschauer, Axel Eggebrecht, Gerhard Szczesny, Peter Rühmkorf, Hans Josef Mundt, Paul Schallück, Hans Magnus Enzensberger, Wolfdietrich Schnurre, Franz Schonauer, Günter Grass, Heinz von Cramer, Christian Ferber, Otl Aicher, Inge Aicher-Scholl, Erich Kuby, Gerhard Schoenberner, Fritz J. Raddatz, Hans Werner Richter.

<sup>64</sup> Lenz, Siegfried: Die Politik der Entmutigung in: Walser 1961, hier zit. nach: Wagenbach – Winfried – Krüger 1979, S. 196f.

sitzenden und Bundesverteidigungsministers Franz Josef Strauss ihre Personifizierung. Sein Vorgehen gegen das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ im Jahre 1962 bestätigte nur diese negative Meinung der Schriftsteller.

Obwohl die CDU/CSU ein Dorn im Auge vieler Intellektueller war, folgten sie nicht blind der SPD. Sie sahen die Mängel in der Politik auch dieser Partei, trotzdem stellte die SPD für die meisten Intellektuellen eine bessere Alternative dar. Auch wenn die SPD „dem vulgärsten Antikommunismus geopfert“ hätte, stellte sie für die Intellektuellen eine Hoffnung dar, wenn auch nur „eine winzige, recht winzige Hoffnung“, wie Martin Walser in seiner „Wahlrede auf geliehenem Podest“ schrieb.<sup>65</sup>

Dieses direkte parteipolitische Engagement der Schriftsteller für die SPD setzte sich auch bei der nächsten Wahl im Jahre 1965 fort. Die Hauptfigur dieser „Initiative für Es Pe De“ war Günter Grass. Die Schriftsteller veranstalteten Lesungen und Kundgebungen, schrieben Reden und Texte für die SPD-Politiker, entwickelten Slogans. Die Beweggründe für ihr Engagement waren die wachsende Unsicherheit im politischen Leben und der Wunsch nach der Ablösung der Regierung durch die Opposition. Die Verhöhnung jeder Kritik und Betrachtung der Opposition als lästig seien große Fehler der Regierungspolitik. „Wir brauchen eine Politik, die auf die Zukunft vorbereitet ist. Sachlichkeit und Verhandlungsbereitschaft müssen das Wunschenken ablösen, das die Regierungspolitik kennzeichnet. Eine veränderte Welt verlangt neue Erkenntnisse auch in der Politik. Darum ist ein Wechsel nötig. Darum plädieren wir für eine Regierung der Sozialdemokraten.“<sup>66</sup> Diese Wahlanzeige „Aufruf für eine neue Regierung“ wurde von 32 Persönlichkeiten unterschrieben, z.B. von Walter Jens, Günter Grass, Siegfried Lenz, Ernst Bloch, Marcel Reich-Ranicki oder Günter Eich.

Während der Wahlkampagne vor der Bundestagswahl vom 19. September 1965 halfen 17 Schriftsteller<sup>67</sup> der SPD im Rahmen eines Wahlkontors vom Juli bis September. Das Wahlkontor hatte drei Aufgaben: Ent-

---

<sup>65</sup> Walser, Martin: Wahlrede auf geliehenem Podest in: Walser 1961, hier zit. nach: Wagenbach – Winfried – Krüger 1979, S. 195.

<sup>66</sup> Ebd. S. 229.

<sup>67</sup> Peter Härtling, Klaus Wagenbach, Peter Schneider, Nicolas Born, Marianne Eichholz, Hans Christoph Buch, F. C. Delius, Gudrun Ensslin, Hubert Fichte, Rolf Haus, Günter Herburger, Hans-Peter Krüger, Martin Kurbjuhn, Hermann Peter Piwitt, Stefan Reisner, Klaus Roehler, Bernard Vesper-Triangel.

wicklung von Slogans (z.B. „Auch jedes alte Wahre wird einmal zu einem neuen Unwahren.“ Klaus Wagenbach), Umschreiben von Vorlagen sowie den Entwurf von „Standardreden“.68 Der Sammelband von Hans Werner Richter „Plädoyer für eine neue Regierung oder keine Alternative“,69 der im Jahre 1965 veröffentlicht wurde und dessen Titel an den Band von Martin Walser von 1961 anknüpfte, forderte direkt, entscheidend und vorbehaltlos zum politischen Engagement auf. Dieser Sammelband enthielt fünfundzwanzig Beiträge70 von Schriftstellern und Publizisten. „Statt pauschal das Unbehagen an der Politik des vollständigen Versagens der Regierung Adenauer und Erhard zu formulieren, versuchten die Wahlwerber scharfe Profile von Personen zu verdeutlichen, die ihnen eine bessere Politik zu verheißen schienen.“71 Von einem Personenwechsel versprachen sich die Intellektuellen einen politischen Wandel. Es wurden sowohl neue Initiativen in der Deutschland- und Ostpolitik erwartet, als auch neue Impulse in der Vergangenheitsbewältigung der NS-Zeit.

Die großen Hoffnungen vieler Schriftsteller erfüllten sich nicht. Die Teilnahme der SPD an der Großen Koalition (1966–1969) unter Georg Kiesinger und die Zustimmung der SPD-Abgeordneten zur Notstandsgesetzgebung bedeuteten für viele Intellektuelle einen Verrat der Partei und trugen zur weiteren Politisierung und Radikalisierung nicht nur unter den Intellektuellen, sondern auch in der gesamten Gesellschaft bei. Die meisten Intellektuellen blieben der SPD wegen der Person Willy Brandts jedoch treu und unterstützten sie auch im Wahlkampf 1969 und 1972. Interessant ist die Tatsache, dass die SPD trotz der „totalen Mobilmachung“ der Intelligenz alle Wahlen bis 1972 verlor. Die Ursache lag laut Anton Böhm in der Entfremdung der Intellektuellen vom Volk.72

## Fazit

Die Neugestaltung des kulturellen Lebens der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1945–1968 trug wesentlich zur Modernisierung

68 Wagenbach – Winfried – Krüger 1979, S. 230.

69 Werner, Hans Richter (Hrsg): Plädoyer für eine neue Regierung oder Keine Alternative, Reinbek bei Hamburg 1965.

70 Winter, Gerd Hans: Das „Ende der Literatur“ und die Ansätze zu operativer Literatur. In: Fischer 1986, S. 301.

71 Müller 1982, S. 86.

72 vgl. Böhm, Anton: Geist und Politik, Die politische Meinung 10 (1965), H. 109, S. 7–10.

und Demokratisierung der westdeutschen Gesellschaft bei. Oft waren es die Schriftsteller, die neue Impulse und zahlreiche Anregungen für die gesellschaftliche und politische Formierung der Bundesrepublik schufen. Auch wenn einige Ideen der intellektuellen Schicht die realen Möglichkeiten deutscher Politiker überschätzten und zugleich die Befugnisse der Alliierten unterschätzen (Illusion von der Stunde Null, die Suche nach einem dritten Weg), stellten diese einen wichtigen Beitrag nicht nur zur gesellschaftlichen Erneuerung der Bundesrepublik, sondern formten auch die bundesdeutsche Nachkriegsgeschichte mit. Sei es mit dem Engagement in verschiedenen Protestbewegungen und aktionistischen Kreisen, sei es mit einem direkten parteipolitischen Engagement oder mit Hilfe ihres literarischen Schaffens. Ihre Tätigkeit, die an der Bewahrung der schwer errungenen Demokratie, Freiheit und Grundrechte orientiert wurde, hielt der pragmatischen Politik der Ära Adenauer und der immer mehr im Wohlstand lebenden und konsumorientierten westdeutschen Gesellschaft den Spiegel vor. Das „Nicht-Vergessen“ der Vergangenheit und die Vergangenheitsbewältigung wurden zum zentralen Thema ihres Engagements, zusammen mit dem Kampf gegen Wiederaufrüstung und atomare Aufrüstung und mit dem Kampf für kulturelle und künstlerische Freiheit. Die Motive für ihr „Einmischen“ war ihre Verantwortung gegenüber der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung der Bundesrepublik, ihr Wille die neue deutsche Demokratie zu verteidigen (im Gegensatz zur Lage in der Weimarer Republik), aber auch ihre Angst vor einem neuen Weltkrieg bzw. einem weiteren Auseinandertreiben der beiden deutschen Staaten, das Hand in Hand mit solcher Entwicklung ginge. Ihr parteipolitisches Engagement, das einen wichtigen Wendepunkt von den 50er zu den 60er und dann wieder von den 60er zu 70er darstellt, entsprang auch ihrem Wunsch nach einer Änderung der Regierungspolitik und der führenden Politiker. Davon versprachen sie sich nicht nur einen neuen politischen Stil, neue Impulse in Deutschland- und Ostpolitik, sondern auch neue Initiativen in der NS-Vergangenheitsbewältigung. Dank ihres Engagements, das oft auch mit Medienpräsenz verbunden wurde, bekamen die Autoren einen hohen Bekanntheitsgrad, der es ihnen ermöglichte, die breite Öffentlichkeit mit ihren Vorstellungen bekannt zu machen. Das Geschehen in der Bundesrepublik wurde um einen neuen, modernen Aspekt bereichert - um den moralischen Impetus - um die Stimme des Gewissens.

## Literaturverzeichnis

- Barner, Wilfried (Hrsg.): Geschichte der deutschen Literatur von 1945 bis zur Gegenwart, München 1994.
- Bechtoldt, Heinrich (Hrsg.): Literatur und Politik. Sieben Vorträge zur heutigen Situation in Deutschland, Konstanz 1948.
- Bergsdorf, Wolfgang (Hrsg.): Die Intellektuellen. Geist und Macht, Pfullingen 1982.
- Bergsdorf, Wolfgang: Ohnmacht und Anmaßung. Das Verhältnis von Intellektuellen zur Politik, Die Politische Meinung 23 (1978), S. 53–66.
- Böhm, Anton: Geist und Politik, Die politische Meinung 10 (1965), H. 109, S. 7–10.
- Böll, Heinrich: Neue politische und literarische Schriften, Köln 1973.
- Burns, Rob – Will, Wilfried van der: Protest and Democracy in west Germany. Extraparliamentary Opposition and the Democratic Agenda, Basingstoke 1988.
- Cepl-Kaufmann, Gertrude – Johanning, Antje: Die Genese des politischen Kabarets und die Anfänge des Düsseldorfer Kabarets „Kom(m)ödchen“, Dreisesselberg. Studien zur mitteleuropäischen Kultur und Zeitgeschichte 1 (2004) S. 53–93.
- Endruweit, Günther – Trommsdorff, Gisela (Hrsg.): Wörterbuch der Soziologie, 2. neubearb. und erw. Aufl., Stuttgart 2002.
- Fischer, Ludwig (Hrsg.): Literatur in der Bundesrepublik Deutschland bis 1967, München 1986.
- Fischer, Ludwig: Die Zeit von 1947 bis 1967 als Phase der Literatur- und Gesellschaftsentwicklung. In: Fischer 1986, S. 29–96.
- Fuchs-Heinritz, Werner – Lautmann, Rüdiger (Hrsg.): Lexikon zur Soziologie, 3. völlig neubearb. und erw. Aufl., Opladen 1994.
- Greiffenhagen, Martin: Die Intellektuellen in der deutschen Politik, Der Monat 233 (1968), S. 33–43
- Hillmann, Karl-Heinz (Hrsg.): Wörterbuch der Soziologie, 4. überarb. und erg. Aufl., Stuttgart 1994.
- Hoffmann, Ferdinand: Von Weimar bis Bonn? Zwei deutsche Republiken und ihre Dichter. In: Ingen, Ferdinand van – Labrousse, Gerd (Hrsg.): Literaturszene Bundesrepublik. Ein Blick von draußen. Symposion an der Freien Universität Amsterdam, Amsterdam 1988, S. 179–209.
- Huster, Ernst-Ulrich (Hrsg.): Determinanten der westdeutschen Restauration 1945–1949, Frankfurt/Main 1989.
- Jäger, Georg: Der Schriftsteller als Intellektueller. Ein Problemaufriss. In: Hanuschek, Sven (Hrsg.): Schriftsteller als Intellektuelle. Politik und Literatur im Kalten Krieg. (Studien und Texte zur Sozialgeschichte der Literatur, Bd. 73), Tübingen, 2000, S. 1–28.
- Klett, Roderich – Pohl, Wolfgang (Hrsg.): Stationen der Republik, Stuttgart 1979.

- Lanfer, Hans-Günter M.: Politik contra Parnass. Eine Studie über das Verhältnis der Politiker zu den engagierten Schriftstellern in der Bundesrepublik Deutschland unter chronologischen und systematischen Aspekten, Frankfurt/Main 1985.
- Müller, Helmut L.: Die literarische Republik. Westdeutsche Schriftsteller und die Politik, Weinheim – Basel 1982.
- Notstand der Demokratie. Materialien zum Kongress vom 30. 10. 1966, Frankfurt/Main 1967.
- Pape, Birgit: Intellektuelle in der Bundesrepublik 1945–1967. In: Schlich, Jutta: Intellektuelle im 20. Jahrhundert in Deutschland. Ein Forschungsreferat, 11. Sonderheft, Internationales Archiv für Sozialgeschichte der deutschen Literatur, Tübingen 2000, S. 295–324.
- Pešek, Jiří: Ve znamení kontinuity: Nad novou literaturou k dějinám německých a rakouských universit let 1933–1945 (1950), AUC Studia territorialia III. 2001 Studia germanica et austriaca, Praha 2002, S. 151–188.
- Pinkerneil, Beate [u.a.]: Literatur und Gesellschaft, Frankfurt 1973.
- Richter, Hans Werner: Warum schweigt die junge Generation? In: Neunzig, Hans A. (Hrsg.): Der Ruf. Unabhängige Blätter für die junge Generation. Eine Auswahl, München 1976, S. 60–65.
- Stachorski, Stephan (Hrsg.): Fragile Republik. Thomas Mann und Nachkriegsdeutschland, Frankfurt/Main 1999.
- Ulsamer, Lothar: Zeitgenössische deutsche Schriftsteller als Wegbereiter für Anarchismus und Gewalt, Esslingen am Neckar 1987.
- Wagenbach, Klaus – Winfried, Stephan – Krüger Michael (Hrsg.): Vaterland, Muttersprache. Deutsche Schriftsteller und ihr Staat seit 1949, Verlag Klaus Wagenbach, Berlin 1979.
- Walser, Martin (Hrsg.): „Alternative oder Brauchen wir eine neue Regierung?“, Reinbek bei Hamburg 1961.
- Werner, Hans Richter (Hrsg.): Plädoyer für eine neue Regierung oder Keine Alternative, Reinbek bei Hamburg 1965.
- Winter, Gerd Hans: Das „Ende der Literatur“ und die Ansätze zu operativer Literatur. In: Fischer 1986, S. 299–320.





**DIE MODERNISIERUNG  
DER WESTDEUTSCHEN  
UND DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN  
GESELLSCHAFT – DIE ENTSTEHUNG  
VON JUGENDKULTUREN  
IN DER NACHKRIEGSZEIT AM BEISPIEL  
DER JUGENDZEITSCHRIFTEN BRAVO  
UND MLADÝ SVĚT**

---

ZUZANA LIZCOVÁ

**Abstract**

**The Modernization of the West German and Czechoslovakian Society –  
The Formation of the youth cultures in the post war time**

Creation of independent youth cultures is considered to be an integral part of the modernization of the western society in past decades. This article focuses on the formation of youth cultures in West Germany in the second half of the 20<sup>th</sup> century, in particular on the genesis of the most important youth magazine *Bravo*, and on the foundation of a similar print medium in the communist Czechoslovak Republic – *Mladý svět* (Young World). Zuzana Lizcová briefly describes different social-economic conditions in both countries in the given period and recounts the origin and development of both magazines, then compares their contents (topics, aims, variety of articles) and depicts their social role and impact on the maturing generations.

**Keywords:** history, media, youth culture, modernization, Germany, Czechoslovakia

Der Zweite Weltkrieg hinterließ Deutschland in Trümmern – nicht nur das Leben von Millionen Menschen, nicht nur die deutschen Städte, sondern auch gesellschaftliche Strukturen, die sich in den vorhergehenden Jahrhunderten herausgebildet und gefestigt hatten, waren zerstört. Nach dem Ende der Kampfhandlungen war es nicht mehr möglich, vollkommen

an alte autoritäre „wilhelminische“ Traditionen anzuknüpfen. Trotz des Fortbestehens einiger zentral und nach veralteten Mustern geleiteter Institutionen (z.B. der Universitäten) war die deutsche Gesellschaft im Laufe der zwölfjährigen Diktatur schon markant verändert und nivelliert worden.

Große Wandlungen erlebte sie dann verstärkt auch in den Nachkriegsjahren – unter dem Druck der Alliierten (vor allem durch die „Reeducation“-Programme) und später, nach der Entstehung der Bundesrepublik Deutschland, dank des spontanen Wirtschaftswachstums und der sukzessiven Etablierung demokratischer Strukturen im Lande.

Grundsätzliche ökonomische und politische Umwälzungen wurden in den Nachkriegsjahrzehnten in der Bundesrepublik von tiefgreifenden sozialen Veränderungen begleitet. Diesen Prozess, den die deutsche Gesellschaft in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts durchlebte, könnte man mit dem nicht unproblematischen Begriff „Modernisierung“<sup>1</sup> charakterisieren. Modernisierung der Sozialstruktur bedeutet in diesem Zusammenhang vor allem die Herausbildung einer leistungsfähigen und wohlhabenden postindustriellen Gesellschaft, die vor allem von Massenkonsum, einem hohen Niveau an sozialer Sicherheit für die Bevölkerungsmehrheit, einer Entproletarisierung der untersten Schichten und der Verlagerung eines überwiegenden Teils der Arbeitskräfte vom primären (und teilweise auch vom sekundären) Arbeitssektor hin zum tertiären oder Dienstleistungssektor begleitet wird.<sup>2</sup>

Dieser Prozess lässt sich mit den verfügbaren statistischen Daten sehr klar dokumentieren. In den Jahren 1950 bis 1975 stieg das Bruttoinlandsprodukt der Bundesrepublik fast um das fünffache,<sup>3</sup> und während im Jahre 1950 noch rund ein Viertel der Beschäftigten in der Landwirtschaft arbeiteten, waren dies im Jahre 1970 nur noch 9 %. Der Anteil der Arbeiter im Dienstleistungssektor stieg im Unterschied hierzu um mehr als ein

---

<sup>1</sup> Das Konzept der Modernisierung birgt nämlich (v.a. wegen seiner eher positiven Konnotationen) bei unbedachter Verwendung die Gefahr, dass bestehende Zustände in modernen Gesellschaften unsachgemäß idealisiert werden und Negativseiten vernachlässigt werden könnten (Geissler, Rainer: Modernisierung, Informationen zur politischen Bildung, Heft 269). Der Modernisierungsbegriff hatte eher positive Beiklänge schon seit der Aufklärung, deren Denken dem Fortschritt verpflichtet war. Die Kehrseiten der Modernisierung wurden dann seit Mitte des 19. Jahrhunderts zunehmend betont – u.a. von Karl Marx später von Max Weber. Die heutige Soziologie bemüht sich, den Begriff strenger und wertungsneutral aufzufassen. (<http://www.know-library.net/>).

<sup>2</sup> Geissler, Rainer: Modernisierung, Informationen zur politischen Bildung, Heft 269.

<sup>3</sup> <http://www.destatis.de/download/d/vgr/biplangereihe.xls>.

Zehntel, von 38,3 auf 42,6 %. Der Anteil der Arbeiter mit niedrigen Einkommen fiel ebenfalls deutlich – über weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Jahreseinkommens verfügten 1962 noch 10,6 der Deutschen, im Jahre 1973 war dies nur noch 6,5 %.<sup>4</sup>

## Modernisierung und Jugendkultur

Der grundsätzliche Umbau der westdeutschen Gesellschaft hatte auch einen wesentlichen Einfluss auf die Herausbildung eines ganz neuen Kulturlebens in Deutschland. Der Wirtschaftsaufschwung des Landes sowie die ungewöhnliche Offenheit Westdeutschlands gegenüber ausländischen (vor allem amerikanischen) Einflüssen ermöglichten die völlige Entwicklung der Massenkultur in der Nachkriegszeit, unter deren Wirkung die Teilung der Kunst in „hohe“ und „niedrige“ Kunst verschwand.<sup>5</sup> Träger dieser Veränderungen waren vor allem Angehörige der jungen Akademikergeneration, die sich im Gegensatz zur traditionellen kulturellen Gehobenheit ihrer Kreise zu Massenkultur und Konsum bekannten – die beide ursprünglich eher von unteren Schichten ausgewählt wurden – zu Kino, wildem Tanzen und zu Schlagermusik, und somit konträr zu ihren Eltern einen neuartigen Hedonismus vorzogen. Die strengen Kulturmaßstäbe, die noch um 1900 galten und schon in den 20er Jahren im Wesentlichen an die Seite gedrängt worden waren, wurden in den 50er und 60er Jahren völlig in den Hintergrund gedrückt.<sup>6</sup>

Die Emanzipation von den strikten Konventionen der Vergangenheit und die Entstehung bzw. Etablierung einer eigenständigen (kommerziellen) Jugendkultur, die vor dem Zweiten Weltkrieg in dieser Form nicht existierte, waren Ausdruck einer fortschreitenden Modernisierung des westdeutschen Gesellschaftslebens.<sup>7</sup>

Die Jugend kann in diesem Zusammenhang nicht als eine homogene Gesellschaftsgruppe betrachtet werden, vielmehr handelte es sich um eine Menge unterschiedlich orientierter, profilierter und nicht ganz gleichaltri-

---

<sup>4</sup> Schildt, Axel: Rebellion und Reform. Die Bundesrepublik der Sechzigerjahre, Bonn 2005, S. 13–17.

<sup>5</sup> Maase, Kaspar: Körper, Konsum, Genuss – Jugendkultur und mentaler Wandel in den beiden deutschen Gesellschaften, Aus Politik und Zeitgeschichte 45 (2003).

<sup>6</sup> Ebd.

<sup>7</sup> Schildt 2005, S. 10.

ger Individuen oder Kollektive. Allgemein kann man aber feststellen, dass sich die Angehörigen dieser sozialen Gruppe in einer oft unruhigen, intensiven und komplizierten Lebensphase zwischen Kindes- und Erwachsenenalter befinden.<sup>8</sup> In diesem Alter verläuft eine der wichtigsten Perioden der Sozialisierung des Individuums, die von der Suche nach der zukünftigen Berufsausrichtung, dem Beginn wichtigerer Partnerschaftsbeziehungen, der Suche nach der eigenen Identität und einer fortwährenden Übernahme von gesellschaftlichen Rechten und Pflichten gekennzeichnet ist.

Vom kulturellen Standpunkt aus wird die Jugend dann als eine eigenständige Gesellschaftsgruppe mit eigenen Normen, Verhaltensweisen und Lebensstilen betrachtet, die sich oft bewusst in Opposition zu der Erwachsenenwelt herausbilden.<sup>9</sup> Die Entstehung von Jugendkulturen ist durch mehrere äußere Umstände zugleich ermöglicht worden – vor allem durch die wesentliche Ausdehnung der Jugendphase,<sup>10</sup> dem zunehmenden Funktionsverlust traditioneller Erziehungsinstitutionen (Familie, Schule, Kirche; diese Entwicklung hatte bereits während der NS-Zeit begonnen), durch die Etablierung der Jugend als eine eigenständige Konsumenten-Gruppe und durch das Ausbleiben der ritualisierten Übergänge von der Kinder- in die Erwachsenenwelt in der modernen Gesellschaft.<sup>11</sup>

In Westdeutschland dehnte sich die Phase des Übergangs zwischen der Kindheit und dem Einstieg in das Arbeitsleben für die Mehrheit der Jugendlichen schrittweise auf die Zeitspanne vom 13. bzw. 14. Lebensjahr bis fast zum 30. Lebensjahr aus. Dies wurde unter anderem ermöglicht durch die Einführung der längeren Schulpflicht (ihre Dauer legen die einzelnen Bundesländer fest, heute liegt sie zwischen 9 und 12 Jahren, durch die Ausbreitung der Mittelschulen<sup>12</sup> und dem ständigen Anstieg der Studentenzahl.<sup>13</sup> Noch

---

<sup>8</sup> Köhler, Thomas: Jugendgenerationen im Vergleich: Konjunkturen des (Non)Konformismus, *Aus Politik und Zeitgeschichte* 5 (2001).

<sup>9</sup> Bonfadelli, Heinz: Jugend, Politik und Massenmedien. In: Sarcinelli Ulrich (Hrsg): Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft, Bonn 1998, S. 368–370.

<sup>10</sup> Hier ist vor allem der Übergang von der Kindheit zum Erwachsenendasein vor dem Eintritt in das Arbeitsleben gemeint.

<sup>11</sup> Rink, Dieter: Beunruhigende Normalisierung: Zum Wandel von Jugendkulturen in der Bundesrepublik Deutschland, *Aus Politik und Zeitgeschichte* 5 (2002).

<sup>12</sup> Im Jahre 1960 besuchten 12,1 % aller Schüler der siebten Klasse die Realschule, im Jahre 1970 waren es bereits 20,2 %, während der Anteil der Gymnasiasten im selben Zeitabschnitt von 17,1 auf 22,3 % anwuchs. (Schildt 2005, S. 122; Köhler 2001).

<sup>13</sup> Am Anfang der 60er studierten 200.000 Studenten an deutschen Hochschulen; heutzutage sind es im vereinten Deutschland etwa zwei Millionen (<http://www.destatis.de/basis/d/biwiki/hochtab2.php>).

im Jahre 1960 arbeiteten 75,9 % der Jugendlichen im Alter von 15 bis 20 Jahren, im Jahre 1999 waren dies nur noch 32,6 %.<sup>14</sup>

Die Ausdehnung der Übergangsphase zwischen Kindheit und Erwachsenendasein brachte Gefühle der Unsicherheit und eine Identitätskrise mit sich, denen die oben genannten traditionellen Erziehungsinstitutionen nicht standhalten konnten. Diese Leere wurde in der modernen Gesellschaft gerade von der Jugendkultur ausgefüllt – in ihren Strukturen erhielten die Jugendlichen die Chance, sich von traditionellen Fesseln und Vorurteilen zu befreien und eine eigene Identität zu finden, das eigene Gesicht zu wahren<sup>15</sup>, eine eigene Kultur sowie gesellschaftliche Präferenzen in der Konfrontation mit den anderen Lebensweisen zu benennen und zu verteidigen.<sup>16</sup>

Eine nicht unbedeutende Rolle im Prozess der Etablierung einer eigenständigen Jugendkultur spielte auch die Tatsache, dass die Jugend dank ihrer steigenden Kaufkraft zu einer immer attraktiveren Verbrauchergruppe avancierte, auf die viele Firmen ihre Produktion ausrichteten – vor allem Film- und Musikgesellschaften oder auch der Kleidungs- und Sportartikelhersteller. Das Einkommen der Jugendlichen zwischen dem 14. und dem 25. Lebensjahr (Taschengeld oder Nebenjobs), stieg den Schätzungen nach nur in den Jahren 1964 bis 1967 von 17 auf 24 Milliarden D-Mark.<sup>17</sup>

## **Die Entstehung der kommerziellen Jugendkultur in der BRD der Nachkriegszeit**

In der BRD entwickelte sich eine eigenständige Jugendkultur im Rahmen der Modernisierung und des steigenden Wohlstands im letzten Drittel der 50er Jahre.<sup>18</sup> Die programmatische Rebellion der Halbwüchsigen gegen die Elterngeneration kann mit dem später populär gewordenen Motto „Glaub’ niemandem über 30“ charakterisiert werden. Die Träger der ersten Protestwelle, die so genannten „Halbstarken“<sup>19</sup> waren am Anfang eher Ju-

---

<sup>14</sup> Köhler 2001.

<sup>15</sup> Rink 2002.

<sup>16</sup> Maase 2003.

<sup>17</sup> Schildt 2005, S. 82; Maase 2003.

<sup>18</sup> Ebd., S. 10.

<sup>19</sup> Die Subkultur der Halbstarken prägten vor allem männliche jugendliche Arbeiter, die in der zweiten Hälfte der 50er Jahren ihren eigenen Lebensstil im Umfeld des Rock’n’roll herausbildeten. Im Gegensatz zur Mehrheitsgesellschaft erkannten sie keine Normen des Maßhaltens und der Selbstkontrolle an (Maase 2003).

gendliche aus unteren Gesellschaftsschichten, die der düsteren Nachkriegsatmosphäre, dem Verschweigen, der Ausweglosigkeit und der Eingrenztheit entfliehen wollten – vor allem hin zum Rock'n'roll und zu Sinnesgenüssen. Diesen Trend, der zum großen Teil aus den USA importiert wurde<sup>20</sup> und im scharfen Gegensatz zu traditionellen deutschen Sitten und Idealen (wie Harmonie, Selbstkontrolle und Bescheidenheit) stand, assoziierten ihre Eltern mit Gewalt und Unmoral und reagierten darauf mit einer hilflosen Strenge. Trotzdem verbreitete sich diese Tendenz schnell in den Mittelschichten und im Studentenmilieu. Gerade die Studenten übernahmen dann am Ende der 60er Jahre die Austragung des Generationenkonfliktes und veränderten diesen.<sup>21</sup> Aber noch davor wurden alle Jugendgruppen von der Fan-Welle um Musikgruppen wie den Beatles und vom Verwischen der Unterschiede zwischen den Geschlechtern (was mit langen Jungenfrisuren demonstriert wurde) sowie von der anbrechenden sexuellen Revolution betroffen.<sup>22</sup>

Der Meinungskonflikt zwischen der Mehrheit der Eltern- und der Jugendgeneration entwickelte sich gleich auf mehreren Ebenen – von der politischen bzw. religiösen Überzeugung über die Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit bis hin zu revolutionären Modetrends und vor allem hin zu neuen Musikrichtungen wie Twist, Rock und Beat, die aus den USA und Großbritannien importiert wurden.<sup>23</sup> Die Spannungen zwischen den Generationen wurden auch dadurch verstärkt, dass die Jugendkulturen (wie Hippies oder Hausbesetzer) programmatisch auf der Opposition zur Erwachsenenwelt aufbauten. Vor allem in den ersten Nachkriegsjahrzehnten wurde der Generationenkonflikt dadurch verschärft, dass die Eltern oft eine ganz andere Erziehung und Ausbildung, folglich andere Lebenserfahrungen als ihre Kinder hatten, die im Vergleich zu ihnen meistens viel offener und selbstbewusster waren.

Die Entstehung der Jugendkultur wurde am Anfang der 60er Jahre auch durch die schon früher aufkommende Krise der traditionell organisierten Unterhaltung für Jugendliche z.B. im Kirchen- und Gewerkschaftsmilieu, die das Zusammenwachsen der ursprünglich sozialbedingt ausdifferenzierten Lebensstile der Jugend stimulierte, erleichtert.

---

<sup>20</sup> Maase 2003.

<sup>21</sup> Köhler 2001.

<sup>22</sup> Maase 2003.

<sup>23</sup> Köhler 2001.

Der angeregte Generationenkonflikt wurde bald deutschen Pressespalten übertragen. Zum offiziellen Sprachrohr der Älteren wurde das meistgelesene Boulevardblatt, die Bild-Zeitung,<sup>24</sup> und spezialisierte Magazine<sup>25</sup> und neu entstandene Fernsehsendungen zum Verteidiger des Lebensstiles der jungen Generation. Eine Pionierrolle unter ihnen erfüllte der „Beat-Club“, die ersten Musikshow für Jugendliche im deutschen Fernsehen.<sup>26</sup>

Der Beat-Club wurde erstmals am 25. September 1965 ausgestrahlt. Vor der ersten Sendung mussten die älteren Zuschauer von Wilhelm Wieben gewarnt und um Verständnis für den Inhalt gebeten werden. Die Jugend war von der Sendung, die zur Verbreitung moderner Musik in Deutschland wesentlich beigetragen hat, einfach begeistert. Ihr Enthusiasmus stand im krassen Gegensatz zu den Journalisten, die nur geradezu hilflos reagierten, und zu den Eltern, die Beat-Rhythmen, englische Texte, lange Frisuren oder kurze Röcke einfach als Provokation empfanden.<sup>27</sup>

Der Bravo, die 2006 ihr 50. Jubiläum feiern konnte, fiel bald die führende Rolle bei den Jugendzeitschriften zu.

## **Bravo – das Zentralorgan der Jugendlichen**

Die Bravo erschien erstmals am 26. September 1956 mit einer Auflage von 64.000 Stück. Die Zeitschrift, die bis 1959 den Untertitel „für Film und Fernsehen“ trug, versprach am Anfang keine großen Sensationen. Ihr Inhalt entsprach dem Durchschnitt ähnlicher Periodika und vom Cover lächelte zumeist das Gesicht eines Filmstars. Die erste hierbei war Marilyn Monroe.

Den großen Erfolg, der die Zeitschrift zum „Zentralorgan der Jugendlichen“ machte, brachte erst die Umorientierung der Bravo auf die Popmusik in den 60er Jahren. In der Zeit, als Twist- und Rockmusik boomten und jugendliche Massen von Musikgruppen wie den Beatles begeistert waren, war die Bravo angesichts ihres kommerziellen Erfolgs ein Volltreffer. Den Redakteuren der Bravo gelang es auch oft, die Konkurrenz zu über-

---

<sup>24</sup> Und so wurde die Bild-Zeitung auch wahrgenommen. Zum Beispiel nach dem Attentat auf den Studentenführer Rudi Dutschke im April 1968 wurde die Schuld an der Tat auch den „Hassartikeln“ der Bild-Zeitung gegen die Studentenrevolte zugeschrieben.

<sup>25</sup> Schildt 2005, S. 81; Schnibben, Cordt: Das bürgerliche Dilemma, Der Spiegel 1 (2006).

<sup>26</sup> Die Sendung wurde in den Jahren 1965 bis 1972 von Radio Bremen ausgestrahlt.

<sup>27</sup> <http://www.radiobremen.de/tv/beatclub/anfang.html>.

holen und bei den Lesern mit ungewöhnlichen Ideen zu punkten – mit Starschnitten“, Autogrammen und Aufklebern der Popstars, mit farbigen Fotoromanen oder den Leserpreisen „Otto“ für die beliebtesten Künstler. Diese Aktionen verstärkten wesentlich die Bindungen zwischen den Lesern und der Zeitschrift.

Erfinder und Gründer der Bravo, die von der Verlagsgruppe Heinrich Bauer Verlag herausgegeben wird, war der deutsche Journalist Peter Boenisch (1927–2005), der spätere Chefredakteur der Bild-Zeitung und Pressesprecher von Bundeskanzler Helmut Kohl. Die Bravo hatte sich im Laufe der Zeit auch über die deutschen Grenzen hinweg ausgebreitet, am Anfang in der Originalversion, später auch in fremdsprachlichen Ausgaben. Besonders populär war die Bravo in der damaligen DDR (und auch in anderen Ländern des Ostblocks), wo sie nur schwer zu bekommen war und als solche einen hohen Preis auf dem Schwarzmarkt hatte.

Neben der Orientierung auf die Popmusik stand hinter dem Erfolg der Bravo seit dem Ende der 60er Jahre auch die Schlüsselentscheidung der Redaktion, den Arzt und Psychotherapeuten Martin Goldstein alias Dr. Jochen Sommer einzustellen, der früh zum deutschen Hauptaufklärer im Bereich pubertärer Probleme und Partnerbeziehungen befördert wurde. „Dr. Sommer“ erhielt in der Zeit seiner größten Popularität monatlich drei- bis fünftausend Briefe. Ihre Autoren waren vor allem Jugendliche, die auf ihre oft intimen Fragen in ihren Familien, in Schulen oder Freundeskreisen keine Antworten finden konnten. Die gemäßigten Ratschläge von Dr. Sommer (er propagierte keinesfalls eine sexuelle Revolution) halfen ihnen, missfielen jedoch gleichzeitig den konservativen Angehörigen der Elterngeneration. Im Jahre 1972 wurden sogar zwei Nummern der Bravo wegen des Verdachts, dass sie die moralische Erziehung der Jugendlichen gefährden könnten, polizeilich beschlagnahmt. Und auch später gab es an mehreren deutschen Schulen das Verbot, die Zeitschrift in die Klassen mitzubringen.

Die Pionierrolle der Bravo lag neben der Sexualaufklärung vor allem auf dem Gebiet der Musik, des Films und der Modetrends. Ihre Aufgabe bestand nicht darin, sich die Trends auszudenken, sondern sie eher (meistens aus Übersee, aus den USA) zu übernehmen, zu verbreiten und zu popularisieren.<sup>28</sup> Die Zeitschrift brachte ihren Lesern meistens Infor-

---

<sup>28</sup> Das Magazin stellte so z.B. den Deutschen die Musik von Elvis Presley vor – noch bevor es möglich war, seine Platten in Deutschland zu kaufen – oder organisierte eine legendäre Beatles-Tour durch die BRD im Jahre 1966 (<http://www.50jahrebravo.de>).



mationen aus dem kulturellen Mainstream – die Avantgarde oder die Extreme wurden von Seiten der Bravo nur selten erwähnt. Ähnlich verhielt es sich auch mit politischen Themen. Die Bravo äußerte sich weder zum Vietnamkrieg noch zu den Studentenunruhen oder weiteren gesamtgesellschaftlichen Themen. Manchmal versuchte die Zeitschrift, eine ernste Debatte über die Probleme der Jugend anzustoßen (z.B. über die Gewalt an den Schulen) – doch auch dies blieb eher ein Randereignis und die meisten Artikel behandelten Mode, Unterhaltung und Popstars.

Trotzdem wird das Phänomen der Bravo heute kaum unterschätzt. Die Zeitschrift wird regelmäßig in der wissenschaftlichen Literatur erwähnt und anlässlich des Jahrestages der Bravo 2006 wurde Deutschland von einer Welle von Gedenkaktionen überschwemmt. Es erschien eine Monographie zur Bravo,<sup>29</sup> es entstand eine neue Webseite, eine Fernsehdokumentation wurde gedreht und eine Wanderausstellung zusammengestellt.<sup>30</sup>

## Die Tschechoslowakei nach dem Zweiten Weltkrieg

Die Ostblockstaaten entwickelten sich nach dem Zweiten Weltkrieg vollkommen anders als ihre westlichen Nachbarn. Anstatt einer sozialen Marktwirtschaft wurde in der damaligen Tschechoslowakei eine zentral gelenkte Planwirtschaft eingeführt. Den Vorrang bekam die Schwerindustrie, die Konsumgüterindustrie war zu dieser Zeit völlig vernachlässigt. Das wirtschaftliche System war ineffektiv, was sich auch auf das stagnierende Wachstum des Landes auswirkte. Im Jahre 1958 musste das Regime erstmals zu einer Wirtschaftsreform greifen – doch war diese zu oberflächlich und brachte kaum Verbesserungen. Das Land lebte weiterhin mehr oder weniger von seinen Vorkriegsreserven und sein Wohlstandsdefizit stieg ständig. Anstatt einem Wirtschaftswunder, das das westdeutsche Nachbarland erlebte, brach in der ČSSR am Anfang der 60er Jahre eine Wirtschaftskrise aus.<sup>31</sup>

Das gesellschaftliche und kulturelle Leben war in der Tschechoslowakei der 50er Jahre nicht weniger strikt gelenkt als die Wirtschaft. Die Kunst wurde völlig der zentralen Kontrolle der Partei, den Künstlerver-

<sup>29</sup> Hoersch, Teddy: BRAVO 1956–2006: 50 Jahre Jugendkultur, Mnichov 2006.

<sup>30</sup> <http://www.50jahrebravo.de/>.

<sup>31</sup> Vykoukal, Jiří – Litera, Bohuslav – Tejchman, Miroslav: Východ. Vznik, vývoj a rozpad sovětského bloku, Praha 2000, S. 379.

bänden und auch der Doktrin des sozialistischen Realismus untergeordnet. Viele Autoren, deren Herkunft oder Werk den offiziellen Anforderungen der kommunistischen Partei nicht entsprach, wurden zur Emigration gezwungen, verfolgt oder in Haft genommen. Vielen anderen, die in der Tschechoslowakei blieben, wurde ihre künstlerische Tätigkeit gänzlich untersagt.

Die kommunistischen Machthaber nahmen die Kultur als Helfershelfer und zugleich als Dekoration des Regimes wahr. Es war nicht notwendig, gesetzlich eine Zensur festzulegen. Die parteilichen Regulierungsmechanismen und die Autozensur der Autoren (bzw. die Instruktionen seitens ihrer Vorgesetzten oder Verleger) waren stark genug, um unerwünschte Publikationen zu vermeiden.<sup>32</sup> Wenn schon ein „ideologisch problematisches“ Werk der Aufmerksamkeit der Macht entging, hatte seine Veröffentlichung weitgehende Folgen für die Karriere des Autors – meistens ein Berufsverbot, in einigen Fällen sogar eine Verhaftung und die Beschlagnahme der Druckauflage.<sup>33</sup>

Am strengsten wurde die gesamte Kulturproduktion (wie auch die Gesamtgesellschaft) in der Zeit der härtesten Diktatur, in den Jahren 1948–1956, überwacht, beeinflusst. Eine gewisse Wende des Systems ebnete die Geheimrede des sowjetischen Führers Nikita Chruschtschow vor dem KPdSU-Parteitag im Februar 1956 und die hierauf folgenden Ereignisse desselben Jahres in Ungarn und Polen. In der Tschechoslowakei dauerte es aber noch mehrere Jahre, bis die Kritik an der stalinistischen Ära und am Personenkult eine wirkliche Entspannung in das Alltagsleben der Bürger brachte. Erste Anzeichen eines Tauwetters konnte man um das Jahr 1958 beobachten. Zu einer wesentlicheren Liberalisierung kam es dann in den Jahren 1963 bis 1968 bzw. 1969. Die Zeiten blieben aber unsicher – die Auswüchse der unabhängigen Kultur mischten sich immerhin mit Elementen der untergehenden Diktatur. Die Macht war unberechenbar – es kann im Rückblick nicht einmal ein genauer Schlüssel erkannt werden, nach dem einige Werke zugelassen und andere verboten wurden. Viele Autoren mussten Tricks anwenden und Umwege finden, um beruflich überleben zu können.<sup>34</sup>

---

<sup>32</sup> Alan, Josef (Hrsg.): *Alternativní kultura*, Praha 2001, S. 12–13.

<sup>33</sup> Pešek, Jiří: *Kontinuität und Diskontinuität der tschechischen Kultur 1945–1965*. In: *An der Bruchlinie: Österreich und die Tschechoslowakei nach 1945*, Wien 1998.

<sup>34</sup> Ebd.

## Mladý svět – die alternative Zeitschrift der sozialistischen Tschechoslowakei

Auch in der zentral gelenkten tschechoslowakischen Gesellschaft zeigten sich parallel zu der Entwicklung jenseits des eisernen Vorhangs seit den 50er Jahren erste Anzeichen der Herausbildung einer eigenständigen Jugendkultur – natürlich jedoch im begrenzten Umfang und unter der Aufsicht der staatlichen Organe. Am Ende der 50er Jahre wurden Stimmen laut, die darauf verwiesen, dass die tschechoslowakische Jugend keine eigene Zeitschrift, kein eigenes Presseorgan habe. Unter der Kuratel des Sozialistischen Jugendbundes (Socialistický svaz mládeže) entstand dann im Januar 1959 ein neues Periodikum – Mladý svět. Die Zeitschrift wurde in wenigen Jahren zu einem Kult.

Wenn ein Laie heute die ersten Nummern des ursprünglich nur 16-seitigen Magazins durchblättert, kann er sich nur schwer vorstellen, wieso Mladý svět eigentlich zum Phänomen wurde. Die meisten Seiten waren nämlich den klassischen „sozialistischen“ Themen und der Propaganda gewidmet. Die Hauptartikel behandelten die Erfolge der Planwirtschaft, kritisierten angebliche Kriegspläne der NATO und wiesen auf die Armut in den kapitalistischen Ländern hin. Aber im Vergleich zu anderen Periodika der Zeit gab es schon etwas Besonderes: herausragende Mitarbeiter (für Mladý svět schrieben im Laufe der 60er Jahre viele damals oder später bekannte tschechische Persönlichkeiten des Kulturlebens, z.B. Ladislav Smoljak, Arnošt Lustig, Jiří Černý, Eda Kriseová) und vor allem bahnbrechende Erwähnungen alternativer Projekte, die von den offiziellen Vorstellungen der Partei bzgl. der „sozialistischen Kultur“ abwichen. Mladý svět war die erste Zeitschrift, die z.B. über die Entstehung der später berühmt gewordenen kleineren Theater (wie z.B. Semafor in Prag) berichtete, und Artikel über ihre Vertreter lieferte, ihren Lesern neuere Trends in der bildenden Kunst und Literatur vorstellte und Rock- bzw. Popmusik popularisierte.

Im Laufe der Zeit brachte Mladý svět bislang unbekannte Neuheiten – den Leserpreis „Zlatý slavík“ (Goldene Nachtigall) für die besten Popsänger, die Rubrik „Liebe Sally,“ in der die Psychologin Jiřina Hanušová auf Briefe von Jugendlichen antwortete und ihnen Ratschläge erteilte,<sup>35</sup> interessante und zum Teil investigative und gemäßigt kritische Reportagen,

---

<sup>35</sup> Die Ratschläge von Jiřina Hanušová sind später auch in einem Sammelband erschienen: Hanušová J., *Milá Sally aneb Dobrá rada nad zlato* (Praha, 1988).

später auch erste Artikel, die sich mit der ökologischen Problematik beschäftigten. *Mladý svět* erschien in einer Auflage von mehreren hunderttausend Stück, war aber nicht leicht zugänglich – da sie sofort nach ihrem Erscheinen aus den Geschäften verschwand. Den Erfolg von *Mladý svět* brachte ihr langjähriger Feuilletonist Rudolf Křesťan klar auf den Punkt: „Die neue Zeitschrift zeichnete sich mit Überblick aus und drohte nicht mit der Faust.“<sup>36</sup>

Nach der Wende und mit dem Aufkommen neuer Magazine auf dem Markt erlebte die Zeitschrift, die in der kommunistischen Ära einzigartig war, schwere Zeiten, genauer: eine langjährige Krise, die von einer stetig sinkenden Auflage gekennzeichnet war. Alle Versuche, sie wiederzubeleben, scheiterten, so dass *Mladý svět* 2005 schließlich eingestellt wurde.

## **Bravo und Mladý svět im Kontext der Modernisierung**

Die Geschichte der beiden zur selben Zeit ins Leben gerufenen Zeitschriften – der sozialistischen *Mladý svět* und der westdeutschen *Bravo* – sind für moderne Jugendkulturen, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg auf beiden Seiten des eisernen Vorhangs auf eine spezifische Weise etablierten, gleich aus mehreren Gründen typisch. Beide Periodika waren von Anfang an für die Massen der Jugendlichen bestimmt und in dieser Hinsicht können sie als modern bezeichnet werden. Ihre Leserschaft war nicht auf eine bestimmte Eliten-, soziale oder Interessengruppe begrenzt und rekrutierte sich aus breiten Gesellschaftsschichten. Beide Zeitschriften boten der Jugend in Popkultur, Mode sowie in Partnerschaftsbeziehungen auch Informationen und Hinweise an, die sie in anderen Medien nicht bekommen konnten und die ihnen die Orientierung in der modernen Gesellschaft erleichterten. – An dieser Stelle vertraten oder ergänzten die Jugendzeitschriften zum Teil auch die traditionellen Erziehungsinstitutionen wie Familie, Kirche oder Schule.<sup>37</sup> Der farbige Inhalt beider Zeitschriften mit Fotos, Geschichten, Witzen und ihre weiteren Veranstaltungen (z.B. die Leserpreise) entsprachen zugleich dem wachsenden Bedürfnis der Jugend nach einer ungezwungenen Unterhaltung, das sich am Ende der 50er Jahre in der westlichen sowie in der östlichen Gesellschaft entwickelte.

---

<sup>36</sup> Křesťan, Rudolf: Vzpomínka Rudolfa Křesťana, *Mladý svět*, 29. 06. 2004.

<sup>37</sup> Müller, Martin U.: Dr. Sommer hat sich selbst aufgeklärt, *FAZ*, 28. 10. 2005.

Die meisten Unterschiede zwischen den beiden Zeitschriften können aus ihrer ungleichen Herkunft abgeleitet werden. *Mladý svět* entstand am Ende der stalinistischen Periode in der sozialistischen Tschechoslowakei auf Wunsch staatlicher Organe, die der kommunistischen Partei nahestanden.<sup>38</sup> Die *Bravo* entwickelte sich im Unterschied dazu in einer sich demokratisierenden Gesellschaft und im Kontext der Marktwirtschaft. Ihre Autoren genossen eine unvergleichbar größere Freiheit bei der Gestaltung des Magazins als ihre Kollegen in der Tschechoslowakei. Die *Bravo* musste sich allerdings in scharfer Konkurrenz zu anderen Periodika bzw. Medien behaupten und profilierte sich im Laufe der Zeit zu einer kommerziellen, ausgeprägt unpolitischen Zeitschrift mit einer engen Bindung an die Musik- bzw. Filmindustrie.<sup>39</sup> *Mladý svět* hatte dagegen in den Jahrzehnten nach ihrer Gründung auf dem tschechoslowakischen Zeitungsmarkt kaum Konkurrenz. Der Inhalt des Magazins musste sich aber vorwiegend im Rahmen der Ideologie und der Kulturpolitik bewegen, den die Partei bestimmte, und die Stellung von *Mladý svět* veränderte sich dramatisch gemäß der aktuellen politischen Lage.

In den ersten Jahren war die Nachzensur seitens der Staatsorganen meistens nicht notwendig, da die Autozensur der Journalisten, die in der Zeit des Stalinismus entstanden war, meistens ausreichend war.<sup>40</sup> Der sozialistische Realismus, die führende kommunistische kulturelle Doktrin, überlebte (allein in einer veränderten Gestalt) die 50er Jahre – und entwickelte sich zu Parolen gegen die dekadente westliche Gesellschaft und den Kosmopolitismus weiter.<sup>41</sup> Auch die damaligen Gründungsmitglieder von *Mladý svět* waren meistens pro-kommunistisch gesinnt.<sup>42</sup> Eine Wende in der Ausrichtung des Magazins kam erst mit der „zweiten Generation“ ihrer Autoren – mit Persönlichkeiten wie Karel Hvížďala, Rudolf Křesťan, Jiří Černý oder Eda Kriseová, die *Mladý svět* zu einer Tribüne (Bühne) der

---

<sup>38</sup> *Mladý svět* wurde vom Tschechoslowakischen (bzw. Sozialistischen) Jugendverband unter der Aufsicht des ZK der kommunistischen Partei herausgegeben (Konrádová, Petra: *Causa – Mladý svět*, Reflex 28. 7. 2005).

<sup>39</sup> Rehnolt, Andreas: Langsam im Oldie-Alter: „Bravo“ wird 50 Jahre heute <http://www.heute.de/ZDF>.

<sup>40</sup> Alan 2001, S. 12–13.

<sup>41</sup> Ebd.

<sup>42</sup> Ljuba Horáková, die zu den Begründern der Zeitschrift gehörte, erinnert sich: „Es war eine sehr dogmatische Zeit. Unsere enthusiastische kommunistische Nachkriegsgeneration glaubte, dass es eine neue gerechte Welt geben wird und dass wenn unsere Absichten gut sind, es auch die Absichten der ganzen Politik sind.“ (Konrádová, Petra: *Causa – Mladý svět*, Reflex 28. 07. 2005).

der jungen Generation machten. Ihren Höhepunkt erreichte die Zeitschrift dann in den Jahren 1968–1969, als die Zensur in der Tschechoslowakei weitgehend außer Kraft gesetzt wurde. Um so bitterer waren dann die 70er Jahre – die meisten bedeutenden Persönlichkeiten wurden im Laufe der „Normalisierung“ aus der Redaktion entfernt und der Inhalt wurde „linienreu“ neugestaltet.<sup>43</sup>

Jugendzeitschriften bzw. im weiteren Sinne Jugendkulturen werden heute nicht mehr als eine Randerscheinung (wie noch in den 50er bzw. 60er Jahren) wahrgenommen, sondern zunehmend eher als ein fester Bestandteil des modernen Kulturlebens, in dem die Unterscheide zwischen der „hohen“ und der „niedrigen“ Kunst verwischen. Das Wissenschaftliche Interesse an den Jugendkulturen deutet darauf hin, dass ihre selbstständige Existenz und ihre Rolle in der Erziehung) allgemein akzeptiert und zum Teil auch offen anerkannt wird.<sup>44</sup> Im Unterschied zu den vergangenen Jahrzehnten wird heute die Zugehörigkeit der Jugendlichen zu einer eigenständigen Subkultur (selbstverständlich mit der Ausnahme von extremistischen Gruppierungen) als normal, sogar erwünscht wahrgenommen. Die breite Akzeptanz der Jugendkulturen zeugt von einem hohen Maß an Stabilität, Integrationskraft und Demokratieniveau der gegenwärtigen Gesellschaft, das sich seit dem Zweiten Weltkrieg und nach dem Zerfall des Ostblocks in den meisten Staaten Europas etabliert hat.<sup>45</sup>

## Quellen- und Literaturverzeichnis

- Alan J. (ed.), *Alternativní kultura* (Praha, 2001)
- Bonfadelli H., Jugend, Politik und Massenmedien in Sarcinelli Ulrich (ed.), *Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft* (Bonn, 1998)
- Geissler R., Modernisierung, *Informationen zur politischen Bildung*, Heft 269
- Glaser H., *Deutsche Kultur 1945–2000* (Bonn, 2003)
- Köhler T., Jugendgenerationen im Vergleich: Konjunkturen des (Non)Konformismus, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, No. 5, 2001
- Konrádová P., Causa – Mladý svět, *Reflex*, 28. 07. 2005

---

<sup>43</sup> Konrádová, Petra: Causa – Mladý svět, *Reflex* 28. 07. 2005.

<sup>44</sup> Damit ist vor allem der Beitrag der Jugendkulturen zur allgemeinen Modernisierung des deutschen Kulturlebens und des Denkklimas gemeint – die jugendlichen Subkulturen waren vor allem Träger von antimilitärischen und antiautoritären Tendenzen und die Verbreiter von Toleranz und individuellen Freiheiten. (Maase 2003).

<sup>45</sup> Rink 2002.

- Křestán R., Vzpomínka Rudolfa Křestána, *Mladý svět*, 29. 06. 2004
- Maase K., Körper, Konsum, Genuss – Jugendkultur und mentaler Wandel in den beiden deutschen Gesellschaften, *Aus Politik und Zeitgeschichte* No. 45, 2003
- Müller M., 50 Jahre „Bravo“, *FAZ*, 28. 10. 2005, pp. 46
- Müller M., Dr. Sommer hat sich selbst aufgeklärt, *FAZ*, 28. 10. 2005
- Pešek J., Kontinuität und Diskontinuität der tschechischen Kultur 1945–1965 in Heiss G. (ed.), *An der Bruchlinie: Österreich und die Tschechoslowakei nach 1945* (Wien, 1998)
- Rink D., Beunruhigende Normalisierung: Zum Wandel von Jugendkulturen in der Bundesrepublik Deutschland, *Aus Politik und Zeitgeschichte* No. 5, 2002
- Schildt A., *Rebellion und Reform. Die Bundesrepublik der Sechzigerjahre* (Bonn, 2005)
- Schnibben C., Das bürgerliche Dilemma, *Der Spiegel*, No. 1, 2006
- Vlček J., Globalizátor větší než Světová banka, *Týden* No. 27, 2001
- Vykoukal J., Litera B., Tejchman M., *Východ. Vznik, vývoj a rozpad sovětského bloku* (Praha, 2000)

### Internetquellen

- Statistisches Bundesamt – <http://www.destatis.de/>
- Radio Bremen – <http://www.radiobremen.de/tv/beatclub/anfang.html>
- Bauer Verlagsgruppe – <http://www.hbv.de/>
- Heinrich Bauer Verlag – <http://www.bauerverlag.de>
- NDR Fernsehen – <http://www3.ndr.de>
- ZDF – <http://www.heute.de/ZDF>





## DIE OSTDEUTSCHE GALERIE REGENSBURG

---

ANITA PELÁNOVÁ

### Abstract

#### The Ostdeutsche Galerie in Regensburg

The Ostdeutsche Galerie in Regensburg was established by Article 96 of the Law on Expellees of 1966. This gallery has a specific program: to document the work of artists connected with East European regions settled by Germans (the Czech Lands, Silesia, East Prussia) as well as to present the contribution of these artists to the development of European art from romanticism to the present day. The gallery initiated its activities in 1970 when the Adalbert Stifter Society lent it approximately 600 works created by Czech-born artists.

Over the years, the activities of the gallery shifted from the regionally defined and nostalgic “Heimatkunst” (homeland art) to a more general emphasis on “exile art” documenting the destinies of individual artists in the twentieth century. Under this emphasis, paintings by artists holding irreconcilable ideological positions appeared next to one another; some examples are Oskar Kokoschka and George Grosz or Richard Müller and Ludwig Meidner. The terms “refugee” and “refugee art” thus became more objective because they ultimately referred not only to those artists forced to leave their homeland in 1945, but also to those who fled Germany after 1933.

**Keywords:** German art, Ostdeutsche Galerie Regensburg

Die Modernisierung der deutschen Gesellschaft, verbunden sowohl mit der Vergangenheitsbewältigung als auch einem offenen Geschichtsbewusstsein und letztendlich auch mit neuen Forschungsthemen, ist vernehmbar auch in dem öffentlichen Leben scheinbar so entlegener Institutionen, wie es betont historisch ausgerichtete Museen und Galerien<sup>1</sup> diesen Modernisierungsprozess zu verfolgen.

<sup>1</sup> Dazu siehe: Leistner, Gerhard: Katalog der Schausammlung. Gemälde, Skulpturen, Plastiken und Objekte, Regensburg 1997.

Die Ostdeutsche Galerie in Regensburg, gegründet im Zuge des so genannten Kulturparagraphs 96 des Bundesvertriebenengesetzes<sup>2</sup> von 1966, hat ein bundesweit einmaliges Programm: sie will den Anteil der in ehemaligen deutschen Ostgebieten geborenen oder dort tätigen deutschen Künstler an der gesamteuropäischen Kunstentwicklung von der Romantik bis zur Gegenwart dokumentieren. Voraus ging ihr eine Stiftung, der die aus ehemaligen deutschsprachigen Regionen Osteuropas stammenden Künstler und Sammler Kunstwerke zur Verfügung stellten. Zusammen mit der vom Münchner Adalbert-Stifter-Verein und der Künstlergilde Esslingen stammenden Leihgabe von etwa 600 Kunstwerken böhmischen Ursprungs bilden diese Schenkungen den Kern der im Jahre 1970 eröffneten Ostdeutschen Galerie in Regensburg.

Im chronologisch ältesten Teil der Sammlung, in dem Werke bis 1918 ausgestellt werden, begegnen wir den mit liebevoller Sorgfalt gemalten Berglandschaften von Adalbert Stifter (1805 Oberplan/Böhmen – 1868 Linz),<sup>3</sup> bukolischen und der klassizistischen Tradition verpflichteten Szenarien von Johann Jakob Müller (1765 Riga – 1832 Stuttgart)<sup>4</sup> oder von Theodor Johann Goldstein (1798 Warschau – 1871 Dresden),<sup>5</sup> also an bester akademischer Tradition festhaltenden Idealbildern einer – aus heutiger Sicht – noch heilen Welt. Zu den Prachtstücken dieser Abteilung zählt gewiss die von Adolf von Menzel (1815 Breslau – 1905 Berlin)<sup>6</sup> stammende *Huldigung der schlesischen Stände im Breslauer Rathaus vor Friedrich dem Großen am 7. November 1741* als ein 1855 entstandenes anschauliches Beispiel

<sup>2</sup> „Bund und Länder haben entsprechend ihrer durch das Grundgesetz gegebenen Zuständigkeit das Kulturgut der Vertreibungsgebiete in dem Bewusstsein der Vertriebenen und Flüchtlinge, des gesamten deutschen Volkes und des Auslandes zu erhalten, Archive, Museen und Bibliotheken zu sichern, zu ergänzen und auszuwerten, sowie Einrichtungen des Kunstschaffens und der Ausbildung sicherzustellen und zu fördern. Sie haben Wissenschaft und Forschung bei der Erfüllung der Aufgaben, die sich aus der Vertreibung und der Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge ergeben, sowie Weiterentwicklung der Kulturleistungen der Vertriebenen und Flüchtlinge zu fördern ...“

<sup>3</sup> Adalbert Stifter (1805 Horní Planá – 1868 Linz) – bekannt vor allem als Schriftsteller (Bunte Steine, Nachsommer, Witiko), Maler von spätromantischen Berglandschaften.

<sup>4</sup> Johann Jakob Müller (1765 Riga – 1832 Stuttgart) – als Stipendiat des russischen Zaren Alexander I. bereiste er Westeuropa, wo er sich die von Claude Lorrain geschaffenen Prinzipien klassizistischer Landschaftsmalerei aneignete.

<sup>5</sup> Theodor Johann Goldstein (1798 Warschau – 1871 Dresden) – Landschaftsmaler, der die an klassizistischen Vorbildern geschulte malerische Optik auf mitteleuropäische Szenarien übertragen hat.

<sup>6</sup> Adolf von Menzel (1815 Breslau – 1905 Berlin) – der große Realist und Chronist der friderizianischen Epoche widmete sich ebenfalls – wie das Regensburger Gemälde beweist – der politisch ambitionierten Gattung der Historienmalerei.

der Historienmalerei des 19. Jahrhunderts. Im Zusammenhang mit dem romantischen *Blick auf Prag* (1850) von Maxmilian Haushofer (1811 Nymphenburg – 1866 Starnberg), in dessen Atelier für Landschaftsmalerei an der Prager Akademie eine ganze Generation tschechischer Maler studierte, die mit dem Bau des Nationaltheaters in Verbindung gebracht werden kann, sind auch die Werke weiterer bedeutender Repräsentanten der Historien- oder Landschaftsmalerei, wie etwa von Anton von Werner (1843 Frankfurt a.O. – 1915 Berlin), Emanuel Hegenbarth (1868 Böhmisches Kamnitz – 1923 Dresden) oder Karl Friedrich Lessing (1808 Breslau – 1880 Karlsruhe),<sup>7</sup> aber ebenfalls *Die Kartenlegerin* (1886) als ein Frühwerk des in Olmütz geborenen Adolf Hoelzel (1853 Olmütz – 1934 Stuttgart), eines Wegbereiters der Abstraktion des 20. Jahrhunderts, zu nennen. Bemerkenswert sind in diesem Kontext ebenfalls die noch völlig in Einklang mit den Prinzipien der akademischen Optik stehenden Industrie- und Maschinenmotive von Leonhard Sandrock (1867 Neumark/Schlesien – 1945 Berlin): zwar zeugt sein treu akribisches *Lokomobil beim Berliner U-Bahnbau* (1912) von der selben Faszination für den technischen Fortschritt, die für die bereits die umsichgreifende Avantgarde kennzeichnend ist, doch an seiner malerischen Optik haftet noch der Naturalismus des 19. Jahrhunderts.

In der als „Klassische Moderne“ bezeichneten Kollektion des 20. Jahrhunderts befinden sich neben Werken eines der einflussreichsten deutschen Künstler Max Klinger (1857 Leipzig – 1920 Grossjena) weitere Vertreter des Jugendstils – als Auftakt zur bereits international geprägten Kunst des 20. Jahrhunderts. Beginnend mit dem heute bereits klassisch empfundenen Impressionisten Lovis Corinth (1858 Tapiaw/Ostpreussen – 1925 Zandvoort) über die Expressionisten (Max Pechstein, Otto Müller, Karl Schmidt-Rottluff, Wilhelm Jaeckel) bis hin zu Surrealisten und Bauhausianern (Ida Kerkovius, Alfred und Gertrud Arndt, Marg Molzahn, Lyonel Feininger,<sup>8</sup> Oskar Schlemmer)<sup>9</sup> wird hier ein

---

<sup>7</sup> Karl Friedrich Lessing (1808 Breslau – 1880 Karlsruhe) – einer der Gründer der Düsseldorfer Landschaftsmalerei, die sich von der klassizistischen Tradition biblischer und mythologischer Themen abwandte und als erste begann, deutsche Landschaften festzuhalten.

<sup>8</sup> Lyonel Feininger, deutschamerikanischer Maler und Graphiker (1871 New York – 1956 New York). 1920–1933 lehrte er am Bauhaus, 1938 kehrte er in die USA zurück.

<sup>9</sup> Oskar Schlemmer (1888 Stuttgart – 1943 Baden-Baden) – Maler, Choreograph und Bühnenbildner, von 1920–1928 am Bauhaus tätig, wo er sich u.a. mit avantgardistischer Bühnengestaltung befasste, von 1928–1932 Professor an der Breslauer Kunstakademie, 1932–1933 an der Berliner Vereinigten Kunstschule, nach Malverbot als Handwerker in Stuttgart beschäftigt, malte heimlich kleinformatige Aquarelle.

überraschend repräsentativer Überblick über die stilistische Vielfalt der deutschen Kunst der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts geboten – überraschend vor allem in Hinsicht auf den beträchtlichen Anteil der Kunst ostdeutscher Provenienz an den bedeutendsten Strömungen der europäischen Moderne.

Neben Gemälden von Eugen Spiro aus Breslau, Fritz Strobenetz aus Budapest oder Emil Orlik (1870 Prag – 1932 Berlin)<sup>10</sup> wird das Bild dieser Stilepoche durch Skulpturen von Anton Hanak (1875 Výšovice/Mähren – 1934 Wien), Hugo Lederer (1871 Znaim – 1940 Berlin) und Franz Metzner (1870 Vřeruby/Böhmen – 1819 Berlin)<sup>11</sup> – als einem der berühmtesten sudetendeutschen Bildhauer der Jahrhundertwende – ergänzt.

Mit Emil Orlik, einem Mitglied der Prager Deutschen Kunstfördernden Gesellschaft, des Kunstvereins für Böhmen und der Wiener und Berliner Sezession, nimmt nicht nur der eigentliche so genannte ostdeutsche Anteil, sondern die gesamte Kunst des 20. Jahrhunderts kosmopolitischere, transnationalere Züge an. Wie irreführend Umstände wie Geburtsort oder Herkunft sein können, dokumentiert letztendlich die Tatsache, dass hier nebeneinander Werke von Künstlern hängen (u.a. von George Grosz und Oskar Kokoschka), die sich höchstwahrscheinlich die Hand nicht gereicht hätten. Im Revolutionsjahr 1920 veröffentlichte Grosz in Dresden ein Pamphlet, in dem er der *Kunsthure Kokoschka ...drohte, ihn am nächsten Laternenpfahl aufzuhängen, wenn ihre Partei ans Ruder käme.*<sup>12</sup> Im Jahr 1933 wurden beide zu Opfern der NS-Säuberungen und waren als „Entartete“ gezwungen, zusammen mit dem ebenfalls in der Regensburger Galerie vertretenen Otto Dix (1891 Unterhaus – 1969 Singen),<sup>13</sup> die Dresdener Kunstakademie zu verlassen – dies auf Anordnung des Rektors

---

<sup>10</sup> Orliks Beitrag zum internationalen Ausmaß des Jugendstils bezieht sich vor allem auf die Inspiration durch die Japanische Kunst, die sich in seinen Gemälden und Graphiken in effektiv assymetrischer Flächeneinteilung auswirkt.

<sup>11</sup> Der bei Pilsen geborene Künstler gehört zu den erfolgreichsten mitteleuropäischen Bildhauern: bekannt ist neben zahlreichen, nicht mehr erhaltenen Plastiken (Neptun-Brunnen vor dem Reichenberger Rathaus, Rüdiger in Gablonz) vor allem seine bildhauerische Gestaltung des Völkerschlachtdenkmals bei Leipzig.

<sup>12</sup> Kokoschka, Oskar: Mein Leben. Bruckmann, München 1971, S. 183.

<sup>13</sup> Entscheidend für sein Gesamtwerk waren die Erlebnisse im Ersten Weltkrieg, die er in den 20er Jahren mit einer harschen Gesellschaftskritik verband. 1933 wurde er von der Dresdner Kunstakademie verbannt und zog sich an den Bodensee in die „innere“ Emigration zurück. Nach 1945 wurde er in beiden deutschen Staaten geehrt und ausgezeichnet.

Richard Müller (1874 Tschirnitz/Böhmen – 1954 Dresden),<sup>14</sup> eines weiteren aus den „Vertreibungsgebieten“ stammenden Künstlers. Ähnlich wie Grosz und Dix gehörte auch Müller zu den Anhängern der Neuen Sachlichkeit<sup>15</sup> – einer im Grunde konservativ ausgerichteten, stilistisch mehrschichtigen Strömung. Nach der anfänglich einheitlichen Ablehnung avantgardistischer Verzerrungen und dem Bestreben, in der Kunst Verständlichkeit und Lebensnähe wieder herstellen zu wollen, kristallisierten sich innerhalb der Neuen Sachlichkeit drei Strömungen heraus, die jedoch nicht mit politischen Einstellungen übereinstimmten. Dem ersten konservativ veristischen Flügel gehört neben Richard Müller oder Franz Radziwill (1895 Strohhausen – 1985 Wilhelmshafen),<sup>16</sup> die von der nazistischen Ästhetik zuerst zu profitieren schienen, mit Carlo Mense (1886 Rheine – 1965 Königswinter)<sup>17</sup> auch ein Maler frappierend nüchtern gestalteter arkadischer Idyllen an; den sozialkritisch und politisch engagierten linken Flügel repräsentieren u.a. Otto Dix und George Grosz; den dritten Flügel dieses vielschichtigen Still-Ismus repräsentieren große Einzelgänger wie z.B. Max Beckmann (1884 Leipzig – 1950 New York),<sup>18</sup> der ebenfalls gezwungen war, Deutschland zu verlassen. Paradoxerweise wird der neusachliche Beckmann, der ironische Widersacher ekstatischer Manifeste der „neuen“ Malerei im Almanach „Der blaue Reiter“, als ein Künstler gesehen, der dem zeitlich bedingten Expressionismus eine zeit- und stillose Ausdrucksebene verlieh. Beckmanns Lebensgeschichte ist geprägt von zwei Weltkriegen: im ersten diente er bis zum Nervenzusammenbruch als Sanitäter, den zweiten verbrachte er in der Illegalität in Amsterdam. Seiner Empörung über das Geschehen in Deutschland gab er Ausdruck in seiner

---

<sup>14</sup> Richard Müller (1874 Tschirnitz – 1954 Dresden). Neben Klinger einer der bekanntesten deutschen Maler der ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts und gleichzeitig jüngster Rektor – bereits in seinem 25. Lebensjahr zum Professor der Dresdner Akademie ernannt, wo zu seinen Schülern u.a. George Grosz und Otto Dix gehörten.

<sup>15</sup> Siehe Buderer, Hans Jürgen – Fath, Manfred: Neue Sachlichkeit. Bilder auf der Suche nach der Wirklichkeit. Prestel, München – New York 1994.

<sup>16</sup> Stellte als „magischer Realist“ mit der Neuen Sachlichkeit aus, 1933 übernahm er an der Düsseldorfer Akademie die Malklasse des als „entartet“ entlassenen Paul Klee. 1935 wurde er jedoch entlassen und 1937 hingen seine Bilder in der Münchner Ausstellung „Entartete Kunst“. In den Jahren 1939–1945 diente er als Soldat.

<sup>17</sup> Im Rahmen seiner neusachlich orientierten Optik kombinierte er avantgardistische Impulse (Delaunays Orphismus) mit der Mystik von Chiricos leeren Stadtscenerien.

<sup>18</sup> Leiter der Malerklasse am Städelschen Institut in Frankfurt/Main von 1918 bis 1933, als er das Amt verlassen musste, 1937 emigrierte er nach Amsterdam, wo er sich bis 1945 illegal aufhielt, 1947 folgte er einer Berufung auf die School of Arts in New York.

Eröffnungsrede<sup>19</sup> anlässlich der 1938 in London veranstalteten Ausstellung deutscher Kunst – einer verbitterten Reaktion auf die 1937 von München ausgehende Wanderausstellung „Entartete Kunst“.

Diffamiert und als krankhaft „entartet“ verfolgt wurde die gesamte „Moderne“: neben der breit gefächerten Ausdrucksweise des Expressionismus auch die Abstraktion und der Surrealismus – von der sozial stark alarmierenden und ergreifenden Graphik von Käthe Kollwitz (1867 Königsberg – 1945 Moritzburg) bis hin zum jüdisch-orthodoxen Breslauer Ludwig Meidner (1884 Bernstadt/Schlesien – 1966 Darmstadt).<sup>20</sup> Zu bedeutenden Repräsentanten der Abstraktion gehört neben dem Visionär Wenzel Hablik (1881 Brüx – 1934 Itzehoe)<sup>21</sup> auch Rudolf Bauer (1889 Lindenwald – 1953 New Deal)<sup>22</sup> mit seinem Berliner Kunstsalon „Geistreich Bauer“ ein Advokat der aus dem Expressionismus hervorgegangenen Gegenstandslosigkeit als höchst spiritueller Ausdrucksweise. Wegen Missachtung des Malverbots wurde er 1937 verhaftet und erst nach massiven Interventionen von Hilla Rebay und Salomon R. Guggenheim aus dem KZ entlassen, woraufhin ihm die Flucht in die USA glückte. Den internationalen Surrealismus vertreten in Regensburg zwei Persönlichkeiten: der in Kattowitz geborene Bildhauer Hans Bellmer (ab 1938 in der Emigration) und Richard Oelze.

Im Laufe der bereits mehr als dreißigjährigen Tätigkeit der Ostdeutschen Galerie haben sich die ursprünglich nur territorial gegebenen Akzente verschoben: von einer eher nostalgisch geprägten Vertreibungs- und Heimatkunst hin zu einer das Diktaturenjahrhundert schlechthin dokumentierenden und charakterisierenden „Kunst auf der Flucht“. Gegenwärtig

<sup>19</sup> Siehe Beckmann, Max: Die Realität der Träume in Bildern. Reclam, Leipzig 1984.

<sup>20</sup> Nach Steinmetzlehre und Studium an der Kunstschule in Breslau (1903–1904) Studienaufenthalt in Paris. Nach Rückkehr 1912 Gründungsmitglied der Gruppe „Die Pathetiker“, stellte aus in Waldens Galerie „Der Sturm“, nach dem Ersten Weltkrieg Gründungsmitglied der Novembergruppe und literarische Tätigkeit. 1933 Berufs- und Malverbot, 1935–1939 Zeichenlehrer am jüdischen Gymnasium in Köln, 1939 Flucht nach England, 1952 Rückkehr nach Deutschland.

<sup>21</sup> Maler, Graphiker, im Sinne des Synästhetismus der Jahrhundertwende befasste er sich mit Entwürfen von Architektur und Mobiliar. Nach dem Studium an der Kunstgewerbeschule in Wien und an der Prager Kunstakademie (1906) ließ er sich im norddeutschen Itzehoe nieder, wo er die Handweberei Hablik & Lindemann führte. Seit 1910 Mitglied des Vereins deutscher bildender Künstler in Böhmen, von 1912 an des Werkbundes, 1910–1912 Mitglied des Arbeitsrats für Kunst, 1919–1920 beteiligte er sich an der *Gläsernen Kette*, einer Korrespondenzgesellschaft von Architekten aus dem Umkreis Bruno Tauts. Mit seinen Entwürfen von Gebrauchsgegenständen befand er sich in der Nähe des expressionistischen Bauhauses.

<sup>22</sup> Rudolf Bauer (1889 Lindenwald – 1953 New Deal/New Jersey).

tig bietet die Ostdeutsche Galerie nicht nur einen verhältnismäßig repräsentativen Überblick über die mit den ehemaligen ostdeutschen Gebieten zusammenhängende Kunst, sondern darüber hinaus auch über den künstlerischen Nachlass der DDR, was sich u.a. in der Ergänzung ihrer offiziellen Bezeichnung widerspiegelt: Kunstforum.

Im Brennpunkt der Aufmerksamkeit der Ostdeutschen Galerie befinden sich also auch Werke von Künstlern, deren Flucht von der entgegengesetzten Richtung – also von Deutschland weg – bestimmt worden ist. Indem nach der Wiedervereinigung ebenfalls Kunst der ehemaligen DDR mit einbezogen wurde, verließ die Ostdeutsche Galerie das ursprüngliche enge Kriterium.

Im Zusammenhang mit den aus ostdeutschen Gebieten stammenden oder dort tätigen Künstlern ist in der Regensburger Galerie bereits eine bedeutende Akzentverschiebung zu beobachten: die eng regionalistische Optik einer nostalgischen Heimatkunst wurde verlassen zugunsten einer breiter aufgefassten „Kunst auf der Flucht“ als historischem Treibgut des bewegten 20. Jahrhunderts schlechthin. Diese Akzentverschiebung zeichnet sich nicht nur in der offiziellen Bezeichnung der Galerie als „Kunstforum“, sondern auch in weiteren Aktivitäten: in einer thematisch neugestalteten Schausammlung, in neuen Bedingungen für die Erteilung des Lovis-Corinth Preises,<sup>23</sup> der sich im Zuge einer „Modernisierung“ auch auf neue Medien bezieht,<sup>24</sup> in grenzüberschreitenden Ausstellungen und einer durchaus sympathischen interaktiven Web-Initiative, in deren Rahmen unter der Spalte „Kunstwerk des Monats“ Interpretationen und historische Zusammenhänge zu den Werken publiziert werden.

Der kurze Streifzug durch die Entstehungsgeschichte dieser landesweit einmalig ausgerichteten Regensburger Kunstsammlung liefert einen be-  
redeten Beweis für die Vielschichtigkeit des Modernisierungsprozesses sowohl in gesellschaftlichen Institutionen, wie auch auf wissenschaftlicher und psychologischer Ebene. Ohne ihn wäre die allmähliche Umwandlung einer eher konservatorisch auf Heimatkunst spezialisierten Sammlung in ein sich als weltoffen präsentierendes interaktives, neuen Medien und Gattungen sich erschließendes Kunstforum gar nicht denkbar.

---

<sup>23</sup> Im Jahr 2006 wurde der Preis der in Deutschland lebenden Magdalena Jetelová verliehen.

<sup>24</sup> Für das Jahr 2007 wird der Lovis-Corinth-Preis erstmals an einen Fotografen – an Timm Rautert (geb. 1941) verliehen.

## Literaturverzeichnis

Beckmann, Max: Die Realität der Träume in Bildern. Reclam, Leipzig 1984.

Buderer, Hans Jürgen – Fath, Manfred: Neue Sachlichkeit. Bilder auf der Suche nach der Wirklichkeit. Prestel, München – New York 1994.

Leistner Gerhard, Katalog der Schausammlung. Gemälde, Skulpturen, Plastiken und Objekte, Regensburg 1997.

Kokoschka, Oskar: Mein Leben. Bruckmann, München 1971.



**GESAMTBERICHT ÜBER DAS DAAD  
ALUMNI TREFFEN DES LEHRSTUHL  
FÜR DEUTSCHE UND ÖSTERREICHISCHE  
STUDIEN DER KARLSUNIVERSITÄT  
IN PRAG, 06. 10. 2007**

---

JIŘÍ PEŠEK, TOMÁŠ NIGRIN



v.l. Prof. Dr. Dr. hc. Detlef Brandes, Prof. Dr. Dieter Segert, Dr. Dorothea Uhle,  
Dr. Ulrich Lins, Priv.-Doz. Dr. Volker Zimmermann, Prof. Dr. Christoph Cornelißen,  
Kateřina Šichová, MA, Prof. PhDr. Jiří Pešek, CSc. (autor: Adam Šebesta)

## **1. Das DAAD-Alumni-Treffen der Dozenten und Absolventen des Studienganges Deutsche Studien am 6. Oktober 2007**

Das Treffen von Absolventen, Lehrenden und Studierenden des Studienganges „Deutsche und Österreichische Studien“ des Instituts für Internationale Studien der Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Karlsuniversität Prag fand am 6. Oktober 2007 auf der Prager Festung Vyšehrad statt. Die finanzielle Unterstützung der Treffens durch den DAAD ermöglichte es dem Lehrstuhl, seine Absolventen auch nach dem Einstieg ins Berufsleben zu betreuen, so dass Kontakte zur Universität aufrechterhalten und Netzwerke aufgebaut werden können.

Zum Treffen wurden sowohl die ehemaligen und derzeitigen Studierenden des Studienganges für Deutsche und Österreichische Studien als auch die ehemaligen und derzeitigen Lehrenden, einschließlich der Gastprofessoren des DAAD, sowie mit Dr. Ulrich Lins der Leiter des Referates 321 (Länderübergreifende Programme Mittel- und Osteuropa) des DAAD in Bonn eingeladen. Zudem erhielten die Vertreter bedeutender deutscher, in der Tschechischen Republik tätigen Unternehmer ebenso eine Einladung wie die Repräsentanten der Deutsch-Tschechischen Handelskammer, der Deutschen Botschaft in Prag sowie Vertreter tschechisch-deutscher Stiftungen und Kulturverbände.

Das Programm bestand aus drei Teilen. Das Treffen eröffnete Prof. PhDr. Jiří Pešek, der in seiner Rede die Notwendigkeit enger Beziehungen zwischen dem Lehrstuhl und den Absolventen hervorhob und Felder einer möglichen Zusammenarbeit skizzierte. Der Festvortrag von Kateřina Šichová M.A. (Bohemicum der Universität Regensburg) zum Thema „Die Stellung der deutschen Sprache in der tschechischen Wirtschaft“ knüpfte an das Begrüßungswort an. Die Eröffnungsrede von Prof. Pešek und der Festvortrag von Frau Šichová werden im Rahmen der Publikation *Acta Universitatis Carolinae – Studia Territoria* im Jahre 2008 publiziert.

Der dritte und wichtigste Teil beinhaltete die Vorstellung der einzelnen Absolventen des Studienganges für Deutsche und Österreichische Studien. Vierzehn ehemalige Studenten stellten ihre Arbeitsfelder vor und beschrieben ihre Laufbahn sowie den Nutzen des Studiums für ihre derzeitige Position. Außerdem äußerten sie sich über die Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit den anderen Absolventen. Einige von ihnen boten Praktikumsplätze in ihren Unternehmen an, manche zeigten sich interessiert, mit ihren Kenntnissen und Erfahrungen den Unterricht am Lehrstuhl zu unterstützen.

Ein erstes konkretes Ergebnis des Treffens stellt die Beteiligung einiger Absolventen, die derzeit in den staatlichen Ministerien tätig sind, am Unterricht des Magisterstudiengangs im Wintersemester 2007/2008 dar. Dies wird die Interaktion zwischen Studenten, Absolventen und Lehrenden intensivieren, zu einem wesentlich engeren Zusammenschluss zwischen Universität und Arbeitsgebern beitragen und den Hochschulabsolventen neue Perspektiven und Möglichkeiten in Bezug auf ihr späteres Berufsleben vermitteln. Gleichzeitig wurden Maßnahmen getroffen, um die Gründung eines Alumni-Vereins des Studienganges für Deutsche und Österreichische Studien als einer festen Organisations- und Kommunikationsbasis für den Kontakt zwischen dem Lehrstuhl und den Absolventen vorzubereiten. Die Gründung dieses Alumni-Vereins sowie die Entwicklung einer entsprechenden Web-Seite soll bis zum Frühjahr 2008 abgeschlossen werden.

Das Treffen hinterließ einen überaus guten Eindruck bei allen Teilnehmern und zeigte, dass der Ausbau der Kontakte zwischen der Universität und ihre Absolventen eine wesentliche Rolle für die Weiterentwicklung des Studienganges sowie für den zukünftigen Erfolg der Absolventen am Arbeitsmarkt spielt. Der Lehrstuhl für Deutsche und Österreichische Studien des Instituts für Internationale Studien beabsichtigt, solche Treffen zukünftig regelmäßig durchzuführen.

## 2. Teilnehmerliste der Absolventen

Die insgesamt 71 Absolventen, die man in dieser Liste finden kann, sagten ihre Teilnahme an dem Alumni-Treffen zu. Von allen wurden Kontaktdaten und vor allem Daten über ihre Arbeitsgeber gesammelt und werden ausgewertet. Die ersten Ergebnisse zeigten, dass die meisten Absolventen im Staatswesen oder bei den deutsch-tschechischen oder auf Deutschland hin orientierten Firmen ihre Beschäftigung fanden. Es bietet sich zukünftig an, die Arbeitgeber unserer Absolventen frühzeitig in die Alumni-Initiative einzubeziehen.

Baloun Marek
Bartoňová Pavlína (roz. Richterová)
Baschová Dana
Bednářová Helena
Bilinská Iva

Bobek Pavel
Brouková Silvie
Bucháček Michal
Daňková Šárka
Dobeš Adam
Doležalová Lenka (roz. Exelová)
Doudová Helena
Drábek Zdeněk
Emler David
Filipová Lucie (roz. Pánková)
Fous Michal
Gosteli Lenka (roz. Kosová)
Gregerová Magda
Hnízdo Petr
Holíková Julie (roz. Ševčíková)
Horelová Eva
Horovská Jana (roz. Pelešková)
Jaroš Jakub
Jelínek Tomáš
Jeřábek Martin
Jirousek Adam
Jonáková Johana
Jurigová Katka
Kadavy Alexandr
Kárníková Anna
Knoppik Markéta (roz. Holíková)
Konečná Jiřina
Kordová Madlen
Kutínová Petra
Kvasničková Markéta (roz. Rejmonová)
Krahulcová Zuzana
Kron Jan
Laudátová Klára
Macháčková Hana
Martásková Zuzana
Martinka Robert
Mrázková Marie

Myslivcová Michaela
Němcová Markéta
Nigrin Tomáš
Novák František
Novák Oskar
Obermayerová Hana (roz. Horáková)
Palán Martin
Pok Jakub
Premus Dalibor
Prchlíková Pavlína
Renéová Markéta
Rotgeri Filip
Rozková Ilona
Řepová Daniela
Ryjáček Jan
Smetanová Lenka
Specianová Ivana (roz. Parpelová)
Šafařík Petr
Šebesta Adam
Šeflová Kristina (roz. Klírová)
Štěpánková Josefína
Štroblík Jan
Vašíček Aleš
Veselková Ivana
Veselá Barbora
Votrubová Miroslava
Zelinková Ivana

### 3. VIP-Guest List des Alumni Treffens

Vor dem Alumni-Treffen schickten die Organisatoren mehr als 70 Einladungsbriefe an die wichtigsten deutsch-tschechischen Industrie- und Handelsfirmen, Stiftungen, Bildungs- und Kulturorganisationen. Nur ungefähr fünf Institutionen sagten ihre Teilnahme zu, nur zwei nahmen letztlich an dem Treffen teil.

Für die zukünftigen Veranstaltungen ist es daher notwendig, einen effektiveren „Draht“ zu den deutsch-tschechischen Firmen zu finden. Dabei bieten sich eine intensivere Zusammenarbeit mit der Deutsch-tschechischen Handelskammer und der deutschen Botschaft in Prag sowie leichte Programmmodifikationen an.

Name	Kontakt	Zugesagt
<b>Dr. Stephan Nobbe</b>	<b>Goethe-Institut Prag</b> Masarykovo nábřeží 32 11000 Praha 1, CZ	
<b>Dr. Dorothea Uhle</b>	<b>Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD Prag)</b> c/o Goethe-Institut Prag Masarykovo nábřeží 32 110 00 Praha 1	x
<b>Helmut Elfenkämper</b>	<b>Deutsche Botschaft Prag</b> Vlašská 19, Postbox 88 118 01 Praha 1 — Malá Strana	
	<b>Landeszeitung</b> Na Dlouhém lánu 67 160 00 Praha 6	
<b>Irene Kunc</b>	<b>Präsidentin der Landesversammlung</b> Na Orechovce 58 162 00 Praha 6 Czech Republic	
<b>Walter Wejwar</b>	Německá škola v Praze s.r.o. (Deutsche Schule Prag) Residenzviertel Botanika-Vidoule, Praha 5-Jinonice	
	<b>Gymnázium F.X. Šaldy Liberec</b> Partyzánská 530/3 CZ 460 11 Liberec 11	
<b>Mgr. Macek Miloš</b> <b>Mgr. Slípková Alena</b>	<b>Gymnázium Na Pražačce, Bilinguale Sektion</b> Nad Ohradou 1700 CZ-130 00 Praha 3	
	<b>Česko-německá obchodní a průmyslová komora (Deutsch-tschechische Handelskammer – DTH)</b> Václavské nám. 40 110 00 Praha 1	x
<b>Bernard Bauer</b>	<b>Vedení ČNOPK (Leitung der Deutsch-tschechischen Handelskammer)</b>	
<b>Susanne Neumann</b>	Duální vzdělávání (Duale Bildung)	x
<b>Andrea Husmann</b>	Duální vzdělávání – DTH	
<b>Sebastian Holtgrewe</b>	PR/Publikace – DTH	

Name	Kontakt	Zugesagt
<b>Zdeňka Janská</b>	PR/Publikace – DTH	
<b>Yvonne Sinram</b>	Poradenství pro investory (Beratung für Investore) – DTH	
<b>Miriam Antoňová</b>	Poradenství pro investory – DTH	
<b>Mirjam Schwan</b>	Oddělení průzkumu trhu a podpory prodeje – DTH	
<b>Marie Müller</b>	DTH	
<b>Miroslav Píše</b>	<b>Head of Risk Management and Internal Audit,</b> <b>E.ON Česká republika, a.s.</b> Lannova 205/16 370 49 České Budějovice	
	<b>E.ON Česká republika, s.r.o.</b> <b>HR Development &amp; HR Policy</b> Lannova 205/16 370 49 České Budějovice	
	<b>Andreas STIHL, spol. s r.o.</b> Chrlická 753 664 42 Modřice	
	<b>Castrol Lubricants (CR), s.r.o.</b> V Parku 2294/2 148 00 Praha 4	
	<b>BAWAG BANK</b> Vítězná 1/126 150 21 Praha 5	
<b>Dirk Schade</b>	<b>BAYER s.r.o.</b> Litvínovská 609/3 190 21 Praha 9	
<b>Heiner Springer</b>	<b>BAYER s.r.o.</b> Litvínovská 609/3 190 21 Praha 9	
<b>Miroslava Tomanova</b>	<b>Bayern Handwerk International GmbH</b> Riegrova 1 CZ – 301 00 Plzeň	
<b>Rolf Eckrodt</b>	<b>Berlin Partner GmbH</b> Ludwig Erhard Haus Fasanenstraße 85 10623 Berlin	
	<b>Bosch Rexroth, spol. s r.o.</b> Štětkova 18 140 68 Praha 4	
	<b>BSH domácí spotřebiče s.r.o.</b> Pekařská 10a Praha 5, 155 00	

Name	Kontakt	Zugesagt
	<b>Commerzbank Aktiengesellschaft</b> Jugoslávská 1 120 21 Praha	
<b>Gernot Mittendorfer</b> předseda představenstva a generální ředitel	<b>Česká spořitelna, a.s.</b> Olbrachtova 1929/62 140 00 Praha 4	
<b>Heinz Knotzer</b> člen představenstva a náměstek generálního ředitele	<b>Česká spořitelna, a.s.</b> Olbrachtova 1929/62 140 00 Praha 4	
Till Oberwörder prezident a CEO DaimlerChrysler Automotive Bohemia s.r.o.	<b>DaimlerChrysler            Automotive Bohemia s.r.o.</b> Daimlerova 2 149 00 Praha 4 - Chodov	
	<b>LUFTHANSA CITY CENTER</b> <b>travel plus</b> Na Příkopě 24 Praha	
	<b>Deutsche Bahn</b> Generální zastoupení pro Českou a Slovenskou republiku Národní 15 110 00 Praha 1	
	<b>Deutsche Bahn</b> Generální zastoupení pro Českou a Slovenskou republiku Kancelář v Olomouci Blažejské nám. 13 772 00 Olomouc	
<b>Karl-Josef Ochs</b>	<b>Globus ČR, k.s</b> Kostecká 822/75, 196 00 Praha 9	
<b>Petr Vyhňálek</b>	<b>Globus ČR, k.s</b> Kostecká 822/75, 196 00 Praha 9	
	<b>Port of Hamburg Prague Representative Office</b> Hansa Trade Center ul. 1 pluku 8-10 CR-186 00 Praha 8	
	<b>Henkel ČR</b> Henkel ČR, spol. s r.o. U průhonu 10 170 04 Praha 7 Česká Republika	



Name	Kontakt	Zugesagt
	<b>IHLE CZECH s. r. o.</b> Šámalova 62 615 00 Brno-Židenice	
	<b>Volkswagen Group, s. r. o., se sídlem</b> Radlická 740/113d, 158 00 Praha 5, Jinonice	
<b>Martin Jahn</b>	<b>ŠKODA AUTO a.s.</b> Václava Klementa 869 293 60 Mladá Boleslav	
<b>Radek Špicar</b>	<b>Škoda Auto a.s., Personální marketing</b> Tř. V. Klementa 869 293 60 Mladá Boleslav	x
<b>Ing. Vladimír Hamáček</b>	<b>ŠKODA AUTO a.s. Vysoká škola (Škoda – UNI)</b> Tř. V. Klementa 869 293 60 Mladá Boleslav	
<b>doc. Ing. Stanislav Šaroch, Ph.D.</b>	<b>ŠKODA AUTO a.s. Vysoká škola (Škoda – UNI)</b> Tř. V. Klementa 869 293 60 Mladá Boleslav	
	<b>Linde Gas a.s.</b> U Technoplynu 1324 198 00 Praha 9	
<b>Lubor Žalman Kurt Hütter Rainer Franz Peter Lennkh Peter Lennou Herbert Stepic</b>	<b>Raiffeisenbank a.s.</b> Olbrachtova 9. 140 21 Praha 4	
<b>Jiřina Nepalová</b>	<b>Renomia Praha</b> Vlkova 46 130 00 Praha	
	<b>RESPECT</b> Pod Krčským lesem 22, 142 00 Praha 4	
<b>Klaus Homann Thomas Kleefuß Jan Nehoda Ing. Pavel Kafka</b>	<b>RWE Transgas Net, s.r.o.</b> V Olšínách 75/2300 100 00 Praha 10 - Strašnice	
<b>Ing. Aleš Tomec</b>	<b>Siemens, s.r.o</b> Evropská 33a 160 00 Praha 6	
<b>Mgr. Barbora Stejskalová, MBA Dipl. Ing. Roland Mahler Michael Günther Frank Stoffer</b>	<b>T-Mobile</b> Tomíčková 2144, 149 00, Praha 4	

Name	Kontakt	Zugesagt
	<b>Veletřhy Brno, a.s., kancelář Praha,</b> Washingtonova 9, 111 00 Praha 1,	
	<b>Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin</b> Referat Mittel- und Osteuropa Berliner Haus Hiroshimastraße 17 D-10785 Berlin	
	<b>Friedrich-Naumann-Stiftung</b> Karl-Marx-Straße 2 14482 Potsdam	
	<b>Hanns-Seidel-Stiftung e.V.</b> Lazarettstraße 33 80636 München	
	<b>Heinrich-Böll-Stiftung</b> Rosenthaler Str. 40/41 10178 Berlin	
	<b>Konrad-Adenauer-Stiftung e.V</b> Klingelhöferstraße 23 10785 Berlin	
	<b>Adalbert Stifter Verein e.V.</b> Hochstr. 8 D-81669 München	
	<b>Central European Cultural Cooperation EWIV</b> Mag. Sylvia Amann Im Weizenfeld 26 A-4209 Engerwitzdorf	
	<b>Außenstelle Prag</b> <b>Nadace Brücke/Most</b> Na Pořičí 12 110 00 Praha 1	x
	<b>Ackermann-Gemeinde e.V.</b> Heßstraße 24 80799 München	
<b>Prof. Dr. Martin Schulze Wessel</b>	<b>Collegium Carolinum</b> Hochstraße 8, D-81669 München	

**ZUR STELLUNG DER DEUTSCHEN  
SPRACHE IN DER TSCHECHISCHEN  
WIRTSCHAFT.  
ÜBERLEGUNGEN ZUM THEMA ANHAND  
DER SITUATION IN EINER BESTIMMTEN  
GRUPPE VON UNTERNEHMEN  
IN TSCHECHIEN<sup>1</sup>**

---

KATEŘINA ŠICHOVÁ

**Abstract**

**The Position of the German Language in the Czech Economy – Case Study  
of the Situation in a Concrete Group of Companies in the Czech Republic**

The paper illustrates the position of the German language in the Czech economy on the basis of a research made in German-, Austrian- and Swiss-Czech enterprises within the Czech Republic. Based on questionnaires, partly structured interviews and involved observations carried out in the time periods of 2003–2005 and 2006–2008, Šichová analysed following questions: German as a “language of the enterprise”; translations, interpretations and usage of German within the inner as well as outer communication of the observed companies in comparison with English; support of German courses; requirement of language skills from the job candidates etc.

**Keywords:** intercultural communication, German language in German-, Austrian- and Swiss-Czech companies, multinational corporations.

Die allererste Vorstellung von der Stellung der deutschsprachigen Länder (und somit in mancher Hinsicht zweifelsohne auch der deutschen Sprache) im Hinblick auf die tschechische Wirtschaft vermitteln uns ein

<sup>1</sup> Der Text dieses Beitrags beruht auf dem Wortlaut des Eröffnungsvortrags beim Jubiläumstreffen von Dozenten und Absolventen vom Lehrstuhl für die deutsche und österreichische Studien (IMS UK FSV) am 6. Oktober 2007 in Prag.

paar statistische Zahlen: Im Jahre 2006 bildete der Anteil des Handelsumsatzes mit Deutschland über 30 % des gesamten Außenhandels der Tschechischen Republik, wenn man Österreich und die Schweiz dazurechnet, kommt man auf ca. 36 %.

Der größte ausländische Direktinvestor in Tschechien war im selben Jahr Deutschland. 2006 betrug die deutschen Neu- und Reinvestitionen in Tschechien ca. 924 Mio. Euro die österreichischen 667 Mio. Euro und die schweizerischen 67 Mio. Euro. Im Jahre 2007 wurden seitens der Agentur CzechInvest insgesamt 182 neue Wirtschaftsprojekte der tschechischen und ausländischen Investoren in Tschechien vermittelt. Von den ausländischen Investoren (127 Firmen) standen – im Hinblick auf die Unternehmenszahl – an erster Stelle die deutschen Unternehmen (27 Firmen), an dritter Stelle die österreichischen und schweizerischen Unternehmen (15 Firmen), alle mit insgesamt mehr als 6000 (von ca. 26000) neu geschaffenen Arbeitsplätzen. Zu den klassischen Formen des direkten Handels kommen also noch weitere Arten der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und der Handelszusammenarbeit (Investitionen etc.) der deutschen bzw. deutschsprachigen Unternehmen mit tschechischen Firmen hinzu.

In den weiteren Ausführungen möchte ich versuchen, die deutsche Sprache<sup>2</sup> im Kontext einer konkreten Unternehmensgruppe zu betrachten, nämlich der in der Tschechischen Republik angesiedelten gemischten deutsch-tschechischen<sup>3</sup> Unternehmen. (Zur Forschungsgeschichte der Sprachsituation in der Wirtschaft vgl. Nekula – Nekvapil – Šichová 2005a oder Nekvapil – Nekula 2006). So sind diese Unternehmen bereits per definitionem bi- (bzw. multi-) national, also bi- (bzw. multi-) kulturell, was für ihre Mitarbeiter zahlreiche Spezifika im Hinblick auf die wirtschaftliche, soziokulturelle und sprachliche Situation mit sich bringt. Betont wer-

---

<sup>2</sup> Bei allen Überlegungen und Betrachtungen zur deutschen Sprache in der tschechischen Wirtschaft muss neben der eingangs erwähnten starken Stellung deutschsprachiger Investoren und regen wirtschaftlichen Kontakte mit den deutschsprachigen Ländern noch ein wesentlicher Faktor hinzugezogen werden, der sich auf die Rolle des Deutschen allgemein auswirkt, nämlich die sozioökonomischen Rahmenbedingungen für den Deutschunterricht in der Tschechischen Republik und demzufolge auch die Sprachpolitik bzw. die institutionelle Verankerung des Deutschen in Tschechien (vgl. Neustupný – Nekvapil 2006). Ebenfalls die Stellung des Deutschen im Rahmen des Fremdsprachenunterrichts (vgl. Nekula 2004) wie auch das Image dieser Sprache in der Tschechischen Republik lasse ich hier aber außer Acht.

<sup>3</sup> In der unten vorgestellten Untersuchung wurden auch österreichisch-tschechische und schweizer-tschechische Unternehmen in Tschechien berücksichtigt. Somit steht hier der Ausdruck „deutsch-tschechische Unternehmen“ auch als eine Art Abkürzung für alle diese Firmen und akzentuiert die für mein Thema relevante Sprachdimension („deutschsprachig“).

den muss aber noch, dass es sich hier – aus der Sicht des Kapitalengagements – sowohl um Firmen, d.h. Tochtergesellschaften oder Betriebstätten, mit 100 %-iger deutscher Beteiligung, als aber auch um verschiedene andere Formen von „Mischgesellschaften“ mit unterschiedlich hoher Kapitalbeteiligung handelt; selbstverständlich differiert auch die Größe der Unternehmen (es gibt sowohl gemäß dem Firmenumsatz als auch an der Zahl der Beschäftigten gemessen große, mittelgroße und kleine Unternehmen).<sup>4</sup> Dementsprechend unterschiedlich werden dort auch das Ausmaß von „fremden“/„einheimischen“ Kulturstandards, Führungs-, Kommunikations- und Arbeitsstils und die Rolle der tschechischen Sprache bzw. der Fremdsprachen in der Unternehmenskommunikation sein, wie auch das Ausmaß der Regulierung der Kommunikation in der Firma.<sup>5</sup>

Die Anzahl solcher Firmen in der Tschechischen Republik wird manchmal in der Fachliteratur nicht richtig eingeschätzt, weil sie sich schwer ermitteln lässt. Im aktuellen Firmenverzeichnis der Deutsch-Tschechischen Industrie und Handelskammer in Prag (hrsg. im Februar 2008) haben sich ca. 1.300 Firmen registriert. Es ist jedoch von einer wesentlich größeren Zahl deutscher Kapitalbeteiligung in Tschechien auszugehen, da eine Registrierungspflicht nicht besteht. Laut telefonischer Auskunft der Handelskammer Schweiz-Tschechische Republik gibt es in Tschechien um die 250 schweizerische Kapitalbeteiligungen, die Handelsabteilung der österreichischen Botschaft schätzt die Anzahl der „operativ tätigen Unternehmen mit österreichischer Kapitalbeteiligung“ auf ca. 1500.

Beim ersten Nachdenken über die Rolle/die Stellung der deutschen Sprache in den deutsch-tschechischen Unternehmen (und es wird wohl für die gesamte tschechische Wirtschaft gelten), könnte man meinen, dass diese Frage mit einem Satz von Tisch zu wischen wäre: Deutsch ist wichtig, weicht jedoch allmählich, aber sicher, dem Englischen, das sich in naher Zukunft aufgrund der fortschreitenden Internationalisierung und Globalisierung als die alleinige Sprache der Wissenschaft und der Wirtschaft etablieren wird, bzw. Englisch wird ausreichend sein oder ist es schon. Interessanterweise bekommt man eine solche Antwort (zumindest spontan)

<sup>4</sup> In diesem Beitrag übernehme ich die Aufteilung der Unternehmen nach der Größe der Mitarbeiterzahl: als *klein* wird ein Unternehmen mit weniger als 10 Beschäftigten betrachtet, als *mittelgroß* wenn es zwischen 10 und 499 Mitarbeiter hat, zu den *großen* zählen Firmen mit 500 und mehr Beschäftigten. Diese Definition richtet sich nach den Angaben der statistischen Berichte über die Unternehmensgrößenstatistik des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie von 1997/98, referiert nach Möller – Brandmeier 2002, S. 42.

<sup>5</sup> Zum Begriff Kommunikation vgl. Heringer 2004, S. 10ff, bzw. Glahn 2005, S. 15ff.

häufig aus den deutsch-tschechischen Unternehmen selbst zu hören: Ich habe die Frage nach der Stellung des Deutschen in einem (z.T. telefonischen) Kurzinterview<sup>6</sup> zehn deutschen und tschechischen Managern gestellt mit der Bitte um eine in einem Satz zusammengefasste Antwort – die Antwort ging in 8 Fällen in diese Richtung.

Der zweite, etwas genauere Blick auf die Problematik offenbart meiner Meinung nach jedoch einige Aspekte, die nicht so eindeutig ausfallen. Gilt die oben formulierte Aussage für alle Arten und Größen von Unternehmen, quer durch das Spektrum der Wirtschaftsstruktur? Gilt diese Aussage für alle Bereiche der Unternehmenskommunikation, seien es die verschiedenen Ebenen der Kommunikation nach außen, aber auch die Netze der internen Kommunikation? Betrifft diese Aussage im gleichen Maße die schriftliche und die mündliche Kommunikation? Gilt diese Aussage für alle Generationen der Mitarbeiter in den Unternehmen bzw. auch für alle Mitarbeiterebenen? Die Aufstellung dieser Fragen lässt bereits vermuten, dass meine Antwort darauf „nein“ bzw. „nicht unbedingt“ ist. Dieses Nein möchte ich nicht nur auf subjektiver Wahrnehmung beruhen lassen, sondern es mit ein paar älteren,<sup>7</sup> aber auch neuen<sup>8</sup> Forschungsergebnissen be-

---

<sup>6</sup> Januar/Februar 2008.

<sup>7</sup> Es werden einige Erkenntnisse präsentiert, die ich aus dem Projekt „Osteuropäische Sprachen als Faktor der wirtschaftlichen Integration“ gewann. Das zweijährige Projekt wurde im Rahmen des Forschungsverbundes Ost- und Südosteuropa (FOROST) vom Bayerischen Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst finanziert und am Bohemicum der Universität Regensburg angesiedelt. Unter der Leitung von Prof. Dr. Marek Nekula war die Autorin des Beitrages mit diesem Projekt 15 Monate hauptberuflich beschäftigt, an der Endphase hat sich noch Doz. Dr. Jiří Nekvapil von der Karlsuniversität Prag beteiligt. Ausführlicher siehe Šichová 2005 und Nekula – Nekvapil – Šichová 2005a. Das Projekt befasste sich mit der Unternehmenskommunikation und Sprachsituation in den „gemischten“ Unternehmen, die in der Tschechischen Republik als Niederlassungen, Tochtergesellschaften, Joint ventures oder neue Firmen von deutschen, österreichischen oder schweizerischen Unternehmen gegründet wurden. Das Ziel des Projektes war es (in zwei Forschungsphasen: 1. Fragebogenumfrage, 2. Interviews und teilnehmende Beobachtung in ausgewählten Unternehmen) festzustellen, welcher sprachliche Kode bzw. welche Kodes unter welchen Bedingungen (Innen- und Außenkommunikation etwa im Hinblick auf die Branche oder Unternehmensgröße), unter welchem Kostenaufwand und mit welchen Konsequenzen in den deutsch/österreichisch-tschechischen Unternehmen in der Tschechischen Republik gewählt werden, wobei derselbe Kode für einen Teil der Mitarbeiter die Muttersprache, für den anderen eine Fremdsprache ist. Ebenfalls wurden interkulturelle Aspekte der internen Kommunikation in den Unternehmen untersucht. Eine Fortsetzung dieses Projektes gibt es nicht.

<sup>8</sup> Im Zeitraum von März/Mai 2006, September 2007 und Januar/Februar 2008 habe ich im Rahmen meiner neuen Untersuchung der interkulturellen Aspekte in deutsch-tschechischen Unternehmen insgesamt 17 ca. einstündige Interviews mit deutschen und tschechischen Managern und Experten geführt. Nicht alle Daten daraus sind bisher ausgewertet,

legen, wobei hier noch ein breites Feld für weitere, genauere Untersuchungen offen bleibt. Mein Beitrag möchte aber nicht nur ein paar konkrete Erkenntnisse präsentieren, sondern wie gesagt auch Fragen aufwerfen und dadurch im Optimalfall Denkanstöße zur Problematik liefern.

Die Stellung des Deutschen in den deutsch-tschechischen Unternehmen kann aus verschiedenen Blickwinkeln skizziert werden, ggf. im Vergleich mit der tschechischen und/oder der englischen Sprache: z.B. inwiefern wird das Deutsche als Unternehmenssprache deklariert, ob die Deutschkenntnisse eine Rolle bei der Einstellung im Unternehmen spielen, wie groß ist die tatsächliche Nutzung der deutschen Sprache in der unternehmensinternen und unternehmensexternen Kommunikation und wann genau wird welche Sprache eingesetzt, wie groß ist die personelle und finanzielle Belastung der Unternehmen hinsichtlich der Sprachvermittlung (Übersetzen, Dolmetschen). In der neuen Untersuchung hatte ich auch gefragt, wie die Mitarbeiter die Stellung der deutschen Sprache und die Vor- und Nachteile von Deutschkenntnissen empfinden. Von Bedeutung ist ebenfalls die Frage, welchen Anteil an von den Unternehmen unterstützten Fremdsprachenkursen die Deutschkurse haben, ob es hier Unterschiede im Hinblick auf die Unternehmensgröße gibt, und wie die Kursform aussieht. Äußerst wichtig und sehr komplex ist die noch nicht zufriedenstellend untersuchte Frage (auf die ich hier aber nicht weiter eingehen werde), in wie fern für die tschechischen Mitarbeiter die Kommunikation mit den Deutschen/Österreichern bzw. die Kommunikation mit ihnen auf Deutsch/Englisch/Tschechisch interkulturell spezifisch ist und welche Auswirkungen es jeweils für die Arbeitsprozesse und für die Unternehmen hat.

Mit der Internationalisierung und somit entstandener Mehrsprachigkeit haben manche Unternehmen im Rahmen der Optimierung der Unternehmenskommunikation auch auf eine Art Regulierung der Sprachverwendung zurückgegriffen. Es wird in diesem Zusammenhang häufig von der sog. Firmensprache gesprochen. Auffallend ist, dass – obwohl die Mitarbeiter diesen Begriff kennen und selber verwenden – es kaum möglich ist, eine zufriedenstellende „Definition“ der Firmensprache in den öffentlichen

---

nichtsdestotrotz möchte ich die ersten Erkenntnisse in diesen Beitrag mit einfließen lassen. An dieser Stelle möchte ich mich auch bei allen beteiligten deutschen wie tschechischen Managern, Experten und anderen Mitarbeitern bedanken, dass sie sich bereit erklärt haben, sowohl für die FOROST-Untersuchung als auch für meine weiteren Untersuchungen mit mir die Interviews zu führen, weil sie somit maßgeblich zur Aussagekraft aller in diesem Zusammenhang entstandenen Studien beigetragen haben.

(Internet)Präsentationen der Unternehmen zu finden bzw. von der Unternehmen zu bekommen,<sup>9</sup> manchmal mit Verweis auf die Internität solcher Angelegenheiten.<sup>10</sup> Somit sind den Forschern aber in mancher Hinsicht nur Interpretationen möglich, was freilich ein gewisses Risiko in sich birgt. Deswegen möchte ich nicht deuten, was es bedeutet, eine Firmensprache festzulegen oder zu wessen Gunsten die Einführung der einen oder anderen Sprache abläuft, und werde weitere Angaben diesbezüglich unter Verweis auf spätere notwendige Spezifizierungsuntersuchungen unkommentiert lassen.

Im Weiteren sehen wir uns kurz die Problematik der Firmensprache in der **internen** Kommunikation der deutsch-tschechischen Unternehmen an. (Es ist wichtig, die Einschränkung auf die Kommunikationsprozesse innerhalb des Unternehmens im Auge zu behalten, da die Kommunikation und Auftritte der Firmen nach außen sicherlich anderen Regeln und Bedingungen unterlegen sind, zum Beispiel den Wünschen der Kunden.) Zumal in den an die Firmen verschickten Fragebögen der Begriff Firmensprache in der betreffenden Frage nicht weiter spezifiziert wurde, ist (insbesondere aufgrund einiger Antworten) davon auszugehen, dass nicht alle Respondenten diesen Begriff gleich verstanden haben (und ich im Weiteren daher den Terminus im Bezug auf die Fragebogenuntersuchung<sup>11</sup> mit Anführungszeichen versehe):

Zitat 1 (Fragebogen):

*Die Firmensprache ist Deutsch, nach Bedarf auch Englisch.*

Zitat 2 (Interview<sup>12</sup> Dt.):

*KŠ: Ist in Ihrer unternehmensinternen Kommunikation eine Sprache als Firmensprache vorgegeben?*

---

<sup>9</sup> So z.B. die Mail-Antwort von PR-Abteilung der Siemens AG, vgl. Nekvapil – Nekula 2006b, S. 314.

<sup>10</sup> Vgl. auch Nekvapil – Nekula 2006a, S. 86, die das Problem wie folgt lösen: „Eine Firmensprache einzuführen bedeutet nicht, dass alle Mitarbeiter eines Unternehmens in allen Situationen diese Sprache verwenden müssen, sondern dass eine Forderung formuliert wird, dass bestimmte Stellen in der Unternehmensstruktur bei der Kommunikation mit bestimmten Stellen im Betrieb oder außerhalb in bestimmten Situationen eine konkrete Sprache benutzen.“

<sup>11</sup> An der FOROST-Fragebogenumfrage 2003–2004 beteiligten sich 283 Unternehmen (1712 Unternehmen wurden angesprochen, = Rücklaufquote 17 %).

<sup>12</sup> Unter „Interview“ zitiere ich aus den auf Deutsch mit deutschen (Dt.) oder auf Tschechisch mit tschechischen (Tsch.) Mitarbeitern ablaufenden Gesprächen, die ich entweder im Rahmen des FOROST-Projekts geführt habe (im Jahre 2004 insgesamt 37 durchschnittlich ca. 1 Stunde dauernde teilstrukturierte Interviews in 10 ausgewählten Unternehmen; auch ermöglichte uns eine Firma eine mehrtägige teilnehmende Beobachtung), oder später (vgl.



*Befr.: Jein. [...] Nachdem wir ein Unternehmen sind, das international tätig ist, haben wir eine nicht festgelegte Unternehmenssprache, mit der wir uns auf der ganzen Welt verständigen können, und das ist Englisch. Aber sie ist nicht festgelegt.*

Insgesamt wurde laut der Fragebogenumfrage eine „Firmensprache“ in ca. der Hälfte (52 %) der befragten Unternehmen festgelegt; erwartungsgemäß am häufigsten in den großen Unternehmen (70 %). 10 % haben sich zu dieser Frage nicht geäußert.

Sieht man sich die Unternehmen mit **einer** offiziellen „Firmensprache“ an, stellt man folgende Verteilung der Sprachen fest: In 55 % der Unternehmen ist die alleinige Firmensprache Deutsch, in 16 % Englisch, in 9 % Tschechisch. Manche Unternehmen haben deklariert, dass sie auch eine Kombination von zwei „Firmensprachen“ haben, so kommen Deutsch + Englisch auf 15 % und Deutsch + Tschechisch auf 5 %. Wenn man die Anzahl aller Unternehmen nimmt, in denen Deutsch als die alleinige oder als eine der zwei „Firmensprachen“ fungiert, kommt man auf ganze 75 %.

Große Unterschiede bei der Festlegung der einzelnen Sprachen können im Hinblick auf die Unternehmensgröße beobachtet werden. Der Anteil des Englischen in großen Unternehmen ist groß (Deutsch und Englisch gleichermaßen mit ca. 40 % vertreten), während man sich in mittelgroßen und v.a. kleinen Unternehmen auf die traditionell gute Stellung des Deutschen in Mittel- und Osteuropa zu stützen scheint (z.B. in 71 % kleinen Unternehmen ist die alleinige „Firmensprache“ Deutsch und nur in 3 % die alleinige „Firmensprache“ Englisch!), vgl. Nekula 2004.

Sicherlich sagt aber allein die Festlegung einer Firmensprache für die interne Kommunikation nicht viel über die betriebsinterne Wirklichkeit, wie dies u.a. einige Antworten auf die Frage nach der offiziellen Firmensprache andeuten:

Zitat 3 (Fragebogen):

*Offiziell zwar Deutsch, tatsächlich Tschechisch.*

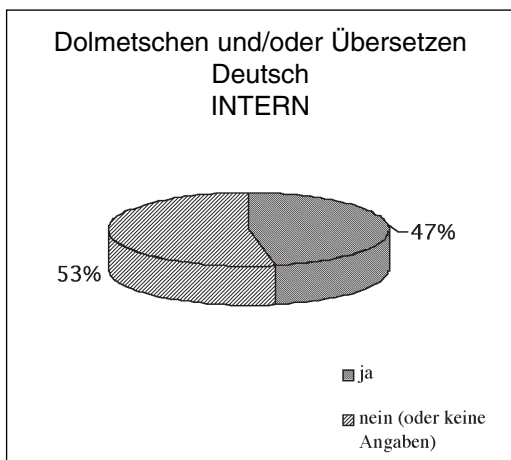
---

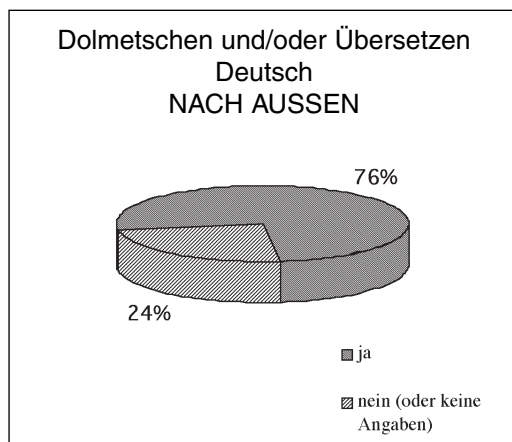
Fußnote 8; dann ist der Zeitpunkt angegeben). Falls der Interviewpartner ein Tscheche/eine Tschechin war, habe ich hier den Wortlaut ins Deutsche übersetzt. Ich verzichte hier auf eine professionelle Transkription der Interviews und verwende nur zwei Zeichen: [ ] deutet auf meinen Eingriff in den Text hin (Auslassen, Kommentieren), – deutet auf eine längere Pause oder Verzögerung im Redefluss hin.

Zitat 4 (Fragebogen):  
*Englisch, aber verwendet wird Deutsch.*

Auch das Ausmaß an Sprachvermittlung (Übersetzungen und Dolmetschen) zeigt, dass die Festlegung einer Firmensprache noch nicht automatisch zu deren primärer Verwendung in allen (oder den meisten) Situationen im Unternehmen führt. Dies gilt auch für die Kommunikation der Unternehmen nach außen.

Die absolute Mehrheit der Unternehmen (80 %) bestätigt die Inanspruchnahme von Sprachvermittlern für die Sprachen Deutsch und Tschechisch. Hierbei ist es wichtig sich vor Augen zu halten, dass die Firmen nicht nur professionelle Sprachvermittler fest anstellen oder (un)regelmäßig externe Dolmetscher bzw. Übersetzer benötigen, sondern dass auch anderweitig beschäftigte Mitarbeiter für diese Tätigkeiten eingesetzt werden. Im letzteren Falle sehen die Unternehmen laut eigener Aussagen den Vorteil, dass keine zusätzlichen Kosten für die Sprachvermittlung entstehen, jedoch sind sie sich nicht immer der mit der Unprofessionalität verbundenen Nachteile bewusst. Umgekehrt gilt aber, dass ein professioneller Übersetzer/Dolmetscher nicht immer mit der Fachproblematik vertraut sein muss, was laut Interviews ebenfalls zu Schwierigkeiten oder gar finanziellen Verlusten führen kann. Die Aufteilung der Sprachvermittler (Professionelle x Mitarbeiter mit einer anderen Funktion) in der Firma wie



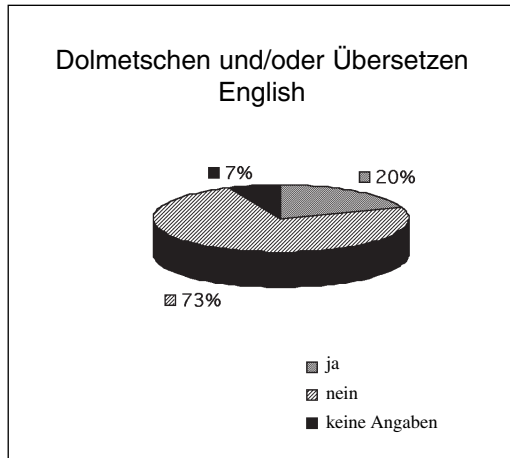


auch die genaue Frequenz des Übersetzens, des Dolmetschens, jeweils für das Deutsche und das Englische, gilt es noch zu untersuchen.

Was die Sprachvermittlung der Richtungen Deutsch-Tschechisch und Tschechisch-Deutsch anbelangt, kann man allgemein aufgrund der Fragebogenbefragung Folgendes feststellen: 47 % der Unternehmen, die übersetzen und dolmetschen lassen, tun dies im Rahmen der internen Kommunikation.

Diese Zahl steigt bei der Übersetzungs- und/oder Dolmetschertätigkeit nach außen (Kunden, Geschäftspartner, Behörden usw.) beträchtlich auf insgesamt ca. 76 % der Firmen, wobei hier der Umfang der Sprachvermittlung wohl etwas geringer ist.

Zum groben Vergleich sehen wir uns kurz einige Zahlen zu einer weiteren wichtigen Fremdsprache an: Wie bereits die Angaben zur Firmensprache vermuten ließen, wird in den Unternehmen auch Englisch gesprochen/geschrieben, wenn auch manchmal in kleinerem Ausmaß als im Falle des Deutschen. In der erwähnten Umfrage wurden die Unternehmen explizit danach gefragt, ob bei ihnen neben Tschechisch und Deutsch auch Englisch (intern und extern) verwendet wird. In der internen Kommunikation wird Englisch in ca. der Hälfte der Fälle genutzt, in der externen Kommunikation in 78 % der Unternehmen. Interessant dabei ist, dass es unabhängig von der Größe der Unternehmen (laut Umfrage) ungefähr gleich ist, größere Unterschiede würden sich wohl eher bei der Häufigkeit der Verwendung des Englischen zeigen.



Die Rolle des Englischen spiegelt sich auch darin, dass man für diese Sprache ebenso Sprachvermittlungsdienste in Anspruch nimmt. Allerdings ist es laut Eigenangaben lediglich ein Fünftel der Unternehmen, das ins Englische oder aus dem Englischen übersetzen und/oder dolmetschen lässt:

In diesem Zusammenhang wäre es wichtig, zu untersuchen, bei welchen Arbeitsprozessen bzw. betrieblichen Gelegenheiten die Unternehmen übersetzen und/oder dolmetschen lassen (und in welche Sprache). Zunehmend treffen wir nämlich auch auf solche Situationen, in denen die Mitarbeiter (ab einer gewissen Position, so v.a. Management, Experten bzw. Arbeitsteams) mehrmals täglich in Fremdsprachen kommunizieren oder mit fremdsprachlichen Unterlagen arbeiten müssen – diese werden von ihnen selbst in der Fremdsprache ausgefertigt bzw. nicht übersetzt empfangen und bearbeitet.<sup>13</sup>

Die (viel zu breit angelegte) Sprachvermittlung (Nicht-Adaptation)<sup>14</sup> ist also offensichtlich für die Unternehmen in mancher Hinsicht ineffektiv,

<sup>13</sup> Dabei spielen mehrere Faktoren eine Rolle, z.B. 1. Die Unternehmen möchten nicht alle Unterlagen und Materialien übersetzen bzw. nicht bei jeder Begegnung von unterschiedlich sprechenden Mitarbeitern dolmetschen lassen, allein aus Zeit- und Kostengründen. 2. Immer mehr wird den Mitarbeitern bereits bei der Einstellung eine Sprachkompetenz abverlangt, bzw. wird 3. von den Mitarbeitern eine Vertiefung ihrer vorhandenen Sprachkompetenz verlangt (dabei werden sie auf unterschiedliche Art und Weise unterstützt, vgl. Sprachkurse, Auslandsaufenthalte), so dass von ihnen automatisch erwartet wird, dass sie im Arbeitsalltag mit der Mehrsprachlichkeit zumindest bis zum gewissen Grade zurecht kommen (können/sollen/müssen).

<sup>14</sup> Begriff nach Vandermeeren 1998; sie unterscheidet bei der Wahl des sprachlichen Kodes in einer Kommunikationssituation zwischen zwei Sprechern von zwei verschiedenen Mutter

so dass sie sich häufig um verschiedene Adaptationsstrategien bemühen (die Einheimischen lernen die Sprache der ausländischen Mitarbeiter und/oder umgekehrt bzw. sie greifen auf eine gemeinsame dritte Sprache zurück). In der Praxis sieht es in aller Regel so aus, dass alle erwähnten Möglichkeiten kombiniert werden, und dass – in deutsch-tschechischen Unternehmen in Tschechien – auch alle drei Sprachen (Deutsch, Englisch, Tschechisch) zumindest ab einer bestimmten Ebene (in unterschiedlichem Maße) verwendet werden.

Es darf nicht vergessen werden, dass jede Sprache in unterschiedlichen Kontexten mit bestimmten „Rollen“ besetzt ist. So sind die Fremdsprachen (hier primär das Deutsche) die Sprache(n) der Führungsebene, der Muttergesellschaft, der Geldgeber usw., sie sind oder waren Träger des „westlichen“ Know-hows usw. Darin wird oft der Grund gesehen, warum z.B. Besprechungen und Meetings im Betrieb auf Deutsch oder auf Englisch ablaufen. Der (eigentlich ziemlich banale) erste Grund ist aber m.E. ein anderer: Eine mangelnde oder gar keine Kenntnis des Tschechischen seitens der deutschen Chefs und Manager.<sup>15</sup>

Diese Art Treffen laufen jedenfalls meistens auf Deutsch ab, manchmal auf Englisch, bei Bedarf eben deutsch-tschechisch/tschechisch-deutsch mit Dolmetscher:

Zitat 5 (Interview Dt.)

*Befr.: Da wird immer abgezählt oder geguckt, wie ist die Runde gerade und wie sieht sie sprachlich aus. Das Optimum, das derzeitige Optimum. Dann sprechen wir meistens Deutsch, manchmal auch Englisch.*

Zitat 6 (Interview Dt.)

*Befr.: [...] ich würde sagen, nur mit tschechischen Kollegen zusammen, die so gut deutsch können, dass wir deutsch sprechen können, nehmen wir Deutsch.*

---

sprachen die sog. Nicht-Adaptation (es muss auf Dienstleistungen von Sprachvermittlern zurückgegriffen werden, denn keiner der Kommunikationsteilnehmer „adaptiert sich“, weil er die Sprache seines Gegenüber nicht spricht) und Adaptation (die kann entweder asymmetrisch ablaufen, indem ein Kommunikationsteilnehmer die Muttersprache des Anderen verwendet, nicht aber umgekehrt, oder symmetrisch ablaufen, wenn beide Seiten instand sind, sich auf die Muttersprache des Anderen zu adaptieren; darunter gehört auch die sog. Standardisierung – ein symmetrischer Prozess, wo eine Sprache als Kommunikationsprache gewählt wird, die für beide Seiten eine Fremdsprache ist).

<sup>15</sup> Wie nämlich die Interviews und auch die Beobachtung in den Unternehmen bestätigen, werden auch wichtige Gespräche und Sitzungen auf Tschechisch geführt, wenn der deutsche Vorgesetzte/Manager/Kollege Tschechisch gut genug kann.

*Wenn wir mit tschechischen Kollegen zusammentreffen, die hervorragend englisch können, nehmen wir Englisch. Und wenn wir Deutsche und Tschechen gemischt kommunizieren müssen, dann aufgrund dessen, dass wir Deutsche dann nicht gut genug tschechisch können, haben wir noch Dolmetscher [...].*

Zitat 7 (Interview Dt.)

*Befr.: In den Gremien sprechen wir deutsch, und wo genügend– oder wo die Leute deutsch können, die müssen nicht fließend deutsch können, aber sie müssen es verstehen und sie müssen sich artikulieren können. Wo das nicht der Fall ist [...], die sprechen zwar auch alle deutsch, aber die fühlen sich sicherer mit Tschechisch, und deswegen wird das gedolmetscht.*

Wie wir gesehen haben, kann die Sprachwahl je nach Sprachkenntnissen der Sitzungsteilnehmer divergieren, dies geschieht aber auch in der schriftlichen Kommunikation je nach Kommunikationsmedium bzw. –zwecken (z.B. die für eine breitere Verwendung bestimmten technischen Folien und PowerPoint-Präsentationen werden auf Englisch gefertigt, obwohl die Präsentation selbst auf Deutsch abläuft).

Die Fremdsprachenkenntnisse, die Einheimische wie auch die ausländischen Kollegen in die Firma mitbringen, sind naturgemäß individuell. Allgemein formulierbare Unterschiede gibt es beispielsweise in folgendem Punkt: Während die deutschen/österreichischen/schweizerischen Manager oder Experten zum Zeitpunkt des Tätigkeitsbeginns in Tschechien selten über ausreichende Tschechischkenntnisse verfügen (müssen) und dieser Umstand ändert sich in der Regel nicht oder nicht viel,<sup>16</sup> wird bei tsche-

---

<sup>16</sup> Bis auf Ausnahmen (Zitat 8, Interview Dt., KŠ: *Sie haben eine ziemlich hohe Stelle. Waren Fremdsprachenkenntnisse auch eine Voraussetzung für diese Stelle? Befr.: Ich würde fast sagen, die entscheidendste Voraussetzung, weil meine ehemalige Firma, eine Vorgängerin von [...], sich entschieden hat, hier in Tschechien Fuß zu fassen, war natürlich die erste Frage, wer kann tschechisch, bei der internen Stellensuche.*) sind die Tschechischkenntnisse der entsandten Mitarbeiter bei der Ankunft in Tschechien kaum besser als ein paar Floskeln, denn sonst „würden sie gar keinen nach Prag entsenden können“. In Tschechien werden dann häufig für diese Mitarbeiter Tschechischkurse organisiert, wobei nicht alle Mitarbeiter über die gesamte Länge des Aufenthaltes beim Tschechischlernen bleiben. Auch die Effektivität dieser Sprachausbildung ist laut Aussagen der deutschen und österreichischen Manager recht niedrig. Zum Teil läge es an der Befristung ihres Aufenthaltes in der Tschechischen Republik, zum Teil an ihrer Arbeitsbelastung, drittens auch daran, dass sie auf sehr gute Deutsch- und Englischkenntnisse stoßen, so das „man auf dem Niveau, wo wir uns bewegen, eigentlich nicht Tschechisch braucht“. Laut der Umfrage arbeiten in 26 % der Unternehmen ausländische Mitarbeiter, die über Tschechischkenntnisse verfügen, wobei hier nicht differenziert wurde, wie groß die Tschechischkenntnisse tatsächlich sind und ob es sich nicht um Emigranten handelt usw.

chischen Mitarbeitern mindestens eine Fremdsprache bereits bei der Einstellung vorausgesetzt.

Die Gewichtung der Deutschkenntnisse hat sich im Hinblick auf ihre Stellung im Unternehmen geändert. In den Anfängen der Zusammenarbeit der Tschechen mit den deutschsprachigen Unternehmen waren sie eine Art willkommene Zusatzqualifikation, und nach und nach hat man dann Deutsch (und/oder Englisch) „by the way“ gelernt. In manchen Fällen haben sogar gute Deutschkenntnisse eine wichtigere Rolle bei der Einstellung gespielt als eine Fachqualifikation:

Zitat 9 (Interview Tsch.):

*Befr.: [...] Ich bin von meiner Ausbildung her aus einer ganz anderen Branche, ich komme aus dem Gesundheitswesen, dann war ich zwei Jahre in Deutschland, und dann wollte ich mit den Deutschkenntnissen irgendetwas machen, aber das war im Gesundheitswesen nicht so gut möglich, so habe ich mich um eine Stelle hier beworben, und weil man zu der damaligen Zeit gerade jemanden mit Deutschkenntnissen für [Name der Firma] gesucht hat, so wurde ich eingestellt [als Vorstandsassistentin].*

Heutzutage kann man beobachten, dass die Anforderungen an die Fremdsprachenkenntnisse der Mitarbeiter seitens der Unternehmen gestiegen sind und dass diese fast automatisch zu einem modernen Qualifikationsprofil dazugehören (vgl. Baumgarten 1997, S. 417). Dies belegen beispielsweise auch die Stellenanzeigen der Unternehmen (vgl. Nekula 2003).

In diesen Stellenanzeigen sei die Nachfrage nach der deutschen Sprache im Jahre 2003 im Vergleich zum Anfang der 90er Jahre erheblich gestiegen, was unter anderem auf das bei den Firmen bereits spürbare Ausscheiden der „älteren Generation“, die häufig über Deutschkenntnisse verfügt und in dieser Hinsicht eine gewisse Lücke hinterlassen hat, zurückzuführen sein könnte (Zitat 10 – Interview Dt.: *Befr.: Die jungen Leute wollen lieber Englisch.*). Dies (und möglicherweise auch schon ein Aufkommen einer neuen Entwicklung?) zeigt auch die Interviewaussage eines hoch positionierten Managers eines großen Unternehmens vom Februar 2008:

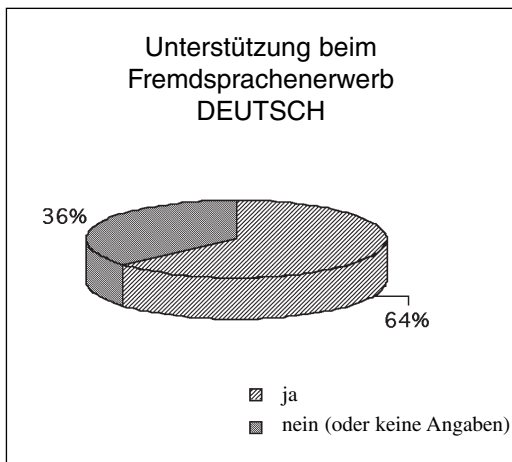
Zitat 11 (Interview Dt.):

*Befr.: Deutschkenntnisse? Gesucht, gesucht, gesucht. Wirklich, es ist ein Riesenvorteil, diese Leute kommen direkt in gute Positionen, gar wenn die Firma deutsche Kunden hat.*

Das Management der Unternehmen sorgt aber auch für eine Steigerung der Deutschkenntnisse der Mitarbeiter, indem es ihnen beim Fremdsprachenerwerb eine aktive Unterstützung leistet. In der Praxis kann dies mehrere Formen annehmen: 1. Durchführung der Sprachkurse während der Arbeitszeit, 2. finanzielle Unterstützung der Teilnahme an Sprachkursen außerhalb der Arbeit(szeit), 3. Auslandsaufenthalte bei der Muttergesellschaft in Deutschland, Österreich oder der Schweiz, die jedoch primär mit anderen Aufgaben verbunden sind.

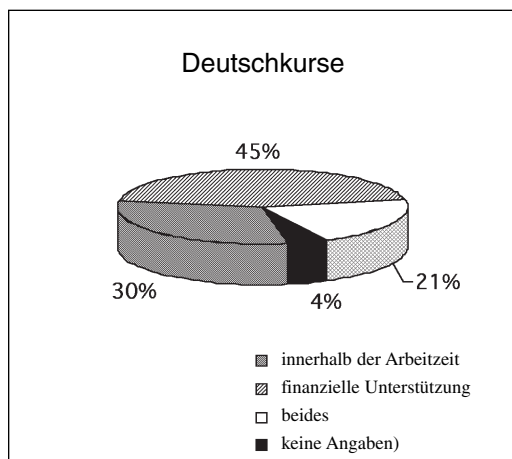
Im Vergleich zu den Tschechischkursen, die meistens individuell und ohne Evaluation abgehalten werden, handelt es sich bei den Deutschkursen (wie übrigens auch bei den Englischkursen) in der Regel um Gruppenunterricht. Die Respondenten sagen aus, dass die Teilnahme an solchen Kursen bei begründetem Interesse so gut wie immer seitens der Führung ermöglicht wird, dass aber zunehmend der Fortschritt (Bewertung seitens des Lehrers oder aber auch des Vorgesetzten) überprüft wird.

Wie aus der Grafik ersichtlich, ermöglichen fast zwei Drittel der deutsch-tschechischen Unternehmen ihren Mitarbeitern eine Teilnahme an Deutschkursen.<sup>17</sup>



<sup>17</sup> Zum Vergleich: Englischkurse unterstützen 48 % und Tschechischkurse nur 19 % der befragten Firmen. Eine der Erklärungen für die massive Unterstützung des Deutscherwerbs kann daraus resultieren, dass tendenziell immer weniger tschechische Schulabsolventen über Deutschkenntnisse verfügen, da – vereinfacht gesagt – im tschechischen Schulwesen in erster Linie der Englischunterricht bevorzugt wird.





Wenn wir uns die Art der Unterstützung genauer ansehen, stellen wir fest, dass sie wie folgt verteilt ist: ca. 1/3 der Firmen veranstaltet die Kurse während der Arbeitszeit, 45 % der Firmen tragen die Kosten der Deutschkurse außerhalb der Arbeitszeit, in 21 % werden beide Möglichkeiten der Förderung des Deutschunterrichts angeboten.

Im Hinblick auf die Firmengröße kann aus der Fragebogenumfrage festgestellt werden, dass Deutschkurse eher in großen Unternehmen unterstützt werden (90 %), weniger dann in mittelgroßen (78 %) und kleinen Firmen (36 %). Womöglich können wir es mit besseren Bedingungen für Organisation, Besetzung und Finanzierung der Deutschkurse in großen Unternehmen begründen, oder damit, dass die (betroffenen) Mitarbeiter der mittelgroßen und kleinen Unternehmen bereits Deutsch ausreichend können (müssen).<sup>18</sup> Eindeutig ist, dass die Investitionen in die Fremdsprachenausbildung in den interkulturell gebildeten und agierenden Unternehmen einen Mehrwert auch im Hinblick auf die Arbeitsproduktivität bringen.

Alle oben skizzierten Umstände deuten darauf hin, dass in den untersuchten deutsch-tschechischen Unternehmen nicht selten die Kommunikationssuperiorität der deutschsprachigen Muttersprachler zum Nachteil der tschechischen Mitarbeiter durch viele angesprochene Faktoren gestärkt wird. Gesehen durch die eingangs notierte Terminologie, müssen sich die

<sup>18</sup> Zitat 12 (Interview Dt.): *Befr.: Alle Mitarbeiter müssen deutsch können, das ist eine Bedingung für die Einstellung.*

einheimischen Mitarbeiter an die ausländischen Kollegen sprachlich adaptieren, und dies geschieht nur in einer Richtung, also asymmetrisch. Mit einem Muttersprachler in seiner Sprache beispielsweise etwas zu verhandeln, ist – und dies zuerst nur sprachlich gesehen! – um so komplizierter, je kleiner die Kenntnisse dieser Sprache bei dem einheimischen Kollegen sind. Viele Befragten reflektieren diese Situation und weisen auf die Schwierigkeiten bei einer solchen Kommunikation hin:

Zitat 13 (Interview Tsch.)

*Befr.: Nicht alle Kollegen können die Fremdsprache so gut, also die Bemühung zu kommunizieren ist wohl manchmal da, aber dadurch, dass sie nicht imstande sind, einige Sachen auszudrücken, dann kommunizieren sie in der Hinsicht nicht. Oder zum Beispiel wenn es irgendein Problem gibt, zwischen dem Leiter und den Mitarbeitern, dann auch wenn die Mitarbeiter sehr gut die Sprache können, aber wenn es dann zu einer problematischen Situation kommt, zu äußerst anspruchsvollen Gesprächen, dann weiß ich von den tschechischen Kollegen, dass es sehr schwierig ist, in der Fremdsprache–, ich will nicht sagen zu streiten–, aber wie wenn–, zu kämpfen, und dass sie oft auf irgendwelche Art und Weise aufgeben. Aber natürlich nicht alle, aber– also es passiert hier so von Zeit zu Zeit, und es hängt immer eher mit den Kenntnissen der Sprache und mit dem Selbstbewusstsein des tschechischen Mitarbeiters in dieser Sprache zusammen [...].*

Ich denke jedoch, dass auch für die Deutschen selbst die deutsche (oder ggf. englische) „Einsprachigkeit“ in einem deutsch-tschechischen Unternehmen – wenn sie eintritt – große Nachteile hat. Falls nämlich die Muttersprache der Einheimischen gesprochen wird (hier: Tschechisch), entsteht eine Art soziale Barriere, und diese andere Sprache wird von den deutschsprachigen Kollegen als eine Art „Geheimsprache“ empfunden bzw. kann so empfunden (und freilich auch bewusst eingesetzt) werden. (Im besten Fall sind sie nur auf die Wiedergabe/Zusammenfassung seitens der Anwesenden angewiesen.) Somit entsteht (existiert) in einigen Kommunikationssituationen und -bereichen im Betrieb eine Art vollständiger Dominanz der tschechischen Mitarbeiter, sprachlich und interkulturell. Manche von den deutschen und österreichischen Managern sind sich dessen laut eigener Aussage durchaus bewusst und treffen entsprechende Maßnahmen dagegen – sie versuchen beispielsweise, Tschechisch zumindest in dem Maße zu erlernen, dass sie verstehen können, worüber gesprochen wird, oder

sie lassen sich den Vorgang eben direkt dolmetschen (Stichwort Sprachvermittler-Einsatz), was aber nur in bestimmten Fällen möglich ist.

Zitat 14 (Interview Dt.)

*Befr.: [...] die Kommunikation funktioniert eben auch auf einer zweiten Ebene, die nicht für alle einzusehen ist. [...] Das ist ganz einfach. Wenn fünf tschechische Kollegen nicht möchten, dass der sechste, der Ausländer ist, das mitbekommt oder versteht, dann kann man eben so sprechen, dass– dass die Information dann nicht ankommt. [...] Also das– ich will sagen, dass es mir ein Beweggrund war, die [tschechische] Sprache zu lernen.*

Zitat 15 (Interview Dt.)

*KŠ: In welcher Sprache werden die Sitzungen gehalten, und die Besprechungen?*  
*Befr.: [...] z.B. wie heute morgen, da wird deutsch gesprochen, weil die alle deutsch sprechen. Ich habe aber jemanden dabei, der deutsch und tschechisch kann. Das aus zwei Gründen. Es kann immer schon mal sein, bei einer schwierigen Materie, dass einer der Tschechen sagt etwas – will etwas lieber in Tschechisch sagen, damit es rüberkommt. Dann wird das übersetzt. Und die andere Version ist eine ganz einfache. Wenn wir zwei Deutsche da drin sitzen und der Rest sind Tschechen, und dann geben die plötzlich ins Tschechische, und dann wissen wir nicht, worüber die reden. Und deswegen habe ich meine Mitarbeiterin dabei.*

*KŠ: Ok, alles klar.*

*Befr.: Ok? Das ist nicht böse gemeint. Das wird [umgekehrt] bei den Deutschen genauso sein.*

Dieser grobe Abriss der Situation in den deutsch-tschechischen Unternehmen ist naturgemäß begrenzt durch die Fokussierung auf die deutsche Sprache, deren Verwendung selbstverständlich auch von der jeweiligen Rolle des Tschechischen und des Englischen in dem einen oder anderen Unternehmen bedingt wird. Betont werden muss zudem, dass in jedem dieser Unternehmen die Kommunikation immer auf eine einzigartige Weise abläuft<sup>19</sup> und zum großen Teil auch intra-kulturell. D.h. die meisten tschechischen Mitarbeiter (vornehmlich diejenigen in der Produktion, aber unter bestimmten Umständen auch tschechische Manager) kommen oft

<sup>19</sup> So ergeben sich z.B. aufgrund von unterschiedlichen strukturellen Voraussetzungen bestimmte Ausprägungen der Kommunikationsführung, vgl. eine empirische Untersuchung in 4 Unternehmen von Marx (Marx – Nekula 2006, S. 376ff.).

nur mit dem Tschechischen aus, intra-kulturell ist aber auch die Kommunikation der deutschen Mitarbeiter untereinander bzw. mit der Muttergesellschaft. Um allgemeine Schlussfolgerungen ziehen zu können, müssten alle angesprochenen und viele weiteren Faktoren tiefer untersucht werden und es müsste auch noch explizit auf die (schriftliche und mündliche) externe Kommunikation der Unternehmen eingegangen werden, also z.B. auf die Stellung des Deutschen bei Kontakten mit Kunden,<sup>20</sup> Lieferanten, konkurrierenden Firmen, aber auch Behörden, Medien, mit der Politik usw.

Im Zusammenhang mit dem Thema Deutsch in der tschechischen Wirtschaft soll zumindest am Rande an die durchaus existierende Rolle des Deutschen als *lingua franca* in der Kommunikation der tschechischen Unternehmen mit ihren anderen ausländischen Partnern (die Niederlanden, aber auch Russland etc.) hingewiesen werden; auch dieser Bereich weist noch etliche Forschungslücken auf.

Wie wir gesehen haben, sind alle angedeuteten Facetten der betrieblichen Sprachpolitik für u.a. soziolinguistische Forschungen ein spannendes Forschungsfeld mit noch sehr vielen offenen Fragen. Vernachlässigt wird dabei jedoch häufig die Sicht der Wirtschaft. Dabei ist die Sprache eindeutig ein ökonomischer Faktor. Eine nicht optimale (Sprach)Kommunikation, ein nicht optimaler Einsatz der Sprachvermittlung oder eine nicht durchdachte Verwendung (oder Nicht-Verwendung) des Deutschen innerhalb des Unternehmens wie auch nach außen hat für die Firma nachweislich wirtschaftliche Konsequenzen, sei es im Bereich der immateriellen Kosten oder im Hinblick auf direkte und versteckte Kosten (Opportunitätskosten, Non-Conformance-Costs).

Damit hängt ein sehr wichtiger Punkt zusammen: Die deutsche Sprache wird in der tschechischen Wirtschaft nicht „isoliert“ verwendet und wahrgenommen, sie ist, wie bereits erwähnt, auch Träger von vielerlei Kategorien. Aber sie ist m.E. neben der Kenntnis und dem Gefühl für die eigene und andere Kultur und neben der Fachkompetenz vor allem die

---

<sup>20</sup> Dies ist ein enorm wichtiger Faktor, wie mir die Interviewpartner bei der FOROST-Untersuchung mitgeteilt haben (z.B. ein französischer Kunde eines deutsch-tschechischen Unternehmens in Tschechien verlangt automatisch die Kommunikation auf Französisch; oder z.B. das überwiegend deutsche Klientel von deutsch-tschechischen Banken möchte in der deutschen Sprache kommunizieren, was die starke Stellung des Deutschen in diesem Bereich mit erklären könnte) und wie auch weiterhin bestätigt wird: Zitat 16 (Interview Dt., Februar 2008): *Befr.: Englisch ist wichtig, aber wir sind Ihre wichtigsten Wirtschaftspartner, wir [Deutschland] und auch die Österreicher. Aber letzten Endes richtet sich die Sprache immer nach dem Kunden.* Zur Sprache in der Kommunikation mit dem Kunden vgl. auch Ammon 1996, S. 854.

wichtigste Komponente der sog. deutsch-tschechischen interkulturellen Kompetenz. Es lässt sich nicht eindeutig prognostizieren, ob sich die Kommunikationspolitik der deutsch-tschechischen Unternehmen in Tschechien in der Zukunft nur auf das Englische verlässt, ob die (häufig entscheidungstragenden) ausländischen Mitarbeiter – zumindest im alltäglichen (internen?) Unternehmensleben – eher die asymmetrische Kommunikation praktizieren werden, indem sie bei ihrer Muttersprache bleiben, oder ob auf dem Arbeitsmarkt mit der Zeit genügend deutsche, österreichische und schweizerische Fachkräfte und Manager mit Tschechischkenntnissen zur Verfügung stehen werden. Man kann aber vermuten, dass so oder so diese deutsch-tschechische interkulturelle Kompetenz in zunehmenden Fällen von den Mitarbeitern gefordert wird, oder für sie zumindest von großem Wettbewerbsvorteil wird. Und demzufolge von Vorteil auch für das Unternehmen als solches und schließlich für die wirtschaftlichen (und anderen) Kontakte beider beteiligten Länder.

Falls also das eingangs erwähnte Ausmaß der Wirtschaftsbeziehungen der Tschechischen Republik mit den deutschsprachigen Ländern bestehen bleibt (allein der deutsche Anteil an den seit 1993 kumulierten Auslandsdirektinvestitionen in Tschechien beläuft sich auf etwa 25 %) <sup>21</sup> oder sich gar noch vergrößert, behält die deutsche Sprache in der tschechischen Wirtschaft eine m.E. enorm wichtige Rolle.

## Literaturverzeichnis

- Ammon, Ulrich: Sprachkontakt in multinationalen Betrieben. In: Goebel, Hans – Nelde, Peter H. – Starý, Zdeněk – Wölck, Wolfgang (Hrsg.): Kontaktlinguistik: Ein internationales Handbuch zeitgenössischer Forschung, Berlin – New York 1997, S. 852–857.
- Bungarten, Theo: Mehrsprachigkeit in der Wirtschaft. In: Goebel, Hans – Nelde, Peter H. – Starý, Zdeněk – Wölck, Wolfgang (Hrsg.): Kontaktlinguistik: Ein internationales Handbuch zeitgenössischer Forschung, Berlin – New York 1997, S. 414–421.
- Glahn, Richard: Kommunikation im globalen Geschäftsleben. Frankfurt/Main 2005.
- Heringer, Hans Jürgen: Interkulturelle Kommunikation, Tübingen 2004.
- Höhne, Steffen – Nekula, Marek (Hrsg.): Sprache, Wirtschaft, Kultur: Deutsche und Tschechen in Interaktion, München 1997.

---

<sup>21</sup> Aussage von Josef Beck, Leiter der Wirtschaftsabteilung der deutschen Botschaft in Prag; vgl. [www.tandem-org.de/newsletter/www\\_article.php3](http://www.tandem-org.de/newsletter/www_article.php3).

- Klein, Eberhard – Duteil, Françoise Pouradier – Wagner, Karl Heinz (Hrsg.): Betriebslinguistik und Linguistikbetrieb, Tübingen 1991.
- Marx, Christoph – Nekula, Marek: Unternehmenskommunikation als tragende Säule des Managementsystems am Beispiel multinationaler Unternehmen in der Tschechischen Republik, *Brücken* 14 (2006), S. 373–382.
- Nekula, Marek: Deutsch als Europasprache aus tschechischer Sicht. In: Lohse, Christian (Hrsg.): Die deutsche Sprache in der Europäischen Union. Rolle und Chancen aus rechts- und sprachwissenschaftlicher Sicht. Baden-Baden 2004, S. 129–144.
- Nekula, Marek – Šichová, Kateřina: Was sind die Fremdsprachen wert? / Jakou hodnotu mají cizí jazyky? In: Fröhlich, Steffy – Schneider, Bernd – Nový, Ivan (Hrsg.): Unternehmenskultur & Unternehmenserfolg, Bd 1, Praha 2004a., S. 238–267.
- Nekula, Marek – Šichová, Kateřina: Sprache als Faktor der wirtschaftlichen Integration, *Brücken* 12 (2004b), S. 317–335.
- Nekula, Marek – Nekvapil, Jiří – Šichová, Kateřina: Sprachen in multinationalen Unternehmen auf dem Gebiet der Tschechischen Republik, München 2005a.
- Nekula, Marek – Nekvapil, Jiří – Šichová, Kateřina: Sprachen in deutsch-tschechischen, österreichisch-tschechischen und schweizerisch-tschechischen Unternehmen: Ein Beitrag zur Wirtschaftskommunikation in der Tschechischen Republik, *Sociolinguistica* 19 (2005b), S. 128–143.
- Nekvapil, Jiří: Die kommunikative Überwindung der tschechisch-deutschen ethnischen Polarisierung. Deutsche, deutsche Kollegen, Expatriates und andere soziale Kategorien im Automobilwerk Škoda. – In: Höhne, Steffen – Nekula, Marek (Hrsg.): Sprache, Wirtschaft, Kultur. Deutsche und Tschechen in Interaktion, München 1997, S. 127–144.
- Nekvapil, Jiří – Nekula, Marek: K jazykové situaci v nadnárodních podnicích působících v České republice, *Slovo a slovesnost* 66 (2006a), S. 83–95.
- Nekvapil, Jiří – Nekula, Marek: On language management in multinational companies in the Czech Republic, *Current Issues in Language Planning* 7 (2006b), S. 307–327.
- Neustupný, Jiří V. – Nekvapil, Jiří: Language Management in the Czech Republic. In: Baldauf Jr., Richard – Kaplan, Robert B.: *Language Planning and Policy in Europe*, Vol. 2., Clevedon – Buffalo – Toronto 2006.
- Neustupný, Jiří V.: Následné (follow-up) interview, *Slovo a slovesnost* 60 (1999), S. 13–18.
- Šichová, Kateřina: Sprachen in deutsch-tschechischen Unternehmen in der Tschechischen Republik. [unveröff. Baccalaureatsarbeit] Universität Regensburg, 2005.
- Vandermeeren, Sonja: Fremdsprachen in europäischen Unternehmen. Untersuchungen zu Bestand und Bedarf im Geschäftsalltag mit Empfehlungen für Sprachenpolitik und Sprachunterricht. Waldsteinberg 1998.
- Vollstedt, Marina: Sprachenplanung in der internen Kommunikation internationaler Unternehmen. Studien zur Umstellung der Unternehmenssprache auf das Englische. Hildesheim 2002.

CzechInvest: [www.czechinvest.org](http://www.czechinvest.org)

Česká národní banka: [www.cnb.cz](http://www.cnb.cz)

Český statistický úřad: [www.czso.cz](http://www.czso.cz)

Deutsche Botschaft in Tschechien: [www.deutsche-botschaft.cz/DE/WIRTSCHAFT](http://www.deutsche-botschaft.cz/DE/WIRTSCHAFT)

Deutsch-Tschechische Industrie- und Handelskammer: [www.dtihk.cz](http://www.dtihk.cz)

Ministerstvo průmyslu a obchodu České republiky: [www.mpo.cz](http://www.mpo.cz)

Oficiální portál pro podnikání a export: [www.businessinfo.cz](http://www.businessinfo.cz)





## ABSCHLUSSARBEITEN UND DISSERTATIONEN AM LEHRSTUHL FÜR DEUTSCHE UND ÖSTERREICHISCHE STUDIEN 1997–2007

VÍTĚZSLAV SOMMER

<b>Autor / Autorin</b>	<b>Název / Titel</b>	<b>Rok obhájení / Jahr der Verteidigung</b>	<b>Vedoucí práce / Leiter der Arbeit</b>	<b>Místo uložení (knižovny) / Standort</b>	<b>Signatury / Signaturen</b>
Čapková, Jana	Problémy rakouského bankovníctví meziválečném období (diplomová práce)	1996	PhDr. Jiří Kuděla	FSV UK Jinonice	BD-4/96
Čech, Martin	Aspekty a perspektivy rakouské neutrality (diplomová práce)	1996	PhDr. Jiří Kuděla	FSV UK Jinonice	BD-1/96
Nepalová, Šárka	Židovská menšina v Rakousku po roce 1945 (diplomová práce)	1996	PhDr. Jiří Kuděla	FSV UK Jinonice	BD-5/96
Valentová, Vladimíra	Zdravotní pojištění ve Rakousku (diplomová práce)	1996	PhDr. Jiří Kuděla	FSV UK Jinonice	BD-2/96
Vilímová, Marcela	Vývoj rakouského cestovního ruchu 1945–1995 (diplomová práce)	1996	prof. PhDr. Jiří Pešek, CSc.	FSV UK Jinonice	BD-3/96
Holá, Michaela	Vývoj azylové politiky ve Spolkové republice Německo po roce 1990 (diplomová práce)	1997	PhDr. Miroslav Kunštát, PhD.	FSV UK Slávie; FSV UK Jinonice	Hz 2939; Hz 2939a (Slávie); BD-2/97 (Jinonice)

<b>Autor / Autorin</b>	<b>Název / Titel</b>	<b>Rok obhájení / Jahr der Verteidigung</b>	<b>Vedoucí práce / Leiter der Arbeit</b>	<b>Místo uložení (knihovny) / Standort</b>	<b>Signatury / Signaturen</b>
Jedličková, Iva	Studentské hnutí na německých univerzitách v 2. polovině 60. let a jeho recepce v Československu (diplomová práce)	1997	prof. PhDr. Jiří Pešek, CSc.	SV UK Slávie / FSV UK Jinonice	Hz 2938; Hz 2938a (Slávie); BD-1/97 (Jinonice)
Konečná, Jiřina	Kulturní cestovní ruch v Rakousku (diplomová práce)	1997	prof. PhDr. Jiří Pešek, CSc.	FSV UK Jinonice	BD-6/97
Saifertová, Jitka	Zobrazení berlínské zdi v německé literatuře 60. let (diplomová práce)	1997	prof. PhDr. Jiří Pešek, CSc.	FSV UK Jinonice	BD-7/97
Suchánková, Šárka	Akce Kinderlandversicherung (diplomová práce)	1997	prof. PhDr. Jiří Pešek, CSc.	----	----
Svobodová- Herciková, Simona	Vztahy mezi ČSSR a SRN 1973–1989 (diplomová práce)	1997	PhDr. Miroslav Kunštát, PhD.	FSV UK Jinonice	BD-5/97
Andělová, Marta	Školství v Sudetech 1938–1940 (diplomová práce)	1998	doc. PhDr. Jaroslav Kučera, CSc.	FSV UK Lešetice; FSV UK Jinonice	Hz 3110 (Lešetice); BD-10/98 (Jinonice)
Bednářová, Helena	Opojení mocí: činnost německé okupační správy v Brně v letech 1939–1942 (diplomová práce)	1998	doc. PhDr. Jaroslav Kučera, CSc.	FSV UK Jinonice	BD-12/98
Exelová, Lenka	Deutsche Bundesbank na počátku 90. let: její hlavní peněžně politické úkoly (diplomová práce)	1998	PhDr. Miroslav Kunštát, PhD.	FSV UK Jinonice	BD-11/98
Kadavý, Alexandr	41 let Collegia Carolina: vznik, vývoj a publikační činnost (diplomová práce)	1998	prof. PhDr. Jiří Pešek,	FSV UK Jinonice	BD-16/98
Klásterková, Lenka	Rozhlasové vysílání a propaganda pro sudetské Němce v l. 1923–1938: rozhlas jako nástroj zahraniční politiky (diplomová práce)	1998	doc. PhDr. Jaroslav Kučera, CSc.	FSV UK Jinonice	BD-20/98

<b>Autor / Autorin</b>	<b>Název / Titel</b>	<b>Rok obhájení / Jahr der Verteidigung</b>	<b>Vedoucí práce / Leiter der Arbeit</b>	<b>Místo uložení (knihovny) / Standort</b>	<b>Signatury / Signaturen</b>
Klírová, Kristina	Trvalé odloučení: k osudu jedné německo-české rodiny po druhé světové válce (diplomová práce)	1998	doc. PhDr. Jaroslav Kučera, CSc.	FSV UK Jinonice	BD-14/98
Müllerová, Hana	Československo ve vý- chodní politice Spolkové republiky 1961–1967 (diplomová práce)	1998	doc. PhDr. Jaroslav Kučera, CSc.	FSV UK Jinonice	BD-15/98
Petrová, Hana	Podpora exportu v Rakousku (diplomová práce)	1998	PhDr. Miroslav Kunštát, PhD.	FSV UK Jinonice	BD-4/98
Polzer, Arthur	Březnová vzpoura ve Šternberku: pokus německých Rakušanů o prosazení práva na národní sebeurčení v Moravském Šternberku 1918/1919 na pozadí rakouských a českých dějin (diplomová práce)	1998	doc. PhDr. Jaroslav Kučera, CSc.	FSV UK Jinonice	BD-18/98
Ryšavá, Veronika	Role Německa při rozšiřování se NATO do východní Evropy (diplomová práce)	1998	PhDr. Miroslav Kunštát, PhD.	FSV UK Lešetice; FSV UK Jinonice	Hz 3109 (Lešetice); BD-19/98 (Jinonice)
Staňková, Irena	Československo a reparační konference v Paříži 1945 (diplomová práce)	1998	doc. PhDr. Jaroslav Kučera, CSc.	FSV UK Jinonice	BD-5/98
Holíková, Markéta	Die britische Besatzungspolitik gegenüber Deutschland in den Jahren 1945–1948 und ihre Resonanz in der tschechoslowakischen Diplomatie (diplomová práce)	1999	doc. PhDr. Jaroslav Kučera, CSc.	FSV UK Slávie; FSV UK Jinonice	Hz 3185; Hz 3185a (Slávie); BD-10/99 (Jinonice)
Kaiser, Daniel	Dějiny opozice v NDR a cesty jejích protagonistů v devadesátých letech (diplomová práce)		1999 PhDr. Miroslav Kunštát,	FSV UK Lešetice; FSV UK Slávie; FSV UK (Jinonice)	Hz 3183 (Lešetice); Hz 8183a Slávie; BD-11/99 (Jinonice)

<b>Autor / Autorin</b>	<b>Název / Titel</b>	<b>Rok obhájení / Jahr der Verteidigung</b>	<b>Vedoucí práce / Leiter der Arbeit</b>	<b>Místo uložení (knihovny) / Standort</b>	<b>Signatury / Signaturen</b>
Kerlová, Martina	Proces s představiteli předválečné Sudetoněmecké strany (diplomová práce)	1999	doc. PhDr. Jaroslav Kučera, CSc.	FSV UK Jinonice	BD-3/99
Konrád, Ota	Filosofie na Vídeňské univerzitě 1938–1945 (diplomová práce)	1999	prof. PhDr. Jiří Pešek, CSc.	FSV UK Jinonice	BD-7/99
Kosová, Lenka	Integrace a asimilace českých a slovenských emigrantů po roce 1968 ve Švýcarsku (diplomová práce)	1999	PhDr. Miroslav Kunštát, PhD.	FSV UK Slávie; FSV UK Jinonice	Hz 3184; Hz 3184a (Slávie); BD-14/99 (Jinonice)
Macháčková, Hana	Ekonomická dimenze integrace Rakouské republiky do Evropské unie a její politické implikace (diplomová práce)	1999	PhDr. Miroslav Kunštát, PhD.	FSV UK Slávie; FSV UK Jinonice	Hz 3186; Hz 3186a (Slávie); BD-9/99 (Jinonice)
Němečková, Lenka	Německo-slovenské vztahy v 90. letech (diplomová práce)	1999	PhDr. Miroslav Kunštát, PhD.	FSV UK Jinonice	BD-12/99
Obermaye- rová, Hana	Postoj Německa k procesu rozšiřování Evropské unie na východ s přihlédnutím k integrační politice jednotlivých politických stran (diplomová práce)	1999	PhDr. Miroslav Kunštát, PhD.	FSV UK Lešetice; FSV UK Slávie; FSV UK Jinonice	Hz 3187 (Lešetice); Hz 3187a; (Slávie); BD-15/99 (Jinonice)
Parpelová, Ivana	Německo-nizozemské vztahy po roce 1945 (diplomová práce)	1999	prof. Jiří Pešek, CSc.	FSV UK Jinonice	BD-30/99
Smetanová, Lenka	Německo-slovenské vztahy v 90. letech (diplomová práce)	1999	PhDr. Miroslav Kunštát, PhD.	FSV UK Slávie; FSV UK Jinonice	Hz 3181; Hz 3181a; (Slávie); BD-12/99 (Jinonice)
Stompsová- Schallne- rová, Jana	Integrace sudetoněmecké rodiny po 2. světové válce v SRN, NDR a Československu (diplomová práce)	1999	doc. PhDr. Jaroslav Kučera, CSc.	FSV UK Jinonice	BD-8/99

<b>Autor / Autorin</b>	<b>Název / Titel</b>	<b>Rok obhájení / Jahr der Verteidigung</b>	<b>Vedoucí práce / Leiter der Arbeit</b>	<b>Místo uložení (knihovny) / Standort</b>	<b>Signatury / Signaturen</b>
Svárovský, Martin	Menšinová práva a německá národnostní menšina v České republice (diplomová práce)	1999	PhDr. Miroslav Kunštát, PhD.	FSV UK Jinonice	BD-6/98
Ševčíková, Julie	Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland vor und nach 1989 mit Bezug auf die Entwicklung in den neuen Bundesländern und der Aufschwung der deutschen Volkunion bei der Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt 1998 (diplomová práce)	1999	PhDr. Miroslav Kunštát, PhD.	FSV UK Jinonice	BD-19/99
Baloun, Marek	Česká menšina ve Vídni po roce 1945 (diplomová práce)	2000	doc. PhDr. Alena Míšková	FSV UK Jinonice	BD-1/00
Benešová, Petra	Obraz žen v Německu ve 40. letech a počátky ženského hnutí po druhé světové válce (diplomová práce)	2000	prof. PhDr. Jiří Pešek, CSc.	FSV UK Jinonice	BD-2/00
Brouková, Silvie	Česká recepce Richarda Wagnera po roce 1945 (diplomová práce)	2000	prof. PhDr. Jiří Pešek, CSc.	FSV UK Jinonice	BD-3/00
Čurdová, Ilona	Waldorfské školy jako alternativní forma vzdělávání?: jak jsou vnímány waldorfské školy u nás a v Německu? (diplomová práce)	2000	neuveđen	FSV UK Lešetice; FSV UK Jinonice	Hz 3321 (Lešetice); BD-5/00 (Jinonice)
Drábek, Luboš	Nezaměstnanost ve Spolkové republice Německo v letech 1990–1997: s přihlédnutím ke specifikům vývoje v nových spolkových zemích (diplomová práce)	2000	PhDr. Miroslav Kunštát, PhD.	FSV UK Jinonice	BD-23/00
Hruška, Blahoslav	Nacistická estetika ve filmech Leni Riefenstahlové (diplomová práce)	2000	PhDr. Anita Pelánová, PhD.	FSV UK Jinonice	BD-19/00

<b>Autor / Autorin</b>	<b>Název / Titel</b>	<b>Rok obhájení / Jahr der Verteidigung</b>	<b>Vedoucí práce / Leiter der Arbeit</b>	<b>Místo uložení (knihovny) / Standort</b>	<b>Signatury / Signaturen</b>
Jirousek, Adam	Proměny v zahraniční politice sjednoceného Německa (1991–1999) (diplomová práce)	2000	PhDr. Miroslav Kunštát, PhD.	FSV UK Jinonice	BD-6/00
Kastner, Vojtěch	Osídlování severočeského pohraničí v roce 1945 (na příkladu Hoštky a Kravař) (diplomová práce)	2000	doc. PhDr. Alena Míšková	FSV UK Jinonice	BD-7/00
Konrád, Ota	Filosofie na Vídeňské univerzitě 1938–1945 (rigorózní práce)	2000	prof. PhDr. Jiří Pešek, CSc.	FSV UK Lešetice	Hz 3701
Otepka, Robert	SDS: Sozialistischer Deutscher Studentenbund (diplomová práce)	2000	prof. PhDr. Jan Křen, DrSc.	FSV UK Jinonice	BD-5/99
Pinterová, Jana	Knížectví Lichtenštejnsko a jeho vztahy s Českou republikou: od roku 1918 do současnosti se stručným historickým přehledem (diplomová práce)	2000	PhDr. Miroslav Kunštát, PhD.	FSV UK Lešetice; FSV UK Jinonice	Hz 3496 (Lešetice); BD-20/00 (Jinonice)
Počarovský, Pavel	Jazz v nacistickém Německu a Protektorátu Čechy a Morava (diplomová práce)	2000	doc. PhDr Alena Míšková	FSV UK Jinonice	BD-13/00
Provazník, Vladimír	Polemika Palacký – Höfler jako příspěvek k poznání česko-německého sporu ve druhé polovině 19. sto- letí (diplomová práce)	2000	PhDr. Jiří Rak	FSV UK Jinonice	BD-10/00
Samek, Jaroslav	Německá menšina v Lotyšsku 1918–1939 a její přesídlení do Německé říše 1939–1941 s přihlédnutím k roli německého lotyšského tisku (diplomová práce)	2000	doc. PhDr. Jaroslav Kučera, CSc.	FSV UK Jinonice	BD-15/00
Staňková, Irena	Československo a reparační konference v Paříži 1945 (rigorózní práce)	2000	doc. PhDr. Jaroslav Kučera, CSc.	FSV UK Lešetice;	FSV UK Jinonice Hz 3522 (Lešetice); BR-1/00 (Jinonice)

<b>Autor / Autorin</b>	<b>Název / Titel</b>	<b>Rok obhájení / Jahr der Verteidigung</b>	<b>Vedoucí práce / Leiter der Arbeit</b>	<b>Místo uložení (knihovny) / Standort</b>	<b>Signatury / Signaturen</b>
Šafařík, Luděk	List říšského protektora Böhmen und Mähren v kontextu soudobé sudetoněmecké historiografie (diplomová práce)	2000	prof. PhDr. Jan Křen, DrSc.	FSV UK Jinonice	BD-11/00
Baschová, Dana	Československá politika vůči Německé demokratické republice v letech 1949–1961 (diplomová práce)	2001	doc. PhDr. Jaroslav Kučera, CSc.	FSV UK Lešetice	Hz 3557
Baschová, Dana	Československá politika vůči Německé demokratické republice v letech 1949–1961 (rigorózní práce)	2001	doc. PhDr. Jaroslav Kučera, CSc.	FSV UK Jinonice	BD-16/01
Bucháček, Michal	Die Grosse Koalition und ihr Beitrag zur „neuen Ostpolitik“ (diplomová práce)	2001	PhDr. Miroslav Kunštát, PhD.	FSV UK Lešetice	Hz 3766
Bucháček, Michal	Die Grosse Koalition und ihr Beitrag zur „neuen Ostpolitik“ (rigorózní práce)	2001	PhDr. Miroslav Kunštát, PhD.	FSV UK Jinonice	BD-3/02
Fašínová, Jana	Reflexe česko-německých vztahů v německém nadregionálním tisku (diplomová práce)	2001	prof. PhDr. Jiří Pešek, CSc.	FSV UK Lešetice; FSV UK Jinonice	Hz 3559 (Lešetice); BD-15/01 (Jinonice)
Fous, Michal	Stranickopolitický pravcový extremismus a radikalismus ve Spolkové republice Německo po roce 1945, s důrazem na Národně demokratickou stranu Německa (NDP) (diplomová práce)	2001	PhDr. Miroslav Kunštát, PhD.	FSV UK Lešetice; FSV UK Jinonice	Hz 3560 (Lešetice); BD-18/01 (Jinonice)
Jeřábek, Martin	Konec demokracie v Rakousku: politické, hospodářské a ideologické příčiny pádu demokracie v Rakousku (1932–33) (diplomová práce)	2001	prof. PhDr. Jan Křen, DrSc.	FSV UK Lešetice; FSV UK Jinonice	Hz 3802; Hz 3562 (Lešetice); BD-21/01 (Jinonice)

<b>Autor / Autorin</b>	<b>Název / Titel</b>	<b>Rok obhájení / Jahr der Verteidigung</b>	<b>Vedoucí práce / Leiter der Arbeit</b>	<b>Místo uložení (knihovny) / Standort</b>	<b>Signatury / Signaturen</b>
Jurigová, Kateřina	Právní a politický rámec ochrany autochtonních menšin ve Spolkové republike Německo (diplomová práce)	2001	PhDr. Miroslav Kunštát, PhD.	FSV UK Lešetice	Hz 3564
Kouřilová, Hana	Die tschechisch- österreichischen Beziehungen in den Jahren 1990–1998: die geopolitische Ansicht an die Entwicklung der tschechisch (bzw. Tschechoslowakisch) Beziehungen (diplomová práce)	2001	PhDr. Miroslav Kunštát, PhD.	FSV UK Lešetice; FSV UK Jinonice	Hz 3768 (Jinonice) BD-4/02 (Lešetice);
Krausová, Alena	Totální nasazení civilních polských pracovníků na území sudetské župy: sonda landrát Jablonné v Podještědí (diplomová práce)	2001	doc. PhDr. Alena Míšková	FSV UK Lešetice; FSV UK Jinonice	Hz 3566 (Lešetice); BD-22/01 (Jinonice)
Krausová, Alena	Totální nasazení civilních polských pracovníků na území sudetské župy: sonda landrát Jablonné v Podještědí (rigorózní práce)	2001	doc. PhDr. Alena Míšková	FSV UK Jinonice	BR-3/01
Martinka, Robert	Západoněmecký film a společnost po roce 1945 (diplomová práce)	2001	doc. PhDr. Alena Míšková	FSV UK Lešetice	Hz 3567
Pojerová, Anna	Nacionální socialismus v učebnicích dějepisu Spolkové republiky Německo 90. a 50. let (diplomová práce)	2001	prof. PhDr. Jiří Pešek, CSc.	FSV UK Lešetice; FSV UK Jinonice	Hz 3497 (Lešetice); BD-21/00 (Jinonice)
Rotgeri, Filip	Grüne Europapolitik: ein Vergleich der Europa-politik von Bündis 90/die Grünen, der österreichischen Grünen und der Grünen im Europäischen Parlament (diplomová práce)	2001	PhDr. Miroslav Kunštát, PhD.	FSV UK Lešetice	Hz 3769



<b>Autor / Autorin</b>	<b>Název / Titel</b>	<b>Rok obhájení / Jahr der Verteidigung</b>	<b>Vedoucí práce / Leiter der Arbeit</b>	<b>Místo uložení (knihovny) / Standort</b>	<b>Signatury / Signaturen</b>
Tichý, Roman	Výjimečné osudy obyvatel obce Rapšach (diplomová práce)	2001	doc. PhDr. Alena Míšková	FSV UK Lešetice; FSV UK	Hz 3770 (Lešetice); BD-3/01 (Jinonice)
Toiflová, Eva	Bavorsko na cestě k listopadu 1918: příčiny pádu bavorské monarchie (diplomová práce)	2001	doc. PhDr. Jaroslav Kučera, CSc.	FSV UK Lešetice	Hz 3498
Vamberová, Monika	prof. MUDr. Theodor Gruschka (1888–1967): osud mezi Prahou a Jeruzalémem (diplomová práce)	2001	doc. PhDr. Alena Míšková	FSV UK Jinonice	BD-14/01
Vildová, Jana	Křižstálová noc v Sudetech (diplomová práce)	2001	doc. PhDr. Alena Míšková	FSV UK Lešetice; FSV UK	Hz 3570 (Lešetice); BD-19/01 (Jinonice)
Dobeš, Adam	Role římskokatolické církve, sudetských Němců a Charty 77 v československo-rakouských vztazích 1977–1989 (diplomová práce)	2002	PhDr. Miroslav Kunštát, PhD.	FSV UK Lešetice; FSV UK Jinonice	Hz 3902 (Lešetice); BD-31/02 (Jinonice)
Doubravová, Johana	Integrace nových spolkových zemí SRN do Evropských společenství: podmínky, průběh a dopady (diplomová práce)	2002	PhDr. Miroslav Kunštát, PhD.	FSV UK Lešetice; FSV UK Jinonice	Hz 3903 (Lešetice); BD-34/02 (Jinonice)
Hnízdo, Petr	Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in Österreich am Beispiel ausgewählter politischer und gesellschaftlicher Affären in der Zweiten Republik (diplomová práce)	2002	doc. PhDr. Alena Míšková	FSV UK Jinonice	BD-38/02
Hoffmannová, Martina	Reflexe nacistické minulosti v německé společnosti 90. let: případy Schneider/ /Schwerte a Volkman/ /Hrubne (diplomová práce)	2002	doc. PhDr. Alena Míšková	FSV UK Lešetice; FSV UK Jinonice	Hz 3905 (Lešetice); BD-30/02 (Jinonice)

<b>Autor / Autorin</b>	<b>Název / Titel</b>	<b>Rok obhájení / Jahr der Verteidigung</b>	<b>Vedoucí práce / Leiter der Arbeit</b>	<b>Místo uložení (knihovny) / Standort</b>	<b>Signatury / Signaturen</b>
Jarská, Šárka	Formování postoje rakouské politické elity k židovské menšině v letech 1945–1962 (diplomová práce)	2002	doc. PhDr. Alena Míšková	FSV UK Lešetice; FSV UK Slávie	Hz 3935 (Lešetice); Hz 3935a (Slávie)
Jelínek, Tomáš	Odškodnění nuceně nasazených: nucená práce pro německé hospodářství za 2. světové války a cesta k její kom- penzaci: východiska – jednání – výsledky (diplomová práce)	2002	PhDr. Miroslav Kunštát, PhD.	FSV UK Lešetice	Hz 3767
Jelínek, Tomáš	Odškodnění nuceně nasazených: nucená práce pro německé hospodářství za 2. světové války a cesta k její kom- penzaci: východiska – jednání – výsledky (rigorózní práce)	2002	PhDr. Miroslav Kunštát, PhD.	FSV UK Jinonice	BR-3/02
Kocarevová, Kateřina	Budování sociálně tržního hospodářství ve Spolkové republice Německo v období let 1949 až 1957/1958 (diplomová práce)	2002	doc. PhDr. Jaroslav Kučera, CSc.	FSV UK Lešetice; FSV UK Jinonice	Hz 3906 (Lešetice); BD-36/02 (Jinonice)
Kyndlová, Lucie	Filmy o holocaustu: publicistické kontroverze ve Spolkové republice Německo (diplomová práce)	2002	prof. PhDr. Jiří Pešek, CSc.	FSV UK Lešetice; FSV UK Jinonice	Hz 3907 (Lešetice); BD-37/02 (Jinonice)
Němcová, Markéta	Denacifikační proces v Rakousku v prvním po- válečném roce (kapitola rakouských politických dějin z let 1945–1946) (diplomová práce)	2002	PhDr. Miroslav Kunštát, PhD.	FSV UK Lešetice; FSV UK Jinonice	Hz 3908 (Lešetice); BD-33/02 (Jinonice)
Novák, Oskar	Politické diskuse k problému západno- německého znovu- vyzbrojení 1949–1955 (diplomová práce)	2002	doc. PhDr. Jaroslav Kučera, CSc.	FSV UK Lešetice; FSV UK Jinonice	Hz 3909 (Lešetice); BD-32/02 (Jinonice)

<b>Autor / Autorin</b>	<b>Název / Titel</b>	<b>Rok obhájení / Jahr der Verteidigung</b>	<b>Vedoucí práce / Leiter der Arbeit</b>	<b>Místo uložení (knihovny) / Standort</b>	<b>Signatury / Signaturen</b>
Rožková, Ilona	Jak se zachoval poválečný československý režim k německým židovským komunistům (ve vzpo- mínkách pamětníků) (diplomová práce)	2002	doc. PhDr. Alena Míšková	FSV UK Lešetice; FSV UK Jinonice	Hz 3910 (Lešetice); BD-35/02 (Jinonice)
Váňová, Michaela	Vývoj azylové politiky ve Spolkové republice Německo v letech 1980–1993 (dizertace)	2002	PhDr. Miroslav Kunštát, PhD.	FSV UK Lešetice; FSV UK Slávie	Hz 3938 (Lešetice); Hz 3938a (Slávie)
Belling, Vojtěch	Stavovská koncepce Othmara Spanna a její recepce v Německu a Rakousku v letech 1918–1939 (diplomová práce)	2003	doc. PhDr. Jaroslav Kučera, CSc.	FSV UK Lešetice; FSV UK Jinonice	Hz 4187 (Lešetice); BD-23/03 (Jinonice)
Belling, Vojtěch	Stavovská koncepce Othmara Spanna a její recepce v Německu a Rakousku v letech 1918–1939 (rigorózní práce)	2003	doc. PhDr. Jaroslav Kučera, CSc.	FSV UK Lešetice; FSV UK Jinonice	Hz 5007 (Lešetice); BR-3/03 (Jinonice)
Daňková, Šárka	Fenomén Frakce Rudé armády a jeho reflexe na stránkách německého tisku druhé poloviny 90. let (diplomová práce)	2003	prof. PhDr. Jiří Pešek, CSc.	FSV UK Lešetice; FSV UK Jinonice	Hz 4044 (Lešetice); BD-12/03 (Jinonice)
Gregerová, Magdalena	Československo-západo- německé vztahy v letech 1949–1961 v kontextu sovětské zahraniční politiky v německé otázce a Adenauerovy východní politiky (diplomová práce)	2003	PhDr. Miroslav Kunštát, PhD.	FSV UK Lešetice; FSV UK Jinonice	Hz 4045 (Lešetice); BD-11/03 (Jinonice)
Gregerová, Magdalena	Vývoj československo- západoněmeckých vzta- hů v letech 1949–1967 v mezinárodně politickém kontextu: národní zájmy versus socialistický internacionalismus (rigorózní práce)	2003	prof. PhDr. Jiří Pešek, CSc.	FSV UK Jinonice	BR-4/03

<b>Autor / Autorin</b>	<b>Název / Titel</b>	<b>Rok obhájení / Jahr der Verteidigung</b>	<b>Vedoucí práce / Leiter der Arbeit</b>	<b>Místo uložení (knihovny) / Standort</b>	<b>Signatury / Signaturen</b>
Hejnic, Jan	„Stýkání a potýkání“ v Liberci v roce 1938 (diplomová práce)	2003	doc. PhDr. Jaroslav Kučera, CSc.	FSV UK Lešetice; FSV UK Jinonice	Hz 4046 (Lešetice); BD-8/03 (Jinonice)
Hnízdo, Petr	Politische und gesellschaftliche Diskurse um die nationalsozialistische Vergangenheit Österreich (rigorózní práce)	2003	PhDr. Miroslav Kunštát, PhD.; doc. PhDr. Alena Míšková	FSV UK Jinonice	BR-5/03
Horelová, Eva	Zuwanderungspolitische Diskussion der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien: Hintergrund und Lage der Debate – 14. Legislaturperiode (1998–2002) (diplomová práce)	2003	PhDr. Miroslav Kunštát, PhD.	FSV UK Jinonice	BD-9/03
Mlsna, Petr	Spolkový ústavní soud SRN: postavení a úloha ve vztahu k ostatním složkám veřejné moci (diplomová práce)	2003	PhDr. Miroslav Kunštát, PhD.	FSV UK Lešetice; FSV UK Jinonice	Hz 4188 (Lešetice); BD-24/03 (Jinonice)
Mlsna, Petr	Spolkový ústavní soud SRN: pozice v systému vztahů německé veřejné moci (rigorózní práce)	2003	PhDr. Miroslav Kunštát, PhD.	FSV UK Jinonice	BR-6/03
Müllerová, Hana	Československo ve východní politice Spolkové republiky 1961–1967 (diplomová práce)	1998	doc. PhDr. Jaroslav Kučera, CSc.	FSV UK Jinonice	BD-15/98
Němcová, Markéta	Denacifikační proces v Rakousku v prvním poválečném roce (kapitola rakouských politických dějin z let 1945–1946) (rigorózní práce)	2003	PhDr. Miroslav Kunštát, PhD.	FSV UK Jinonice	BR-2/03

<b>Autor / Autorin</b>	<b>Název / Titel</b>	<b>Rok obhájení / Jahr der Verteidigung</b>	<b>Vedoucí práce / Leiter der Arbeit</b>	<b>Místo uložení (knihovny) / Standort</b>	<b>Signatury / Signaturen</b>
Novák, František	Náměstí Hrdinů Thomase Bernharda a rakouská společnost v roce 1988: vnímání rakouské minulosti 50 let po anšlusu v kontextu divadelní aféry Náměstí hrdinů v rakouském tisku (diplomová práce)	2003	prof. PhDr. Jiří Pešek, CSc.	FSV UK Lešetice; FSV UK Jinonice	Hz 4189 (Lešetice); BD-25/03 (Jinonice)
Premus, Dalibor	Polsko-německé vztahy v době uvolnění (diplomová práce)	2003	prof. PhDr. Jan Křen, DrSc.	FSV UK Lešetice; FSV UK Jinonice	Hz 4190 (Lešetice); BD-26/03 (Jinonice)
Richterová, Pavlína	Der lange Weg zum Dialog: ein Jahrhundert deutsche Auswärtige Kulturpolitik (1912–2001) (diplomová práce)	2003	prof. PhDr. Jiří Pešek, CSc.	FSV UK Jinonice	BD-27/03
Richterová, Pavlína	Der lange Weg zum Dialog: ein Jahrhundert deutsche Auswärtige Kulturpolitik (1912–2001) (rigorózní práce)	2003	prof. PhDr. Jiří Pešek, CSc.	FSV UK Jinonice	BR-7/03
Řepová, Daniela	Emil Utitz – život a dílo: Terezín očima psychologa a filozofa (diplomová práce)	2003	prof. PhDr. Jiří Pešek, CSc.	FSV UK Lešetice; FSV UK Jinonice	Hz 4192 (Lešetice); BD-28/03 (Jinonice)
Semotová, Barbora	Spolupráce židovských představitelů s nacistickým režimem na příkladu Benjamina Marmelsteina (diplomová práce)	2003	prof. PhDr. Jiří Pešek, CSc.	FSV UK Lešetice; FSV UK Jinonice	Hz 4193 (Lešetice); BD-29/03 (Jinonice)
Šafařík, Luděk	List říšského protektora Böhmen und Mähren v kontextu soudobé sudetoněmecké historiografie (rigorózní práce)	2003	doc. PhDr. Alena Míšková	FSV UK Lešetice; FSV UK Jinonice	Hz 4269 (Lešetice); BR-8/03 (Jinonice)
Šochman, Petr	Východo-západní divergence v německém odborovém hnutí 1945–1948 (diplomová práce)	2003	doc. PhDr. Jaroslav Kučera, CSc.	FSV UK Lešetice; FSV UK Jinonice	Hz 4194 (Lešetice); BD-30/03 (Jinonice)

<b>Autor / Autorin</b>	<b>Název / Titel</b>	<b>Rok obhájení / Jahr der Verteidigung</b>	<b>Vedoucí práce / Leiter der Arbeit</b>	<b>Místo uložení (knihovny) / Standort</b>	<b>Signatury / Signaturen</b>
Štěpánková, Josefina	Zweisprachige Analphabeten“: die Ausländerpolitik in der Bundesrepublik Deutschland in den 1960er und 1970er am Beispiel der Beschulungsmaßnahmen für Kinder ausländischer Arbeitnehmer in Bayern (diplomová práce)	2003	prof. Dr. Christoph Cornelissen	FSV UK Jinonice	BD-10/03
Arburg, Adrian von	Zwischen Vertreibung und Integration: tschechische Deutschenpolitik 1947–1953 (dizertace)	2004	doc. PhDr. Jaroslav Kučera, CSc.	FSV UK Lešetice	Hz 4747/1; Hz 4747/2
Hankovec, Václav	Římskokatolická a evangelická církev v životě lužickosrbské menšiny v letech 1945–1990 (diplomová práce)	2004	PhDr. Miroslav Kunštát, Ph.D.	FSV UK Lešetice; FSV UK Jinonice	Hz 4342 (Lešetice); BD-14/04 (Jinonice)
Jakschová, Viola	Obraz Čecha ve vybraných dílech autorů rakouské literatury (1865–1917) (diplomová práce)	2004	PhDr. Jiří Rak	FSV UK Lešetice; FSV UK Jinonice	Hz 4456 (Lešetice); BD-24/04 (Jinonice)
Jonáková, Johana	Vergleich der politischen Diskussionen über den Paragraphen 218 in den 1970er und 1990er Jahren: der vor dem Hintergrund Aktionen der Frauenbewegung (diplomová práce)	2004	prof. PhDr. Jiří Pešek, CSc.	FSV UK Jinonice	BD-13/04
Kolasková, Kateřina	Švýcarská evropská politika devadesátých let (diplomová práce)	2004	PhDr. Miroslav Kunštát, Ph.D.	FSV UK Lešetice; FSV UK Jinonice	Hz 4467 (Lešetice); BD-25/04 (Jinonice)
Krömer, Jiří	Vývoj práva německého státního občanství v Německu a českých zemích (diplomová práce)	2004	PhDr. Miroslav Kunštát, Ph.D.	FSV UK Jinonice	BD-12/04

<b>Autor / Autorin</b>	<b>Název / Titel</b>	<b>Rok obhájení / Jahr der Verteidigung</b>	<b>Vedoucí práce / Leiter der Arbeit</b>	<b>Místo uložení (knihovny) / Standort</b>	<b>Signatury / Signaturen</b>
Kubičková, Kateřina	Bauhaus: sociálně umělecká utopie a její hospodářská realita (diplomová práce)	2004	PhDr. Anita Pelánová, PhD.	FSV UK Jinonice	BD-26/04
Kubišta, Jan	Koncepty poválečného uspořádání Německa a sjednocené Evropy z hlediska německé opoziční skupiny zvané Kreisavský kruh (Kreisauer Kreis) a její recepce v současnosti (diplomová práce)	2004	PhDr. Miroslav Kunštát, PhD.	FSV UK Lešetice; FSV UK Jinonice	Hz 4469 (Lešetice); BD-27/04 (Jinonice)
Kunštát, Miroslav	Češi, Němci a Slovinci v nové střední Evropě: stará sousedství a nové možnosti středoevropské spolupráce (dizertace)	2004	prof. PhDr. Jan Křen, DrSc.	FSV UK Lešetice; FSV UK Jinonice	Hz 4570 (Lešetice); BDIZ-2/04 (Jinonice)
Kvasnič- ková, Markéta	Pražské studentské spolky a jejich úloha v česko-německém sporu ve druhé polovině 19. století (diplomová práce)	2004	PhDr. Jiří Rak	FSV UK Jinonice	BD-8/00
Pánková, Lucie	Školská a univerzitní politika převýchovy ve francouzské okupační zóně v Německu (1945–1949) (diplomová práce)	2004	prof. PhDr. Jiří Pešek, CSc.	FSV UK Jinonice	BD-28/04
Pánková, Lucie	Školská a univerzitní politika převýchovy ve francouzské okupační zóně v Německu (1945–1949) (rigorózní práce)	2004	prof. PhDr. Jiří Pešek, CSc.	FSV UK Jinonice	BR-4/05
Pelešková, Jana	Das Amt der/das Ausländerbeauftragten im Kontext der Debatte über die multikulturelle Gesellschaft (diplomová práce)	2004	PhDr. Miroslav Kunštát, PhD.	FSV UK Jinonice	Hz 4345; BD-11/04 (Jinonice)

<b>Autor / Autorin</b>	<b>Název / Titel</b>	<b>Rok obhájení / Jahr der Verteidigung</b>	<b>Vedoucí práce / Leiter der Arbeit</b>	<b>Místo uložení (knihovny) / Standort</b>	<b>Signatury / Signaturen</b>
Sulková, Renáta	4. březen 1919. Mýtus „březnových padlých“ a postoj československých státních orgánů (diplomová práce)	2004	doc. PhDr. Jaroslav Kučera, CSc.	FSV UK Lešetice; FSV UK Jinonice	Hz 4346 (Lešetice); BD-10/04 (Jinonice)
Zrno, Matyáš	Němci a přistěhovalci – stereotypy a realita (diplomová práce)	2004	doc. PhDr. Jaroslav Kučera, CSc.	FSV UK Lešetice; FSV UK Jinonice	Hz 4713 (Lešetice); BD-8/05 (Jinonice)
Horníková, Milena	Kurdská politika Německa v letech 1993–1995 (diplomová práce)	2005	prof. PhDr. Jiří Pešek, CSc.	FSV UK Lešetice; FSV UK Jinonice	Hz 4895 (Lešetice); BD-33/05 (Jinonice)
Mandysová, Zuzana	Biografie Josepha Fischera 1968–2002: od revolucionáře ke státníkovi (diplomová práce)	2005	prof. PhDr. Jiří Pešek, CSc.	FSV UK Lešetice	Hz 4692
Mandysová, Zuzana	Biografie Josepha Fischera 1968–2002: od revolucionáře ke státníkovi (rigorózní práce)	2005	prof. PhDr. Jiří Pešek, CSc.	FSV UK Lešetice FSV UK Jinonice	Hz 4918 (Lešetice); BR-11/05 (Jinonice)
Martásková, Zuzana	Na cestě k pluralitě vzdělávací nabídky: kořeny vzniku situace alternativního a aktuální školství ve Švýcarsku (diplomová práce)	2005	prof. PhDr. Jiří Pešek, CSc.	FSV UK Lešetice; FSV UK Jinonice	Hz 4693 (Lešetice); BD-10/05 (Jinonice)
Mattasová, Alžběta	Reflexe výtvarného umění Německé demokratické republiky ve sjednoceném Německu (diplomová práce)	2005	prof. PhDr. Jiří Pešek, CSc.	FSV UK Lešetice; FSV UK Jinonice	Hz 4693 (Lešetice); BD-9/05 (Jinonice)
Mrázková, Marie	Deutsch-litauische Beziehungen im Zweiten Weltkrieg (1941–1944): Haltung der litauischen Bevölkerung zur Mobilisierung (diplomová práce)	2005	prof. PhDr. Jiří Pešek, CSc.	FSV UK Lešetice; FSV UK Jinonice	Hz 4896 (Lešetice); BD-34/05 (Jinonice)



<b>Autor / Autorin</b>	<b>Název / Titel</b>	<b>Rok obhájení / Jahr der Verteidigung</b>	<b>Vedoucí práce / Leiter der Arbeit</b>	<b>Místo uložení (knihovny) / Standort</b>	<b>Signatury / Signaturen</b>
Mrázková, Marie	Deutsch-litauische Beziehungen im Zweiten Weltkrieg (1941–1944): Haltung der litauischen Bevölkerung zur Mobilisierung (rigorózní práce)	2005	prof. PhDr. Jiří Pešek, CSc.	FSV UK Lešetice; FSV UK Jinonice	Hz 4920 (Lešetice); BR-12/05 (Jinonice)
Pelánová, Anita	Avantgardy 20. století: krize moderního umění na pozadí společenské problematiky (dizertace)	2005	prof. PhDr. Jiří Pešek, CSc.	FSV UK Lešetice; FSV UK Jinonice	Hz 5228 (Lešetice); BDIZ-9/05 (Jinonice)
Prácheňská, Monika	Intellektuelle und Politik am Beispiel Heinrich Bölls Engagement in den siebziger Jahren (diplomová práce)	2005	prof. PhDr. Jiří Pešek, CSc.	FSV UK Lešetice; FSV UK Jinonice	Hz 4897 (Lešetice); BD-35/05 (Jinonice)
Renéová, Markéta	Ackermann-Gemeinde a její vztah k Československu (diplomová práce)	2005	PhDr. Miroslav Kunštát, PhD.	FSV UK Lešetice; FSV UK Jinonice	Hz 4898 (Lešetice); BD-36/05 (Jinonice)
Rotbaue- rová, Pavla	Reisterova důchodová reforma a diskuse o jejím prohloubení (diplomová práce)	2005	PhDr. Miroslav Kunštát, PhD.	FSV UK Lešetice; FSV UK Jinonice	Hz 4899 (Lešetice); BD-37/05 (Jinonice)
Ryjáček, Jan	Deutsche Außenpolitik in der Irak-Krise (diplomová práce)	2005	JUDr. Vladimír Handl, CSc.	FSV UK Lešetice; FSV UK Jinonice	Hz 4927 (Lešetice); BD-52/05 (Jinonice)
Ryjáček, Jan	Deutsche Außenpolitik in der Irak-Krise (rigorózní práce)	2005	JUDr. Vladimír Handl, CSc.	FSV UK Lešetice; FSV UK Jinonice	Hz 4921 (Lešetice); BR-13/05 (Jinonice)
Szántó, Jakub	From Czech national fascism to pro-nazi collaboration: the Vlájka, 1928–1946 (rigorózní práce)	2005	doc. PhDr. Jaroslav Kučera, CSc.	FSV UK Jinonice	BR-5/05
Štroblík, Jan	Hans-Dieter Genscher jako nositel kontinuity východní politiky SRN v letech 1974–1989 (diplomová práce)	2005	PhDr. Miroslav Kunštát, PhD.	FSV UK Lešetice	Hz 4712

<b>Autor / Autorin</b>	<b>Název / Titel</b>	<b>Rok obhájení / Jahr der Verteidigung</b>	<b>Vedoucí práce / Leiter der Arbeit</b>	<b>Místo uložení (knihovny) / Standort</b>	<b>Signatury / Signaturen</b>
Brusová, Hana	Německo-polské vztahy na začátku 90. let z po- hledu Svazu vyhnanců (diplomová práce)	2006	PhDr. Miroslav Kunštát, PhD.	FSV UK Lešetice; FSV UK Jinonice	Hz 4990 (Lešetice); BD-1/06 (Jinonice)
Březina, Karel	Die Russlanddeutschen in den neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts: zwischen Bleiben und Gehe (diplomová práce)	2006	PhDr. Miroslav Kunštát, PhD.	FSV UK Lešetice; FSV UK Jinonice	Hz 5126 (Lešetice); BD-30/06 (Jinonice)
Frankl, Michal	Český antisemitismus 1879–1900 v mezinárod- ním kontextu (dizertace)	2006	doc. PhDr. Alena Míšková	FSV UK Jinonice	BDIZ-1/06
Jeřábek, Martin	Deutschland und die Osterweiterung der Europäischen Union (dizertace)	2006	prof. PhDr. Jan Křen, DrSc.	FSV UK Lešetice; FSV UK Jinonice	Hz 5227 (Lešetice); BDIZ-4/06 (Jinonice)
Mikulová, Soňa	Nacistická kulturní politika v Düsseldorfu 1933–1945 (diplomová práce)	2006	prof. PhDr. Jiří Pešek, CSc.	FSV UK Lešetice; FSV UK Jinonice	Hz 5127 (Lešetice); BD-24/06 (Jinonice)
Mikulová, Soňa	Nacistická kulturní politika v Düsseldorfu 1933–1945 (rigorózní práce)	2006	prof. PhDr. Jiří Pešek, CSc.	FSV UK Lešetice; FSV UK Jinonice	Hz 5234 (Lešetice); BD-10/06 (Jinonice)
Nigrin, Tomáš	Zásobování düsseldorfského obyvatelstva a britská zónová zásobovací politika 1945–1948 (diplomová práce)	2006	prof. PhDr. Jiří Pešek, CSc.	FSV UK Lešetice; FSV UK Jinonice	Hz 5128 (Lešetice); BD-25/06 (Jinonice)
Pínard, Peter Richard	Rundfunkpolitik im Protektorat Böhmen und Mähren 1939–1942 unter besonderer Berücksichtigung der politischen und anti- semitischen Sendungen des Tschechischen Rund- funks (diplomová práce)	2006	doc. PhDr. Jaroslav Kučera, CSc.	FSV UK Lešetice; FSV UK Jinonice	Hz 5130 (Lešetice); BD-27/06 (Jinonice)
Práchenská, Monika	Intellektuelle und Politik am Beispiel Heinrich Bölls Engagement in den siebziger Jahren (rigorózní práce)	2006	prof. PhDr. Jiří Pešek, CSc.	FSV UK Lešetice; FSV UK Jinonice	Hz 5236 (Lešetice); BR-13/06 (Jinonice)

<b>Autor / Autorin</b>	<b>Název / Titel</b>	<b>Rok obhájení / Jahr der Verteidigung</b>	<b>Vedoucí práce / Leiter der Arbeit</b>	<b>Místo uložení (knihovny) / Standort</b>	<b>Signatury / Signaturen</b>
Spurný, Matěj	Voláme na poplach: německá demokratická publicistika proti nacistickému nebezpečí (1930–1933) (diplomová práce)	2006	prof. PhDr. Jan Křen, DrSc.	FSV UK Lešetice; FSV UK Jinonice	Hz 5131 (Lešetice); BD-28/06 (Jinonice)
Stejskalová, Martina	Spolek pro Němce v zahraničí (VDA) a jeho politika vůči Polsku a Československu v letech 1925–1930: příspěvek k neoficiální zahraniční politice výmarské republiky (diplomová práce)	2006	doc. PhDr. Jaroslav Kučera, CSc.	FSV UK Lešetice; FSV UK Jinonice	Hz 4991 (Lešetice); BD-2/06 (Jinonice)
Valenta, Martin	Bauhaus a reformní pedagogika v kontextu společenského vývoje konce 19. a počátku 20. století (diplomová práce)	2006	PhDr. Anita Pelánová, PhD.	FSV UK Lešetice; FSV UK Jinonice	Hz 4992 (Lešetice); BD-3/06 (Jinonice)
Valenta, Martin	Bauhaus a reformní pedagogika v kontextu společenského vývoje konce 19. a počátku 20. století (rigorózní práce)	2006	PhDr. Anita Pelánová, PhD.	FSV UK Lešetice; FSV UK Jinonice	Hz 5008 (Lešetice); BD-2/06 (Jinonice)
Vašíček, Aleš	Extrémní pravice po sjednocení Spolkové republiky Německo (diplomová práce)	2006	PhDr. Miroslav Kunštát, PhD.	FSV UK Lešetice; FSV UK Jinonice	Hz 5132 (Lešetice); BD-29/06 (Jinonice)
Vlnas, Vít	Princ Evžen Savojský: život a sláva barokního válečníka (dizertace)	2006	prof. PhDr. Jiří Pešek, CSc.	FSV UK Lešetice; FSV UK Jinonice	Hz 5229/1; Hz 5229/2 (Lešetice); BDIZ-2/06-1; BDIZ-2/06-2 (Jinonice)
Černá, Dagmar	Norimberský proces (diplomová práce)	2007	prof. PhDr. Jiří Pešek, CSc.	FSV UK Jinonice	BD-19/07
Daňková, Šárka	RAF – Frakce Rudé armády: tři generace teroristů (rigorózní práce)	2007	prof. PhDr. Jiří Pešek, CSc.	FSV UK Jinonice	BR-4/07

<b>Autor / Autorin</b>	<b>Název / Titel</b>	<b>Rok obhájení / Jahr der Verteidigung</b>	<b>Vedoucí práce / Leiter der Arbeit</b>	<b>Místo uložení (knihovny) / Standort</b>	<b>Signatury / Signaturen</b>
Dostálová, Petra	Německá blízkovýchodní politika na přelomu tisíciletí (diplomová práce)	2007	JUDr. Vladimír Handl, CSc.	FSV UK Lešetice; FSV UK (Jinonice)	Hz 5290 (Lešetice); BD-6/07 Jinonice
Kočišová, Katarina	Hospodářský zázrak a konzumní společnost ve Spolkové republice Německo na příkladu Severního Porýní – Vestfálska: časopis Brigitte a fenomén VW Brouk (diplomová práce)	2007	prof. PhDr. Jiří Pešek, CSc.	FSV UK Jinonice	BD-5/07
Konrád, Ota	Humanitní obory v době nacionálního socialismu: srovnání universit v Lipsku, Vídni a v Praze (dizertace)	2007	prof. PhDr. Jiří Pešek, CSc.	FSV UK Jinonice	BDIZ-3/07
Kordová, Magdalena	Útek pronásledovaných židů z Vídně v roce 1942: interpretativní komentář deníku (diplomová práce)	2007	prof. PhDr. Jiří Pešek, CSc.	FSV UK Jinonice	BD-18/07
Krahulcová, Zuzana	Integrace a působení vyhnanců v hesenské politice v 50. letech (diplomová práce)	2007	prof. PhDr. Jiří Pešek, CSc.	FSV UK Jinonice	BD-28/07
Králová, Kateřina	Řecko-německé vztahy ve stínu nacistické minu- losti (rigorózní práce)	2007	prof. PhDr. Jiří Pešek, CSc.	FSV UK Jinonice	BR-5/07
Kučera, Ondřej	Vliv a role sudetoněmec- kých organizací v devade- sátých letech 20. století v SRN (diplomová práce)	2007	PhDr. Miroslav Kunštát, PhD.	FSV UK Lešetice; FSV UK Jinonice	Hz 5291 (Lešetice); BD-4/07 (Jinonice)
Kvěšková, Jana	Integrace ruských Němců ve Spolkové republice Německo (diplomová práce)	2007	prof. Dr. Volker Zimmer- mann	FSV UK Jinonice	BD-17/07
Nigrin, Tomáš	Zásobování düsseldorfského obyvatelstva a britská zónová zásobovací politika 1945–1948 (rigorózní práce)	2007	prof. PhDr. Jiří Pešek, CSc.	FSV UK Jinonice	BR-3/07

<b>Autor / Autorin</b>	<b>Název / Titel</b>	<b>Rok obhájení / Jahr der Verteidigung</b>	<b>Vedoucí práce / Leiter der Arbeit</b>	<b>Místo uložení (knihovny) / Standort</b>	<b>Signatury / Signaturen</b>
Petrová, Eva	Obnova židovských obcí v nových spolkových zemích: příklad Svobodného státu Sasko (diplomová práce)	2007	PhDr. Miroslav Kunštát, PhD.	FSV UK Jinonice	BD-16/07
Putík, Daniel	„Na hřbitov divadlo nepatří“: veřejná kritika a odboj ve vilenském ghettu, 1941–1943 (diplomová práce)	2007	prof. PhDr. Jiří Pešek, CSc.	FSV UK Jinonice	BD-15/07
Tůma, Oldřich	Režim – opozice – společnost v boji o veřejný prostor 1969–1989 (dizertace)	2007	prof. PhDr. Jan Křen, DrSc.	FSV UK Jinonice	BDIZ-1/07
Votava, Filip	Transformace Bundeswehru: reforma německé armády za období vlády rudo-zelené koalice a její kontinuita (diplomová práce)	2007	JUDr. Vladimír Handl, CSc.	FSV UK Jinonice	BD-22/07
Zajíc, Jan	Strukturpolitik der Stadt Duisburg in den Jahren 1994–2004 (diplomová práce)	2007	PhDr. Miroslav Kunštát, PhD.	FSV UK Jinonice	BD-23/07



## AUTORINNEN UND AUTOREN

**Lucie Filipová** (1981), wissenschaftliche Mitarbeiterin und Doktorandin am Lehrstuhl für deutsche und österreichische Studien an der Karls-Universität Prag, spezialisiert sich auf deutsch-französische Beziehungen und die Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. [filipova@fsv.cuni.cz](mailto:filipova@fsv.cuni.cz)

**Zuzana Lizcová** (1980), Doktorandin am Lehrstuhl für deutsche und österreichische Studien an der Karls-Universität Prag, spezialisiert sich auf die Geschichte und die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. [zmandy@seznam.cz](mailto:zmandy@seznam.cz)

**Ota Konrád** (1973), Dr., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für deutsche und österreichische Studien an der Karls-Universität Prag, publiziert zur Wissenschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert. [ota.konrad@seznam.cz](mailto:ota.konrad@seznam.cz)

**Tomáš Nigrin** (1981), wissenschaftlicher Mitarbeiter und Doktorand am Lehrstuhl für deutsche und österreichische Studien an der Karls-Universität Prag, beschäftigt sich mit der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung in der BRD und der aktuellen deutschen Außenpolitik. [nigrin@fsv.cuni.cz](mailto:nigrin@fsv.cuni.cz)

**Anita Pelánová** (1950), Dr., wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für deutsche und österreichische Studien an der Karls-Universität Prag, befasst sich mit der Kunst der deutschsprachigen Länder, der Vereinigten Staaten und Russlands. [anitapelanova@seznam.cz](mailto:anitapelanova@seznam.cz)

**Jiří Pešek** (1954), Prof. Dr., Leiter des Lehrstuhls für deutsche und österreichische Studien an der Karls-Universität Prag. Historiker mit dem Schwerpunkt der Kultur-, Bildungs- und Stadtgeschichte Mitteleuropas vom 16. bis zum 20. Jahrhundert mit einem besonderen Interesse an der deutsch-tschechischen Problematik. [pesek@fsv.cuni.cz](mailto:pesek@fsv.cuni.cz)

**Monika Práchenská** (1981), Doktorandin am Lehrstuhl für deutsche und österreichische Studien an der Karls-Universität Prag, beschäftigt sich mit der Sozialge-

schichte der modernen deutschen Literatur und mit den deutsch-tschechischen Kulturbeziehungen nach 1945. prachenska@fsv.cuni.cz

**Jan Ryjáček** (1980), Doktorand am Lehrstuhl für deutsche und österreichische Studien an der Karls-Universität Prag und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Politikwissenschaft und Philosophie der JEP-Universität in Ústí nad Labem, erforscht die deutsche Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik nach der Wiedervereinigung und weiterhin die Rolle Deutschlands in der Europäischen Union. ryjacek@centrum.cz

**Petr Šafařík** (1973), wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für deutsche und österreichische Studien an der Karls-Universität Prag, befasst sich mit der zeitgeschichtlichen intellektuellen und kulturellen Geschichte Deutschlands, mit den gegenwärtigen deutsch-tschechischen Beziehungen sowie mit diversen medienwissenschaftlichen Themen. p.safarik@seznam.cz

**Kateřina Šichová** (1974), wissenschaftliche Mitarbeiterin und Doktorandin am Institut Bohemicum an der Universität Regensburg, Schwerpunkt in tschechisch-deutsch/österreichischer interkultureller Kommunikation und komparativer Linguistik. katerina.sichova@sprachlit.uni-regensburg.de





# **STUDIA TERRITORIALIA**

**XIV – 2008**

**MODERNISIERUNG DER WESTDEUTSCHEN  
GESELLSCHAFT NACH 1945**

Publikace k výzkumnému záměru MSM0021620841

Redakční rada: prof. PhDr. Jiří Pešek, CSc. (předseda)  
doc. PhDr. Luboš Švec (výkonný tajemník)  
doc. PhDr. Miloš Calda, prof. PhDr. Jan Křen, DrSc.,  
prof. PhDr. Michal Reiman, prof. PhDr. Lenka Ravná, CSc.,  
doc. PhDr. Jiří Vykoukal, CSc., PhDr. Miroslav Kunštát, Ph.D.,  
prof. PhDr. Svatava Raková, CSc.

Prorektor-editor: prof. PhDr. Mojmír Horyna  
Vědeckí redaktoři: prof. PhDr. Jiří Pešek, CSc.  
PhDr. Soňa Mikulová

Recenzovali: JUDr. Vladimír Handl, CSc.  
doc. PhDr. Petr Svobodný, Ph.D.

Obálku navrhla Kamila Schüllerová  
Vydala Univerzita Karlova v Praze  
Nakladatelství Karolinum,  
Ovocný trh 3, 116 36 Praha 1  
Praha 2008

Sazba a zlom: DTP Nakladatelství Karolinum  
Vytiskla tiskárna Nakladatelství Karolinum  
Vydání 1.

MK ČR E 18588  
ISSN 1213-4449